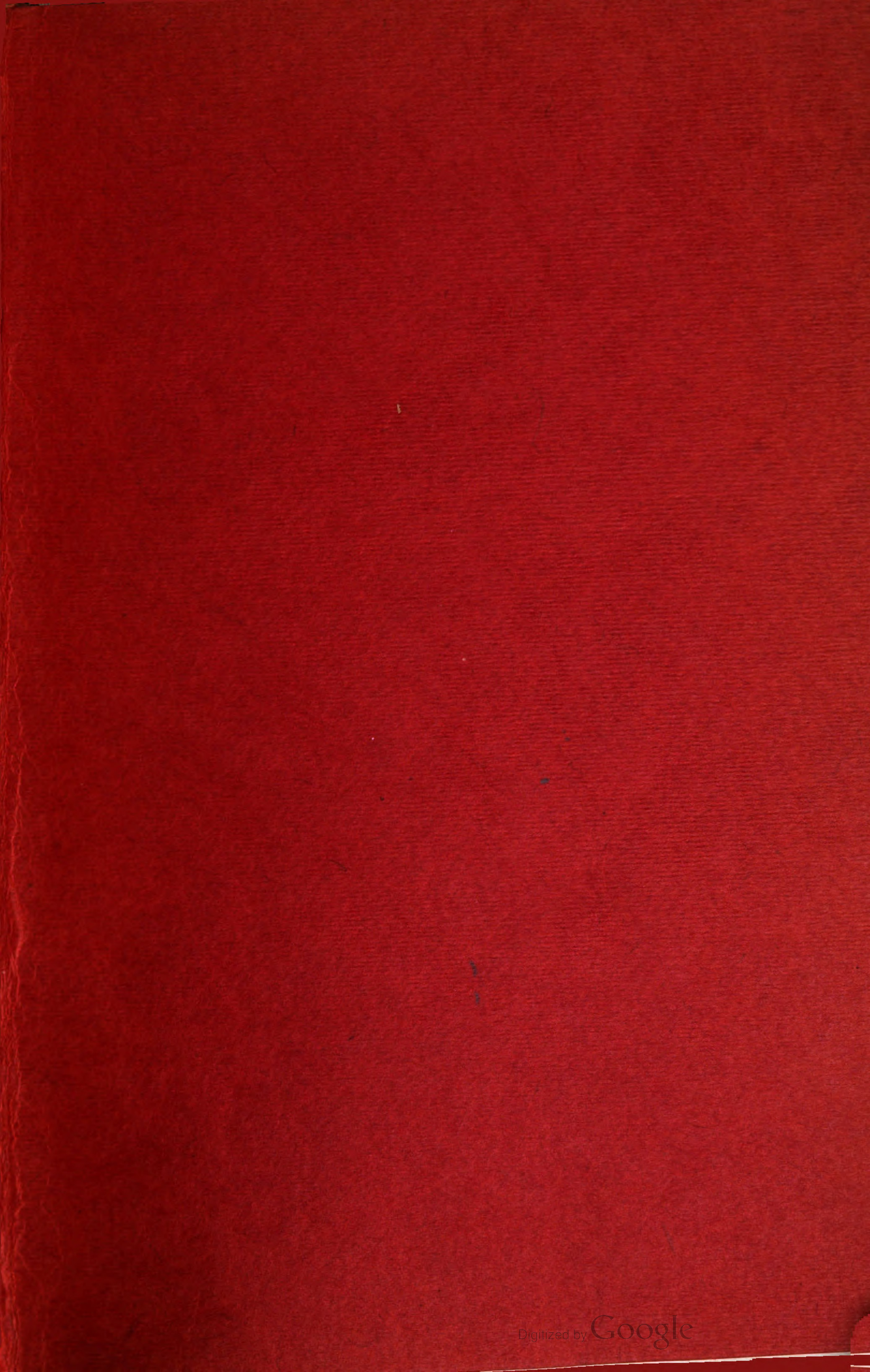



Deutschland
und der nächste
Krieg


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS





W. R. R. Pinger.
Berlin. 1914.

57

Deutschland und der nächste Krieg

Deutschland und der nächste Krieg

Von

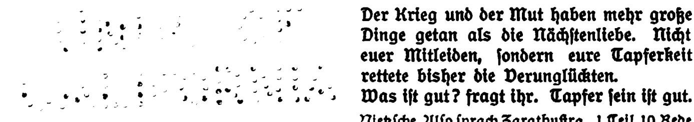
Friedrich v. Bernhardi

General der Kavallerie z. D.

Mit einer Kartenskizze

Sechste Auflage

unter Berücksichtigung der veränderten militärischen und politischen Verhältnisse neu bearbeitet



> Der Krieg und der Mut haben mehr große Dinge getan als die Nächstenliebe. Nicht euer Mitleiden, sondern eure Tapferkeit rettete bisher die Verunglückten.
> Was ist gut? fragt ihr. Tapfer sein ist gut.
>
> Nietzsche, Also sprach Zarathustra. 1. Teil, 10. Rede



Stuttgart und Berlin 1913

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Vorwort zur ersten bis fünften Auflage

Eine tiefe Erregung hat während des Sommers und Herbstes 1911 alle national gesinnten Kreise des deutschen Volkes ergriffen. Auf allen Herzen lastet die Überzeugung, daß es sich beim Austrag des Marokkostreits nicht um gewöhnliche Handels- und Kolonialfragen von minderer Tragweite, sondern um die Ehre und die Zukunft des deutschen Volkes handele. Eine tiefe Kluft hat sich aufgetan zwischen dem Empfinden der Nation und dem diplomatischen Vorgehen der Regierung. Nicht so klar wie über ihren Willen zur Macht war sich jedoch die öffentliche Meinung über die Gefahren unserer politischen Lage und die Opfer, die eine großzügige Politik hätte fordern müssen. Ob die Nation, die dem Ruf zu den Waffen in ihrer überwältigenden Mehrheit unzweifelhaft mit Freuden Folge geleistet hätte, auch bereit gewesen wäre, dauernd schwere pekuniäre Lasten zu übernehmen, ist eine Frage, die ich nicht zu entscheiden wage. Das Feilschen um die Römermonate ist heute in Berlin wie früher in Regensburg das ausgesprochenste Charakterzeichen des deutschen Reichstags.

Diese Verhältnisse haben mich veranlaßt, die folgenden Blätter, die zum Teil schon vor längerer Zeit niedergeschrieben wurden, gerade jetzt zu veröffentlichen.

Daß wir an einem Wendepunkt unserer nationalen und politischen Entwicklung angelangt sind, darüber kann sich wohl niemand täuschen. In solchen Zeiten ist es geboten, sich vollständig darüber klar zu werden, welche Ziele man erstreben will, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind und welche Opfer gebracht werden müssen.

Diese Fragen — unverhüllt durch diplomatische Bemäntelung — möglichst klar und überzeugend zu erörtern, ist die Aufgabe, die ich mir gestellt habe. Daß es nur vom nationalen Standpunkt aus geschehen konnte, ist selbstverständlich.

In dem stolzen Bewußtsein, das mir aus unserer Wissenschaft, unserer Literatur und den kriegerischen Taten unserer Vergangenheit erwachsen ist: einer großen Kulturnation anzugehören, die trotz aller Schwächen und Irrungen der Gegenwart eine große Zukunft zu erringen hat und auch erringen wird, habe ich meine Überzeugungen niedergeschrieben aus der überströmenden Fülle eines deutschen Herzens. So glaube ich am wirksamsten auch in den Herzen meiner Leser das nationale Empfinden wachzurufen und den nationalen Willen zu stärken.

Oktober 1911.

Der Verfasser

Vorwort zur sechsten Auflage

Seitdem die ersten fünf Auflagen dieses Buches rasch hintereinander erschienen, haben zahlreiche politische und militärische Ereignisse die Weltlage auf das tiefste beeinflußt. Ich habe geglaubt, sie bei der Neubearbeitung berücksichtigen zu müssen, um dem Buche einen aktuellen Wert zu erhalten.

Aber auch in der öffentlichen Meinung Deutschlands hat ein gewaltiger Umschwung stattgefunden.

Wenn ich in dem Vorwort zu den ersten Auflagen dem Zweifel Ausdruck geben mußte, ob das deutsche Volk bereit sein würde, die für eine große Armee-Reorganisation nötigen finanziellen Opfer zu bringen, so ist dieser Zweifel heute völlig geschwunden.

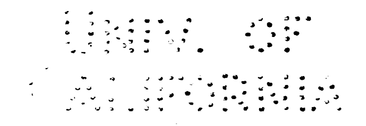
Unter dem furchtbaren Druck der politischen Lage, der Gefahren, die uns umgeben, und der scheinbaren Unmöglichkeit, uns gegen die politische und militärische Überlegenheit der Triple-Entente aufzulehnen, anderseits aufgeklärt durch die unausgesetzte Agitation national gesinnter Männer, hat das deutsche Volk sich zu der Überzeugung durchgerungen, daß wir den politischen Sturm, der uns bevorsteht, nur dann siegreich überwinden werden, wenn wir zur allgemeinen Wehrpflicht zurückkehren und alle die zahlreichen Lücken unserer Heeresorganisation tatsächlich ausfüllen. Heute sind alle nationalen Parteien entschlossen, allen Forderungen gerecht zu werden, die das Kriegsministerium irgend stellt. Die einzige Besorgnis, die alle bewegt, ist die, daß die Behörde auch dieses Mal nicht ganze Arbeit machen möchte und die Leistungsfähigkeit und Willigkeit der Nation zu gering einschätzt.

Deutschland weiß jetzt, daß es sich in den kommenden Jahren um Sein oder Nichtsein handeln wird, und seine besten Männer sind entschlossen, Alles an Alles zu setzen. Wo immer man im Lande hinhört, immer tönt uns derselbe Refrain entgegen: Nur keine halben Maßregeln, sondern große Opfer und große Leistungen.

Das Kriegsministerium hat demnach völlig freie Hand, zu fordern, was es will. Möchte es sich seiner Aufgabe voll gewachsen zeigen.

Februar 1913.

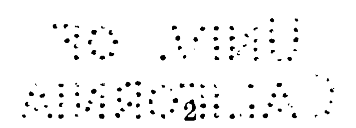
Der Verfasser



Einleitung

In weiten Kreisen der heutigen Kulturwelt hat der Krieg und sein Wert für die politische und sittliche Entwicklung der Menschheit eine Beurteilung gefunden, die geradezu eine Gefahr für die Wehrhaftigkeit der Staaten zu werden droht, indem sie den kriegerischen Sinn zu untergraben bemüht ist. Auch in Deutschland sind derartige Anschauungen weit verbreitet, und ganze Schichten unseres Volkes scheinen den idealen Schwung verloren zu haben, der die Größe seiner Geschichte ausmacht. Bei steigendem Reichtum leben sie dem Augenblick, vermögen den Genuß der Stunde nicht mehr wie ehedem im Dienste großer Ideen zu opfern und verschließen genügsam das Auge für die Aufgaben unserer Zukunft und für die großen Fragen des Völkerlebens, die heute zur Entscheidung stehen.

Eines mächtigen Aufschwungs sind wir fähig gewesen. Durch gewaltige Tat erhob sich Deutschland aus politischer Zerrissenheit und Ohnmacht zu europäischer Vormachtstellung. Die Folgen dieses Aufschwungs auf uns zu nehmen und weiter fortzuschreiten auf der Bahn politischer und kultureller Machtentfaltung scheinen wir aber nicht gewillt. Uns graut gewissermaßen vor unserer eigenen Größe, und wir scheuen die Opfer, die sie von uns fordert. Anderseits aber wollen wir doch den Anspruch nicht aufgeben, den wir aus unserer ruhmvollen Vergangenheit herleiten. So zeigt sich auch heute, wie richtig einst Fichte seine Volksgenossen beurteilte, da er sagte, der Deutsche könne nie ein Ding allein wollen, er müsse auch stets das Gegenteil dazu wollen.



Die Deutschen waren früher das kriegsgewaltigste und kriegslustigste Volk Europas. Lange Zeit haben sie sich durch die Macht der Waffen und den Hochflug ihrer Gedanken als das Herrenvolk des Weltteils erwiesen. Auf ungezählten Schlachtfeldern aller Weltteile haben Deutsche geblutet und gesiegt, und auch in neuester Zeit haben sie bewiesen, daß der Heldenmut der Ahnen in den Enkeln weiterlebt. In merkwürdigem Gegensatz zu dieser kriegerischen Veranlagung sind sie heute ein durchaus friedliebendes, ja wohl ein allzu friedliebendes Volk geworden. Es bedarf eines sehr starken Druckes, um ihre kriegerischen Instinkte wachzurufen und sie zur Entfaltung ihrer militärischen Kräfte zu drängen.

Diese stark ausgeprägte Friedensliebe hat verschiedene tiefgründige Wurzeln.

Zunächst entspringt sie dem gutmütigen Charakter des deutschen Volkes, das zwar in doktrinärer Rechthaberei und Parteisucht eine große Befriedigung findet, aber es nicht gern zum Äußersten kommen läßt. Sie hängt aber auch noch mit einer anderen Eigentümlichkeit des deutschen Wesens zusammen. Wir haben das Bestreben, gerecht zu sein, und bilden uns sonderbarerweise ein, daß auch alle anderen Völker, mit denen wir Wechselbeziehungen unterhalten, dieses Bestreben teilen. Wir sind immer bereit, die Friedensversicherungen der auswärtigen Diplomatie und Presse für ebenso echt und wahr zu halten wie unsere eigenen friedlichen Gedanken und verschließen uns hartnäckig der Einsicht, daß die politische Welt nur von Interessen beherrscht wird, niemals aber von allgemeinmenschlichen idealen Bestrebungen. „Gerechtigkeit", sagt Goethe treffend, „Eigenschaft und Phantom der Deutschen." Wir sind immer geneigt, anzunehmen, daß Streitigkeiten zwischen Staaten sich in gerechter Weise friedlich schlichten lassen, ohne uns recht klar zu machen, was denn eigentlich internationale Gerechtigkeit ist.

Zu diesen Gründen der Friedensliebe, die im eigensten Wesen des deutschen Volkes ihren Ursprung haben, tritt dann noch der Wunsch hinzu, sich im Erwerbsleben nicht stören zu lassen.

Die Deutschen sind ein geborenes Handelsvolk, mehr als irgend ein anderes in Europa. Schon einmal — vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges — war Deutschland die vielleicht größte Handelsmacht der Welt, und in den letzten vierzig Jahren hat mit dem erneuten Aufblühen der politischen Macht Deutschlands Handel einen geradezu erstaunlichen Aufschwung genommen. Trotz unserer geringen Küstenentwicklung haben wir in wenigen Jahren die zweitgrößte Handelsflotte der Welt geschaffen, und unsere junge Industrie scheut jetzt den Wettbewerb mit keinem der großen Industriestaaten der Erde. Überall in der Welt sind deutsche Handelshäuser angesiedelt; deutsche Kaufleute durchstreifen die ganze Erde; ja sogar ein Teil des englischen Großhandels befindet sich in den Händen von Deutschen, die allerdings ihrem Vaterlande meist verloren gegangen sind. Unser nationaler Reichtum ist infolge dieser Verhältnisse in raschem Steigen begriffen.

Diese Entwicklung wollen unser Handelsstand und unsere Industriellen — Unternehmer wie Arbeiter — nicht gestört sehen. Sie glauben, daß der Friede dem Handelsverkehr am förderlichsten ist, in der Annahme, daß man uns überall einen ehrlichen Wettbewerb zugestehen werde, ohne zu bedenken, daß die siegreichen Kriege, die wir geführt, unser Erwerbsleben niemals gestört haben und daß es eben die durch den Krieg wiedergewonnene politische Macht war, die das mächtige Aufblühen des Handelsverkehrs überhaupt erst ermöglicht hat.

Auch die allgemeine Wehrpflicht trägt zu der Friedensliebe bei; denn ein Krieg berührt heutzutage nicht nur, wie früher, gewisse begrenzte Kreise, sondern das ganze Volk wird in Mitleidenschaft gezogen; alle Familien, alle Stände werden zu dem gleichen Einsatz an Menschenleben gezwungen. Zu dem allen aber tritt noch das Wirken der im Zuge der Zeit liegenden allgemeinen Friedensideen, die Auffassung, daß der Krieg, an und für sich ein Zeichen der Barbarei, eines aufwärtsstrebenden Volkes unwürdig sei, daß nur im Frieden sich die höchste Blüte der Kultur entwickeln könne.

Unter dem vielseitigen Einfluß solcher Anschauungen und

Bestrebungen scheinen wir die Lehre ganz vergessen zu haben, die einst das alte deutsche Reich „mit Erstaunen und Entrüstung“ durch Friedrich den Großen empfing, „daß die Rechte der Staaten nur durch die lebendige Macht behauptet werden“[1]; daß, was im blutigen Kampf errungen wurde, auch nur durch Kampf erhalten werden kann, und daß es gerade für uns Deutsche in unserer geographisch und politisch beengten Lage der größten Anstrengungen bedarf, um das Errungene zu behaupten und weiter zu entwickeln. Wir betrachten unsere kriegerische Rüstung als eine fast unerträglich schwere Last, die nach Möglichkeit zu verringern die eigentliche Aufgabe des deutschen Reichstages sei. Wir scheinen vergessen zu haben, daß gerade die bewußte Förderung unserer Wehrkraft nicht ein notgedrungenes Übel, sondern die notwendigste Vorbedingung unserer nationalen Gesundheit und die einzige Gewähr unserer internationalen Bedeutung ist. Wir haben uns gewöhnt, den Krieg nur als ein Unheil zu betrachten, und wollen in ihm den größten Kultur- und Machtförderer gar nicht mehr erkennen.

Neben diesem lauten Friedensbedürfnis und trotz der immerwährenden Wiederholung seiner inneren Berechtigung, leben aber doch auch noch andere Regungen, Wünsche und Strebungen, wenn auch unausgesprochen und vielfach unbewußt, in den Tiefen der deutschen Volksseele.

Mit der politischen Einigung wenigstens des größeren Teils der deutschen Stämme und der Errichtung des deutschen Kaiserreiches ging ein jahrhundertelanger Traum des deutschen Volkes in Erfüllung. Seitdem lebt in allen Herzen — ich möchte selbst die Anhänger der staatsfeindlichen Parteien davon nicht ausnehmen — ein stolzes Bewußtsein der eigenen Kraft, der wiedergewonnenen staatlichen Einheit und der gesteigerten politischen Macht. Dies Bewußtsein wird getragen von dem festen Willen, diese Güter nie wieder preiszugeben, und die Überzeugung ist überall lebendig, daß jeder Angriff auf diese Errungenschaften das ganze Volk in einheitlicher Begeisterung

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 54.

zu den Waffen rufen würde. Wir wünschen zwar alle, unsere heutige Stellung in der Welt ohne Kampf behaupten zu können, und wir leben des Glaubens, daß sich die Machtentfaltung unseres Staates in aufsteigender Linie weiterentwickeln werde, ohne daß wir darum zu kämpfen brauchen, aber wir scheuen im Grunde unseres Herzens solchen Kampf nicht, sondern sehen ihm mit einer gewissen ruhigen Zuversicht entgegen und sind in unserem tiefsten Innern fest entschlossen, uns niemals ohne Kampf zu einer verminderten Machtstellung herabdrücken zu lassen. Jede Berufung an die Kraft findet einen lauten Widerhall in allen Herzen. Nicht nur im Norden, wo unter Preußens lorbeerbekränzten Bannern ein selbstbewußtes, tüchtiges, arbeitsames und ruhmgewohntes Geschlecht herangewachsen ist, ruht solche Gesinnung lebendig als unbewußter Untergrund alles Denkens, Fühlens und Wollens in der Tiefe der Seelen; nein, auch im Süden, der jahrhundertelang unter dem Fluch beschränkter Kleinstaaterei gekrankt hat, leben stolzer Trotz und Machtbedürfnis des germanischen Stammes in dem Herzen des Volkes, hier und da freilich noch schlummernd unter der Decke des Partikularismus und des Sondertriebes, überwuchert von der reicheren und üppigeren Gestaltung des gesellschaftlichen Verkehrs, dennoch aber beseelt von verborgener Spannkraft. Kräftige Keime starken nationalen Bewußtseins harren auch hier der Erweckung.

So ist die politische Kraft unseres Volkes zwar im Innern lebendig, nach außen aber durch seine Friedensliebe gebunden. Sie verbraucht sich in unfruchtbarem Hader und doktrinären Bestrebungen. Es fehlt uns ein klar bestimmtes politisches und nationales Ziel, das die Phantasie gefangen nimmt, das Herz der Nation bewegt und zu einheitlichem Handeln zwingt, ein Ziel, wie es uns bis zu unseren Einigungskriegen in dem Sehnen nach der deutschen Einheit, nach der Erfüllung der Barbarossasage, gegeben war.

In diesem Mangel aber scheint mir eine große Gefahr für die gesunde Weiterentwicklung unseres Volkes zu liegen, eine Gefahr, die um so größer ist, als unsere politische Stel-

lung in der Welt von schweren äußeren Verwicklungen bedroht wird.

Trotz der zeitweilig friedlichen Aussichten bestehen zwischen den großen Weltstaaten doch gewaltige Spannungen, und es ist kaum anzunehmen, daß ihre vielfach einander entgegengesetzten und oft mit brutaler Energie geförderten Bestrebungen immer wieder einen friedlichen Ausgleich finden werden.

In diesem Ringen der gewaltigsten Kräfte, das sich zunächst friedlicher Mittel bedient, bis einmal die Gegensätze unversöhnbar aufeinanderstoßen, ist unser deutsches Vaterland von allen Seiten bedroht. Das folgt zunächst schon aus seiner geographischen Lage in der Mitte feindlicher Nebenbuhler; dann aber auch daraus, daß wir uns als die letzten, gewissermaßen als Emporkömmlinge zwischen die früher zur Macht gelangten Staaten eingedrängt haben und nun auch unseren Anteil an dem Reiche dieser Welt beanspruchen, nachdem wir jahrhundertelang nur im Reiche des Geistes geherrscht hatten. Damit haben wir tausend Interessen verletzt und grimmige Feindschaften gegen uns wachgerufen. Die dadurch bedingte politische Lage näher zu beleuchten, muß einem späteren Abschnitt vorbehalten werden. Eines aber kann auch ohne nähere Erwägungen erkannt werden: wenn die gewaltsame Lösung der bestehenden Spannungen erfolgt, wenn die politische Krisis sich zu kriegerischem Handeln entwickelt, würden die Deutschen einen schweren Stand haben inmitten aller der Kräfte, die wider sie tätig sind; anderseits aber würde der Ausgang dieses Kampfes über ihre ganze Zukunft als Staat und als Nation entscheiden. Wir haben bei einem solchen Kriege am meisten zu verlieren oder zu gewinnen; uns werden die größten Gefahren umbrausen, und nur dann werden wir siegreich aus diesem Kampf gegen eine Welt feindlicher Elemente hervorgehen, nur dann werden wir den Siebenjährigen Krieg um unsere Weltstellung erfolgreich durchkämpfen, wenn wir als *Soldaten* einen Vorsprung vor unseren wahrscheinlichen Gegnern voraus haben; wenn das Heer, das unsere Schlachten schlagen soll, getragen und gestützt wird durch alle materiellen

und geistigen Kräfte der Nation, wenn der Wille zum Siege nicht nur in den Truppen lebt, sondern in dem gesamten einigen Volke, das diese Truppen in den Kampf um seine höchsten Güter sendet.

Das waren die Erwägungen, die mich dazu geführt haben, den Krieg auch vom Kulturstandpunkt aus zu betrachten und ihn anderseits in Beziehung zu bringen zu den großen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft, die die Vorsehung dem deutschen Volke gestellt hat als dem bedeutendsten Kulturvolke, das die Geschichte kennt.

Von diesem Standpunkt aus mußte ich zunächst die Friedensbestrebungen, die unsere Zeit zu beherrschen scheinen und auch die Seele des deutschen Volkes zu vergiften drohen, auf ihren wahren sittlichen Gehalt prüfen und den Beweis zu führen suchen, daß der Krieg nicht nur ein notwendiges Element im Völkerleben ist, sondern auch ein unentbehrlicher Faktor der Kultur, ja die höchste Kraft- und Lebensäußerung wahrer Kulturvölker. Ich mußte dann aber auch aus der Geschichte der deutschen Vergangenheit in ihrem Zusammenhange mit den Verhältnissen der Gegenwart die Gesichtspunkte zu entwickeln suchen, die uns Wegweiser sein können in das unbekannte Land der Zukunft. Das historisch Gewordene läßt sich nicht ertöten. Es ist und wirkt nach inneren Gesetzen, während anderseits die Gegenwart zwingende Anforderungen stellt. Aber nicht willenlos braucht man dem Druck der Verhältnisse nachzugeben, auch Staaten stehen, wie der Herakles der Heroensage, am Scheidewege ihres Schicksals; sie können den Weg wählen zum Aufgang oder zum Niedergang. „Die Gunst der Weltlage wird im Völkerleben wirksam erst durch den bewußten Menschenwillen, der sie zu benutzen weiß“ [1]). Darum schien es mir geboten und nützlich, an dem Scheidewege unserer Entwicklung, an dem wir uns heute befinden, mit der Fackel des Wortes hinüber zu leuchten auf die verschiedenen Straßen, die sich unserem Volke eröffnen, soweit ich

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 28.

sie selbst zu übersehen vermag. Nur wenn ein Volk sich volle Rechenschaft gibt über die wahrscheinlichen Folgen seines Handelns, vermag es mit klarer Erkenntnis die großen Entscheidungen für seine Weiterentwicklung zu treffen, nur dann wird es dem Schicksal klaren und festen Auges entgegensehen und auch zu den Opfern bereit sein, die Gegenwart und Zukunft von ihm fordern mögen.

Soweit für uns diese Opfer auf finanziellem und militärischem Gebiete liegen, sind sie demnach sehr wesentlich bedingt durch die Vorstellung von dem, was Deutschland in Gegenwart und Zukunft zu erstreben und zu vollenden berufen ist. Nur wer meine Auffassung von den Pflichten und Aufgaben des deutschen Volkes teilt und mit mir zu der Überzeugung gelangt, daß sie ohne Schwertschlag nicht zu erfüllen und zu lösen sind, wird auch auf dem rein militärischen Gebiet meine Erwägungen und Folgerungen richtig zu bewerten und die finanziellen Forderungen, die sich aus ihnen ergeben, zutreffend zu beurteilen vermögen; denn nur im folgerichtigen Zusammenhange mit der politischen und kulturellen Gesamtentwicklung des Staats finden die militärischen Forderungen ihre Begründung und ihre Berechtigung.

1
Das Recht zum Kriege

Seitdem der alternde Immanuel Kant 1795 seine Abhandlung „Zum ewigen Frieden" veröffentlichte, gilt es vielen als ausgemachte Wahrheit, daß der Krieg der Zerstörer alles Guten und der Ursprung alles Bösen sei. Trotz aller Lehren der Geschichte wird auch die Unvermeidlichkeit des Völkerkampfes bezweifelt und der wachsenden Kultur eine kriegüberwindende Macht zugesprochen. Aber unbekümmert um solche Lehrmeinungen der Menschen und den Wandel der Zeiten ist der Krieg immer wieder waffenklirrend durch die Länder gezogen und hat seine zerstörende, aber auch seine schöpferische und reinigende Kraft bewährt. Die Menschheit über sein eigentliches Wesen zu belehren, hat er nicht vermocht. Große Kriegsperioden haben nicht von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt, sondern im Gegenteil immer von neuem den Wunsch wachgerufen, den Krieg womöglich ganz aus dem politischen Verkehr der Völker auszuschalten.

Dieser Wunsch und diese Hoffnung bestehen auch heute wieder in den weitesten Kreisen. Die Erhaltung des Friedens wird als das einzig erstrebenswerte Ziel aller Staatskunst angepriesen. Ja, dieses unbedingte Friedensverlangen hat gerade in unseren Tagen eine ganz besondere Macht über die Gemüter gewonnen. In Friedensligen und Friedenskongressen findet dieses Streben seinen öffentlichen Ausdruck; die Presse aller Länder wie aller Parteien öffnet ihm ihre Spalten; die Strömung in dieser Richtung ist so stark, daß selbst die meisten Regierungen die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, als das wesentlichste Ziel ihrer Politik wenigstens öffentlich be-

zeichnen. Wo aber dennoch ein Kriegsfeuer entsteht, wird der Angreifer vor aller Welt gebrandmarkt, und alle Regierungen bemühen sich, teils wirklich, teils nur zum Schein den Brand zu löschen.

Ideale Friedensliebe ist freilich nur selten der Beweggrund ihres Handelns. Meist benutzen sie das zur Schau getragene Friedensbedürfnis nur als Deckmantel, unter dem sie ihre eigentlichen politischen Zwecke zu fördern suchen. So war es im wesentlichen auf den Haager Friedenskongressen, und so ist wohl auch das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika aufzufassen, die in neuerer Zeit alles Ernstes bemüht gewesen sind, Schiedsgerichtsverträge vor allem mit England, aber auch mit Japan, Frankreich und Deutschland abzuschließen, bisher freilich ohne praktisches Ergebnis.

Man kann schwerlich annehmen, daß wirkliche Friedensliebe die Triebfeder dieser Bestrebungen sei. Das geht schon daraus hervor, daß gerade die Mächte, die als die Schwächeren der Vergewaltigung ausgesetzt sind und daher des internationalen Schutzes am meisten bedürften, bei den amerikanischen Schiedsgerichtsanträgen völlig übergangen worden sind. Es muß daher vorausgesetzt werden, daß sehr nüchterne politische Motive die geschäftskundigen Amerikaner zu solchen Schritten veranlaßt und anderseits das „perfide Albion“ bewogen haben, darauf einzugehen. Man darf wohl annehmen, daß England die Absicht gehabt hat, sich für einen Krieg mit Deutschland den Rücken zu decken, daß Amerika aber freie Hand gewinnen wollte, um ungestört seine Machtpolitik in Mittelamerika betreiben und seine den Panamakanal betreffenden Pläne zum einseitig-amerikanischen Vorteil ausführen zu können. Auch Wahlrücksichten mögen mitgesprochen haben, die in der Union sehr viel öfter maßgebend sind, als in Europa angenommen wird. Die Stimmen der zahlreichen Friedensfreunde können bei der Präsidentenwahl ein gewichtiges Wort mitsprechen. Außerdem aber hatten beide Staaten wohl die Hoffnung, den Vertragsgenossen auf diesem Wege zu übervorteilen und selbst den Löwenanteil zu gewinnen. Theoretiker und

Schwärmer aber glauben in dem Bemühen des Präsidenten Taft einen gewaltigen Schritt vorwärts auf der Bahn zum ewigen Frieden zu erkennen und stimmen ihm begeistert zu. Selbst der Leiter der auswärtigen Politik Englands hat das Vorgehen der Vereinigten Staaten mit gut gespieltem Idealismus als einen Abschnitt in der Geschichte der Menschheit bezeichnet.

Wie eine Bleichsucht hat das Friedensverlangen die meisten Kulturvölker befallen, ein Zeichen von Mutlosigkeit und politischer Willensschwäche, wie es in epigonenhaften Zeiten wiederholt zutage getreten ist. „Immer," lehrt H. v. Treitschke, „sind es nur die müden, geistlosen und erschlafften Zeiten gewesen, die mit dem Traume vom ewigen Frieden gespielt haben."

Innerhalb gewisser Grenzen wird niemand den Bestrebungen, die Kriegsgefahr zu verringern und die Leiden, die der Krieg mit sich bringt, abzuschwächen, einige Berechtigung absprechen. Daß der Krieg das Erwerbsleben zeitweilig stört, die ruhige wirtschaftliche Entwicklung unterbricht, vielfaches Elend mit sich führt und die ursprüngliche Roheit des Menschen hervorbrechen läßt, ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Es ist daher nur zu billigen, wenn Kriege aus leichtfertigen Gründen unmöglich gemacht werden sollen, wenn man bemüht ist, die Unbilden, die der Krieg notwendig mit sich führt, einzuschränken, soweit es mit dessen eigenstem Wesen vereinbar ist. Was die Haager Friedenskongresse auf diesem engeren Gebiete geleistet haben, verdient wie jede zulässige Humanisierung des Krieges allgemeine Anerkennung. Ganz etwas Anderes aber ist es, wenn die Absicht dahin geht, den Krieg überhaupt zu beseitigen und seine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit zu leugnen.

Dieses Streben setzt sich in unmittelbaren Widerspruch mit den großen allgemeinen Gesetzen, die alles Leben beherrschen, denn der Krieg ist in erster Linie eine biologische Notwendigkeit, ein Regulator im Leben der Menschheit, der gar nicht zu entbehren ist, weil sich ohne ihn eine ungesunde, jede Förderung der Gattung und daher auch jede wirkliche

Kultur ausschließende Entwicklung ergeben müßte. „Der Krieg ist der Vater aller Dinge“ [1]). Diese Erkenntnis hatte sich schon lange vor Darwin den Weisen des Altertums erschlossen.

Im Leben der Natur ist der Kampf ums Dasein zugleich die Grundlage aller gesunden Entwicklung. Alles Seiende stellt sich dar als Ergebnis ringender Kräfte. So ist auch im Leben des Menschen der Kampf nicht nur das zerstörende, sondern auch das lebenspendende Prinzip. „Verdrängen oder sich verdrängen lassen, ist der Kern des Lebens“, sagt Goethe, und der Lebensstarke behält die Oberhand. Überall gilt das Gesetz des Stärkeren. Die Formen überdauern, die sich die günstigsten Lebensbedingungen zu schaffen und sich im Gesamthaushalt der Natur zu behaupten vermögen. Das Schwache unterliegt. Geregelt und gemäßigt wird dieser Kampf durch die unbewußt waltenden biologischen Gesetze und das Spiel der gegeneinander wirkenden Kräfte. In der Welt der Pflanzen und Tiere vollzieht sich dieser Prozeß in unbewußter Tragik. In der Menschheit wird er mit Bewußtsein geführt und durch die Gesellschaftsordnungen geregelt. Mit allen Mitteln sucht der Willens- und Geistesstarke sich zur Geltung zu bringen, strebt der Ehrgeizige nach oben, und keineswegs läßt sich bei diesem Streben das Individuum lediglich vom Bewußtsein des Rechtes leiten. Gewiß ist die Lebensarbeit und ist der Lebenskampf zahlreicher Menschen durch selbstlose und ideale Beweggründe bestimmt; in weit höherem Maße aber sind es die weniger edlen Leidenschaften: Gier nach Besitz, Genuß und Ehre, Neid und Rachegefühl, die das menschliche Tun bestimmen, und vielleicht öfter noch ist es die Not des Lebens, die selbst höher veranlagte Naturen in den gemeinen Kampf der Massen um Dasein und Genuß herunterzieht. Darüber wird wohl niemand im Zweifel sein. Aus Individuen aber setzen sich die Völker, aus Gesellschaften die Staaten zusammen, und was in dem einzelnen wirksam ist,

[1]) Πόλεμος πατήρ πάντων. Heraklit von Ephesus.

kommt auch in der Gesamtheit zur Geltung. Es ist ein fortwährender Kampf um Besitz, Macht und Herrschaft, der die Beziehungen der Völker untereinander in erster Linie beherrscht, und das Recht wird meistens nur so lange geachtet, als es sich mit dem Vorteil vereinigen läßt. Solange es Menschen gibt, die menschlich fühlen und ringen, solange es Völker gibt, die nach erweiterter Lebensbetätigung streben, solange werden sich auch stets Interessengegensätze herausbilden, werden Anlässe zum Kriegführen gegeben sein.

„Der Kampf ist dasjenige Naturgesetz, auf das sich alle Naturgesetze vereinfachen lassen. Alle innergesellschaftlichen Güter, alle Gedanken, Erfindungen, Einrichtungen, wie die Gesellschaftsordnung selbst, sind ein Ergebnis des innergesellschaftlichen Kampfes, in dem das eine bestehen bleibt, das andere ausgeschieden wird. Der außergesellschaftliche, der übergesellschaftliche Kampf, der die äußere Entwicklung der Gesellschaften, Völker, Rassen leitet, ist der Krieg.

Die innere Entwicklung, der innergesellschaftliche Kampf ist die menschliche Tagesarbeit, der Kampf der Gedanken, Gefühle, Wünsche, Wissenschaften, Leistungen. Die äußere Entwicklung, der übergesellschaftliche Kampf, ist der blutige Völkerkampf, der Krieg. Worin besteht die Schöpferkraft des Kampfes? In Werden und Vergehen; im Siege des einen Faktors und in der Niederlage des anderen Faktors! In der Auslese liegt die Schöpfertat des Kampfes“ [1]).

Im innergesellschaftlichen Kampf wird die Gesellschaftsordnung sich als die lebensfähigste erweisen, in der die tüchtigsten Persönlichkeiten zum größten Einfluß gelangen. Im außergesellschaftlichen Kampf, im Kriege, wird das Volk siegen, das die größte körperliche, geistige, moralische, materielle und staatliche Kraft in die Wagschale zu werfen hat und daher am wehrhaftesten ist. Ihm wird der Krieg günstige Lebensbedingungen, erweiterte Entwicklungsmöglichkeit, gesteigerten Einfluß gewähren und damit dem menschlichen Fortschritt

[1]) Clauß Wagner, Der Krieg als schaffendes Weltprinzip.

dienlich sein; denn es ist klar, daß die Faktoren, die die Überlegenheit im Kriege gewähren, nämlich vor allem die geistigen und sittlichen, zugleich die sind, die überhaupt eine fortschrittliche Entwicklung ermöglichen. Eben dadurch, daß sie die Elemente des Fortschritts in sich bergen, verleihen sie den Sieg. Ohne den Krieg aber würden nur allzuleicht minderwertige oder verkommene Rassen die gesunden, keimkräftigen Elemente überwuchern, und ein allgemeiner Niedergang müßte die Folge sein. „Der Krieg", sagt A. W. v. Schlegel, „ist notwendig wie der Kampf der Elemente in der Natur."

Nun ist es ja allerdings eine Tatsache, die vor aller Augen liegt, daß auch zwischen Völkern und Staaten wie zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft ein friedlicher Wettbewerb auf allen Gebieten des Kulturlebens stattfinden kann, ein Kampf, der nicht immer in Krieg auszuarten braucht. Kampf und Krieg sind nicht identisch. Dieser Wettbewerb aber findet keineswegs unter den gleichen Bedingungen statt wie der innergesellschaftliche Kampf und kann daher auch nicht zu den gleichen Ergebnissen führen.

Über dem Wettbewerb der Einzelnen und der Gruppen innerhalb des Staates steht nämlich das Gesetz und sorgt, daß das Unrecht in Schranken gehalten wird und das Recht zur Geltung kommt; hinter dem Gesetz steht der Staat mit seiner Macht, die er anwenden soll und kann, um die sittlichen und geistigen Interessen der Gesellschaft nicht nur zu schützen, sondern auch zu fördern. Über dem Wettbewerb der Staaten dagegen steht keinerlei unparteiische Macht, die dem Unrecht steuert und mit bewußter Absicht die höchsten Zwecke der Menschen im Wettbewerb der Staaten fördert. Dem Unrecht kann zwischen Staaten nur durch die Gewalt gewehrt werden, und für seine sittlichen und kulturellen Zwecke muß jedes Volk selbst eintreten und für ihre Förderung sorgen. Wo es dabei mit andern Staaten und deren Auffassungen in Konflikt gerät, muß es sich entweder bescheiden und dem mitbewerbenden Volke oder Staate den Vorrang zugestehen, oder es muß an

die Kraft appellieren und es auf den tatsächlichen Kampf, den Krieg, ankommen lassen, um seiner Auffassung Geltung zu verschaffen. Es gibt keine in der Natur der Dinge begründete Macht, die über Staaten urteilen und ihrem Urteil Geltung verschaffen kann. Es bleibt tatsächlich nichts Anderes übrig als der Krieg, um den wahren Elementen des Fortschritts das Übergewicht zu gewinnen über den Zustand des Niedergangs und des Verderbens.

Gewiß wird es vorkommen, daß mehrere schwächere Völker sich vereinigen und eine Überlegenheit bilden, um das an sich stärkere Volk zu überwinden, und oft wird ihnen das zeitweise gelingen. Auf die Dauer aber macht sich die intensivere Lebenskraft dennoch geltend, und während die vereinigten Gegner in sich verderben, erwachsen dem starken Volke selbst aus der momentanen Niederlage neue Kräfte, die ihm den endlichen Sieg auch über numerische Überlegenheit verschaffen. Gerade unsere deutsche Geschichte ist ein redendes Beispiel für diese Wahrheit.

So ist der Kampf ein allgemeines Gesetz der Natur und der Trieb zur Selbsterhaltung, der zum Kampf führt, als eine natürliche Bedingung alles Lebens durchaus berechtigt. „Mensch sein heißt ein Kämpfer sein." Sich selbst aufgeben aber ist eine Verneinung des Lebens, wie im Dasein des einzelnen, so auch im Leben der Staaten als der Volkspersönlichkeiten; das eigene selbständige Dasein zu behaupten, ist das erste und oberste Gesetz. Nur in der Selbstbehauptung kann der Staat seinen Bürgern die Lebensbedingungen erhalten und den rechtlichen Schutz gewähren, den jeder von ihm zu fordern berechtigt ist. Diese *Pflicht der Selbstbehauptung* ist aber keineswegs durch die *bloße Abwehr* feindlicher Angriffe erschöpft; sie schließt die Forderung ein, der Gesamtheit des Volkes, das der Staat umfaßt, *Daseins-* und *Entwicklungsmöglichkeit* zu gewähren.

Kräftige, gesunde und aufblühende Völker nehmen an Volkszahl zu; sie bedürfen daher von einem gegebenen Augenblick an einer steten Erweiterung ihrer Grenzen, sie brauchen Neu-

land, um den Überschuß der Bevölkerung unterzubringen. Da aber die Erde fast überall besiedelt ist, kann Neuland im allgemeinen nur auf Kosten Besitzender gewonnen werden, d. h. durch Eroberung, die damit zu einem Gesetz der Notwendigkeit wird.

Das Recht der Eroberung ist auch allgemein anerkannt. Zunächst vollzieht sie sich auf friedlichem Wege; übervölkerte Länder ergießen einen Strom von Auswanderern in andere Staaten und Gebiete. Indem diese sich den Rechtsordnungen des Einwanderungslandes unterordnen, suchen sie sich auf Kosten der ursprünglichen Einwohner und im Wettbewerb mit ihnen günstige Daseinsbedingungen zu schaffen, d. h. zu erobern.

Allgemein anerkannt ist aber auch das Recht der Kolonisation, indem weite, von wenig kultivierten Massen bewohnte Gebiete durch Staaten höherer Kultur in Besitz genommen und ihrer Herrschaft unterworfen werden. Die höhere Kultur und die dementsprechend größere Macht begründen das Recht zur Besitzergreifung. Freilich ist dieses Recht ein sehr schwankendes, und es dürfte unmöglich sein, zu bestimmen, welcher Kulturunterschied die Besitzergreifung und Unterwerfung rechtfertigt. Gerade die Unmöglichkeit, in diesen Beziehungen der Völker zueinander eine rechtliche Grenze zu finden, ist aber wieder die Ursache vieler Kriege. Der Unterworfene erkennt das Recht nicht an, ihn zu unterwerfen, und das stärkere Kulturvolk seinerseits will dem Unterworfenen das Recht auf Selbständigkeit nicht zugestehen. Kritisch wird dieser Zustand besonders dann, wenn die Kulturverhältnisse sich mit der Zeit geändert haben — wenn auch das unterworfene Volk höhere Lebensformen und Lebensauffassungen gewonnen hat und der Kulturunterschied damit immer mehr verschwindet: Verhältnisse, wie sie jetzt zum Beispiel in Britisch-Indien heranreifen.

Endlich gilt auch von jeher das Recht der Eroberung durch den Krieg. Wo für ein zunehmendes Volk Kolonialland von unkultivierten Rassen nicht gewonnen werden kann und dennoch der Volksüberschuß, den das eigene Land nicht mehr zu ernähren vermag, dem Staate erhalten werden soll, bleibt nichts Anderes übrig, als sich das nötige Gebiet durch Krieg zu verschaffen,

da zwingt der Selbsterhaltungstrieb zum Kriege und zur Eroberung fremden Landes. Da hat nicht mehr Recht, wer besitzt, sondern wer im Kampfe Sieger bleibt, und für das bedrohte Volk gilt das Goethesche Wort:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen.“

Das Vorgehen Italiens in Tripolis liefert ein Beispiel für derartige Verhältnisse, während Deutschland in der Marokkofrage sich zu ähnlichem Entschluß nicht aufzuraffen vermochte[1]).

Recht hat in solchen Fällen, wer die Kraft hat, zu erhalten oder zu erobern. Die Kraft ist zugleich das höchste Recht, und der Rechtsstreit wird entschieden durch den Kraftmesser, den Krieg, der zugleich immer biologisch gerecht entscheidet, da seine Entscheidungen aus dem Wesen der Dinge selbst hervorgehen.

Wenn somit die Volkszunahme unter Umständen einen zwingenden Grund zum Kriege bildet, kann der gleiche Zwang auch aus den Arbeitsverhältnissen hervorgehen.

In Amerika, England und Deutschland, um nur die größten Handelsstaaten zu nennen, bietet die Industrie großen Massen der Bevölkerung lohnende Arbeit. Alle Erzeugnisse dieser Arbeit zu verbrauchen, ist aber die Bevölkerung des eigenen Staates nicht imstande. Die Industrie lebt also zum großen Teil von der Ausfuhr. Solange sie Märkte findet, die ihre Erzeugnisse willig aufnehmen, sind Arbeit und Verdienst gesichert, indem sie vom Auslande bezahlt werden. Dieses aber hat das dringende Interesse, sich von solchem Tribut zu be-

[1]) Es soll damit nicht gesagt werden, daß Deutschland einen Teil Marokkos hätte in Besitz nehmen können und sollen. Wohl aber bin ich aus mehr als einem Grunde der Ansicht, daß es geboten gewesen wäre, die tatsächliche Souveränität dieses Staates auf Grund der Algeciras-Akte mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Unter anderen Vorteilen, die hier nicht erörtert werden sollen, wäre uns dadurch das Land als mögliches Siedelungsgebiet erhalten geblieben. Das hätte für die Zukunft berechtigte Ansprüche geschaffen.

freien und, was es braucht, selbst zu erzeugen. Überall finden wir daher auch das Bestreben, auf der einen Seite eine eigene Industrie ins Leben zu rufen und sie durch Zollschranken zu schützen, auf der anderen Seite sich die Märkte offen zu halten, andere mitbewerbende Industrien zu unterdrücken oder zu schädigen und sich dadurch sowohl die Abnehmer zu erhalten als auch neue zu gewinnen. Es ist ein erbitterter Kampf, der auf dem Weltmarkt geführt wird. Oft genug hat er schon in Zollkriegen bestimmte feindselige Formen angenommen, und eine weitere Verschärfung dieses Kampfes wird die Zukunft zweifellos bringen. Je mehr sich einerseits große Handelsgebiete nach außen abschließen, je mehr anderseits bisher abnehmende Länder eigene Industrie entwickeln, die bei günstigeren Arbeits- und Erzeugungsverhältnissen billiger zu liefern vermag als die Einfuhr aus den älteren Industriestaaten, desto mehr wird sich die Arbeit dieser letzteren auf dem Weltmarkt gefährdet sehen, und sehr wohl kann der Fall eintreten, daß ein Ausfuhrstaat seinen Arbeitern nicht mehr genügende Lebensbedingungen zu schaffen vermag. Ein solcher Staat liefe Gefahr, nicht nur einen wertvollen Teil seiner Bevölkerung durch Abwanderung zu verlieren, sondern auch seine politische und kulturelle Machtstellung bei abnehmender Arbeitsleistung und schwindendem Erwerb allmählich einzubüßen.

Wir stehen in dieser Hinsicht heute am Anfang einer Entwicklung; die Möglichkeit kann aber keineswegs von der Hand gewiesen werden, daß die Notwendigkeit, seiner Bevölkerung lohnende Arbeit zu verschaffen, den Staat zu kriegerischen Unternehmungen zwingt. Hätte es sich in Marokko um größere Werte gehandelt, als augenblicklich noch der Fall ist, wäre unser Ausfuhrhandel schon jetzt ernstlich gefährdet, so würde Deutschland eine Vorzugsstellung auf dem marokkanischen Markte den Franzosen schwerlich ohne Kampf eingeräumt haben, und England würde, wie es um den Besitz der südafrikanischen Gold- und Diamantenfelder gerungen hat, zweifellos einen Kampf bis aufs Messer nicht scheuen, wenn es seinen indischen

Markt bedroht sähe, auf dessen Beherrschung seine heutige Machtstellung wesentlich beruht.

So führt die Erkenntnis, daß der Krieg durch biologische Notwendigkeiten bedingt wird, von vornherein zu dem Schluß, daß jeder Versuch, ihn aus dem Völkerverkehr auszuschalten, sich als völlig undurchführbar erweisen müßte. Er ist aber nicht nur eine biologische Notwendigkeit, sondern auch eine sittliche Forderung und als solche ein unentbehrlicher Faktor der Kultur.

Der Standpunkt, den man zu dieser Auffassung einnimmt, hängt auf das innigste zusammen mit der Weltanschauung überhaupt.

Wer das Leben des einzelnen wie das der Völker als etwas rein Sinnliches, als einen mit dem Tode und dem äußeren Vergehen abgeschlossenen Vorgang betrachtet, muß logischerweise die möglichst glückliche, genußreiche Gestaltung dieses Lebens und die möglichste Verringerung alles äußeren Leidens als das höchste Ziel betrachten, das Menschen erstreben können. Er wird im Staate nur eine Art Versicherungsanstalt erblicken, die ihm ein möglichst ungestörtes Erwerbs- und Genußleben im weitesten Sinne gewährleisten soll; er wird der Ansicht beipflichten, die Wilhelm v. Humboldt in seiner Abhandlung über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates aussprach[1]): die Zwangsanstalt des Staates müsse sich auf die Sicherung von Hab und Leben beschränken; er wird den Staat als eine Rechtsanstalt begreifen und dazu neigen, den Krieg als das denkbar größte Übel zu verabscheuen.

Wer dagegen Menschen- und Völkerleben nur als Bruchteil einer Gesamtexistenz auffaßt, deren Endabsicht nicht im Genuß, sondern in der Entwicklung geistiger und sittlicher Kräfte besteht, wer alles Genießen nur als eine Begleiterscheinung wechselnder Lebenszustände ansieht, dem wird auch die Aufgabe des Staates als eine andere erscheinen. Ihm ist der

[1]) W. v. H., Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen.

Staat nicht nur eine rechtliche und gesellschaftliche Versicherungs-anstalt; für ihn hat die staatliche Vereinigung nicht nur den Zweck, dem einzelnen möglichst viele Kulturgüter zugänglich zu machen; sondern er spricht ihr die höhere Aufgabe zu, die geistigen und sittlichen Kräfte eines Volkes zur höchsten Entfaltung zu bringen und ihnen den Einfluß in der Welt zu sichern, der ihnen für den Gesamtfortschritt der Menschheit zukommt. Er sieht, wie schon Fichte lehrte[1]), im Staat den Erzieher des Menschengeschlechts zur Freiheit, dem es auferlegt sei, die sittliche Aufgabe auf Erden zu verwirklichen. „Der Staat", sagt Treitschke, „ist eine sittliche Gemeinschaft, er ist berufen zu positiven Leistungen für die Erziehung des Menschengeschlechts, und sein letzter Zweck ist, daß ein Volk in ihm und durch ihn zu einem wirklichen Charakter sich ausbildet; denn das ist für ein Volk wie für den einzelnen Menschen die höchste sittliche Aufgabe"[2]).

Diese höchste Entwicklung kann niemals im reinen Individualismus erreicht werden. Nur indem der Mensch in einer Gesamtheit aufgeht, in einem sozialen Organismus, für den er lebt und wirkt, kann er seine höchsten Fähigkeiten ausbilden, in der Familie, in der Gesellschaft und vor allem im Staat, der den einzelnen aus den engen Kreisen, in denen sich sonst sein Leben abspielen würde, hinausführt und ihm eine Wirkung für die großen gemeinsamen Interessen der Menschheit ermöglicht. Erst der Staat, lehrte einst Schleiermacher, gibt dem einzelnen den höchsten Grad des Lebens[3]).

Von diesem Standpunkt aus wird man auch den Krieg

[1]) Fichte, Staatslehre.

[2]) Treitschke, Politik I, S. 81.

[3]) Den Begriff des Staates zu dem der Menschheit zu erweitern und damit dem einzelnen scheinbar noch höhere Aufgaben zu stellen, führt auf Irrwege, da in einer einheitlich gedachten Menschheit der Kampf und damit das notwendigste Lebensprinzip ausgeschaltet wäre; ganz abgesehen davon, daß ein Wirken für die Gesamtmenschheit außerhalb der Grenzen des Staates und der Nationalität praktisch unmöglich ist. Derartige Ideen gehören in das weite Gebiet der Utopien.

als eine sittliche Notwendigkeit betrachten, wenn er um die höchsten und wertvollsten Güter eines Volkes geführt wird. Es ist — wie das menschliche Leben nun einmal beschaffen ist — der politische Idealismus, der den Krieg fordert, während der Materialismus ihn in der Theorie wenigstens verwirft.

Wer von diesem höheren Standpunkt aus den Begriff des Staates faßt, wird sehr bald erkennen, daß dieser seine großen sittlichen Zwecke nur erreichen kann bei wachsender politischer Macht und daß das Höchste, was er erstrebt, in untrennbarer Wechselbeziehung steht zu der Förderung auch seiner materiellen Interessen. Nur der nach erweiterter Machtsphäre strebende Staat schafft die Bedingungen, unter denen sich das Menschentum zu edelster Blüte entwickeln kann; erst auf der großen Bühne der Taten, wie die Macht sie schafft, wird der Entwicklung aller besten menschlichen Fähigkeiten und Eigenschaften Raum gegeben. Wenn aber der Staat auf Machterweiterung verzichtet und vor jedem Krieg zurückbebt, der für die Weiterentwicklung notwendig ist, wenn er nur noch *sein* und nicht mehr *werden* will, wenn er sich „beruhigt auf ein Faulbett" legt, dann verkümmern in ihm auch die Menschen; jedem Einzelnen wird das Streben beschränkt, und die großen Gesichtspunkte gehen verloren. Die Erbärmlichkeit des Lebens aller Kleinstaaten beweist das zur Genüge, und dem gleichen Fluch verfällt auch jeder Großstaat, der sich bescheidet.

In einem langen Frieden drängen sich alle kleinlichen und selbstsüchtigen Interessen in den Vordergrund; Eigennutz und Intrige machen sich breit, und der Idealismus geht unter in materieller Genußsucht. Das Geld gewinnt eine übergroße und unberechtigte Macht, und dem Charakter wird die ihm gebührende Achtung versagt:

„Denn der Mensch verkümmert im Frieden,
Müßige Ruh ist das Grab des Muts.
Das Gesetz ist der Freund des Schwachen,
Alles will es nur eben machen,
Möchte gern die Welt verflachen,

Aber der Krieg läßt die Kraft erscheinen,
Alles erhebt er zum Ungemeinen,
Selber dem Feigen erzeugt er den Mut" [1]).

„Kriege sind furchtbar, aber sie sind notwendig, denn sie schützen den Staat vor innerer Verknöcherung und Versumpfung. Es ist gut, daß die Endlichkeit und Vergänglichkeit der Güter dieser Welt nicht bloß gesagt, sondern erlebt und erfahren wird. Das geschieht im Kriege, nur in ihm" [2]).

Der Krieg ist im Gegensatz zum Frieden der größte Machterweiterer und Lebenserwecker, den die Geschichte der Menschheit kennt. Wohl hat er manche materielle und seelische Not im Gefolge; zugleich aber ruft er die edelste Betätigung der menschlichen Natur in die Erscheinung, besonders unter den heutigen Verhältnissen, unter denen er nicht nur als eine Angelegenheit der Fürsten und Regierungen betrachtet werden kann, sondern als die Betätigung des Gesamtwillens eines ganzen Volkes.

Vor der ernsten Entscheidung, die ein Krieg in sich schließt, verlieren alle kleinlichen Sonderinteressen ihre Bedeutung. Die gemeinsame Gefahr einigt alles zu gemeinsamer Kraftanstrengung, und wer sich diesem Dienst der Allgemeinheit entzieht, wird verdientermaßen niedergetreten. Schon in dieser Einigung liegt eine befreiende Kraft, die lange und glücklich fortwirkt in dem Leben eines Volkes. Man denke nur an die einigende Kraft der Freiheitskriege wie des Deutsch-Französischen Krieges und an deren geschichtliche Folgen. Die einzelnen Roheiten, die jeder Krieg mit sich bringt, verschwinden völlig vor dem Idealismus der Gesamtleistung. Alle Scheingrößen, wie sie ein langer Frieden unzweifelhaft großzieht, werden entlarvt. Die Persönlichkeiten erlangen den ihnen gebührenden Platz; alles Starke, alles Hohe und Wahre tritt hervor und gelangt zur Wirksamkeit. „In tausend rührenden Zügen bekundet sich die heilige Macht der Liebe, die ein gerechter Krieg in edlen

---

[1]) Schillers Braut von Messina.
[2]) Kuno Fischer, Hegel I, S. 737.

Völkern erweckt"[1]). Auch Friedrich der Große erkennt die veredelnde Wirkung des Krieges an. „Der Krieg", sagt er, „eröffnet allen Tugenden das fruchtbarste Feld; denn in jedem Augenblick können Standhaftigkeit, Mitleid, Seelengröße, Edelmut, Mildtätigkeit auf ihm glänzen; jeder Augenblick bietet uns Gelegenheit, eine dieser Tugenden auszuüben." —

„In dem Augenblick, wo der Staat ruft: jetzt gilt es mir und meinem Dasein, muß die soziale Selbstsucht zurücktreten und jeder Parteihaß schweigen. Der Einzelne muß sein eigenes Ich vergessen und sich als Glied des Ganzen fühlen; er soll erkennen, wie nichtig sein Leben gegenüber dem Wohl des Ganzen ist. Darin eben liegt die Hoheit des Krieges, daß der kleine Mensch ganz verschwindet vor dem großen Gedanken des Staates; die Aufopferung der Volksgenossen füreinander zeigt sich nirgendwo so herrlich, wie im Kriege.... Was ist das für eine Verkehrung der Sittlichkeit, wenn man aus der Menschheit streichen will das Heldentum"![2]) Selbst die Niederlage kann segensreiche Früchte tragen. Oft freilich fällt sie ein unwiderrufliches Urteil über Erbärmlichkeit und Schwäche; oft aber führt sie auch zu gesunder Erneuerung und schafft Grundlagen für frische kraftvolle Bildungen. „In der Wirkung des Krieges auf den Volkscharakter", sagt Wilhelm v. Humboldt, „erkenne ich eine der heilsamsten Erscheinungen zur Bildung des Menschengeschlechts."

Wie der einzelne sittlich nichts Höheres leisten kann, als mit seinem Leben einzustehen für seine Überzeugung, als das eigene Ich der Sache zu opfern, der er dient, oder auch nur dem Begriff des Wertes idealer Güter für die sittliche Persönlichkeit, so können auch Völker und Staaten nichts Erhabeneres vollbringen, als ihre ganze Kraft für ihre Selbstbehauptung, ihre Ehre und Würde einzusetzen. Nur im Kriege aber kann solche Gesinnung betätigt werden; nur wo die Möglichkeit des Krieges gegeben ist, wird in dem Charakter der Nationen die Spann-

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 482.

[2]) Treitschke, Politik I, S. 74.

kraft erhalten, aus der solche Gesinnung geboren wird, die die Völker befähigt, in voller Entwicklung ihrer sittlichen Kräfte den höchsten Aufgaben der Kultur gerecht zu werden. Nichts Schlimmeres kann einem begabten und kräftigen Volke widerfahren, als wenn es in unbestrittenem Genuß des Friedens einem beruhigten Phäakentum verfällt.

Auch von diesem Gesichtspunkt aus sind die Friedensbestrebungen, sobald sie Einfluß auf die Politik gewinnen, außerordentlich gefährlich für die Volksgesundheit, und die Staaten, die aus welchen Rücksichten immer in dieser Richtung tätig sind, untergraben die Wurzeln ihrer eigenen Kraft. Den Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., die neuerdings [1]) für die Ideen des allgemeinen Friedens auch deshalb eintreten, um sich ungestört dem Geldgewinn und Geldgenuß hingeben zu können und die dreihundert Millionen Dollars zu sparen, die sie für Kriegsrüstungen ausgeben, erwächst eine große Gefahr nicht so sehr aus der Möglichkeit eines Krieges gegen England oder Japan, sondern gerade daraus, daß sie alle Konflikte mit ebenbürtigen Gegnern auszuschließen und damit große politische Spannungen zu vermeiden suchen, die doch allein die sittliche Ausbildung des Volkscharakters ermöglichen. Wenn sie auf diesem Wege fortschreiten, werden sie in Zukunft für eine solche Politik schwer zu büßen haben.

Auch vom christlichen Standpunkt aus kommt man zu keinem anderen Ergebnis. Die christliche Moral ist freilich auf dem Gesetz der Liebe aufgebaut: „Liebe Gott über alles und deinen Nächsten wie dich selbst.“ Dieses Gesetz aber kann für die Beziehungen der Staaten untereinander keine Bedeutung beanspruchen, da es auf die Politik angewendet zu einer Kollision der Pflichten führen würde. Die Liebe, die man dem anderen Staate als solchem erwiese, würde meist eine Lieblosigkeit gegen die eigenen Volksgenossen einschließen. Eine Politik auf solcher Grundlage müßte auf die schlimmsten Irrwege führen. Die christliche Moral ist eine persönliche und

---

[1]) Juni 1911.

gesellschaftliche und kann ihrem Wesen nach niemals eine politische sein. Sie will die Persönlichkeit sittlich fördern, um ihr die Kraft zu geben, altruistisch auch im Interesse einer Gesamtheit zu handeln. Sie lehrt sogar den einzelnen Feind lieben, aber sie hebt den Begriff der Feindschaft nicht auf. „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert," sagt nach der Überlieferung Jesus selbst[1]). Niemals kann seine Lehre gegen das die ganze Natur beherrschende Gesetz des Kampfes ins Feld geführt werden. Niemals hat es eine Religion gegeben, die mehr eine Kampfreligion wäre als die christliche. Der sittliche Kampf ist ihr eigentlicher Inhalt. Will man die christliche Auffassung auf die politischen Verhältnisse der Staaten übertragen, so könnte von ihrem Standpunkt aus doch nur die Forderung erhoben werden, die Macht des Staates — die Macht im umfassendsten Sinn, also nicht nur materiell gedacht — auf das höchste Maß zu steigern, um sie für die Zwecke des sittlichen Fortschritts der Gesamtmenschheit einzusetzen, im gegebenen Falle auch unter den Opfern, die ein Krieg erfordert. Also auch nach christlicher Auffassung wird man den Krieg an sich nicht verwerfen können, sondern muß ihm sittliche und geschichtliche Berechtigung zuerkennen.

Unberechtigt wäre es anderseits anzunehmen, daß vom entgegengesetzten, rein materialistischen Standpunkt aus der Krieg völlig ausgeschlossen sei. Der Einzelne, der in solcher Anschauung lebt, wird ihm gewiß abhold sein, weil er ihm sein Leben und sein Wohlbefinden kosten kann, der Staat als solcher aber kann sehr wohl auch vom materialistischen Standpunkt aus zu dem Entschluß kommen, einen Krieg zu führen, wenn er glaubt, mit einem gewissen Opfer an Menschenleben und Menschenglück die Lebensbedingungen der Gesamtheit heben zu können. Der Verlust beschränkt sich auf verhältnismäßig wenige, und da die Grundlage jeder materialistischen Weltanschauung mit Notwendigkeit zur Selbstsucht

---

[1]) Ev. Matthäus X, 34.

führt, liegt für die Mehrheit der Staatsbürger von diesem Standpunkt aus keinerlei Grund vor, eine Minderheit im eigenen Interesse nicht zu opfern. Gerade vom materialistischen Standpunkt aus also, der die Notwendigkeit des Krieges leugnet, würde sich in Wirklichkeit der Krieg infolge der Selbstsucht sehr bald als zweckmäßig darstellen.

Nun finden allerdings in den gesellschaftlichen Ideen der Menschheit gewaltige Wandlungen statt, und auch bezüglich des Krieges haben sich unsere Ansichten gegen früher in hohem Maße geändert. Solche Wandlungen aber betreffen immer nur die Auffassung der Erscheinungen; den Kern der Dinge und der menschlichen Natur vermögen sie niemals zu ändern, und so wird auch, solange das Leben auf Kampf beruht und die Menschen egoistische Wesen sind, der Krieg, wie bisher, als eine Form der Kulturentwicklung bestehen bleiben, trotz aller Wandlungen der Auffassung.

Die Betrachtung ergibt demnach nicht nur die unbedingte Notwendigkeit des Krieges, sondern auch von jedem Standpunkt aus seine innere Berechtigung. Zugleich erweisen sich die praktischen Mittel, die zur Verhütung des Krieges von den Anhängern der Friedensidee vorgeschlagen werden, als völlig unzureichend.

Von der Auffassung ausgehend, daß jeder Krieg einen Rechtsbruch darstelle und daß in der unbedingten Durchführung des Rechts nicht nur der höchste Ausdruck der Kultur, sondern auch das wahre Wohl der Staaten gegeben sei, wird immer von neuem der Vorschlag gemacht, durch Schiedsgerichte die zwischen den Staaten entstehenden Streitigkeiten zu schlichten und damit den Krieg unmöglich zu machen. Wer mit solchen Vorschlägen nicht irgendwelche Nebenabsichten verbindet, sondern wirklich an ihre Durchführbarkeit glaubt, legt von einer merkwürdigen Kurzsichtigkeit Zeugnis ab.

Zwei Fragen drängen sich dabei der Betrachtung unmittelbar auf, nämlich: nach welchem Recht der Schiedsspruch erfolgen soll, und wer dafür bürgen soll, daß sich die Parteien auch wirklich diesem Schiedsspruch fügen?

Die erste Frage kann man kurz dahin beantworten, daß es ein solches Recht weder gibt noch geben kann. Der Begriff des Rechts ist ein doppelter. Einmal bezeichnet er das Rechtsbewußtsein, das lebendige Gefühl von dem, was recht und gut ist; dann aber auch das gesellschaftlich und staatlich gesetzte, geschriebene oder durch das Herkommen geheiligte Recht. In der ersten Bedeutung ist es ein durchaus unbestimmbarer und persönlich bedingter Begriff, in der zweiten ist es wandelbar und entwicklungsfähig. Das gesetzte Recht ist immer nur ein Versuch, wirklich richtiges Recht zu sein. Das Recht in diesem Sinne ist das System der durch Zwang gesicherten sozialen Zwecke. Es ist daher unmöglich, daß ein geschriebenes Recht allen Besonderheiten jedes einzelnen Falles entsprechen könne; immer wird die Anwendung des gesetzten Rechts subjektiv bedingt sein müssen, um dem Begriff der Gerechtigkeit wenigstens einigermaßen zu entsprechen; der Rechtsprechung muß stets eine gewisse Freiheit in der Beurteilung des einzelnen Falles gelassen werden. So ist schon innerhalb eines gegebenen und begrenzten Anschauungskreises das gesetzte Recht nur selten völlig gerecht.

Noch unsicherer aber wird der Begriff des Rechts dadurch, daß das Rechtsbewußtsein kein einheitliches, sondern ein vielfach verschiedenes ist. Wie in den einzelnen Personen, so entwickelt sich auch in den einzelnen Völkern ein ganz verschiedenartiges Rechtsbewußtsein, das in den mannigfaltigsten Formen zum Ausdruck kommt, aber auch neben dem gesetzten Recht, bisweilen sogar im Widerspruch zu ihm, in der Volksseele lebt. Im christlichen Staate gilt der Mord als ein schweres Verbrechen; in einem Volke, dem die Blutrache eine heilige Pflicht ist, kann er als eine sittliche Tat, sein Unterlassen als ein Verbrechen betrachtet werden. Zwischen so verschiedenen Rechtsauffassungen gibt es keinen Ausgleich.

Es kommt auch noch ein anderer Anlaß der Unsicherheit hinzu. Mit den wechselnden Begriffen verschiedener Zeiten und Weltanschauungen ändert sich auch das Rechtsbewußtsein desselben Volkes. Das gesetzte Recht vermag mit dieser

inneren Entwicklung, diesem Wachstum des Rechtsbewußtseins nur selten Schritt zu halten; es bleibt hinter jenem zurück. Es entsteht ein Zustand, bei dem sich das lebendige Rechtsbewußtsein des Volkes mit dem gesetzten Recht im Widerspruch befindet, wo die Rechtsformen völlig überlebt sind und dennoch bestehen; und Mephisto behält Recht mit seinem höhnenden Wort:

„Es erben sich Gesetz' und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort;
Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte
Und rücken sacht von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage;
Weh dir, daß du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider nie die Frage." (Faust I.)

So ist schon für Menschen eines gemeinsamen Anschauungskreises in ihrem privaten und gesellschaftlichen Verkehr ein unbedingtes Recht nicht zu setzen. Der Begriff des Rechtsstaats im strengsten Sinne ist in Wahrheit eine Unmöglichkeit und müßte zu unerträglichen Zuständen führen, wenn das starre Prinzip nicht gemildert würde durch die fortschreitende Entwicklung des gesetzten Rechts, sowie durch die stets notwendige Zulassung der Gnade und der gesellschaftlich gestatteten Selbsthilfe. Um wie viel mehr muß ein allgemeines internationales Recht unmöglich sein bei den weitverzweigten und verwickelten Beziehungen zwischen Völkern und Staaten, wenn schon zwischen einzelnen Personen bisweilen nur der Zweikampf dem Rechtsbewußtsein entspricht! Jedes Volk bringt aus sich selbst seine eigenen Rechtsbegriffe hervor, jedes hat seine besonderen Ideale und Bestrebungen, die mit einer gewissen Notwendigkeit aus seinem Charakter und seinem geschichtlichen Leben hervorgehen. Diese verschiedenen Anschauungen tragen ihre lebendige Berechtigung in sich selbst und können mit denen anderer Völker in schroffsten Widerspruch geraten, ohne daß man sagen könnte, das eine Volk habe mehr Recht als das andere. Ein allgemeines Menschheitsrecht hat es nie gegeben und kann es nicht geben. Einzelne Teilbeziehungen kann man wohl durch

internationale Rechtsbestimmungen regeln, die Gesamtheit des Völkerlebens entzieht sich unbedingt der Kodifizierung. Selbst wenn eine solche aber versucht, selbst wenn ein umfassendes internationales Recht geschrieben würde, könnte doch kein Volk, das sich selbst achtet, seine eigene Rechtsauffassung einem so gesetzten Recht zuliebe opfern, ohne seine höchsten Ideale zu verleugnen, ohne sich einer sein eigenes Rechtsbewußtsein verletzenden Ungerechtigkeit zu fügen und sich so zu entwürdigen.

Das Gleiche gilt von allen Ehrenfragen, die zwischen verschiedenen Völkern und Staaten auftauchen können. Zwar geht überall der Ehrbegriff auf die sittlichen Forderungen des Gewissens zurück; dennoch aber entwickelt sich in jedem Stande und Beruf ein ganz individuell bedingtes Ehrgefühl, das sich teils aus äußeren, teils aus inneren Verhältnissen ergibt. Der Offizier, der Kaufmann, der Bauer haben ihre ganz besondere Auffassung von der eignen Ehre. Das Gleiche aber gilt von Völkern und Staaten. Hier sind es vor allem die nationalen Eigenschaften und Eigentümlichkeiten sowie die historische Entwicklung, die das Ehrgefühl allmählich bestimmen und formen und in den verschiedenen Völkern ganz verschiedene Ehrbegriffe heranwachsen lassen. Man braucht bloß Engländer und Deutsche miteinander zu vergleichen, um sofort wahrzunehmen, wie grundverschieden ihre Auffassung von nationaler Ehre ist, der asiatischen und amerikanischen Staaten gar nicht zu gedenken. Es kann daher auch niemals ein Schiedsgericht über Ehrenfragen entscheiden, da ihnen ein allgemeingültiger Maßstab, wie er in Rechtsfragen vorhanden ist, fehlt, nach dem sie entschieden werden könnten.

Besonders verderblich aber müßten Schiedsgerichtsverträge für ein aufstrebendes Volk werden, das seinen politischen und nationalen Höhepunkt noch nicht erreicht hat und auf Machterweiterung angewiesen ist, um seinen Kulturaufgaben gerecht werden zu können. Jedes Schiedsgericht muß von einem gegebenen politischen Zustande ausgehen, diesen als zu Recht bestehend anerkennen und jede, auch die notwendigste Ver-

änderung, die nicht die Zustimmung aller Vertragsgenossen findet, als Rechtsverletzung betrachten. Damit wäre jede fortschrittliche Veränderung gehemmt, ein Rechtszustand geschaffen, der mit der tatsächlichen Entwicklung der Verhältnisse sehr leicht in Widerspruch geraten und die Machterweiterung des lebenskräftigen Staats zugunsten des kulturell niedergehenden unterbinden könnte.

Schon aus diesen Erwägungen ergibt sich die Antwort auf die zweite entscheidende Frage, wodurch nämlich dem Schiedsspruch zwingende Geltung verschafft werden soll, wenn irgend ein Staat sich ihm nicht fügen wollte? Wo fände sich die Macht, um einem Spruch dieses Rechts die Ausführung zu sichern?

In Amerika hat der ehemalige Staatssekretär Elihu Root sich 1908 dahin geäußert, daß der von der zweiten Haager Konferenz eingesetzte „high court of international justice" wirklich kraft des Zwanges, den die öffentliche Meinung ausübe, endgültige und einspruchsfreie Entscheidungen werde treffen können. Auch die jetzigen Führer der amerikanischen Friedensbewegung scheinen diese Auffassung zu teilen. In naivem Selbstbewußtsein scheinen sie zu glauben, daß die öffentliche Meinung überall die Ansicht vertreten müsse, die den amerikanischen Geldmagnaten als die für sie vorteilhafteste erscheint, und keinen Begriff davon zu haben, daß es sich bei der aufsteigenden Entwicklung der Menschheit um ganz andere Dinge handelt als um materielles Wohlbefinden, Geschäfts- und Geldverkehr.

In Wirklichkeit würde die öffentliche Meinung durchaus keine einheitliche sein, und ein eigentlicher Zwang könnte immer nur wieder durch Krieg ausgeübt werden, der gerade vermieden werden soll. Nur in einem Universalstaat, wie im Römischen Reich, könnte man sich eine schiedsrichterliche Entscheidung bei Streitigkeiten der einzelnen Unterstaaten allenfalls denken; einen solchen aber kann und wird es niemals wieder geben, und wenn er entstände, wäre er ebenso wie eine allgemeine Friedensliga gewiß das größte Unglück für allen

menschlichen Fortschritt, der eben auf dem Gegensatz der Interessen und dem ungehemmten Wettstreit verschiedener Gruppen beruht.

Solange wir in einem Staatensystem leben, wie es das heutige ist, hat demnach der deutsche Reichskanzler zweifellos das Richtige getroffen, als er in seiner Reichstagsrede vom 30. März 1911 sich dahin äußerte, daß Schiedsgerichtsverträge zwischen Staaten auf klar zu übersehende Rechtsverhältnisse beschränkt werden müßten und daß auch ein allgemeiner Schiedsvertrag zwischen zwei Staaten keinerlei Bürgschaft für dauernden Frieden gewähre. Ein solcher Vertrag stelle lediglich fest, daß zwischen den beiden vertragschließenden Staaten ein ernsthafter Anlaß, den Frieden zu brechen, nicht gedacht werden könne; er besiegele also nur einen bereits tatsächlich bestehenden Zustand. Andere dieser sich aber, „entwickelten sich zwischen den beiden Nationen Gegensätze, die ihre Lebensbedingungen berühren, die, wie man im gemeinen Leben zu sagen pflege, an die Nieren gehen, dann werde jeder Schiedsvertrag ‚brennen wie Zunder', d. h. seine Wirkung völlig verlieren".

Es ist ferner zu bedenken, daß eine friedliche Entscheidung durch ein Schiedsgericht eine kriegerische in ihren Wirkungen und Folgen niemals ersetzen könnte, selbst für den Staat, zu dessen Gunsten sie ausfällt. Wenn man sich z. B. denkt, daß Schlesien Friedrich dem Großen infolge eines Schiedsspruches zugefallen wäre statt infolge eines Heldenkampfes sondergleichen, wäre dann die Erwerbung dieser Provinz wohl von gleicher Bedeutung geworden für Preußen und für Deutschland? Das wird gewiß niemand behaupten wollen. Der materielle Machtzuwachs, den der Staat Friedrichs durch die Erwerbung Schlesiens erhielt, ist gewiß nicht gering anzuschlagen; weit wichtiger aber war der Umstand, daß dieser Staat sich als ein solcher bewährte, den selbst die stärkste europäische Koalition nicht niederzuringen vermochte, daß er sich aus eigener Kraft behauptete als ein Hort freier geistiger und religiöser Entwicklung. Der Kampf selbst ist es gewesen,

der Preußens Bedeutung schuf, der ein Erbe von Ruhm und Ehre aufhäufte, das nie wieder verleugnet werden kann, der jenes stahlharte Preußen schmiedete, an dem das neue Deutschland emporwachsen konnte als ein mächtiger europäischer Staat und als eine zukünftige Weltmacht.

Hier hat sich also der Krieg als eine schöpferische Kraft erwiesen, und diese Wirkung können wir immer wieder wahrnehmen, wenn wir die Geschichte um ihre Lehren befragen.

Schließlich ist noch eins zu bedenken. Der Krieg ist ein offener, ehrlicher Kampf mit ritterlichen Waffen, und doch wird er als unsittlich und kulturfeindlich gebrandmarkt, weil dabei das Leben den Einsatz bildet. Wie aber steht es um den innergesellschaftlichen Kampf, der sich mitten im äußeren Frieden fortwährend abspielt? wie um die Mittel, mit denen er geführt wird, und den Einsatz, der dabei auf dem Spiele steht? Sind es vielleicht sittliche Mittel, mit denen im Dunkel der Börsen und mancher Banken — beispielsweise bei den großen Trusts — die Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen betrieben wird? Bilden da nicht oft Tausende wirtschaftlicher Existenzen, bildet da nicht oft sogar Leben und Ehre der Betrogenen den jammerreichen Einsatz? Oder ist etwa der leidenschaftliche Parteikampf, bei dem oft, wie beispielsweise bei unsern Sozialdemokraten, Lüge und Verleumdung grundsätzlich als Waffen verwertet werden, eine besonders sittliche Form des Kampfes? oder etwa die finanzielle Übermacht, mit der reiche Staaten den schwächeren Nachbar hinterrücks zu erdrosseln und sich selbst dienstbar zu machen verstehen? oder die Doppelzüngigkeit und Perfidie, mit der gewisse Staaten ihre Zwecke zu erreichen suchen und andere für sich bluten lassen? Mir will scheinen, daß bei allen solchen Verhältnissen, solchen Orgien des schnödesten Egoismus, über welche die Friedensfreunde mit leichtem Achselzucken hinweggehen, die Wurzeln der Unkultur und Unsittlichkeit viel offener zutage liegen als bei einem Kriege, der ideale, dem Gemeinwohl dienende Zwecke verfolgt und mit ritterlichen Waffen ausgefochten wird. Hier wie dort bedecken Verwundete und Gefallene das Schlachtfeld, mit dem

gewaltigen Unterschied aber, daß sie im Kriege für große gemeinsame Ziele bluten, im friedlichen Kampfe dagegen dem schnödesten Egoismus kaltblütig geopfert werden.

Fassen wir nunmehr das Ergebnis der Betrachtung zusammen, so erkennen wir, daß von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die Bestrebungen, die die Abschaffung des Krieges überhaupt zum Zweck haben, nicht nur als töricht, sondern geradezu als unsittlich bezeichnet und als menschenunwürdig gebrandmarkt werden müssen. Denn worauf läuft dieses ganze Wesen hinaus? Es soll den Menschen das Recht und die Möglichkeit genommen werden, ihr höchstes materielles Gut, ihr physisches Leben für ideale Zwecke einzusetzen und damit den höchsten sittlichen Altruismus zu betätigen. Die großen Streitigkeiten der Völker und Staaten sollen durch Schiedsgerichte, also durch Vergleiche beigelegt werden; einseitiges, beschränktes, formales Recht soll an die Stelle der geschichtlichen Entscheidungen gesetzt, dem schwachen soll die gleiche Daseinsberechtigung zugesprochen werden wie dem starken, lebenskräftigen Volke. Das alles stellt einen anmaßlichen Eingriff dar in die natürlichen Entwicklungsgesetze, einen Eingriff, der nur zu den schlimmsten Folgen für die Gesamtmenschheit führen könnte.

Mit dem Aufhören des unbeschränkten Wettbewerbs, der schließlich mit den Waffen seinen Austrag sucht, würde sehr bald jeder wirkliche Fortschritt unterbunden, und es würde sich eine sittliche und geistige Versumpfung ergeben, die eine Entartung zur Folge haben müßte. Wo die Fähigkeit verloren geht, die höchsten materiellen Güter, Leben, Gesundheit, Besitz und Wohlbefinden, freudig dahinzugeben für ideale Zwecke: für die Erhaltung nationaler Eigenart und politischer Selbständigkeit, für die Erweiterung der Machtsphäre und des territorialen Besitzes im Interesse der nationalen Wohlfahrt, für bestimmenden Einfluß im Konzert der Völker nach Maßgabe der eigenen Kulturbedeutung, für geistige Freiheit gegen dogmatischen und politischen Zwang, für die Ehre der Fahne als Inbegriff des eigenen Wertes: da ist die aufsteigende

Entwicklung gebrochen, der Niedergang besiegelt, und innerer und äußerer Zusammenbruch sind nur noch eine Frage der Zeit. Die Geschichte redet in dieser Hinsicht eine nicht mißzuverstehende Sprache. Sie zeigt, daß überall der Fortschritt durch die Wehrhaftigkeit bedingt ist. Wo bei wachsender Kultur und steigendem materiellen Wohlleben der Kampf aufhört, wo die Kriegstüchtigkeit schwindet und der Wille nachläßt, sich unter allen Umständen zu behaupten, da gehen die Völker sehr bald ihrem Untergange entgegen und können sich weder politisch noch biologisch behaupten.

„Nur wenn Volkscharakter und Kriegsgewohnheit in beständiger Wechselwirkung sich gegenseitig tragen, darf ein Volk hoffen, einen festen Stand in der politischen Welt zu haben," sagt Clausewitz[1]), der große Philosoph des Krieges, und hat unwiderleglich Recht mit dieser Behauptung.

Die Friedensbestrebungen würden aber nicht nur, wenn sie ihren Zweck erreichten, zu allgemeiner Entartung führen, wie sie überall in der Natur eintritt, wo der Kampf ums Dasein ausgeschaltet wird: sie wirken auch ganz unmittelbar schädigend und entnervend. Indem die Friedensapostel weite Kreise eines Volkes in den Bann ihrer utopistischen Bestrebungen ziehen, führen sie ein Element der Schwäche in das Volksleben ein, lähmen den Willen zur Selbstbehauptung wie den berechtigten nationalen Stolz und unterstützen unter Umständen eine marklose Politik, indem sie sie mit dem falschen Schimmer höherer Humanität umgeben und ihr Scheingründe bieten, die eigene Schwäche zu bemänteln. Sie besorgen damit die Geschäfte der rücksichtsloseren Gegner, wie es die von allgemeinen Friedensgedanken durchtränkte preußische Politik 1805 und 1806 tat und damit den Staat an den Rand des Verderbens führte.

Wahre Humanität besteht in einem Doppelten: einerseits in der Förderung der geistigen, sittlichen und kriegerischen Kraft sowie der politischen Macht als der sichersten Gewähr für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeiten; anderseits im ge-

[1]) Clausewitz, Vom Kriege, 3. Buch, 6. Kapitel.

sellschaftlichen Leben wie in dem des Einzelnen in der praktischen Betätigung subjektiver Ideale nach dem Gesetz der Liebe.

Man kann füglich, wie mir scheinen will, die auf die Unterdrückung des Krieges gerichteten Bestrebungen mit denen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vergleichen, die ja auch mit ihnen Hand in Hand gehen. Beide Bewegungen verfolgen utopistische Ziele:

Die organisierte Arbeiterschaft strebt ein Ideal an, dessen Verwirklichung nur dann überhaupt gedacht werden könnte, wenn es gelänge, Lohn und Arbeitszeit international für die gesamte Weltindustrie festzulegen und auch die Kosten der Lebenshaltung überall gleichmäßig zu gestalten. Solange das nicht der Fall ist, bestimmt der Weltmarktpreis die mögliche Lohnhöhe, und ein Volk, das den Versuch machen wollte, ohne Rücksicht hierauf Lohn und Arbeitszeit selbständig zu bestimmen, liefe Gefahr, im Wettbewerb mit Völkern, die mehr und billiger arbeiten, seinen Platz auf dem Weltmarkt zu verlieren. Arbeitslosigkeit und das äußerste Elend der Arbeiterschaft wären die notwendige Folge. Anderseits würde die Internationalisierung der Industrie, indem sie jeden Wettbewerb ausschlösse und unmöglich machte, sehr bald eine Verschlechterung der Waren und eine tiefe Entsittlichung der Arbeiterbevölkerung zur Folge haben.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse für die Friedensidee. Ihre Durchführung wäre, wie wir sahen, nur im Universalstaat möglich, und dieser ist jetzt ebenso unmöglich wie eine einheitlich geregelte Weltindustrie. Ein Staat aber, der ohne Rücksicht auf die andersgearteten Auffassungen der Nachbarstaaten die Friedensidee praktisch zur Richtschnur seiner Politik machen wollte, würde sich nur selbst auf das schwerste schädigen und sehr bald die Beute entschlossener und kampfkräftiger Nachbarn werden.

Zum Glück muß es als vollständig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß die Friedensbestrebungen ihre äußersten Zwecke jemals erreichen könnten in einer Welt, die von Waffen starrt

und in der noch immer ein gesunder Egoismus die Politik der meisten Staaten leitet. „Der lebendige Gott“, sagt Treitschke, „wird dafür sorgen, daß der Krieg als eine furchtbare Arzenei für das Menschengeschlecht immer wiederkehrt“ [1]).

Immerhin bedeuten gerade bei uns in Deutschland diese Bestrebungen eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Wir Deutsche neigen dazu, allen möglichen unpraktischen Träumereien nachzuhängen. „Die Sicherheit des nationalen Instinkts ist heute bei uns noch durchaus nicht eine allgemeine Eigenschaft wie in Frankreich“ [2]). Es fehlt uns das richtige Gefühl für die politischen Notwendigkeiten. Ein tiefer sozialer und religiöser Zwiespalt teilt das deutsche Volk in verschiedene politische Gruppen, die sich in erbitterter Feindschaft befehden; die historisch gewordenen Gegensätze sind auch auf politischem Gebiet noch keineswegs überwunden. In diese Zerrissenheit unseres Volks- und Parteilebens bringen die Friedensbestrebungen ein neues Element der Schwäche, der Zwietracht und der Unentschlossenheit.

Daß viele Vertreter solcher Ideen an die Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung wirklich glauben und mit ihnen das allgemeine Beste zu fördern überzeugt sind, soll nicht bestritten werden. Ebenso oft aber werden die Friedensbestrebungen lediglich als Deckmantel sehr selbstsüchtiger politischer Absichten benutzt; und gerade in ihrem scheinbaren humanitären Idealismus liegt ihre Gefährlichkeit begründet.

Mit allen Mitteln muß daher diesen utopistischen Treibereien entgegengetreten werden; sie müssen öffentlich als das gekennzeichnet werden, was sie in Wirklichkeit sind: als eine ungesunde und schwächliche Utopie oder als der Deckmantel politischer Intrigen. Unser Volk muß einsehen lernen, daß die *Erhaltung des Friedens niemals der Zweck der Politik sein kann und sein darf.* Die Politik eines großen Staates hat positive Zwecke zu erstreben. Sie wird naturgemäß bemüht sein diese, solange als es möglich und vorteil-

[1]) Treitschke, Politik I, S. 76.
[2]) Ebenda I, S. 81.

haft ist, auf friedlichem Wege zu erreichen. Sie muß sich aber nicht nur selbst bewußt bleiben, daß in großen, entscheidenden Fragen, die auf die Gesamtentwicklung eines Volkes von bestimmendem Einfluß sind, der Appell an die Waffen ein heiliges Recht des Staates ist, sondern sie muß diese Überzeugung auch im Volksbewußtsein wach erhalten. Immer wieder muß die Notwendigkeit, der Idealismus und der Segen des Krieges als eines ebenso unentbehrlichen wie fördernden Entwicklungsgesetzes betont werden; den Aposteln der Friedensidee aber muß man Goethes mannhaftes Wort entgegenhalten:

„Träumt ihr den Friedenstag?
Träume, wer träumen mag!
Krieg heißt das Losungswort,
Sieg, und so klingt es fort . . .“ (Faust II.)

2

Die Pflicht zum Kriege

Fürst Bismarck hat sich wiederholt vor dem deutschen Reichstage dahin geäußert, daß man die ungeheuere Verantwortung, einen Krieg absichtlich herbeizuführen, niemals auf sich nehmen dürfe. Es lasse sich nicht voraussehen, welche unerwarteten Ereignisse eintreten könnten, die die ganze Lage änderten und damit auch den Krieg mit seinen Gefahren und Schrecken überflüssig machten. Auch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" spricht er sich dahin aus, „daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können, und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehen kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen" [1]).

Es mag dahingestellt bleiben, ob der Fürst diesen Ausspruch als einen allgemein gültigen Grundsatz betrachtet wissen wollte oder ob er ihn nur als eine nachträgliche Erklärung für seine jahrzehntelang durchgeführte Friedenspolitik getan hat. Auch ist dessen eigentliche Tragweite schwer zu ermessen. Der Begriff des „Aufgezwungenseins" kann sehr verschieden gefaßt werden. Man braucht dabei nicht nur an äußere Feinde zu denken, die den Krieg erzwingen. Auch durch innere Verhältnisse oder den Druck der ganzen politischen Lage kann ein Krieg dem Staatsmanne aufgezwungen erscheinen.

Gehandelt hat Fürst Bismarck jedenfalls nicht immer nach dem strengen Wortlaut jenes Ausspruchs; ja, seine eigentümliche Größe besteht gerade darin, daß ihm im gegebenen Augenblick

---

[1]) Gedanken und Erinnerungen 1898 Bd. II, S. 93 (Volksausgabe Bd. II, S. 114. Neue Ausgabe Bd. II, S. 105).

die Tatkraft nicht gefehlt hat, einen Krieg aus eigenem Entschluß zu beginnen.

Der Gedanke, wie er in seiner späteren Äußerung zum Ausdruck kommt, läßt sich auch, wie mir scheinen will, als ein allgemeingültiger Grundsatz des politischen Handelns nicht erweisen. Wollte man ihn als solchen anerkennen, so würde man sich nicht nur mit den Anschauungen gerade unserer größten preußischen Fürsten in Widerspruch setzen, sondern man würde die freie Tat, die eigentlich treibende Kraft, aus der Politik ausscheiden.

Die Größe echter Staatskunst besteht eben darin, daß sie die natürliche Entwicklung der Dinge erkennt, die waltenden Kräfte nach ihrer wahren Bedeutung einschätzt, sie im eigenen Interesse verwertet und leitet und vor den Konflikten, die unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidlich sind, nicht zurückscheut, sondern sie entschlossen durch Kampf entscheidet, wenn die Gunst der Lage einen glücklichen Ausgang erhoffen läßt. Gerade dadurch wird die Politik zu einem Werkzeug der Vorsehung, die sich des Menschenwillens bedient, um ihre Zwecke zu erreichen. „Männer machen die Geschichte" [1]), wie das gerade die Taten Bismarcks so deutlich erkennen lassen.

Es ist ja gewiß richtig, daß selbst die gespanntesten politischen Beziehungen sich in ganz unerwarteter Weise friedlich lösen können. Oft genügt der Tod eines einzigen Menschen, das Verschwinden eines großen Ehrgeizes, die Beseitigung eines tatkräftigen Willens, um eine gespannte politische Lage von Grund aus zu ändern. Auf so einfache Weise aber gleichen sich die großen Gegensätze im Völkerleben nicht aus. Mag der Mann verschwinden, der sie zum Austrag bringen wollte, und damit die politische Krisis für den Augenblick sich lösen: die Gegensätze selbst bleiben bestehen und führen immer von neuem zu Streitigkeiten und endlich zum Kriege, wenn sie durch wirklich gewichtige und unversöhnliche Interessen bedingt sind. Mit dem Tode König Eduards von England ist die Einkreisungs-

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 28.

politik gegen Deutschland, die er mit großem staatsmännischen Geschick eingeleitet hatte, in sich zerfallen; die deutsch-englische Gegenstellung aber, die auf dem Widerstreit der beiderseitigen Interessen und Ansprüche beruht, ist bestehen geblieben, wenn es auch der alle Gegensätze nicht immer zum Segen verflachenden Diplomatie gelungen ist, ihr den kritischen Charakter für den Augenblick zu nehmen, freilich nicht ohne Opfer von deutscher Seite.

Auch erscheint es an und für sich durchaus unzulässig, das politische Handeln von unbestimmbaren Möglichkeiten abhängig zu machen. Man würde damit einen völlig unsicheren Faktor willkürlich in die Politik einführen, die an sich schon mit manchen unbekannten Größen rechnen muß; man würde sie damit mehr oder weniger vom Zufall abhängig machen.

Es darf wohl als selbstverständlich bezeichnet werden, daß der große Realpolitiker Bismarck seine Äußerungen über die politische Verwendung des Krieges nicht in diesem Sinne ausgelegt wissen wollte, der ihm heute so vielfach untergeschoben wird, um die eigene Schwäche mit der Autorität des großen Mannes zu bemänteln. Nur Verhältnisse, die sich übersehen und beurteilen lassen, dürfen das politische Handeln bestimmen. Für die sittliche Berechtigung des politischen Entschlusses aber sind entscheidend nicht seine möglichen Folgen, sondern sein Zweck und seine Beweggründe, die vom Handelnden vorausgesetzten Verhältnisse, die Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Gründlichkeit der zum Handeln führenden Überlegungen. Sein praktischer Wert wird anderseits bedingt durch die zutreffende Beurteilung der Gesamtlage; durch die richtige Schätzung der eigenen und der feindlichen Machtmittel; durch die klare Voraussicht der wahrscheinlichen Folgen; kurz durch die staatsmännische Einsicht und die Rechtzeitigkeit der Entschließung.

Wenn der Staatsmann in diesem Geist und Sinn handelt, wird ihm auch das Recht nicht abgesprochen werden können, unter Umständen einen für notwendig erachteten Krieg im günstigen Augenblick zu beginnen und seinem Staate das stolze Vorrecht solcher Initiative zu wahren. Muß ein Krieg, zu dem

man sich freiwillig nicht entschließen konnte, später vielleicht unter viel ungünstigeren Bedingungen geführt werden, so fällt die schwere Verantwortung für die erhöhten Opfer, die dann gebracht werden müssen, jenen zur Last, denen im günstigen Augenblick Kraft und Mut zur entscheidenden politischen Tat gefehlt haben.

Solchen Erwägungen gegenüber läßt sich eine Theorie, nach der man einen Krieg niemals herbeiführen dürfe, nicht aufrecht erhalten.

Dennoch hat sie in unserer Zeit besonders auch in Deutschland unzählige Anhänger gefunden.

Selbst Staatsmänner, die eine völlige Beseitigung des Krieges für unmöglich halten, die nicht glauben, daß sich die ultima ratio aus dem Leben der Nationen völlig wegstreichen lasse, sind doch der Ansicht, daß man bestrebt sein müsse, ihr Eintreten so weit wie möglich hinauszuschieben [1]).

Wer dieser Auffassung huldigt, steht mit den eigentlichen Vertretern der Friedensidee insofern auf annähernd gleichem Standpunkt, als auch er den Krieg ausschließlich als ein Unheil betrachtet und dessen schöpferische und kulturfördernde Bedeutung nicht anerkennt oder doch sehr wesentlich unterschätzt. Auch ein als notwendig erkannter Krieg müßte nach dieser Auffassung so lange wie möglich hinausgeschoben werden, und niemals dürfte der Staatsmann besonders günstige Verhältnisse benutzen, um notwendige und berechtigte Bestrebungen mit den Waffen durchzusetzen.

Solche Anschauungen können nur allzuleicht der irrigen und verderblichen Vorstellung Vorschub leisten, als ob die Erhaltung des Friedens jemals unmittelbarer und letzter Zweck der Politik oder gar ihre Hauptaufgabe sein könne.

Solchen von falscher Humanität erzeugten Ansichten gegenüber muß es klar und bestimmt ausgesprochen werden, daß es

---

[1]) Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 30. März 1911. Auch in seiner Rede vom 9. November 1911 hat sich der Reichskanzler auf die angeführten Äußerungen des Fürsten Bismarck berufen, um die friedliche Lösung der Marokkofrage zu begründen.



unter Umständen nicht nur das Recht, sondern die sittliche und politische Pflicht des Staatsmannes ist, einen Krieg herbeizuführen.

Wo immer man das Buch der Geschichte aufschlägt, überall findet man Belege für die Tatsache, daß Kriege, die im richtigen Augenblick mit mannhaftem Entschluß begonnen wurden, in politischer wie sozialer Hinsicht die glücklichsten Folgen zeitigten. Die politische Schwäche aber hat immer nur Unheil gestiftet, weil dem Staatsmann die Entschlußfähigkeit fehlte, die Gefahr eines notwendigen Krieges auf sich zu nehmen, weil er durch diplomatisches Notenspiel den Ausgleich unversöhnbarer Gegensätze herbeizuführen suchte und sich über den Ernst der Lage und die wirkliche Tragweite der Dinge selbst zu täuschen verstand.

Unsere eigene neuere Geschichte in ihren Höhen und Tiefen liefert uns dafür die schlagendsten Beweise.

Schon der große Kurfürst hat den Grundstein zu Preußens Macht gelegt durch glückliche, selbstgewollte Kriege. Friedrich der Große ist den Spuren seines ruhmreichen Ahnherrn gefolgt. „Er bemerkt, wie sein Staat in unhaltbarer Mittelstellung zwischen den Kleinstaaten und den Großstaaten daherschwankt, und zeigt sich entschlossen, diesem Zwitterwesen einen festen Charakter zu geben (décider cet être); die Vergrößerung des Staatsgebiets, das corriger la figure de la Prusse ist zur Notwendigkeit geworden, wenn anders Preußen auf eigenen Füßen stehen, den großen königlichen Namen mit Ehren führen will“ [1]). Dieser politischen Notwendigkeit trug der König Rechnung und faßte den kühnen Entschluß, Österreich zum Kampfe herauszufordern. Keiner der Kriege, die er geführt hat, ist ihm aufgezwungen worden; keinen hat er so lange wie möglich hinausgeschoben. Immer hat er sich selbst zum Angriff entschlossen, um seinen Gegnern zuvorzukommen und sich günstige Erfolgswahrscheinlichkeiten zu sichern. Was er erreicht hat, ist bekannt. Die ganze Entwicklungsgeschichte der europäischen

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 51.

Nationen und damit der Menschheit überhaupt hätte eine andere werden müssen, wenn dem König die heroische Entschlußkraft gefehlt hätte, die er bewies.

Die ganz entgegengesetzte Entwicklung sehen wir unter der Regierung Friedrich Wilhelms III., beginnend mit dem Jahr der Schwäche 1805, an das unser Volk gar nicht oft genug erinnert werden kann.

Daß man auf die Dauer dem Kampf mit Napoleon nicht werde ausweichen können, war mit Händen zu greifen. Dennoch und trotz des Neutralitätsbruchs durch die Franzosen konnte sich die preußische Regierung nicht entschließen, den verbündeten Russen und Österreichern zu Hilfe zu eilen, sondern suchte den Frieden zu wahren, wenn auch unter schwerer moralischer Einbuße. Allem menschlichen Ermessen nach hätte eine Beteiligung Preußens am Kriege des Jahres 1805 den Verbündeten ein entscheidendes Übergewicht verliehen; dem Festhalten an der Neutralität aber folgte der Zusammenbruch von 1806 und hätte den endgültigen Niedergang des preußischen Staates bedeutet, wenn in ihm nicht die sittlichen Werte bestanden hätten, die Friedrich der Große ihm erfochten hatte. Gerade in der völligen Niederlage traten sie um so leuchtender in die Erscheinung. Die Nachwirkungen von Friedrichs Siegen hielten trotz des politischen Zusammenbruchs den Geist lebendig, den er seinem Staate und seinem Volke eingehaucht hatte. Das läßt sich deutlich wahrnehmen an dem ganz verschiedenen Verhalten des preußischen Volkes und der übrigen Deutschen unter dem Druck und der Schmach der Napoleonischen Gewaltherrschaft. Die Kraft, die durch lange ruhmreiche Kriege im preußischen Volke herangebildet war, erwies sich wertvoller als alle materiellen Güter, die der Frieden erzeugt, sie war selbst durch die Niederlage von 1806 nicht zu brechen und ermöglichte den heroischen Aufschwung von 1813.

Auch die deutschen Einigungskriege gehören zu den Kämpfen, die trotz aller Opfer eine reiche Segensernte heranreifen ließen. Die haltlose politische Schwäche, die die preußische Regierung 1848 zeigte, die 1850 zu der Schmach von Olmütz führte,

hatte die politische und nationale Bedeutung Preußens abermals tief erschüttert. Die ruhige bewußte Kraft, mit der es sich seiner nationalen Aufgabe wieder zuwandte, als König Wilhelm I. und Bismarck das Steuer führten, machte sich dagegen sehr bald belebend fühlbar. Indem Bismarck unsere Einigungskriege herbeiführte, um einen unhaltbar gewordenen Zustand von Grund aus zu heilen und unserem Volke gesunde Lebensbedingungen zu schaffen, hat er das jahrhundertelange Sehnen des deutschen Volkes erfüllt und Deutschland zu einer unbestrittenen europäischen Macht ersten Ranges emporgehoben. Die Erfolge der Waffen und die durch sie erkämpfte politische Macht haben auch die Grundlage geschaffen für einen materiellen Aufschwung sondergleichen. Anderseits ist es gar nicht auszudenken, welche schmachvolle Entwicklung dem deutschen Volke beschieden gewesen wäre, wenn diese Kriege nicht mit bewußter Staatskunst herbeigeführt worden wären.

Auch die neueste Geschichte zeigt uns ähnliches. Wenn man ganz unparteiisch den japanischen Standpunkt beurteilt, wird man den Entschluß zum Kriege gegen Rußland nicht nur heroisch, sondern auch politisch klug und sittlich gerechtfertigt finden. Es war ein ungeheures Wagnis, den russischen Koloß in die Schranken zu fordern; aber anderseits waren die rein militärischen Verhältnisse günstige, und das rasch zu hoher Kulturblüte emporgekommene japanische Volk brauchte eine erweiterte Machtsphäre, um sich allseitig entwickeln und seinem Tatendrang neue Bahnen eröffnen zu können. Auch durfte es sich mit Fug und Recht von seinem Standpunkt aus wenigstens berufen glauben, die maßgebende Kulturmacht im asiatischen Osten zu werden und die Nebenbuhlerschaft Rußlands zurückzuweisen. Der Erfolg hat den japanischen Staatsmännern recht gegeben. Der siegreiche Krieg hat dem japanischen Volke und Staate erweiterte Lebensbedingungen geschaffen und hat es mit einem Schlage zu einem mitbestimmenden Faktor im Völkerleben erhoben, zu einer politischen Bedeutung, die unweigerlich auch zu materiellem Aufschwung führen muß. Wäre anderseits dieser Krieg aus Schwäche oder philanthropischen

Utopien vermieden worden, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Dinge sich ganz entgegengesetzt entwickelt hätten. Die wachsende Macht Rußlands im Amurgebiet und in Korea hätte den japanischen Nebenbuhler zurückgedrängt oder ihn wenigstens gehindert, sich zu so bedeutender Machtstellung aufzuschwingen, wie es durch diesen militärisch und politisch gleich ruhmreichen Krieg geschah.

Immer ist es, wie man sieht, die zweckmäßige und bewußte Anwendung des Krieges als eines politischen Mittels, das zu so glücklichen Ergebnissen geführt hat. Ein Beispiel dafür aber, daß selbst ein unglücklich verlaufender Krieg unter Umständen einem Volk segensreicher werden kann als ein kampfloses Zurückweichen in entscheidenden Lebensfragen, bietet in neuester Zeit der Heldenkampf der kleinen Burenstaaten gegen die englische Weltmacht. Sie sind in diesem Kampfe mit Notwendigkeit unterlegen. Daß eine Bauernmiliz der vereinigten Macht Englands und seiner Kolonien auf die Dauer nicht würde widerstehen, daß die Bauernheere große Verluste im allgemeinen nicht würden ertragen können, war natürlich vorauszusehen. Dennoch aber scheint — wenn nicht alle Zeichen trügen — dem Burenvolke aus dem vergossenen Blute eine segensreiche und freie Zukunft zu erblühen. Der Widerstand war trotz mancher Schwächen ein heroischer; Männer wie Präsident Stein, Botha und Dewet mit ihren tapferen Anhängern haben auch militärisch vielfach Großes geleistet. Das ganze Volk hat alles an alles gesetzt und sich einmütig zum Kampfe um die Freiheit erhoben, von dem Byron singt:

For freedom's battle once begun
Bequeathed from bleading sire to son,
Though baffled oft, is ever won[1]).

Durch diesen Kampf sind moralische, unwägbare Werte ge-

[1]) Byron, The Giaur. Der Vers lautet in freier Übersetzung:
„Wenn der Kampf der Freiheit lodernd erwacht,
Vom sterbenden Helden dem Sohn vermacht,
Dann kann wohl wechseln das Glück im Krieg,
Doch immer endet der Kampf im Sieg."

schaffen worden, die sich aus der weiteren Entwicklung nicht mehr ausscheiden lassen. Die Buren haben sich als Nation behauptet; sie haben sich den Engländern in gewissem Sinne überlegen erwiesen; nur erdrückender Übermacht sind sie nach zahlreichen ruhmvollen Siegen unterlegen; sie haben einen Schatz an Ruhm und Selbstbewußtsein geschaffen, der sie auch als Besiegte noch zu einem Machtfaktor machte. Die Folge dieser Entwicklung aber ist, daß sie heute das vorherrschende Volk in Südafrika geworden sind, daß England es vorgezogen hat, ihnen lieber die Selbstverwaltung zuzubilligen, als sie sich in dauernder Feindschaft gegenüber zu sehen. Damit ist der Grund gelegt worden zu den freien Vereinigten Staaten von Südafrika [1]). Präsident Krüger aber, der den Entschluß zu diesem in jeder Hinsicht berechtigten Kriege faßte, nicht Cecil Rhodes, wird trotz des tragischen Ausganges, den der Kampf selbst genommen hat, in aller Zukunft als der große weitblickende Staatsmann Südafrikas gelten, der es verstanden hat, ungeachtet der Ungunst der materiellen Verhältnisse die unwägbaren sittlichen Werte nach ihrer schlechthin entscheidenden Bedeutung einzuschätzen.

So bestätigen die Lehren der Geschichte die Auffassung, daß Kriege, die in bewußter Absicht mit staatsmännischer Einsicht herbeigeführt wurden, die glücklichsten Ergebnisse zur Folge hatten. Dennoch bleibt der Krieg immer ein gewaltsames Mittel der Politik, das nicht nur die Gefahr der Niederlage in sich schließt, sondern in jedem Falle große Opfer fordert

---

[1]) „War and the arme blanche." Erskine Childers. The truth came like a flash ... that all along we had been conquering the country, not the race, winning positions, not battles (p. 215).

To ... aim at so cowing the Boer national spirit, as to gain a permanent political ascendency for ourselves, was an object beyond our power ... to achieve ... Peacable political fusion under our own flag, was the utmost we could secure. That meant a conditional surrender on a promise of future autonomy (p. 227, 228). Zu diesem Buch hat Lord Roberts ein sehr anerkennendes Vorwort geschrieben, ohne sich gegen die darin enthaltenen Urteile irgendwie zu verwahren.

und ungezählte Leiden im Gefolge hat. Wer sich zum Kriege entschließt, nimmt stets eine große Verantwortung auf sich.

Es ist daher von vornherein klar, daß man nur aus den wichtigsten Gründen zu einem solchen Entschluß gelangen wird, besonders unter den heutigen Verhältnissen, die die Volksheere geschaffen haben. Völlige Klarheit muß darüber herrschen, von welchen Gesichtspunkten aus ein solcher Entschluß überhaupt gefaßt werden darf; welche politischen Zwecke die Anwendung der Waffen rechtfertigen.

Diese Frage also bedarf eingehender Erwägung. Nur aus dem Wesen und der Aufgabe des Staates läßt sich eine befriedigende Antwort ableiten.

Wenn diese Aufgabe darin besteht, die höchste geistige und sittliche Entwicklung der Bürger zu ermöglichen und an der sittlichen Erziehung des Menschengeschlechts mitzuarbeiten, so muß das eigene Handeln des Staates notwendigerweise unter sittlichen Gesetzen stehen. Die Moral für den Einzelnen aber darf man nicht unmittelbar auf das Handeln des Staats übertragen. Wollte er sich dieser fügen, so käme er vielfach mit seinen eigensten Aufgaben in Widerspruch. Die Moral des Staates muß vielmehr aus seinem besonderen Wesen entwickelt werden, ebenso wie die Moral für den Einzelnen in dem persönlichen Wesen des Menschen und seinen gesellschaftlichen Pflichten wurzelt. Das sittliche Urteil über den Staat muß aus der Natur und den Lebenszwecken des Staates und nicht des einzelnen Menschen geschöpft werden. *Das Wesen des Staates aber ist Macht*, „und wer nicht männlich genug ist, dieser Wahrheit ins Gesicht zu sehen, der soll seine Hände lassen von der Politik“ [1]).

Machiavelli war der Erste, der die Forderung der Macht für den Mittelpunkt aller Politik erklärt hat. Diese Forderung aber hat seit der deutschen Reformation eine andere Bedeutung gewonnen als in dem Sinn des genialen Florentiners. *Ihm* war die Macht um ihrer selbst willen erstrebenswert; *uns* ist

---

[1]) Vgl. Treitschke, Politik I, § 3 und II, § 28.

der „Staat nicht physische Macht als Selbstzweck, er ist Macht, um die höheren Güter zu schützen und zu befördern“ [1]); die „Macht muß sich rechtfertigen, indem sie verwendet wird für die höchsten Güter der Menschheit“ [1]).

Bei der Beurteilung der persönlichen Sittlichkeit des Einzelnen „kommt es am letzten Ende immer darauf an, ob jemand sein eigenstes Wesen erkannt und ausgebildet hat zum höchsten Maße der ihm erreichbaren Vollkommenheit“ [1]). Legt man denselben Maßstab an den Staat, so ist „für seine Macht zu sorgen, seine höchste sittliche Pflicht. Das Individuum soll sich opfern für eine höhere Gemeinschaft, deren Glied es ist; der Staat aber ist selbst das Höchste in der äußeren Gemeinschaft der Menschen, darum kann die Pflicht der Selbstvernichtung gar nicht an ihn herantreten. Die Christenpflicht der Aufopferung für etwas Höheres ist für den Staat gar nicht vorhanden, weil es über ihn hinaus in der Weltgeschichte gar nichts gibt; folglich kann er sich nicht einem Höheren opfern. Wenn der Staat seinen Untergang vor Augen sieht, so preisen wir ihn, wenn er mit dem Schwerte in der Hand unterliegt. Eine Aufopferung für ein fremdes Volk ist nicht nur nicht sittlich, sondern widerspricht der Idee der Selbstbehauptung, die dem Staate das Höchste ist“ [2]).

Ich habe geglaubt, nicht besser als mit den Worten unseres großen nationalen Geschichtsschreibers die Grundlagen der staatlichen Sittlichkeit darlegen zu können. Man gelangt aber auch auf anderem Wege zu dem gleichen Ergebnis wie er.

Der Einzelne ist nur für sich selbst verantwortlich. Wenn er seinen eigenen Vorteil, sei es aus Schwäche, sei es aus sittlichen Gründen, nicht wahrnimmt, schädigt er unmittelbar nur sich selbst; die Folgen seiner Handlungen fallen nur auf ihn selbst zurück. Ganz anders aber liegen die Verhältnisse für den Staat. Er vertritt die weitverzweigten und unter sich oft widerspruchsvollen Interessen einer Gesamtheit. Gibt er

---

[1]) Vgl. Treitschke, Politik I, § 3 und II, § 28.
[2]) Ebenda I, § 3.

diese aus irgend einem Grunde preis, so schädigt er damit nicht nur sich selbst, gewissermaßen als juristische Person, sondern er verletzt zugleich die Gesamtheit der Einzelinteressen, die er zu vertreten berufen ist, und der in seinen Folgen unberechenbare Schaden fällt nicht auf einen nur für sich verantwortlichen Einzelnen zurück, sondern auf eine Summe von Individuen und auf die Gesamtheit. Es ist demnach eine sittliche Pflicht des Staates, seinem eigensten Berufe als Schützer und Förderer aller höheren Interessen treu zu bleiben, und diese Pflicht kann er nur erfüllen, wenn er die nötige Macht dazu besitzt.

Diese Macht zu fördern, ist also auch von diesem Standpunkt aus die erste, alles Andere bedingende Aufgabe des Staates. Nur dieser Gesichtspunkt gewährt einen in sich berechtigten Maßstab, nach dem die Sittlichkeit der Staatshandlungen bewertet werden kann. Entscheidend ist immer nur die Frage, inwieweit der Staat dieser Aufgabe gerecht wurde und damit dem Interesse der Gesamtheit diente nicht lediglich im materiellen Verstande, sondern in dem höheren Sinn, daß die materiellen Interessen nur soweit berechtigt sind, als sie die Macht des Staates und damit auch seine höheren Zwecke mittelbar fördern.

Daß diesem Gesamtinteresse zahlreiche Einzelinteressen geopfert werden müssen, ist angesichts der Vielseitigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse selbstverständlich, und daß das Gesamtinteresse falsch beurteilt werden kann, ist bei der Beschränktheit der menschlichen Einsicht nur natürlich: immerhin ist mit der Forderung, in erster Linie stets die Macht des Staates im Auge zu haben, für den Staatsmann der leitende Gesichtspunkt gegeben, „und darum muß man aussprechen, daß unter allen politischen Sünden die der Schwäche die verwerflichste und verächtlichste ist; sie ist die Sünde gegen den heiligen Geist der Politik“ [1]).

Gegen eine solche Begründung der politischen Moral läßt

[1]) Treitschke, Politik I, § 3.

sich nun freilich der Einwand erheben, daß man auf diesem Wege notwendigerweise zu dem jesuitischen Grundsatz gelange, der Zweck heilige die Mittel; daß zur Förderung der Staatsmacht jedes Mittel erlaubt sei.

Es ist eines der schwierigsten Probleme, das mit der Frage gestellt wird, inwiefern für an sich sittliche Zwecke in der Politik die Anwendung von Mitteln erlaubt sei, die im Leben des Einzelnen als verwerflich betrachtet werden müssen. Eine befriedigende Lösung ist meines Wissens bisher noch nicht gefunden worden, und ich glaube an dieser Stelle nicht verpflichtet zu sein, eine solche zu versuchen, weil der Krieg, von dem ich hier handle, an sich überhaupt kein verwerfliches Mittel ist, sondern es nur dann wird, wenn er unsittliche oder unwichtige Zwecke verfolgt, die mit dem Ernst der Kriegshandlung nicht im Verhältnis stehen. In kurzer Abschweifung von meiner eigentlichen Aufgabe möchte ich hier aber doch auf einige Punkte kurz hinweisen, die die Frage der politischen Moral berühren.

Der Zwiespalt zwischen politischer und Einzelmoral ist keineswegs ein so tiefgehender, wie man im allgemeinen wohl annimmt. Die Macht des Staates beruht nicht ausschließlich auf materiellen Machtfaktoren: Landbesitz, Bevölkerungszahl, Reichtum, Wehrmacht zu Wasser und zu Lande; sondern in sehr hohem Grade auf sittlichen Elementen, die zu den materiellen allerdings stets in einer gewissen Wechselbeziehung stehen. Die Energie, mit der ein Staat jederzeit seine Interessen fördert und die Rechte seiner Angehörigen im Auslande vertritt, die Entschlossenheit, die er zeigt, unter Umständen mit den Waffen für sie einzutreten, schafft mit der Zeit einen wirklichen Machtfaktor gegenüber allen solchen Staaten, die sich nicht dazu aufraffen können, es unter Umständen zum Äußersten kommen zu lassen. Ebenso bilden aber auch Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit der Politik ein Element der Macht sowohl Bundesgenossen wie Feinden gegenüber. Der Staatsmann ist also keineswegs gezwungen, absichtlich zu täuschen. Er kann auch vom politischen Standpunkt aus alle Handlungen vermeiden, die seine persönliche Sittlichkeit in Frage stellen, und er wird

damit auch dem Ansehen und der Macht seines Staates ebenso dienen, als wenn er sich von politischen Drohungen fernhält, denen die Taten nicht entsprechen sollen, und allem politischen Phrasentum entsagt.

Im Altertum galt der Tyrannenmord für eine sittliche Handlung, und die Jesuiten haben den Königsmord zu rechtfertigen gesucht[1]); heute wird der politische Mord auch vom Standpunkt der politischen Moral aus allgemein verdammt. Dasselbe gilt aber auch vom planmäßigen politischen Betrug. Ein Staat, der betrügerische Mittel anwendet, würde sich sehr bald um alle Achtung bringen. Wer sittliche Zwecke mit unsittlichen Mitteln verfolgt, verwickelt sich in einen inneren Widerspruch und vernichtet selbst den Zweck, den er verfolgt, indem er ihn durch seine Handlungen verleugnet. Gewiß darf man einem Gegner nicht alle seine Absichten und letzten Zwecke mitteilen; man kann es ihm überlassen, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden. Aber man braucht ihn auch nicht absichtlich zu belügen und in abgefeimter Weise zu täuschen. Großartige Offenheit ihrer Politik ist denn auch überall das Charakteristische großer Staatsmänner gewesen. Winkelzüge und Doppelzüngigkeit kennzeichnen den kleinlichen Geist der Diplomatie.

Endlich ist aber auch noch zu bedenken, daß das Verhältnis zwischen zwei Staaten oft als ein latenter Krieg bezeichnet werden muß, der vorläufig nur im friedlichen Wettbewerb geführt wird. Ein solcher Zustand aber rechtfertigt zugleich die Anwendung feindlicher Mittel, der List und der Täuschung, gerade so wie der Krieg selbst, da in solchem Falle beide Parteien auf deren Anwendung gefaßt sind.

Ich glaube nach alledem, daß sich ein Konflikt zwischen persönlicher und politischer Moral durch kluges und vorsichtiges diplomatisches Verhalten wohl vermeiden läßt, wenn man sich über den Zweck, den man erreichen will, völlig klar ist und sich immer bewußt bleibt, daß die Mittel, die man anwendet, dem in letzter Linie sittlichen Wesen dieses Zweckes entsprechen müssen.

---

[1]) Mariana, De rege et regis institutione. Toledo 1598.

Das geltende Recht muß von der Politik allerdings vielmals verletzt werden. Dieses ist aber, wie bereits nachgewiesen, niemals unbedingtes Recht; es ist Menschenwerk und als solches unvollkommen und wandelbar; es gibt Verhältnisse, unter denen es der Wahrheit der Dinge nicht mehr entspricht; bei denen das summum jus, summa injuria zur Tatsache wird, und unter denen der Bruch des Rechts sittlich gerechtfertigt erscheint. Yorks Entschluß, die Konvention von Tauroggen zu schließen, war zweifellos ein Rechtsbruch, aber dennoch eine sittliche Tat, denn das französisch-preußische Bündnis war ein erzwungenes und stand im Widerspruch mit allen Lebensinteressen des preußischen Staates; es war seinem ganzen Wesen nach innerlich unwahr und unsittlich. Einem unsittlichen Zustand ein Ende zu machen, ist aber immer gerechtfertigt.

Was nun die Verwendung des Krieges als eines politischen Mittels betrifft, so ergibt sich aus der Erörterung, daß es allemal zur Pflicht wird, sich der ultima ratio zu bedienen nicht nur, wenn man angegriffen wird, sondern auch dann, wenn durch die Politik anderer Staaten die Macht des eigenen in Frage gestellt wird und mit friedlichen Mitteln sich nicht unversehrt behaupten läßt. Da aber, wie wir sahen, diese Macht zwar auf materieller Grundlage ruht, aber in ethischen Werten zum Ausdruck kommt, wird der Krieg auch dann geboten erscheinen, wenn zwar die materielle Machtgrundlage nicht bedroht wird, aber der moralische Einfluß des Staates, auf den es schließlich in letzter Linie ankommt, in Frage gestellt erscheint. So können äußerlich geringfügige Anlässe unter Umständen einen vollberechtigten Grund zum Kriege geben, wenn die Ehre des Staates und damit sein moralisches Ansehen in der Welt gefährdet sind. Dieses Ansehen ist ein wesentlicher Teil der Macht. Niemals darf bei dem Gegner eines Staates der Glaube entstehen, daß der Wille fehlt, dieses Ansehen zu behaupten, auch wenn es nur mit den Waffen in der Hand geschehen kann.

Bei der Entscheidung über Krieg und Frieden muß zunächst erwogen werden, ob die Frage, um die es sich handelt, für

die Macht des Staates erheblich genug ist, um den Entschluß zum Kriege zu rechtfertigen; ob die mit Bestimmtheit eintretenden Gefahren und Leiden eines Krieges das Interesse des Staates nicht schwerer zu schädigen drohen als die Nachteile, die sich nach menschlichem Ermessen ergeben müssen, wenn der Krieg nicht geführt wird. Es muß ferner erwogen werden, ob die Gesamtlage der Verhältnisse einen militärischen Erfolg zum mindesten möglich erscheinen läßt. Doch darf man bei diesen Zweckmäßigkeitserwägungen gewisse wichtige Gesichtspunkte nicht außer acht lassen.

Zunächst muß man sich stets gegenwärtig halten, daß kein Staat berechtigt ist, nur für die Gegenwart zu sorgen und lediglich den unmittelbaren Nutzen des lebenden Geschlechtes in Betracht zu ziehen, weil ein solches Verfahren mit allem in Widerspruch stehen würde, was das Wesen des Staates ausmacht. Sein Verfahren muß sich vielmehr nach den sittlichen Aufgaben richten, die er zu lösen hat, die von jeder erreichten Stufe aus auf die nächst höhere hinweisen und jede Gegenwart vorbereiten sollen für die Zukunft. „Das ist gerade die Größe des Staates, daß er die Vergangenheit mit Gegenwart und Zukunft verbindet; folglich hat der Einzelne nicht das Recht, im Staat ein Mittel für seine Lebenszwecke zu sehen"[1]).

So wird das Gesetz der Entwicklung zugleich ein maßgebender Faktor der Politik, und auch für den Entschluß zum Kriege muß diese Rücksicht schwerer ins Gewicht fallen als die notwendig in der Gegenwart zu bringenden Opfer. „Ich kann nicht begreifen," schreibt einmal Zelter an Goethe, „wie etwas Rechtes geschehen könne ohne Opfer, und daß vielmehr alle eitle Treiberei zum Gegenteil dessen führen muß, was wünschenswert ist."

Ein zweiter Gesichtspunkt, den man festhalten muß, ist eben der, den Zelter hier mit Recht zum Ausdruck bringt: Um Großes zu erreichen, bedarf es stets eines bedeutenden Einsatzes an geistigen und materiellen Mitteln, und niemals kann man

[1]) Treitschke, Politik I, § 2.

eines sicheren Erfolges gewiß sein. Jede Unternehmung schließt ein gewisses größeres oder kleineres Wagnis ein; das lehrt uns schon der bürgerliche Verkehr, das tägliche Leben; wie aber könnte es in der Politik anders sein, in der man mit den gewaltigsten, immer nur ungefähr meßbaren Gegenkräften zu rechnen hat. In Fragen von verhältnismäßig geringer Bedeutung wird man daher oft mit Zugeständnissen und Vergleichen auskommen und bei gegenseitigem Nachgeben einen erträglichen Zustand schaffen können. Die Erledigung solcher Fragen ist das Tätigkeitsgebiet der Diplomatie. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn es sich um entscheidende Lebensfragen handelt, oder wenn der Gegner zwar Zugeständnisse fordert, selbst aber keine gewähren will und daher offen darauf ausgeht, den andern zu demütigen. Da müssen die Künste der Diplomatie schweigen, und es muß nach großen staatsmännischen Gesichtspunkten gehandelt werden: da muß man entschlossen sein, alles an alles zu setzen, und darf die ernste Entscheidung des Krieges nicht scheuen. In solchen Fragen bedeutet jedes Zurückweichen vor dem Gegner, jede Preisgabe wichtiger Interessen, jeder Versuch eines unhaltbaren Ausgleiches nicht nur einen augenblicklichen Verlust an politischem Ansehen und meistens auch an wirklicher Macht, der vielleicht an anderer Stelle wieder eingebracht werden mag, sondern eine dauernde Schädigung des Staatsinteresses, deren volle Schwere gewöhnlich erst die zukünftigen Geschlechter zu tragen haben.

Es ist nicht gesagt, daß es in solchem Falle immer zum Bruch des Friedens kommen muß. Oft werden die bloße Drohung mit dem Kriege und der fest kundgegebene Entschluß, ihn nötigenfalls zu führen, den Gegner zum Zurückweichen veranlassen. Dieser Entschluß aber muß völlig klar in die Erscheinung treten, denn „Verhandlungen ohne Waffen", sagt Friedrich der Große, „sind wie Noten ohne Instrumente". Schließlich ist es doch immer nur die tatsächliche Macht, vor der sich der gegnerische Wille beugt. Wenn daher die Drohung mit dem Kriege nicht genügt, um den eigenen Forderungen Achtung zu verschaffen, dann muß das Konzert beginnen; das

ist die unbedingte Forderung der Staatskunst; dann wird das Recht zum Kriege zu einer nationalen und staatsmännischen Pflicht, den Krieg zu führen.

Endlich ist noch ein drittes zu bedenken. Es kann Fälle geben, in denen es geboten ist, einen Krieg zu führen lediglich der Ehre wegen, auch wenn keinerlei Aussicht auf Erfolg besteht. Auch davon muß man sich Rechenschaft zu geben verstehen. So wenigstens dachte Friedrich der Große. Schon nach der Schlacht von Kolin hatte ihm sein Bruder Heinrich geraten, sich der Marquise von Pompadour zu Füßen zu werfen, um den Frieden mit Frankreich zu erkaufen, und nach der Schlacht von Kunersdorf erschien seine Lage vollends hoffnungslos: aber dennoch lehnte es der König unbedingt ab, den Kampf aufzugeben. Er wußte besser, was der Ehre und dem sittlichen Werte seines Staates fromme, und wollte lieber mit dem Degen in der Hand untergehen als einen unwürdigen Frieden schließen. Auch Präsident Roosevelt hat einmal, und zwar in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1906 an den Kongreß der Vereinigten Staaten von Nordamerika, einem ähnlichen Gedanken Ausdruck gegeben. „Es muß immer", so lauten die mannhaften und beherzigenswerten Worte, „im Auge behalten werden, daß ein Krieg, wo der Friede nur durch das Opfer der Gewissensüberzeugung oder der nationalen Wohlfahrt erlangt werden kann, nicht nur zu rechtfertigen ist, sondern für ehrenhafte Männer und eine ehrenhafte Nation zum Gebot wird. Ein gerechter Krieg ist auf die Dauer für die Seele einer Nation weit besser als der blühendste Friede, der durch das Dulden von Unbill oder Ungerechtigkeit erlangt ist; ja, es kann selbst weit besser sein, im Kriege geschlagen zu werden, als überhaupt nicht gekämpft zu haben."

Wenn man diese verschiedenen Gesichtspunkte zusammenfaßt, wird man sagen können, daß für den Entschluß, einen an sich sittlich gerechtfertigten Krieg zu unternehmen, die in einem höheren Sinne gedachte Zweckmäßigkeit entscheidend sein muß. Erleichtert aber wird ein solcher Entschluß durch die Erwägung, daß die Aussichten auf Erfolg jedenfalls dann am größten

sind, wenn man den Augenblick zum Losschlagen je nach der Gunst der politischen und militärischen Verhältnisse selbst bestimmen kann.

Es ist ferner zu bedenken, daß jeder Erfolg der äußeren Politik, zumal wenn er durch eine militärische Kraftäußerung erreicht wurde, nicht nur die Macht des Staates nach außen erhöht, sondern das Ansehen der Regierung auch im Innern stärkt und ihn dadurch um so mehr befähigt, seinen sittlichen Zwecken und seinen Kulturaufgaben gerecht zu werden.

So wird sich die Auffassung nicht bestreiten lassen, daß es unter Umständen die sittliche und politische Pflicht des Staates ist, den Krieg als politisches Mittel zu verwenden. Solange aller menschliche Fortschritt und alle natürliche Entwicklung auf Kampf gestellt sind, wird es auch geboten sein, diesen Kampf unter möglichst günstigen Bedingungen herbeizuführen.

Wo sich für einen Staat die materielle Unmöglichkeit ergibt, die durch die Macht seiner Feinde ihm aufgezwungene Kriegsrüstung länger zu tragen; wo sich erkennen läßt, daß die gegnerischen Staaten aus natürlichen Gründen allmählich eine nicht mehr auszugleichende Überlegenheit gewinnen müssen; wo man einem Offensivbündnis überlegener Feinde auf die Spur kommt, die nur den günstigen Augenblick zum Losschlagen abwarten: da hat der Staat seinen eigenen Bürgern gegenüber die sittliche Pflicht, den Kampf zu beginnen, solange die Aussichten auf Erfolg und die politischen Umstände noch einigermaßen günstig sind. Wenn anderseits die gegnerischen Staaten durch innere und äußere Verhältnisse geschwächt oder gebunden sind, die eigene Wehrkraft aber einen überlegenen Machtfaktor darstellt, da ist es geboten, die Gunst der Umstände zu benutzen, um die eigenen politischen Zwecke zu fördern. Auch in solcher Lage wird man die Gefahr eines Krieges um so weniger scheuen dürfen, je mehr die Aussicht besteht, mit verhältnismäßig geringen Opfern Großes zu erreichen.

Nur eine immer strebende, willensstarke, tätige Politik kann diesen Aufgaben gerecht werden, eine Politik, die feste Ziele verfolgt, alle lebendigen Kräfte des Staates rege zu erhalten

und einheitlich zusammenzufassen versteht, die sich der Wahrheit des Schillerschen Wortes stets bewußt ist:

„Was man von der Minute ausgeschlagen,
Gibt keine Ewigkeit zurück.“

Der Staatsmann aber wird vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen können, der die Verantwortung für einen mannhaften Entschluß nicht auf sich zu nehmen vermag und die Hoffnungen der Zukunft dem Friedensbedürfnis der Gegenwart opfert.

Daß es unter Umständen äußerst schwierig ist, die Frage zu beantworten, ob im einzelnen Fall die Bedingungen gegeben sind, die den Entschluß zum Kriege rechtfertigen, bedarf keines Beweises. Die Entscheidung ist um so schwieriger, als sie stets geschichtliche Bedeutung einschließt und als selbst der augenblickliche Erfolg nicht endgültig über ihre innere Berechtigung entscheidet.

Der Krieg ist nicht immer ein Gottesgericht. Es gibt auch vorübergehende Erfolge, während das Völkerleben nach Jahrhunderten zählt. Das letzte Urteil kann nur durch die Überschau großer Epochen gewonnen werden[1]).

Wem daher die erhabene und verantwortungsvolle Aufgabe zufällt, ein großes Staatswesen zu lenken, der muß sich über das Urteil seiner Zeit hinwegsetzen können; um so klarer aber muß er sich über die Beweggründe seines eigenen Handelns sein, und mit der ganzen Wucht des kategorischen Imperativs muß ihm die Lehre des großen Königsberger Philosophen vor Augen stehen: „Handle so, daß die Maxime deines Handelns zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“[2]).

Er muß zunächst von dem Wesen und der Bestimmung des Staates eine deutliche Vorstellung haben und sie vom höchsten sittlichen Standpunkt aus erfassen. Nur von diesem aus kann er die entscheidenden Richtlinien seines Handelns bestimmen und die Gesetze der politischen Moral erkennen.

Er muß sich ferner eine nicht minder klare und bestimmte Vorstellung von den Aufgaben bilden, die im besonderen das

[1]) Treitschke, Politik I, § 2.
[2]) Kant, Kritik der praktischen Vernunft S. 30.

Volk zu lösen hat, dessen Geschicke zu leiten in seine Hände gelegt ist. Er muß diese Aufgaben klar und bestimmt formulieren als die festen Ziele, die die Staatskunst anzustreben hat. Erst wenn er hierüber vollkommen klar ist, kann er in jedem einzelnen Falle beurteilen, was den wahren Interessen des Staates entspricht; nur dann kann er nach einer festen Norm handeln, in klarer Voraussicht die Wege der Politik ebnen und für die unausbleiblichen Kämpfe günstige Verhältnisse vorbereiten; nur dann wird er sich, wenn die Schwertesstunde schlägt und der Entschluß zum Kriege an ihn herantritt, freien Geistes und ruhigen Herzens auf den Standpunkt erheben können, dem einst Luther einen ebenso urwüchsigen wie kraftvollen Ausdruck lieh: „Daß man nun viel schreibt und sagt, welch eine große Plage Krieg sei, das ist alles wahr. Aber man sollte auch daneben ansehen, wie vielmal größer die Plage ist, der man mit Kriegen wehret. Summa, man muß im Kriegsamt nicht ansehen, wie es würget, brennet, schlägt und fährt usw. — denn das tuen die engen, einfältigen Kinderaugen, die dem Arzt nicht weiter zusehen, denn wie er die Hand abhauet oder das Bein absäget, sehen aber oder merken nicht, daß es, um den ganzen Leib zu retten, zu tun ist. — Also muß man auch dem Kriegs- oder Schwertsamt zusehen mit männlichen Augen, warum es so würget und greulich tut, so wird sich's selbst beweisen, daß es ein Amt ist, an ihm selbst göttlich, und der Welt so nötig und nützlich wie Essen und Trinken oder sonst ein ander Werk"[1]).

Wenn wir also ein Urteil darüber gewinnen wollen, welche Wege die deutsche Politik einzuschlagen hat, um den Interessen des deutschen Volkes gerecht zu werden, und welche Kriegsmöglichkeiten hierbei gegeben sind, müssen wir zunächst eine Vorstellung davon zu gewinnen suchen, welche staatlichen und Kulturaufgaben wir zu lösen haben und welche politischen Ziele diesen Aufgaben entsprechen.

[1]) Luther, „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können."

3

Kurzer Überblick über Deutschlands geschichtliche Entwicklung

Wie das Leben des einzelnen Menschen sich nur dann zu einem wertvollen gestaltet, wenn es bewußt und tatkräftig großen Zielen dienstbar gemacht wird, so gilt das Gleiche auch für die Völker und Staaten. Sind sie doch gleichsam die Persönlichkeiten im Rahmen der gesamten Menschheit, vielfältig geartet in ihrer Begabung und ihren Charaktereigenschaften, berufen zu den verschiedensten Leistungen, den mannigfachsten Zwecken dienend in der großen Entwicklung des irdischen Daseins.

Vom Standpunkt materialistischer Weltanschauung freilich, wie sie heute weite Kreise unseres Volkes beherrscht, wird man einer solchen Auffassung niemals beipflichten.

Ihr ist alles Weltgeschehen nur eine notwendige Folge gegebener Bedingungen; der freie Wille nur bewußt gewordene Notwendigkeit. Der Unterschied zwischen dem empirischen und dem intelligiblen Ich, auf dem der Begriff der sittlichen Freiheit beruht, wird von ihr geleugnet.

Diese Weltanschauung aber kann vor der wissenschaftlichen Kritik nicht bestehen. Überall erscheint sie willkürlich beschränkt durch die engen Grenzen des unzureichenden menschlichen Verstandes. Das Dasein der Welt steht im Widerspruch mit dem Gesetz vom zureichenden Grunde; Unendlichkeit und Ewigkeit sind unerfaßlich für unsere an Raum und Zeit gebundenen Vorstellungen; das Wesen der Kraft und des Willens bleibt völlig unerklärlich. Wir erkennen von der Welt eben nur eine

subjektiv bedingte Erscheinung; die treibenden Kräfte und das Wesen der Dinge sind unserem Verständnis entzogen. Eine einheitliche Welterklärung ist vom menschlichen Standpunkt aus völlig unmöglich. Nur das scheint klar — freilich ohne beweisbare Gewißheit zu besitzen —, daß geistige, für uns Menschen unfaßbare Gesetze die Welt regieren nach einem bewußten Entwicklungsplan im rollenden Wechsel einer ewigen Wandlung. Auch über die allmähliche Entwicklung der Menschheit scheint ein tief verborgenes sittliches Gesetz zu herrschen. Wenigstens erkennen wir in der wachsenden Verbreitung der Kultur und gemeinsamer sittlicher Anschauungen ein allmähliches Aufsteigen zu reineren und höheren Lebensformen.

Völlig unmöglich ist es uns freilich, Zweckmäßigkeit und Absichtlichkeit des Weltgeschehens im einzelnen nachzuweisen, weil unser Standpunkt zum Weltganzen zu beschränkt und exzentrisch ist. Innerhalb aber der Grenzen unseres Wissens von den Dingen und unserer Erkenntnis von der inneren Notwendigkeit des Geschehens können wir doch wenigstens in großen Zügen die Wege der Vorsehung zu verstehen suchen, die wir auch als Prinzipien der Entwicklung bezeichnen dürfen. So werden wir Anhaltspunkte und Richtlinien gewinnen für unser weiteres Forschen und Handeln.

Am deutlichsten erkennbar wird uns das Walten und Wollen der Vorsehung in der Entwicklungsgeschichte wie der Arten und Rassen, so auch der Völker und Staaten. „Das Wahre", sagt einmal Goethe in einem Brief an Zelter, „kann bloß durch seine Geschichte erhoben und erhalten, das Falsche bloß durch seine Geschichte erniedrigt und zerstreut werden."

Die Bildung von Völkern und Rassen, die Entstehung und der Untergang der Staaten, die Gesetze, die ihr Zusammenleben bestimmen, lassen uns erkennen, welche Kräfte schaffend, erhaltend und lebenfördernd wirken, welche anderen die innere Zersetzung veranlassen und damit zum unvermeidlichen Niedergang führen. Indem wir hier den Spuren der Gesetzmäßigkeit nachgehen, dürfen wir jedoch niemals vergessen, daß die Staaten Persönlichkeiten sind mit sehr verschiedener menschlicher

Beanlagung, mit besonderem, oft sehr ausgeprägtem Charakter, und daß diese subjektiven Fähigkeiten bei der Gesamtentwicklung der Staaten sehr wesentlich mitwirken. Antriebe und Einflüsse üben daher eine sehr verschiedene Wirkung auf die einzelnen Volksindividualitäten aus. Nicht wie der Naturforscher, sondern wie der Psycholog müssen wir die Geschichte zu begreifen suchen. Jedes Volk muß von seinem eigenen Standpunkt aus beurteilt werden, wenn wir die allgemeine Richtung seiner Entwicklung erkennen wollen. An die Geschichte des deutschen Volkes selbst also, in ihrem Zusammenhang mit der der übrigen europäischen Staaten, müssen wir zunächst die Frage richten, welche Wege seine Entwicklung bisher genommen hat und welche Wegweiser hinüberdeuten aus der Vergangenheit in die Zukunft.

Von ihrem ersten Auftreten in der Geschichte an erwiesen sich die Germanen als ein Kulturvolk ersten Ranges.

Als das römische Imperium vor dem Ansturm der Barbaren zusammenbrach, waren es vor allem zwei Elemente, die die Zukunft des Abendlandes bestimmten: das Christentum und die Germanen. In einem Reiche von Herren und Sklaven predigte die christliche Lehre Gleichberechtigung Aller und die Gemeinschaft der Güter, stellte aber zugleich die höchsten sittlichen Forderungen und wies ein Geschlecht, das nur dem Lebensgenuß nachstrebte, auf das Jenseits als das eigentliche Ziel des Daseins hin. Indem sie den Wert des Menschen als solchen und damit die sittliche Entwicklung der Persönlichkeit nach den Gesetzen des eigenen Gewissens zum Ausgangspunkt *aller* Entwicklung machte, bewirkte sie allmählich eine völlige Umwandlung aller Anschauungen der Alten Welt, deren Sittlichkeit einzig auf der Beziehung zum Staate beruhte. Zugleich aber ergoß sich das Germanentum aus dem volkreichen Norden in breiten Strömen erobernd über das römische Reich und die absterbenden Völker der Alten Welt. Diese Scharen aber vermochten nicht ihr Volkstum rein zu erhalten und sich als politische Mächte zu behaupten. Die Staaten, die sie

gründeten, waren ohne Dauer. Schon damals ließ sich erkennen, wie schwer es der niederen Kultur der höheren gegenüber wird, sich selbständig zu behaupten. Die Germanen gingen allmählich in den unterworfenen Völkern auf. Diesen Völkern selbst aber führte das germanische Element neue Lebenssäfte zu und mit ihnen zugleich neue Möglichkeiten der Entwicklung. Je stärker die Beimischung germanischen Blutes war, desto tüchtiger und kulturfähiger erwiesen sich die werdenden Völker.

Indessen bildeten sich in dieser neu entstehenden Welt tiefgreifende Gegenstellungen. Aus der Vermischung der Germanen mit dem Römertum und den von diesen unterdrückten Völkern erwuchs allmählich die lateinische Rasse und schied sich von den Germanen, die sich im Norden der Alpen und in den skandinavischen Gebieten rein zu erhalten vermochten. Zugleich lebte die Idee des allgemeinen Imperiums fort, das die Alte Welt umfaßt hatte.

Im Osten blieb das byzantinische Reich bis 1453 n. Chr. bestehen. Im Westen aber war der letzte römische Kaiser schon 476 durch Odoaker abgesetzt worden. Italien war nacheinander den Ostgoten und den Langobarden in die Hände gefallen. In Spanien hatten die Westgoten, in Gallien die Franken und Burgunder ihre Herrschaft errichtet.

Von dort aus nun erhob sich eine neue Weltmacht. Karl der Große dehnte mit gewaltiger Hand das Frankenreich weit über Galliens Grenzen aus. Durch die Niederwerfung der Sachsen wurde er Herr der Länder zwischen Rhein und Elbe, durch die Besiegung der Langobarden erlangte er die Herrschaft über Italien und versuchte nun das weströmische Imperium wieder aufzurichten. Im Jahre 800 ließ er sich in Rom zum Kaiser krönen. Seine Nachfolger hielten diesen Anspruch fest. Bald aber zerfiel das fränkische Reich. Bei seiner Teilung entstand aus der westlichen Hälfte das spätere Frankreich, aus dem ostfränkischen Reichsteil das spätere Deutschland. Während die im westfränkischen Reich, in Italien und Spanien herrschenden Germanen ihre Sprache und Sitte aufgegeben hatten und allmählich mit den Romanen verschmolzen waren,

behaupteten die Bewohner des ostfränkischen Reichs, insbesondere die Sachsen und die ihnen benachbarten Stämme trotz ihrer gewaltsamen Bekehrung zum Christentum ihre germanische Eigenart, Sprache und Sitte. Hier nun entstand ein kräftiges deutsches[1]) Königtum und nahm die Ansprüche Karls des Großen auf das weströmische Imperium wieder auf. Otto der Große war der erste deutsche König, der diesen verhängnisvollen Schritt unternahm, der ihn und seine Nachfolger in den Kampf mit den römischen Bischöfen verwickelte, die nicht nur Oberhaupt der Kirche, sondern auch Herren von Italien sein wollten und selbst vor Urkundenfälschungen nicht zurückschreckten, um ihr angebliches Recht auf dieses Land zu erweisen.

Aber nicht nur dieses Recht machten die Päpste geltend. Sie, die in Rom an der geheiligten Stätte der Weltherrschaft ihren Sitz hatten und an der Spitze einer Kirche standen, die den Anspruch auf Universalität erhob, erfaßten auch ihrerseits die Idee des allgemeinen Imperiums: eine der kühnsten Gedankenschöpfungen des Menschengeistes, durch vornehmlich geistige Machtmittel eine Weltherrschaft gründen und erhalten zu wollen.

Nur natürlich aber war es, daß dieser päpstliche Anspruch mit dem Kaisertum in Streit geriet. Die Freiheit weltlicher Bestrebungen trat in Gegensatz zu der beanspruchten geistlichen Herrschaft. In dem welterschütternden Ringen beider Gewalten um die höchste Macht, das dem deutschen Reiche schwere Opfer auferlegte, erlag das Kaisertum, weil es ihm nicht gelang, die allerdings sehr verschieden gearteten und zu selbständig gewordenen Teilgewalten des Reichs einheitlich zusammenzufassen und den selbstsüchtigen Partikularismus der Reichsstände zu brechen. Auf dem Schafott zu Neapel verblutete der letzte Staufer unter dem Henkerbeil Karls von Anjou, der ein Vasall der Kirche war.

Die große Zeit des römisch-deutschen Reiches war vorüber.

[1]) Deutsch (diutisk) bedeutet ursprünglich „volkstümlich" im Gegensatz zum Fremden, z. B. zur lateinischen Kirchensprache. Als Volksbezeichnung kommt es erst im 10. Jahrhundert n. Chr. vor.

Zertrümmert lag die deutsche Macht am Boden. Es entstand ein fast völlig anarchischer Zustand. Die schlechten Eigenschaften des deutschen Volkes: Rechthaberei und mangelnder Gemeinsinn, trugen dazu bei, diese Zertrümmerung auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse auszudehnen.

Ebenso verfiel das geistige Leben des deutschen Volkes einer völligen Verrohung. In der Zeit der aufkeimenden Kaisermacht und unter der Herrschaft der hochbegabten Staufer hatte die deutsche Dichtkunst eine erste klassische Periode erlebt, überall sang und klang es damals in deutschen Landen, in ebenso innigen wie sinnigen Liedern und Dichtungen fanden die deutsche Gemütstiefe, im Minnedienst der deutsche Idealismus ihren ersten allgemeinen Ausdruck. In der kaiserlosen Zeit aber verstummten alle Leiern, und auch die bildenden Künste vermochten sich nicht über die Roheit und Zerrissenheit der politischen Zustände zu erheben. Der materielle Wohlstand des Volkes freilich konnte sich bei allmählich wieder zunehmender Ordnung der inneren Verhältnisse heben und entwickelte sich sogar in staunenswertem Maße; die Hansa trug ihre Flagge weithin über die nördlichen Meere, und durch Deutschland führten von Venedig und Genua aus die großen Handelsstraßen, die den Verkehr des Westens mit dem Orient vermittelten. Die frühere politische Macht aber wurde nicht wieder erreicht.

Dagegen lebte im Schoße dieses selben deutschen Volkes, das dem Papsttum erlegen war, die Auflehnung gegen die geistliche Zwingherrschaft fort und sollte von neuem zu hellen Flammen emporlodern. Dieses Mal auf geistigem Gebiet. In fortschreitender Verweltlichung hatte die Kirche viel von ihrem Einfluß auf die Gemüter verloren. Anderseits war im Humanismus eine Kulturbestrebung erwachsen, die von antikem Geiste getragen ihrem innersten Wesen nach mit der Kirche in Widerstreit geraten mußte. Mächtigen Widerhall fand er in Deutschland, wo sich mit ihm alles verband, was freiheitlich dachte und hoffte in deutschen Gauen. Hell klang Ulrich von Huttens Kampfruf durch die deutschen Lande: Ich hab's

gewagt. So war der Humanismus in gewissem Sinne ein Vorläufer der Reformation, die aus der innersten Seele des deutschen Volkes heraus geboren Europa in allen Tiefen erschütterte. Wieder war es das deutsche Volk, das wie einst im Kampfe der gotischen Arianer gegen die orthodoxe Kirche, für geistige Freiheit und dieses Mal auch für nationale Selbstbestimmung sein Herzblut vergoß in einem Kulturkampf, wie er bedeutungsvoller für die Entwicklung der Menschheit seit den Perserkriegen nicht war ausgefochten worden. Das deutsche Volk ging darüber fast zugrunde und verlor alle politische Bedeutung. Große Teile des Reichs gingen an fremde Staaten verloren. Deutschland wurde zur Wüste. Aber die Kirche blieb dieses Mal nicht Sieger wie gegen die arianischen Goten und die Staufer. Zwar gelang es nicht, sie zu Boden zu ringen; sie blieb als eine gewaltige Macht bestehen und zog neue Kräfte aus dem Kampfe selbst. Politisch gewannen die katholischen Staaten unter spanischer Führung das entschiedene Übergewicht. Aber auf der anderen Seite behauptete sich auch das Recht auf geistige Freiheit. Der Menschheit blieb dieses wichtigste Kulturelement in den reformierten Kirchen erhalten und wurde seither zum Palladium alles Fortschritts. In langwierigen Kämpfen freilich mußte die religiöse Freiheit auch nach dem westfälischen Frieden behauptet werden.

Mächtig erhoben die Staaten lateinischer Rasse nun ihrerseits den Anspruch auf das allgemeine Imperium, um den deutschen Freiheitsgedanken zu unterdrücken. Spanien zunächst, dann auch Frankreich, die dann untereinander um die Vorherrschaft stritten. Zugleich entwickelte sich, im letzten Grunde doch im Kampf um die Glaubensfreiheit, in dem germanisierten England eine protestantische Vormacht ersten Ranges, und das Zeitalter der Entdeckungen, das im wesentlichen mit der Zeit der Reformation und des Dreißigjährigen Krieges zusammenfiel, eröffnete dem menschlichen Geiste und der menschlichen Tatkraft neue ungeahnte Bahnen. Auch das politische Leben gewann neue gewaltige Antriebe. Allmählich ergoß sich ein breiter Strom von Einwanderern in die neu entdeckten

Gebiete besonders Amerikas, dessen nördlicher Teil vornehmlich der germanischen, dessen südlicher der lateinischen Rasse anheimfiel. Es wurde der Grund gelegt zu den großen Kolonialreichen und damit zur Weltpolitik. Von dieser gewaltigen Bewegung blieb Deutschland ausgeschlossen, weil es seine Kräfte in kirchlichen Zwisten und Religionskriegen verbrauchte. Anderseits gelang es ihm im Verein mit England, den Niederlanden und Österreich, das sich zugleich gegen die von Osten hereinflutenden Türken zu behaupten hatte, in lang dauernden Kämpfen die französischen Herrschaftsgelüste einzudämmen. England erwuchs dabei zur ersten Kolonial- und Seemacht der Erde, Deutschland aber büßte weite Länderstrecken ein und verlor immer mehr an politischer Macht. Es zerfiel in zahlreiche kraftlose Einzelstaaten, denen deutschem Wesen entsprechend jeder Gemeinsinn fehlte.

Gerade aus dieser Zerstückelung jedoch erwuchs ihm neue Stärke. Im Norden des Landes bildete sich ein protestantisches Machtzentrum: Preußen.

In jahrhundertelangem Ringen war es den Germanen gelungen, das von Osten heranflutende Slawentum zurückzudrängen, ihm weite Gebiete zu entreißen und völlig zu germanisieren. In diesem Kampfe wie in dem mit der kargen Natur war ein starkes selbstbewußtes Geschlecht herangewachsen, das seine Macht weithin ausdehnte an den Küsten der Ostsee und weit hinauf nach Norden germanische Kultur erblühen ließ. Auch gegen die Schweden, die um die Herrschaft über die Ostsee rangen, war schließlich das Deutschtum Sieger geblieben. In diesem Kampfe hatte der große Kurfürst die Grundlagen einer festen politischen Macht gezimmert, die unter seinen Nachfolgern allmählich zu einer maßgebenden Kraft in Deutschland heranwuchs. Mehr und mehr fiel diesem Staat die Führung des protestantischen Deutschlands zu, mehr und mehr entwickelte sich ein Gegensatz zu dem katholischen Österreich, das als selbständiger Großstaat aus Deutschland gewissermaßen herausgewachsen war und seine Macht nicht nur auf seine deutsche Bevölkerung, sondern auch auf Ungarn und

Slawen stützte. Im Siebenjährigen Kriege setzte sich nun Preußen mit dem katholischen Österreich und der Reichsgewalt auseinander und behauptete sich auch gegen Frankreich und Rußland als ein selbständiger protestantischer Staat.

Noch einmal aber sollte dem langsam wieder aufstrebenden Deutschland eine schwere Stunde schlagen. In Frankreich hatte das Königtum die Kräfte der Nation völlig für seine Sonderzwecke ausgenutzt. Das auf das Äußerste getriebene Prinzip des „l'état c'est moi" des Königtums rief eine gewaltige geistige Umwälzung hervor, die sich mit elementarer Kraft in der Revolution von 1789 Bahn brach und überall in Europa, besonders in Deutschland die versteinerten Überreste des Mittelalters zerschmetterte und wegschwemmte. Das deutsche Reich verschwand als solches, nur Trümmerstaaten blieben übrig, unter denen Preußen die einzige wirkliche Macht darstellte. Noch einmal ergriff dann Frankreich unter dem ersten Napoleon den Gedanken des allgemeinen Imperiums und trug seine siegreichen Adler nach Italien, Ägypten, Syrien, Deutschland und Spanien, ja bis in die unwirtlichen Gefilde Rußlands, das sich in allmählicher politischer Zusammenfassung des slawischen Ostens und langsamer Machterweiterung im Kampf mit Polen, Schweden, der Türkei und Preußen zu europäischer Bedeutung emporgearbeitet hatte. Österreich, das immer mehr und mehr ein Sammelstaat der verschiedensten Völkergruppen geworden war, erlag dem gewaltigen Korsen. Preußen, das im Friedenstraum befangen alle Kraft verloren zu haben schien, brach vor seinen Schlägen völlig zusammen.

Aber aus tiefster Erniedrigung erblühte gerade hier mit neuer Kraft der deutsche Gedanke. In dem protestantischen Norden des geknechteten Volkes erhob sich ein Freiheitssturm gegen den Unterdrücker, wie er reiner, gewaltiger und großartiger nie ein Volk geadelt hat. Die Freiheitskriege mit ihrer lichten Begeisterung errangen Preußens und mit ihm Deutschlands politische Daseinsfähigkeit zurück und legten den Grund zu weiterer weltgeschichtlicher Entwicklung.

Während das französische Volk in wilder Auflehnung gegen

geistlichen und weltlichen Despotismus seine Ketten gebrochen und seine Rechte verkündet hatte, vollzog sich in Preußen eine ganz andere Art: die Revolution der Pflicht. Die Forderung der Rechte der Einzelnen führt in ihrer letzten Folge zur Willkür der Einzelnen und zur Verneinung des Staates. Demgegenüber lehrte in Königsberg Immanuel Kant, der Begründer der kritischen Philosophie, das Evangelium der sittlichen Pflicht, faßte Scharnhorst den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht. Indem er von jedem Einzelnen verlangte, Gut und Leben für das Wohl des Ganzen hinzugeben, brachte er den Gedanken des Staates zum deutlichsten Ausdruck und schuf eine gesunde Grundlage, von der aus auch der Anspruch auf individuelle Rechte erhoben werden konnte. Zugleich legte Stein die Fundamente der Selbstverwaltung in Preußen.

Während so in dem Staate, von dem fortan das Schicksal Deutschlands abhängen sollte, Maßnahmen von weitreichendster, wahrhaft historischer Bedeutung getroffen und die Revolution durch gesunden Fortschritt innerlich überwunden wurde, erwuchs auf dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaft, als der tiefste und umfassendste Ausdruck deutschen Wesens und Strebens, eine deutsche Weltmacht ersten Ranges, das Imperium des Geistes. In diesem Lande der politischen Beschränkung und der gesellschaftlichen Ärmlichkeit entwickelte sich seit dem Jahre 1750 eine Literatur und eine Wissenschaft, die aus dem Herzen des Volkes geboren und tief wurzelnd in dem sittlichen Gehalt des Protestantismus die Geister weit hinausführte über die Grenzen der Wirklichkeit in die lichten Höhen geistiger Freiheit und sie zugleich die Macht und die Überlegenheit des deutschen Geistes empfinden ließ. „Also wurde die neue Dichtung und Wissenschaft auf lange Jahrzehnte hinaus das mächtigste Band der Einheit für dies zersplitterte Volk, und sie entschied zugleich den Sieg des Protestantismus im deutschen Leben“ [1]).

Sie erhob Deutschland „wieder zum Kernlande der Ketzerei,

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 88.

indem sie den Grundgedanken der Reformation bis zu dem Rechte der voraussetzungslos freien Forschung weiter bildete" [1]), sie schuf in der Geistesarbeit Kants und Fichtes sittliche Forderungen, wie sie sich noch kein Volk als Richtschnur seines Handelns gestellt hatte, und in den Werken der Dichtkunst zugleich einen Idealismus, der sich zum höchsten berufen fühlte. In dem Heldenzorn von 1813 wurde die tiefe Wirkung dieser Geistesarbeit zur Tat. „Also hat unsere klassische Literatur von ganz verschiedenen Ausgangspunkten her dem nämlichen Ziele zugestrebt wie die politische Arbeit der preußischen Monarchie und der Männer der Tat, die diese Arbeit in der Stunde des tiefsten Zusammenbruchs auf die Bahn des Fortschritts drängten" [1]).

Es war ein weltgeschichtliches Moment, als sich Napoleon und Goethe gegenübertraten, zwei gewaltige Eroberer. Hier die Geißel Gottes, der große Vernichter alles Überlebten und Rückständigen, der finstere Despot, die letzte Ausgeburt der französischen Revolution; „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft" — dort der heiter ernste Olympier, der die Worte sprach: „Edel sei der Mensch, hülfreich und gut", der das religiöse Gefühl mit neuem Inhalt erfüllte, indem er alles Dasein als eine ewige Wandlung zu höheren Zuständen erfaßte und auch in der Naturwissenschaft neue Wege wies; der alle Schwingungen des Menschengeistes, alle Regungen des deutschen Gemüts zum reinsten Ausdruck und damit seinem Volke zum Bewußtsein brachte; der in seinen alles umfassenden Werken erkennen ließ, daß der Inbegriff alles Menschlichen im deutschen Geiste beschlossen sei; ein Prophet der Wahrheit und ein Baumeister unvergänglicher Werke, die uns an das Göttliche im Menschen glauben lassen.

Dem großen Schlachtensieger des Jahrhunderts trat der Heros des Geistes gegenüber, dem der Sieg der Zukunft gehören sollte; der mächtigsten Kraftgestalt der lateinischen Rasse der große Germane, der auf der Höhe der Menschheit stand.

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 90.

Wahrlich ein Volk, das in der Zeit seiner tiefsten politischen Erniedrigung Männer hervorbringen konnte wie Fichte, Scharnhorst, Stein, Schiller und Goethe, von den großen Soldatengestalten der Freiheitskriege ganz zu schweigen, das muß zu großen Dingen berufen sein!

Freilich in der nächsten Zeit nach dem großen Ringen jener herrlichen Tage wurde das deutsche Volk durch die Kurzsichtigkeit, Selbstsucht und Schwäche seiner Fürsten wie durch den Neid seiner Nachbarn um die vollen Früchte seines Heldenmuts, seiner Opfer und seiner reinen Begeisterung gebracht; die tiefe Enttäuschung dieses Geschlechts kam zum Ausdruck in der revolutionären Bewegung von 1848 und in der massenweisen Auswanderung nach dem freien Nordamerika, wo die Deutschen in entscheidender Weise an der Bildung des neuen Volkstums mitwirkten, dem Vaterlande aber verloren gingen. Tief demütigte sich auch vor Österreich und Rußland das preußische Königtum und schien seine nationalen Aufgaben zu vergessen.

Im Innern des preußischen Staates jedoch wuchs aus dem Blute der Freiheitskrieger ein Geschlecht heran, das nicht mehr Amboß sein, sondern Donars Hammer schwingen wollte. Zwei Männer traten an seine Spitze: König Wilhelm I. und der Recke des Sachsenwaldes. Mit starkem Willen faßten sie die Kräfte des Volkes zusammen, das ihnen anfangs widerstrebte, weil es sie nicht verstand, und brachen die Selbstsucht und dogmatische Rechthaberei seiner Vertreter. In siegreichem Kriege fand dann die Auseinandersetzung mit Österreich statt, das die Oberhoheit in Deutschland nicht freiwillig preisgeben wollte und aus dem deutschen Reichsverbande ausschied, ohne seine Stellung als Großmacht einzubüßen. Mit wuchtigem Schlage wurde Frankreich niedergerungen; die überwiegende Mehrheit der deutschen Stämme einigte sich unter der Kaiserkrone, die der König von Preußen trug; in dem Dreibunde Deutschland, Österreich, Italien lebte in föderativer Form der alte deutsche Reichsgedanke wieder auf; von dem Nordmeer bis zur Adria und dem Mittelländischen Meer herrschte der Bismarckisch-

deutsche Gedanke. Wie ein Phönix aus der Asche hatte sich der deutsche Riese von dem Lotterbette des alten Deutschen Bundes erhoben und reckte die gewaltigen Glieder.

Daß dieses Erwachen Deutschlands alle die Staaten in ihren Lebensinteressen verletzen mußte, die sich bisher allein in die wirtschaftliche und politische Macht geteilt hatten, liegt auf der Hand und war nicht zu vermeiden. Überall regten sich feindliche Kräfte gegen uns, um unsere weitere Machtentwicklung aufzuhalten. Eingeklemmt zwischen Frankreich und Rußland, die sich gegen uns vereinigten, gelang es auch dieses Mal nicht, die volle Ernte unserer Siege einzuheimsen. Die Kurzsichtigkeit und Parteisucht des neu erstandenen Reichstages — die alten Erbfehler unseres Volkes — verhinderten eine großzügige Kolonialpolitik. Die tiefe Friedensliebe von Volk und Regierung ließen uns vielfach zurücktreten im Wettstreit der Nationen.

Bei der letzten Teilung der Erde, der Teilung Afrikas, kam das siegreiche Deutschland zu kurz. Das von ihm niedergeworfene Frankreich konnte das zweitgrößte Kolonialreich der Erde gründen; England riß die bedeutendsten Stücke an sich; selbst das kleine, neutrale Belgien nahm einen verhältnismäßig sehr großen und wertvollen Teil in Besitz: Deutschland mußte sich mit einigen bescheidenen Länderstücken begnügen.

Außer den politischen Veränderungen und mit ihnen zugleich sind neue Anschauungen und neue Mächte emporgekommen.

Unter dem Einfluß der Staatsauffassung Friedrichs des Großen und des reichen Ideengehalts der französischen Revolution hat sich der Begriff des Staates seit der Wende des Jahrhunderts völlig verändert. Aus dem Patrimonialstaat des Mittelalters, der der ererbte Besitz des Fürsten war, ist der moderne Staat hervorgegangen, der das umgekehrte Verhältnis darstellt, in dem der Fürst der erste Diener des Staates und nicht das dynastische, sondern das staatliche Interesse für die Regierungstätigkeit maßgebend ist. Mit dieser veränderten Auffassung des Staates hat sich allmählich das Nationalitäts-

prinzip entwickelt, dessen Tendenz dahin geht, ohne Rücksicht auf die geschichtlich gewordenen Grenzen die Nationen politisch zusammenzufassen und damit dem Staate einen einheitlichen nationalen Charakter und gemeinsame Volksinteressen zu verschaffen.

Mit dieser Neugestaltung wurden die Grundlagen des internationalen Verkehrs völlig verändert und der Politik neue Aufgaben gestellt, wie sie die frühere Zeit nicht gekannt hatte. Auch der Handelsverkehr entwickelte sich auf völlig neuer Grundlage.

Seit 1815 fielen allmählich die Schranken jeder Tätigkeit, Zunftwesen und Gewerbezwang. Der Grundbesitz wurde beweglich. Welthandel und Industrie blühten mächtig empor. „England brachte die massenhafte Verwendung von Steinkohle und Eisen, die der Maschine in der Industrie und damit die Großindustrie, es brachte mit Dampfschiff und Eisenbahnen die Maschine in den Verkehr, dazu eine innere Revolution in der Industrie durch Physik und Chemie, und es gewann die Herrschaft über den Großkonsum der Welt durch die Baumwolle. Dazu kam die unermeßliche Ausdehnung der Herrschaft des Kredits im weitesten Wortsinn, die Ausbeutung Indiens, die Ausdehnung der Kolonisation über Polynesien usw.“ [1]) Zugleich umspannte England die Erde mit seinen Kabeln und Flotten. So ist es zu einer weltbeherrschenden Stellung gelangt. Es hat den Versuch unternommen, nicht durch geistliche oder weltliche Waffen wie einst Papst und Kaiser, sondern durch die Macht des Goldes, indem es die materiellen Interessen von sich abhängig machte, ein neues allgemeines Imperium zu begründen.

Ihm gegenüber zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean, den Okzident und Orient verbindend, sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einer Industrie- und Handelsmacht ersten Ranges emporgeblüht. Gestützt auf die außergewöhnlich reichen Schätze des Landes und den rücksichts-

[1]) Jakob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen.

los tatkräftigen Charakter der Bevölkerung erstrebt das gewaltige Reich eine entsprechende Machtstellung im Rat der Völker und ist im Begriff, sie durch die Schaffung einer mächtigen Kriegsflotte sicher zu stellen.

Rußland hat nicht nur in Europa seine Stellung befestigt, sondern seine Macht über den ganzen Norden Asiens ausgedehnt und dringt auch im Innern dieses Weltteils immer weiter vor. Schon ist es mit den Staaten der mongolischen Rasse in feindliche Berührung gekommen. Aus jahrtausendelangem Kulturschlummer ist diese Völkermasse, die den Osten des asiatischen Weltteils erfüllt, endlich zum politischen Leben erwacht und beansprucht kategorisch ihren Anteil am gemeinsamen Völkerleben. Japans Eintreten in den Kreis der bestimmenden Weltmächte bedeutet einen Ruf zu den Waffen. „Asien für die Asiaten" lautet die Parole, die es im Vertrauen auf ihre werbende Macht stillschweigend ausgibt. Schon hat die neue Großmacht in ihrem ersten Zusammenstoß mit dem Europäertum siegreich gefochten. Auch China macht sich bereit, seine Kräfte nach außen entwickeln zu können. Durch ganz Asien zittert eine tiefgehende Bewegung: das Erwachen einer neuen Zeit.

Wenn so von Asien her, aus der alten Völkerwiege, Gefahren drohen, die für die europäische Kulturwelt schon heute eine tiefeingreifende Bedeutung gewonnen haben, so sind auch im Innern der europäischen Völker Kräfte wach geworden, die bisher geschlummert hatten. Die fortwirkenden Ideen der französischen Revolution und der gewaltige Aufschwung der Industrie, der das vorige Jahrhundert kennzeichnet, haben die Arbeiterschaft aller Länder zum Bewußtsein ihrer Bedeutung und ihrer gesellschaftlichen Macht gebracht. Ursprünglich nur bestrebt, ihre materielle Lage zu bessern, haben die Arbeiter in der Theorie den Boden des modernen Staates verlassen und suchen ihr Heil in der Revolution, die sie predigen. Nicht im Rahmen des historisch gewordenen Staates wollen sie das Mögliche erreichen, sondern einen neuen Staat wollen sie an dessen Stelle setzen, in dem sie selber die Herren sind. In diesem Bestreben

bedrohen sie nicht nur fortwährend Staat und Gesellschaft, sondern gefährden in den einzelnen Ländern auch die Industrie, von der sie leben, indem sie deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt durch fortgesetzte Lohnsteigerung und Arbeitsverminderung zu vernichten drohen. Auch in Deutschland hat diese Bewegung weite Kreise des Volks ergriffen.

Bis etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bildeten Ackerbau und Viehzucht den hauptsächlichsten und bedeutendsten Teil der deutschen Arbeit. Seitdem hat unter dem Schutz weiser Zollgesetze und Hand in Hand mit der raschen Entwicklung der deutschen Handelsflotte die Industrie einen gewaltigen Aufschwung genommen. Deutschland ist zu einem Industrie- und Handelsstaat geworden; fast der ganze steigende Zuwachs der Bevölkerung findet auf diesem Gebiete Arbeit und Verdienst. Die Landwirtschaft hat ihre führende Rolle im Wirtschaftsleben der Nation mehr und mehr eingebüßt. Damit ist die industrielle Arbeiterschaft auch bei uns zu einer Macht im Staate geworden, hat sich gewerkschaftlich organisiert, ist politisch dem Einfluß der internationalen Sozialdemokratie verfallen, steht dem nationalen Klassenstaat feindlich gegenüber und arbeitet mit allen Mitteln an der Untergrabung der bestehenden staatlichen Macht.

Es ist selbstverständlich, daß der Staat dieses gefährliche Treiben nicht ruhig gewähren lassen kann, daß er die staatsfeindlichen Bestrebungen mit allen Mitteln der Macht hindern muß, sich wirksam zu betätigen. Das fordert das Gesetz der Selbsterhaltung; ebenso klar aber ist, daß die Forderungen der Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt sind. Mit Recht erhebt der Staatsbürger den Anspruch, sich durch Arbeit vor Verelendung schützen, wirtschaftlich vorwärts kommen zu können, wenn er seine Kräfte freudig einsetzt; mit Recht fordert er vom Staat, daß dieser solchen Anspruch zu befriedigen bemüht sei und ihn der Übermacht des Kapitals gegenüber schützen müsse.

Zwei Mittel stehen dem Staat zur Verfügung, um einen solchen Zweck zu erreichen: einmal, indem er Arbeitsgelegen-

heit zu schaffen bemüht ist, der allen freien Kräften lohnende Tätigkeit gewährt, dann aber auch, indem er durch die Gesetzgebung den Arbeiter gegen die Beschränkung seiner Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Alter und Unfälle versichert, ihm bei zeitweiser Arbeitslosigkeit wirtschaftlich hilft und ihn gegen jeden Zwang schützt, der ihn am Arbeiten verhindern will.

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands als Folgeerscheinung dreier siegreicher Kriege hat einen Arbeitsmarkt in vorläufig einigermaßen ausreichender Weise geschaffen, wenn auch ohne bewußte Absicht des Staates. Unter dem Schutz der politischen Macht hat die deutsche Arbeit sich selbst ihren Markt erobert. Mit vollem Bewußtsein des Zwecks und der Mittel hat anderseits der deutsche Staat gesetzgeberisch eingegriffen. Wie einst Scharnhorst den Menschenrechten die Pflicht des Bürgers entgegenstellte, so erkannte Kaiser Wilhelm I. die Pflicht des Staates gegenüber den wirtschaftlich Schwachen. Durch die soziale Gesetzgebung wurde die Arbeiterschaft sichergestellt, soweit es die Verhältnisse gestatteten. Den revolutionären Bestrebungen wurde damit tatsächlich der Boden entzogen, und indem man auf der anderen Seite allen Übergriffen der Sozialdemokratie entschieden entgegentrat, wurde der wohl einzig richtige Weg gewiesen, auf dem sich die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterschaft mit dem Bestehen des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft vereinigen lassen, auf denen wiederum alle Kultur und aller Kulturfortschritt beruhen. Noch freilich ist die Aufgabe nicht endgültig gelöst. Noch gilt es die Arbeiterschaft für die Ideale des Staates und des Vaterlandes zurückzugewinnen. Der Schutz der Arbeitswilligen muß noch weiter gegen sozialdemokratische Vergewaltigung sichergestellt werden.

Immerhin befindet sich Deutschland in sozialpolitischer Hinsicht wohl an der Spitze des kulturellen Fortschritts.

Auch die deutsche Wissenschaft hat ihren Rang in der Welt behauptet. In den Staatswissenschaften hat Deutschland zweifellos im vorigen Jahrhundert die Führung übernommen und auch auf allen anderen Gebieten geistigen Forschens eine über-

ragende Stellung errungen durch die Universalität der Anschauungen und das tiefe voraussetzungslose Eindringen in das Wesen der Dinge.

Für die Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Literatur ist die Tatsache kennzeichnend, daß die jährliche Ausfuhr deutscher Bücher nach dem Auslande nach zuverlässigen Erhebungen noch einmal so groß ist, wie die von Frankreich, England und Nordamerika zusammen. Nur auf den Gebieten der exakten Wissenschaften hat Deutschland dem Auslande wiederholt den Vortritt einräumen müssen; und auch die deutsche Kunst hat eine führende Stellung nicht zu erringen vermocht. Sie weist zwar vielfach gesunde Keime auf und hat manches wirklich Große geschaffen, aber es spiegelt sich in ihr leider auch die Verworrenheit der politischen Zustände. Denn politisch ist das Deutsche Reich auf das vielfältigste gespalten. Nicht nur stehen sich Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien, sowie diese untereinander in feindlichen Lagern gegenüber; nicht nur befehden sich oft in maßlosester Weise Industrie und Landwirtschaft, sondern auch die konfessionellen Gegensätze hat der nationale Sinn bisher noch nicht zu überwinden vermocht, und der historisch gewordene Gegensatz zwischen Nord und Süd hat die Bevölkerung noch nicht zu einem völlig einheitlichen Körper zusammenwachsen lassen.

So steht Deutschland heute da, in seinem Innern zerrissen und doch voll von verhaltener Kraft; von allen Seiten durch Gefahren bedroht, in verengte unnatürliche Grenzen gezwängt und doch mächtig aufstrebend in seinem Volkstum, in seiner geistigen Entwicklung, in seiner Wissenschaft, seiner Industrie und seinem Handel.

Und nun? Auf welche Wege weist uns diese Geschichte für die Zukunft hin? Welche Aufgaben erwachsen uns aus unserer Vergangenheit?

Es ist eine Frage von weitreichendster Bedeutung; denn davon, wie der deutsche Staat diese Frage beantwortet, hängt nicht nur unsere eigene Weiterentwicklung ab, sondern bis zu einem gewissen Grade auch die fernere Gestaltung der Weltgeschichte.

4

Deutschlands historische Mission

Wenn wir den gesamten Verlauf unserer geschichtlichen Entwicklung an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen und uns vergegenwärtigen, welche lebenspendenden Menschenströme sich bis in die neueste Zeit hinab aus dem europäischen Reich der Mitte in alle Erdteile ergossen haben, welche reichen Keime geistiger und sittlicher Entwicklung gerade dem deutschen Geistesleben entsprungen sind, drängt sich uns mit unwiderstehlicher Gewalt die stolze Überzeugung auf, daß diesem deutschen Volke eine hohe, ja vielleicht die höchste Bedeutung beizumessen ist für die Gesamtentwicklung der Menschheit.

Diese Überzeugung beruht auf den geistigen Vorzügen unseres Volks: auf der Freiheit und auf der Universalität des deutschen Geistes, die sich im Laufe seiner Geschichte immer von neuem geltend gemacht haben. Es gibt kein anderes Volk, das zugleich so voraussetzungslos und so geschichtlich denkt wie das deutsche, das die Freiheit des geistigen und die Gebundenheit des praktischen Lebens so harmonisch zu vereinigen weiß auf dem Wege freier und natürlicher Entwicklung. So sind die Deutschen immer die Bannerträger des freien Gedankens gewesen, zugleich aber ein fester Wall gegen revolutionäre, unorganische Umwälzung. Oft sind sie in dem Kampfe um Geistesfreiheit unterlegen, ihr bestes Herzblut haben sie in ihm vergossen. Geistiger Zwang hat bisweilen auch über die Deutschen Herrschaft gewonnen; revolutionäre Zuckungen haben das Leben auch dieses Volkes erschüttert — der große Bauernkrieg im 16. und die politischen Revolutionsversuche um die Mitte des 19. Jahrhunderts: immer wieder aber ist es gelungen,

die revolutionäre Bewegung innerlich zu überwinden und in die Bahnen eines gesunden natürlichen Fortschrittes zurückzulenken; immer wieder hat sich aus dem tiefinneren Leben der Volksseele das unabweisbare Bedürfnis freier geistiger Selbstbestimmung losgerungen und zu weltgeschichtlicher Bedeutung erweitert. So sind aus dem deutschen Geistesleben zwei große Bewegungen geboren, auf denen fortan aller geistige und sittliche Fortschritt der Menschheit beruht: die Reformation und die kritische Philosophie. Die Reformation, die das durch die Kirche auferlegte geistige Joch zerbrach, das jeden freien Aufschwung hemmte, und die Kritik der reinen Vernunft, die der Willkür der philosophischen Spekulation Einhalt tat, indem sie dem menschlichen Geiste die Grenzen seines Erkenntnisvermögens bestimmte, die aber zugleich auch die Wege zu wirklich möglicher Erkenntnis wies.

Auf dieser Grundlage hat sich das Geistesleben unserer Zeit entwickelt, dessen tiefster Inhalt in dem Bestreben besteht, die Ergebnisse freien Forschens mit den religiösen Bedürfnissen des Herzens in Einklang zu bringen und damit eine feste Grundlage für die harmonische Gestaltung der Menschheit zu schaffen, die heute zwischen feindlichen Gewalten hin und her gerissen in einem fortwährenden Zwiespalt zwischen Glauben und Wissen den geraden Weg des Fortschritts verloren zu haben scheint. Dieser Ausgleich scheint nur möglich, wenn auf religiösem Gebiet der Reformationsgedanke zu einer dauernden Klärung der religiösen Auffassung führt und anderseits die Wissenschaft sich der Grenzen ihres Könnens bewußt bleibt und darauf verzichtet, aus den Ergebnissen der Naturforschung das Gebiet der übersinnlichen Welt erklären zu wollen.

In diesem großen Kampfe um die Harmonie der menschlichen Entwicklung hat das deutsche Volk nicht nur die Grundlagen geschaffen, sondern auch die Führung übernommen. Daraus ergibt sich eine unabweisbare Verpflichtung für die Zukunft: wir müssen uns die Aufgabe stellen, auch fernerhin die Führung in diesem Kampfe zu behaupten, der um das Höchste ausgefochten wird, was überhaupt Gegenstand mensch-

lichen Strebens sein kann. Zu diesem Kampfe scheint unser Volk aber nicht nur durch seine Vergangenheit verpflichtet, sondern auch durch seine Begabung besonders befähigt.

Kein Volk der Erde ist so wie das deutsche imstande, die Gesamtheit der Kulturelemente zusammenzufassen, sich anzueignen, aus der Tiefe des eigenen Gemüts weiter zu bilden und der Menschheit reichere Gaben zurückzugeben, als es von ihr empfing. So hat es den Schatz der überlieferten europäischen Bildung immer wieder „mit neuen selbständigen Ideen und Idealen bereichert und in der großen Gemeinschaft der Kulturvölker einen Platz errungen, den niemand sonst ausfüllen“ kann. „Tiefe, Idealismus, Universalität; frei hinwegzuschauen über alle die trennenden Schranken des endlichen Daseins; nichts Menschliches von sich fernzuhalten; in Gemeinschaft mit den Besten aller Völker und Zeiten das Reich der Ideen zu durchmessen: das hat zu allen Zeiten für deutsch gegolten; das ward als Vorrecht deutscher Art und Bildung gepriesen“ [1]). Keinem anderen Volke ist es gegeben, „das, was der ganzen Menschheit zugeteilt ist“, in seinem inneren Selbst zu genießen und zu erleben, als allein dem deutschen. In anderen Völkern sehen wir freilich oft eine größere Intensität des Könnens auf einzelnen Gebieten, niemals aber die gleiche Fähigkeit der Verallgemeinerung und Vertiefung, wie sie den Deutschen zuteil geworden ist. Diese Eigenschaft ist es, die uns zu der Führerrolle auf geistigem Gebiet besonders geeignet erscheinen läßt und uns damit die Verpflichtung auferlegt, diese Stellung auch zu behaupten.

Aus dieser Anschauung ergeben sich eine ganze Reihe weiterer Aufgaben, die erfüllt werden müssen, wenn wir unserer höchsten Pflicht genügen wollen. Sie bilden die notwendige Grundlage, von der aus wir überhaupt erst nach dem höchsten Ziele streben können. Teils liegen sie auf wissenschaftlichem, teils auf politischem, endlich aber auch auf dem Grenzgebiet, in dem Wissenschaft und Politik sich berühren und die letztere

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 195.

durch die Ergebnisse der Forschung oft unmittelbar bedingt wird.

Vor allem ist es die deutsche Wissenschaft, die ihre Überlegenheit in rastloser und genialer Arbeit immer wieder erringen muß, um dadurch immer von neuem unser geistiges Erstgeburtsrecht zu begründen. Auf der einen Seite kommt es darauf an, die Erkenntnislehre zu erweitern, auf der anderen, durch immer tieferes Eindringen in die Geheimnisse der Natur die Herrschaft des Menschen über sie auszudehnen und dadurch die menschliche Arbeit nutzbringender und lohnender zu machen. Vor allem aber müssen wir daran arbeiten, die großen Probleme wissenschaftlich zu lösen, die die Tiefen der Menschheit erregen. Wir dürfen uns dabei jedoch nicht auf das Gebiet der reinen Theorie beschränken, sondern müssen bestrebt sein, die Ergebnisse der Forschung dem Kulturleben praktisch dienstbar zu machen und damit Lebensformen zu schaffen, in denen eine geläuterte Lebensauffassung ihren Ausdruck finden kann.

Es sind überhaupt die religiösen und die sozialen Gegensätze, die das Leben der Menschheit auf das nachhaltigste bewegen und nicht nur für unsere eigene zukünftige Entwicklung von besonderer Bedeutung sind, sondern auch für das Kulturleben überhaupt. Nirgends haben sie das Gemüt des Volkes so tief und so nachhaltig ergriffen wie bei uns. Dabei fehlt den Deutschen völlig der revolutionäre Sinn trotz aller hohlen Deklamationen sozialdemokratischer Hetzer. Ihre ganze Natur weist sie auf gesetzmäßige gesunde Entwicklung hin, die sich im Gegenspiel der verschiedenen Bestrebungen langsam vollzieht. So scheinen gerade die Deutschen berufen, die großen Gegensätze, die jetzt die Völker zerklüften, innerlich zu überwinden, auszugleichen und in die Bahnen eines natürlichen, dem Entwicklungsgesetz entsprechenden Fortschritts zu lenken.

Auf dem sozialen Gebiet haben wir diesen Weg schon beschritten und werden ihn wohl zweifellos noch weiter verfolgen, soweit es ohne Schädigung der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft selbst möglich ist. Noch andere Wege als die bisher eingeschlagenen zu finden, um die Arbeiterschaft zu gesunden An-

sichten zurückzuführen und dem Vaterlande wieder zu gewinnen, muß unser rastloses Bestreben sein. Zu hoffen ist jedenfalls, daß wenn einmal große gemeinsame Aufgaben an uns herantreten, die den Einsatz der ganzen Volkskraft fordern, auch die Arbeiterschaft ihre Mitwirkung nicht versagen und daß unser Volk dann in der gemeinsamen Gefahr die Einigkeit wieder finden wird, die es heute so schmerzlich entbehrt.

Auf religiösem Gebiet ist noch kein Ausgleich versucht worden. Hier stehen sich gerade in Deutschland die historisch gewordenen Gegensätze besonders schroff gegenüber. Unter Wahrung völliger Denkfreiheit wie aller persönlichen Überzeugungen die religiöse wie die politische Gegensätzlichkeit der Konfessionen zu mildern und die gegenüberstehenden Ansichten vielleicht einmal in eine höhere Einheit zusammenzuführen, das ist die Aufgabe der Zukunft. Noch zeigt sich freilich keine Möglichkeit, diesem Ziele näher zu kommen. Erst müssen im Protestantismus die orthodoxe Rechthaberei, im Katholizismus Jesuitentum und Ultramontanismus innerlich überwunden werden, bevor an eine gemeinsame Kulturarbeit gedacht werden kann. Kein deutscher Staatsmann aber darf diesen Gesichtspunkt aus den Augen verlieren, wie er anderseits niemals vergessen darf, daß die Bedeutung unseres Volkes ausschließlich im Protestantismus wurzelt. Gesetzlich und gesellschaftlich ist völlige Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse geboten, niemals aber darf der deutsche Staat die Führerschaft auf dem Gebiet freier geistiger Entwicklung verleugnen. Er würde damit sich selbst entwerten.

Sind somit dem deutschen Volke als Erbe einer großen und reichen Vergangenheit Aufgaben überkommen, die für das gesamte Kulturleben der Menschheit von entscheidender Wichtigkeit sind, so ist es auch auf dem Gebiete seiner internationalen Beziehungen vor Probleme gestellt, die nicht minder bedeutungsvoll erscheinen. Sie sind besonders auch deshalb von großer Tragweite, weil sie die innere geistige Entwicklung auf das tiefste beeinflussen und die Bedeutung des Deutschtums in der Welt davon abhängt, wie sie gelöst werden.

In den Stürmen und Kämpfen der Vergangenheit hat das Deutsche Reich die schwersten Gebietsverluste erlitten. Das heutige Deutschland ist geographisch genommen nur ein verstümmelter Torso der alten Kaisermacht; es umfaßt überhaupt nur einen Bruchteil des deutschen Volks. Eine große Zahl deutscher Volksgenossen ist anderen Staaten angegliedert oder lebt in staatlicher Selbständigkeit wie die Niederländer, die sich zu einem besonderen Volkstum entwickelt haben, aber in Sprache und Volksart ihr Deutschtum nicht verleugnen können. Deutschland ist seiner natürlichen Grenzen beraubt; selbst Quelle und Mündung des deutschesten Stromes, des viel besungenen deutschen Rheins, liegen außerhalb der deutschen Machtsphäre. Auch an der deutschen Ostgrenze, wo in jahrhundertelangen Kämpfen gegen die Slawen die Kernmacht des neuen Deutschen Reiches erwuchs, ist heute der deutsche Besitz gefährdet. Die slawischen Wogen branden immer mächtiger gegen die Küste des Deutschtums, das seine alte Siegerkraft verloren zu haben scheint.

Während es hier in politischer Schwäche zu weichen scheint, hat sich anderseits während langer Jahrhunderte der Überschuß der deutschen Volkskraft in fremde Länder ergossen und ist unserem Vaterlande und unserem Volkstum verloren gegangen, indem er von fremden Völkern aufgesogen wurde und sich fremdem Geiste anschloß; noch heutigen Tages besitzt das Deutsche Reich kein Koloniallland, in dem es seiner zunehmenden Bevölkerung lohnende Arbeit und eine deutsche Existenz gewähren kann.

Das ist selbstverständlich kein Zustand, der einer mächtigen Nation genügen kann, der der Größe des deutschen Volkes und seiner geistigen Bedeutung entspräche.

Früher freilich, als sich der Deutsche in langen Jahrhunderten der Schmach daran gewöhnt hatte, jeder politischen Bedeutung beraubt zu sein, war eine solche Ungenügsamkeit einem großen Teile unseres Volkes völlig fremd geworden. Noch zu der Zeit unserer klassischen Literatur war der Nationalstolz des damals lebenden idealistischen Geschlechts „befriedigt

in dem Gedanken, daß kein anderes Volk den vermessenen Flügen des deutschen Genius ganz zu folgen, zu der Freiheit unseres Weltbürgertums sich emporzuschwingen vermöge"[1]), und Schiller konnte (1797) die Verse schreiben:

„Deutschlands Majestät und Ehre
Ruhet nicht auf dem Haupt seiner Fürsten.
Stürzte auch in Krieges Flammen
Deutschlands Kaiserreich zusammen,
Deutsche Größe bleibt bestehn"[2]).

In anderer Weise denkt und empfindet heute wenigstens der edlere und bessere Teil unseres Volks. Einerseits schätzen wir die Bedeutung des deutschen Geistes für die Gesamtkultur der Menschheit noch höher ein, als es damals möglich war, weil wir heute die großartige Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert mit berücksichtigen müssen und dabei die ganze Bedeutung unserer klassischen Literatur besser zu beurteilen vermögen; anderseits haben wir aus dem wechselnden Aufschwung und Niedergang unseres geschichtlichen Werdens einsehen gelernt, daß nur in staatlicher Zusammenfassung unser Volk das volle ihm bestimmte Maß innerer Entwicklung erreichen kann, daß nur auf den Fittichen der politischen Macht die Herrschaft der deutschen Gedanken verbreitet werden kann, daß wir unseren großen weltgeschichtlichen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn wir dieser Einsicht entsprechend handeln.

Unsere erste und unbedingteste Pflicht ist es daher, den Besitzstand des Deutschtums, wie er heute vorhanden ist, eifersüchtig zu wahren und keinen Fußbreit deutschen Landes fremden Nationalitäten preiszugeben. Im Westen ist es gelungen, den Herrschaftsgelüsten der lateinischen Rasse Einhalt zu tun, und es ist schwerlich anzunehmen, daß wir uns diesen Siegespreis jemals wieder entreißen lassen sollten. Im Südosten sind die Türken, die früher die europäischen Kulturstaaten bedrohten, gänzlich zurückgedrängt. Sie nehmen heute eine völlig

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 195.

[2]) Entwurf zu einem Gedicht „Deutsche Größe", veröffentlicht 1902 durch Bernhard Suphan.

veränderte Stellung im europäischen Staatensystem ein als zur Zeit ihres vielfach siegreichen Vordringens nach Westen. Auch im Mittelmeer ist ihre Bedeutung gänzlich gebrochen, und bald wird die Türkei vielleicht infolge des für sie so unglücklich verlaufenen Balkankrieges ganz aufhören, als europäischer Staat mitzuzählen. Dafür sind die Slawen zu einer bedrohlichen Macht herangewachsen. Weite Gebiete, die dem Deutschtum bereits gewonnen waren, stehen heute wieder unter slawischer Herrschaft und scheinen uns dauernd verloren zu sein. Die heute russischen Ostseeprovinzen waren einst blühende Stätten deutscher Kultur. In dem uns verbündeten Österreich ist das Deutschtum auf das schwerste durch die Slawen bedrängt; Deutschland selbst ist einer fortdauernden friedlichen Invasion durch slawische Arbeiter ausgesetzt. Mitten in Westfalen gibt es zahlreiche festangesiedelte Polen. Gegen diese slawische Flut wird heute nur eine schwächliche Gegenwirkung geübt. Uns diesem Vorwärtsdrängen des Slawentums entgegenzustemmen, ist jedoch nicht nur eine von den Vätern ererbte Ehrenpflicht, sondern auch eine Pflicht im Interesse der Selbsterhaltung und der europäischen Kultur. Ob es möglich sein wird, in friedlicher Abwehr diese Völkerwoge einzudämmen, läßt sich heute noch nicht übersehen. Unwahrscheinlich ist es jedoch nicht, daß die Machtfrage zwischen Germanen und Slawen noch einmal mit den Waffen wird entschieden werden müssen, und die Wahrscheinlichkeit eines solchen Zusammenstoßes wächst um so mehr, je schwächer wir uns bei der friedlichen Abwehr, je weniger entschlossen wir uns zeigen, den deutschen Boden rücksichtslos zu verteidigen.

Auch die Deutschen im Auslande in ihrem Daseinskampf zu unterstützen und sie damit ihrer Nationalität zu erhalten, ist eine Pflicht, der wir uns schon im unmittelbarsten eigenen Interesse nicht entziehen dürfen. Die deutschen Volksinseln in der Fremde bringen unserem Handel den größten Vorteil, indem sie ihre Waren mit Vorliebe aus Deutschland beziehen; sie können uns aber auch politisch nützlich werden, wie wir das jetzt in Amerika erleben. Die amerikanischen Deutschen haben

sich dort mit den Iren politisch verbunden und bilden in dieser Vereinigung eine Macht im Staat, mit der die Regierung rechnen muß.

Endlich ist es auch vom kulturellen Standpunkt aus geboten, das Deutschtum als solches und mit ihm Brennpunkte universeller Bildung zu erhalten.

Wenn es uns aber auch gelingt, unseren Besitzstand im Osten und Westen und das Deutschtum in seinem jetzigen Bestande überall auf der Erde zu schützen, werden wir doch in dem großen Wettbewerb der Völker unsere heutige auch dem mächtigsten ebenbürtige Stellung nicht behaupten können, wenn wir nichts weiter wollen, als uns auf unseren augenblicklichen Machtkreis beschränken, während die uns umgebenden Staaten in fortdauernder Machterweiterung begriffen sind. Wollen wir mit diesen den Wettbewerb weiter durchführen, zu dem wir durch unsere Volkszahl und unsere Kulturbedeutung berechtigt und verpflichtet sind, so müssen wir auch danach trachten, in dem großen Wettkampf um die Herrschaft der Erde nicht zurückzubleiben.

Lord Rosebery äußerte sich einmal im Jahre 1893 wie folgt: „Man sagt, daß unser Reich groß genug ist und daß wir genug Territorien besitzen ... Wir dürfen aber nicht nur das ins Auge fassen, was wir heute nötig haben, sondern auch das, was wir in der Zukunft nötig haben werden ... Wir müssen uns bewußt bleiben, daß es ein Teil unserer Pflicht und unseres Erbteils ist, dafür zu sorgen, daß die Welt den Stempel unseres Volkes trage und nicht den irgend eines anderen ..." [1]).

Es ist ein großer und stolzer Gedanke, den der Engländer hier ausspricht; und wenn man die Völker zählt, die heute die englische Sprache sprechen, wenn man die Länder überblickt, die heute unter englischer Herrschaft stehen, kann man nicht umhin, ihn vom englischen Standpunkt aus für gerechtfertigt

[1]) Ich finde dieses Zitat angeführt in dem Buche des ehemaligen französischen Ministers Hanotaux: Faschoda et le partage de l'Afrique.

zu halten. Es wird hier zwar noch nicht eine unmittelbare Weltherrschaft ins Auge gefaßt, wohl aber wird in dürren Worten die Vorherrschaft des englischen Geistes verkündet.

Gewiß hat England eine große, besonders materiell gewaltige Kulturarbeit geleistet; aber doch nur in sehr einseitigem Sinn. Alle Kolonien, die unmittelbar unter englischer Herrschaft stehen, werden in erster Linie im Interesse der englischen Industrie und des englischen Kapitals ausgenutzt. Die Kulturarbeit, die England in ihnen unleugbar geleistet hat, ist diesem Gesichtspunkt immer untergeordnet worden, und nirgends noch hat es seine Machtstellung dadurch gerechtfertigt, daß es freie und selbständige Menschen erzog und den unterworfenen Völkern die Segnungen einer eigenen selbständigen Kultur vermittelte. Was aber jene Kolonien anbetrifft, die Selbstverwaltung besitzen, die also mehr oder weniger freie Republiken sind, wie Kanada, Australien und Südafrika, so ist es doch noch sehr die Frage, ob es England gelingen wird, ihnen auf die Dauer den Stempel des englischen Geistes zu bewahren. Es sind nicht nur werdende Staaten, sondern werdende Nationen, und heute schon erscheint es mehr als fraglich, ob der englische Imperialismus imstande sein wird, sie dauernd politisch zusammenzufassen, sie der englischen Industrie dienstbar zu erhalten oder ihnen auch nur den national-englischen Charakter zu sichern. Immerhin ist es ein großes und stolzes Streben, das sich in Lord Roseberys Worten ausspricht; es zeugt von einem gewaltigen nationalen Selbstbewußtsein.

Mit nicht minder berechtigtem Stolze blicken die Franzosen auf ihre in den letzten vierzig Jahren geleistete Arbeit. Im Jahre 1909 gibt der ehemalige französische Minister Hanotaux diesem Stolze folgenden Ausdruck: „Seit zehn Jahren ist das Werk vollendet" — nämlich die Gründung des französischen Kolonialreichs —, „Frankreich hat seinen Rang unter den vier Weltmächten behauptet. Es ist in allen Weltteilen zu Hause. Französisch spricht man und wird man immer sprechen in Afrika, in Asien, in Amerika, in Ozeanien . . . Herrschaftskeime

sind ausgesäet in allen Teilen des Erdballs. Sie werden gedeihen unter dem Schutze des Himmels" [1]).

Nicht ohne versteckten Hohn aber urteilt derselbe Staatsmann über die deutsche Politik. „Es wird Sache der Geschichte sein," schreibt er, „festzustellen, welches der leitende Gedanke Deutschlands und seiner Regierung bei den verwickelten Streitigkeiten gewesen ist, unter denen sich die Teilung Afrikas und die letzte Phase der französischen Kolonialpolitik vollzogen hat. Man kann annehmen, daß zu Anfang die Bismarcksche Politik mit Genugtuung zugesehen hat, wie Frankreich sich auf entfernte und schwierige Unternehmungen einließ, die für lange Jahre hinaus die Aufmerksamkeit des Landes und seiner Regierung voll in Anspruch nehmen mußten. Immerhin ist es nicht sicher, daß diese Rechnung sich auf die Dauer als richtig erwiesen hat, da schließlich Deutschland seinerseits den gleichen Weg beschritt und — freilich etwas spät — die verlorene Zeit wiederzugewinnen suchte. Wenn dieser Staat aus freiem Ermessen die koloniale Initiative anderen überlassen hat, darf er sich nicht wundern, wenn diese die besten Stücke erlangt haben" [2]).

Man darf sagen, daß diese französische Kritik nicht unberechtigt ist. Nicht ohne Beschämung und Erbitterung wird man feststellen müssen, daß der Besiegte von 1870, ein Volk, dessen physische Lebenskraft erschöpft scheint, da seine Bevölkerung nicht mehr zunimmt, dem jede kolonisatorische Befähigung schon aus Mangel an Menschenmaterial abgeht, was man am besten in Algier studieren kann, daß dieses Volk das zweitgrößte Kolonialreich der Welt geschaffen hat und sich stolz als Weltmacht fühlt, während der Sieger von Gravelotte und Sedan im Weltbesitz weit zurücksteht und noch in neuester Zeit im Marokkostreit vor den völlig unberechtigten Machtansprüchen Frankreichs in einer Weise zurückgewichen ist, die dem allgemeinen Volksempfinden nach weder der Würde noch dem Interesse Deutschlands gerecht wird.

---

[1]) Hanotaux, Faschoda et le partage de l'Afrique.
[2]) Ebenda.

Den englischen und französischen Ansprüchen gegenüber, wie sie ganz offen zutage treten und um so beachtenswerter sind, als beide Staaten sich politisch geeinigt haben, ist das deutsche Volk vom Standpunkt seiner Kulturbedeutung aus voll berechtigt, nicht nur einen Platz an der Sonne zu beanspruchen, wie Fürst Bülow sich bescheiden zu äußern beliebte, sondern einen vollgültigen Anteil an der Beherrschung der Erde weit über die Grenzen seiner jetzigen Einflußsphäre hinaus zu erstreben. Dieses Ziel werden wir aber nur dann erreichen können, wenn es uns zunächst gelingt, unsere Machtstellung in Europa selbst derart sicherzustellen, daß sie nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Nur dann brauchen wir nicht mehr zu fürchten, bei jeder Betätigung in der Weltpolitik von überlegenen Gegnern bekämpft zu werden, und werden unsere Kräfte frei walten lassen können im gleichberechtigten Wettbewerb mit den anderen Weltmächten, nur dann werden wir deutschem Wesen und deutschem Geiste überall auf dem Erdenrund die Beachtung wahren können, die ihm seinem inneren Wert nach zukommt.

Eine solche unserer Bedeutung entsprechende Machterweiterung ist aber nicht nur eine ideelle Forderung; sie wird vielmehr sehr bald als eine politische Notwendigkeit in die Erscheinung treten.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß infolge der politischen Einigung und Machtentfaltung auch in wirtschaftlicher Hinsicht in den letzten vierzig Jahren ein ganz gewaltiger Aufschwung in Deutschland stattgefunden, daß unsere Industrie sich in großartiger Weise entwickelt und unser Handel mit ihr Schritt gehalten hat. Die außergewöhnliche Befähigung des deutschen Volkes für Handel und Schiffahrt hat sich von neuem auf das glänzendste bewährt. Es ist heute wieder wie zu den Zeiten der Hansa. Zugleich nehmen die Arbeitskräfte unseres Volkes fortwährend zu. Der Bevölkerungszuwachs allein im Deutschen Reiche beträgt jährlich etwa eine Million Menschen und hat bisher, zum größten Teil wenigstens, in der Industrie lohnende Beschäftigung gefunden.

Diese überaus glänzende Entwicklung hat aber auch ihre Kehrseite. Für die Einfuhr der Rohstoffe sind wir fast ganz,

für den Absatz unserer Fabrikate zum großen Teil auf das Ausland angewiesen; selbst einen Teil unserer Lebensbedürfnisse müssen wir von auswärts beziehen. Dabei haben wir keine gesicherten Märkte, wie England sie in seinen Kolonien besitzt; unsere eigenen Kolonien sind wenig aufnahmefähig, und die großen ausländischen Wirtschaftsgebiete suchen sich überall nach außen, besonders auch gegen Deutschland abzuschließen, um die eigene Industrie zu heben und sich ihrerseits vom Auslande unabhängig zu machen. Von der Behauptung und der Steigerung unserer Ausfuhr hängt dabei der Lebensunterhalt unserer Arbeiterschaft ganz unmittelbar ab. Die Offenhaltung des Überseeverkehrs ist für uns eine Lebensfrage. Sehr bald werden wir uns auch gezwungen sehen, für unsere wachsende Bevölkerung außerhalb der Industrie ein Unterkommen zu suchen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese mit dem Anwachsen der Bevölkerung auf die Dauer Schritt hält. Einen kleinen Teil des Bevölkerungszuwachses wird die Landwirtschaft beschäftigen können, und die innere Kolonisation wird eine gewisse Aushilfe schaffen; niemals aber wird man innerhalb der Grenzen des jetzigen Deutschen Reichs der Gesamtheit der Bevölkerung lohnende Beschäftigung verschaffen können, auch wenn sich unsere internationalen Beziehungen noch so günstig gestalten. Wir werden uns also sehr bald vor die Frage gestellt sehen, ob wir die kommenden Geschlechter wieder wie einst in der Zeit unseres Niederganges an das Ausland abgeben wollen, oder ob wir dafür sorgen wollen, daß sie in eigenen deutschen Kolonien Unterkommen finden und dem Vaterlande erhalten bleiben. In welchem Sinn diese Frage zu beantworten sein wird, kann einem Zweifel wohl nicht unterliegen. Hat der unglückliche Verlauf unserer Geschichte uns bisher verhindert, eine Kolonialmacht in großem Sinne zu werden, so ist es unsere Pflicht, das Versäumte nachzuholen und zugleich eine Flotte zu schaffen, die allen feindlichen Gewalten zum Trotz unsere Seeverbindungen offen zu halten vermag.

Wir haben die Bedeutung der Kolonien viel zu lange unterschätzt. Kolonialbesitz, der lediglich dem Zwecke der Be-

reicherung dient, der nur wirtschaftlich ausgenutzt wird, ohne daß der besitzende Staat daran denkt, entweder in irgend einer Form zu kolonisieren oder die eingeborene Bevölkerung wirtschaftlich und gesellschaftlich zu heben, ist unberechtigt und unsittlich und wird sich auch nie auf die Dauer behaupten lassen.

„Jene Kolonisation aber, die das einheitliche Volkstum erhält, ist für die Zukunft der Welt ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden. Von ihr wird es abhängen, in welchem Maße jedes Volk an der Beherrschung der Welt durch die weiße Rasse teilnehmen wird; es ist sehr gut denkbar, daß einmal ein Land, das keine Kolonien hat, gar nicht mehr zu den europäischen Großmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag“ [1]).

Schon heute leiden wir schwer darunter, daß wir keine Kolonien haben, die unseren Bedürfnissen entsprechen. Nicht nur der wachsenden Arbeiterbevölkerung würden sie ein Unterkommen gewähren, sondern auch Rohstoffe und Lebensmittel liefern, Waren kaufen und dem ungeheuren Kapital an geistiger Arbeitskraft, das heute in Deutschland entweder brach liegt oder fremden Interessen dienstbar ist, ein Feld der Betätigung eröffnen. In allen Ländern der Welt finden wir deutsche Kaufleute, Ingenieure und Männer jeden Berufs im Dienste fremder Herren tätig, weil deutsche Kolonien, in denen sie nutzbar gemacht werden könnten, fehlen. In Zukunft aber wird die Bedeutung Deutschlands davon abhängen, wie viele Millionen Menschen Deutsch sprechen auf der Erde, und wie viele von ihnen dem Deutschen Reiche auch staatlich angegliedert sind.

Es sind, wie man sieht, gewaltige und vielseitige Aufgaben, die uns aus der ganzen vergangenen Entwicklung unseres Volkes erwachsen und durch seinen heutigen Zustand mit Rücksicht auf die Zukunft bedingt sind. Auch müssen wir uns darüber völlig klar sein, daß kein Volk in dem, was es erstrebt, mit den gleichen Schwierigkeiten und Feindschaften zu

[1]) Treitschke, Politik I, § 4.

rechnen hat wie das unsere. Das liegt an der vielseitigen Bedingtheit unserer politischen Beziehungen, an unserer ungünstigen geographischen Lage und an dem Gange unserer Geschichte.

Nicht ohne schweres eigenes Verschulden waren wir zu politischer Ohnmacht verurteilt zu der Zeit, da sich die großen europäischen Staaten bildeten und teilweise zu Weltmächten erweiterten. Erst spät sind wir wieder in den Kreis der politisch geltenden und bestimmenden Mächte eingetreten, nachdem die Teilung der Erde längst erfolgt war. Was andere Völker in jahrhundertelanger natürlicher Entwicklung erreichten: politische Einheit, Kolonialbesitz, Seemacht und Welthandel, das blieb unserem Volke bis auf die jüngste Zeit herab versagt. Was wir noch erreichen wollen, müssen wir erkämpfen gegen eine Übermacht feindlicher Interessen und Mächte.

Um so mehr ist es unsere Pflicht, klar zu erkennen, welche Wege wir gehen und welche Ziele wir erreichen wollen, damit wir unsere Kräfte nicht in falschen Richtungen zersplittern und nicht unwillkürlich abweichen von dem geraden Wege unserer gewollten Entwicklung.

In gewissem Sinn kommt uns die Schwierigkeit unserer politischen Lage aber auch zugute. Indem sie uns in fortwährender wachsender Spannung erhielt, hat sie uns bisher wenigstens vor Erschlaffung bewahrt, die ein langer Friede bei steigendem Reichtum nur allzu leicht im Gefolge hat. Sie hat uns gezwungen, alle unsere geistigen und materiellen Kräfte einzusetzen, um der Lage jederzeit gewachsen zu sein, und hat dadurch Kräfte entstehen und wachsen lassen, die nicht ohne Einfluß bleiben können, wenn es einmal zur Waffenentscheidung kommen sollte.

5

Weltmacht oder Niedergang

Bei der Betrachtung der Aufgaben, die dem deutschen Volke aus seiner Geschichte und seiner universellen wie besonderen Begabung erwachsen sind, wurde der Nachweis versucht, daß wir einer Befestigung und Erweiterung unserer europäischen Machtstellung und einer Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes als Grundlage für unsere weitere Kulturentwicklung bedürfen.

Die politischen Fragen, die damit aufgeworfen werden, berühren alle internationalen Beziehungen auf das tiefste und müssen daher eingehend erwogen werden. Nicht das Unmögliche dürfen wir erstreben. Eine Abenteurerpolitik würde weder unserem Volkscharakter noch unseren höheren Zwecken und Aufgaben entsprechen. Das Mögliche aber müssen wir zu erreichen streben auch auf die Gefahr eines Krieges hin; das haben wir als unser Recht und so auch als unsere Pflicht erkannt. Je länger wir den Dingen tatenlos zusehen, desto schwieriger wird es, den Vorsprung wieder einzuholen, den die anderen Mächte vor uns voraus haben.

„Das Mögliche soll der Entschluß
Beherzt sogleich beim Schopfe fassen;
Er will es dann nicht fahren lassen
Und wirket weiter, weil er muß.“ (Faust I.)

Bedingt und begrenzt aber wird das Gebiet, in dem wir unsere Bestrebungen geltend machen können, durch die entgegenwirkenden Absichten der übrigen Weltmächte, durch die bestehenden Besitzverhältnisse und durch die Waffenmacht, die bereit ist, diesen Besitz und diese Absichten zu behaupten. Die

Erwägung dieser Verhältnisse also bildet die notwendige Grundlage für alle politischen Entschließungen. Mit möglichster Sachlichkeit, ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Kleinmut müssen wir prüfen, welche Umstände zu unseren Gunsten, welche anderen zu unseren Ungunsten in die Wagschale fallen, wenn die im Spiel befindlichen Kräfte gegeneinander abgewogen werden.

Diese Erwägungen liegen zum Teil auf militärischem, in erster Linie aber auf politischem Gebiet, insofern erst die politische Gruppierung der Staaten einen Überblick über die militärischen Machtmittel der Parteien möglich macht. Diese Gruppierung also müssen wir versuchen uns zu vergegenwärtigen. Die wechselnden Bestrebungen der Tagespolitik dürfen dabei nicht zum Maßstab des Urteils gemacht werden. Diese werden oft durch Rücksichten des augenblicklichen Nutzens bestimmt und bieten keinen festen Anhalt. Man muß vielmehr bemüht sein, die politischen Gesichtspunkte und Absichten der einzelnen Staaten zu erkennen, die in der Natur der Dinge begründet sind und ihr Schwergewicht daher immer wieder geltend machen müssen. Am letzten Ende sind es doch immer die dauernden Interessen, die die großen Richtlinien der Politik bestimmen, wenn sie auch noch so oft aus Urteilslosigkeit oder Kleinmut verkannt werden und wenn auch wirklich die Politik zeitweilig Wege einschlägt, die vom Standpunkt des dauernden Staatsinteresses aus nicht gerechtfertigt erscheinen. Die Politik spielt sich nicht mit Notwendigkeit nach bleibenden Gesetzen ab, sondern wird von Menschen gemacht, die ihr den Stempel ihrer Kraft oder ihrer Schwäche aufdrücken und sie oft weit ablenken von dem Wege des wahren Staatsinteresses. Solche Entgleisungen darf man nicht unberücksichtigt lassen; der rasch zugreifende Staatsmann wird solche politischen Schwankungen oft zum eigenen Vorteil ausnutzen können. Wer aber die Verhältnisse vom Standpunkt der geschichtlichen Entwicklung aus betrachtet, wird doch immer in erster Linie die Interessen ins Auge fassen müssen, die er für die bleibenden hält. Von diesem Standpunkt aus also

müssen wir versuchen uns die Weltlage klar zu machen, soweit sie für Deutschlands Machtstellung und Bestrebungen von Bedeutung ist.

In zwei große Lager sehen wir die europäischen Großstaaten geschieden.

Auf der einen Seite haben Deutschland, Österreich und Italien ein Friedensbündnis geschlossen, das lediglich die Abwehr feindlicher Angriffe bezweckt. In diesem Bunde bilden die beiden erstgenannten Staaten den festen, wahrscheinlich unerschütterlichen Kern, weil sie durch die Natur der Dinge aufeinander angewiesen sind. Das ist schon in geographischen Verhältnissen begründet. Bilden doch beide Staaten zusammen eine geschlossene Länderbrücke von der Adria bis zur Nord- und Ostsee. Ihr enges Zusammenstehen beruht aber auch auf historischen, nationalen und politischen Verhältnissen. Auf hundert Schlachtfeldern haben Österreicher mit Preußen und Reichsdeutschen Schulter an Schulter gefochten, Deutsche bilden den Kern der österreichischen Lande, das einheitliche Band, das die mannigfaltigen Völkerstämme des Reichs zusammenhält. Mehr noch als Deutschland muß sich Österreich gegen den Andrang des Slawentums wehren, weil es selber zahlreiche slawische Stämme umschließt. Seit der Streit um die Vorherrschaft in Deutschland ausgefochten wurde, liegen keinerlei Interessengegensätze zwischen den beiden Staaten vor. Die See- und Handelsinteressen des einen weisen nach dem Süden und Südosten, die des anderen nach dem Norden. Jede Schwächung des einen muß sich sofort auch in den politischen Beziehungen des anderen nachteilig bemerkbar machen. Ein deutsch-österreichischer Gegensatz vollends würde beide Staaten dem Angriff übermächtiger Feinde preisgeben. Auf dem Zusammenstehen beider beruht für jeden von ihnen die Möglichkeit, die eigene Machtstellung zu behaupten. Es darf angenommen werden, daß diese die beiden Staaten verbindenden Beziehungen dauernde sein werden, solange Deutsche und Magyaren die führenden Völker in der Donaumonarchie sind. Es ist einer der genialsten Züge Bismarckscher Politik, die Gemeinsamkeit der deutsch-

österreichischen Interessen schon während des Krieges von 1866 erkannt und allen Gewalten zum Trotz einen Frieden durchgesetzt zu haben, der die Möglichkeit eines solchen Bündnisses schuf.

Die Schwäche des österreichischen Kaiserstaates beruht in der starken Beimischung slawischer Elemente, die dem Deutschtum feindlich gegenüberstehen und vielfach panslawistische Neigungen zeigen. Vorläufig sind sie nicht stark genug, um die politische Stellungnahme des Kaiserreichs zu beeinflussen. Die große Veränderung der Machtverhältnisse, die der Balkankrieg zweifellos zur Folge haben wird, dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach für Österreich wenig vorteilhaft erweisen.

Auch Italien ist durch seine wesentlichsten Interessen an den Dreibund gefesselt. Der geschichtlich entstandene Gegensatz zu Österreich wird immer mehr und mehr verblassen, wenn es dem Dreibunde gelänge, dem Erweiterungsbedürfnis Italiens in anderen Gebieten Rechnung zu tragen und für seinen Volkszuwachs einen natürlichen Abfluß zu schaffen. Beides liegt im Bereich der Möglichkeit. Der Irredentismus wird dann seine politische Bedeutung verlieren, denn die Stellung, die Italien seiner geographischen Lage und seiner Vergangenheit nach zukommt und die zu erreichen in seinem *wirklichen* Interesse liegt, kann im Kampf gegen Österreich nicht erworben werden. Es ist die einer politisch und wirtschaftlich führenden Macht im Mittelmeer. Das ist das natürliche Erbe, das es beanspruchen kann. In diesem Anspruch findet es weder in Deutschland noch in Österreich einen Mitbewerber, wohl aber in Frankreich, das sich an der nordafrikanischen Küste festgesetzt und besonders in Tunis ein Land sich angeeignet hat, das die natürlichste Kolonie für Italien darstellte und auch tatsächlich zum großen Teil von Italienern kolonisiert worden ist. Politisch richtig wäre es, glaube ich, für uns gewesen, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Frankreich hin, gegen diese Besitznahme Einspruch zu erheben und das Gebiet des alten Karthago für Italien zu retten. Wir hätten dann einerseits Italiens Stellung im Mittelmeer wesentlich verstärkt und anderseits einen dauernden Gegensatz zwischen diesem Lande und

Frankreich geschaffen, der der Festigkeit des Dreibundes zugute gekommen wäre. Neuerdings freilich hat Italien durch die Annexion von Tripolis, die im Einverständnis mit England und Frankreich erfolgte, seine militärische Stellung sehr geschwächt, denn es ist klar, daß es diese Beute sofort verlieren würde, wenn es sich auf einen Krieg mit den beiden Westmächten einließe. Dem Dreibunde ist es zwar 1912 wieder beigetreten, wohl um sich gegen Österreich den Rücken zu decken, doch wird es dabei für den Kriegsfall seine Neutralität sichergestellt haben, so daß auf eine tatkräftige Teilnahme an einem Dreibundkriege vorläufig kaum zu rechnen sein dürfte.

Die Schwäche dieses Bundes besteht in seinem rein defensiven Charakter. Er bietet eine gewisse Sicherheit gegen feindliche Angriffe, läßt aber die notwendige Entwicklung der Dinge völlig außer Betracht und gewährt keinem seiner Mitglieder eine Stütze in der Verfolgung seiner wesentlichsten Lebensinteressen. Er ist auf einen status quo aufgebaut, der seinerzeit seine volle Berechtigung hatte, aber von der politischen Entwicklung längst überholt ist. Schon Fürst Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen" darauf hingewiesen, daß dieses Bündnis den Bedürfnissen der Zukunft nicht immer entsprechen würde [1]. Da nun Italien im Dreibunde keine Stütze für seine Mittelmeerpolitik fand, suchte es sich mit Frankreich und England friedlich zu einigen und rückte dementsprechend vom Dreibunde ab. Die Folgen dieser Politik liegen heute klar zutage. Italien ist England und Frankreich geradezu in die Arme getrieben worden, um im schroffsten Gegensatz gegen die Interessen des Dreibundes in Tripolis das notwendige Koloniallland zu erobern. Dieses Unternehmen hat es bis an die Schwelle eines Krieges mit Österreich geführt, das als Vormacht auf der Balkanhalbinsel ein Übergreifen Italiens in diese Ländergebiete niemals dulden kann. Der Dreibund, der an sich ein durch-

[1]) Gedanken und Erinnerungen 1898 Bd. II, S. 259 (Volksausgabe Bd. II, S. 287. Neue Ausgabe Bd. II, S. 298).

aus natürliches Bündnis darstellt, ist dadurch auf das tiefste erschüttert worden. Der letzte Grund für dieses Ergebnis ist aber darin zu suchen, daß seine Teilnehmer in engherziger und kurzsichtiger Politik immer nur das nächstliegende eigene Interesse im Auge haben und auf die Lebensbedürfnisse der Bundesgenossen keinerlei Rücksicht nehmen. Er wird seine ursprüngliche Kraft erst dann wieder finden, wenn unter dem Schutz der gemeinsamen Waffen jeder der drei Staaten seine politischen Bedürfnisse befriedigen kann. Mit allen Mitteln müssen wir daher darauf bedacht sein, Österreichs Stellung auf dem Balkan, Italiens Interessen im Mittelmeer zu fördern; nur dann können wir darauf rechnen, auch selbst in unseren eigenen politischen Bestrebungen eine Stütze an unseren Bundesgenossen zu finden. In Zukunft wird es darauf ankommen, die Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen und im nächsten großen Kriege Tunis für Italien zurückzuerobern. Erst dann wird die große Bismarcksche Konzeption des Dreibundes sich in ihrer wirklichen Bedeutung offenbaren. Solange aber der Dreibund nur negative Zwecke verfolgt und es den einzelnen Verbündeten überläßt, ihre lebendigsten Interessen ausschließlich durch eigene Kraft zu verfolgen, wird er mit Unfruchtbarkeit geschlagen sein. Scheinbar liegen uns ja Italiens Mittelmeerinteressen sehr fern. Welche hohe Bedeutung sie in Wirklichkeit für uns haben, geht jedoch aus der Erwägung hervor, daß ein Austritt Italiens aus dem Dreibunde oder gar sein Übertritt zur englisch-französisch-russischen Entente wahrscheinlich sofort der Anlaß zu einem großen europäischen Kriege gegen uns und Österreich sein würde. Dem dauernden Interesse Italiens wäre eine solche Entwicklung offenbar sehr nachteilig, denn es würde seine politische Selbständigkeit darüber einbüßen und liefe Gefahr, zu einer Art Vasallenstaat Frankreichs herabzusinken. Undenkbar ist sie deshalb nicht; denn bei der Beurteilung der Politik Italiens darf man außer seinem Verhältnis zu Frankreich auch das zu England nicht außer Betracht lassen.

England steht dem berechtigten Streben Italiens, eine Vor-

machtstellung im Mittelmeer zu gewinnen, offenbar hindernd im Wege. Es besitzt in Gibraltar, Malta, Cypern, Ägypten und Aden eine Reihe von Stützpunkten, die den Seeweg nach Indien sichern und hat das unbedingte Interesse, diese große Straße durch das Mittelmeer völlig zu beherrschen. Englands Mittelmeerflotte hat eine dementsprechende Stärke und würde — besonders zusammen mit der jetzt im Mittelmeer vereinigten französischen Flotte — die Küsten Italiens auf das schwerste bedrohen, wenn dieses Land in einen Krieg gegen England und Frankreich verwickelt würde. Einen solchen Krieg zu vermeiden, solange die Machtverhältnisse zur See sich nicht völlig geändert haben, hat Italien daher das augenscheinlichste Interesse, dem bei allen politischen Erwägungen Rechnung getragen werden muß. So befindet sich dieser Staat in einer äußerst schwierigen Doppelstellung und als Mitglied des Dreibundes in einer Lage, die es zwingt, auch auf die Gegner dieses Bundes Rücksicht zu nehmen, solange es in seinen Bundesgenossen selbst keine zuverlässige Stütze seiner Entwicklungspolitik findet.

Dem mitteleuropäischen Dreibunde gegenüber haben sich zunächst Frankreich und Rußland zusammengeschlossen.

Frankreichs europäische Politik steht völlig unter dem Gedanken der Revanche. Ihm bringt es alle, auch die schwersten Opfer; ihm zuliebe hat es den jahrhundertelangen Gegensatz zu England und die Niederlage von Faschoda vergessen.

Es will in erster Linie Rache nehmen für die Niederlagen von 1870/71, die sein Selbstbewußtsein auf das tiefste verletzt haben; es will durch einen Sieg über Deutschland seine politische Bedeutung erhöhen und wenn möglich die frühere Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande wieder gewinnen, die es so lange und so glänzend behauptet hat; es will, wenn das Glück seinen Waffen günstig ist, Elsaß-Lothringen zurückerobern. Allein fühlt es sich für den Angriff auf Deutschland zu schwach. Seine gesamte äußere Politik verfolgt daher trotz aller Versicherungen, daß es den Frieden wünsche, keinen anderen Zweck, als Bundesgenossen für diesen Angriff zu gewinnen. Sein Bündnis mit Rußland, seine

Entente mit England sind von diesem Geiste eingegeben, und seine augenblicklich besonders nahen Beziehungen zu letzterem Staat sind wohl lediglich darauf zurückzuführen, daß die französische Politik von der Feindschaft Englands gegen Deutschland wohl nicht ganz mit Unrecht mehr tätigen Beistand erhofft als von Rußland.

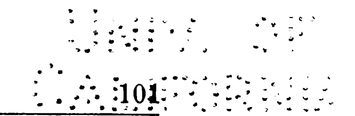
Auch die Kolonialpolitik Frankreichs verfolgt wohl in erster Linie den Zweck, ein materielles und womöglich militärisches Übergewicht über Deutschland zu gewinnen. In der Errichtung einer schwarzen Armee, in der geplanten Einführung einer beschränkten Wehrpflicht in Algerien und in der politischen Angliederung Marokkos, das über ein ausgezeichnetes Soldatenmaterial verfügt, tritt dieses Bestreben so deutlich zutage, daß eine Täuschung über seine Tragweite und Bedeutung völlig unmöglich ist.

Nachdem es Frankreich gelungen ist, seine Wehrkraft auf annähernd gleicher Höhe zu halten wie Deutschland, nachdem es in seinem nordafrikanischen Reich die Möglichkeit gewonnen hat, sie noch sehr erheblich zu steigern, Deutschland auf dem Gebiete der Kolonialpolitik völlig zu überflügeln und in Elsaß-Lothringen die französischen Sympathien nicht nur zu erhalten, sondern neu zu beleben, können wir darauf rechnen, daß Frankreich die Bahnen einer deutschfeindlichen Politik nicht verlassen, sondern wie bisher bestrebt sein wird, überall Feindschaften gegen uns zu erregen und überall auf der Welt den deutschen Interessen entgegenzutreten. Indem es mit Italien sich dahin verständigte, daß es in die Besetzung von Tripolis durch die Italiener willigte und sich dafür freie Hand in Marokko ausbedang, ist es ihm gelungen, in den Dreibund einen Keil zu treiben, der diesen zu sprengen droht. Daß es seine im Interesse des deutschen Handels in Marokko übernommenen Verpflichtungen ehrlich und ohne Hintergedanken einhalten wird, darf als völlig ausgeschlossen betrachtet werden. Das Zurückdrängen dieser Interessen war ja gerade ein wesentlicher Punkt seiner Marokkopolitik, die vornehmlich im deutschfeindlichen Sinn ihre Bedeutung hat. Mehr als je werden

wir in Zukunft gemäß den Erfolgen der französischen Politik mit Frankreichs Feindschaft zu rechnen haben, und als völlig undenkbar muß es betrachtet werden, daß ein Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland herbeigeführt werden könnte, bevor die Waffen noch einmal zwischen ihnen entschieden haben. Es ist das um so weniger zu erwarten, als Frankreich heute mit England zusammengeht und dieses, wie wir sehen werden, ein Interesse daran hat, Deutschland niederzuhalten, Frankreichs Macht aber zu stärken.

Ein anderes Bild tritt uns entgegen, wenn wir den Blick nach Osten wenden, wo der russische Länderkoloß auf allen Verhältnissen lastet.

Infolge seiner Niederlage in der Mandschurei und der Revolution, die durch den unglücklichen Krieg zum Ausbruch gebracht wurde, befolgt das Zarenreich anscheinend zunächst eine Politik der Sammlung. Im fernen Osten hat es sich mit Japan, in Mittelasien mit England zu verständigen gesucht; auf dem Balkan war seine Politik bisher bestrebt, den status quo zu erhalten; wie es nach den militärischen Erfolgen der Balkanstaaten sein Verhältnis zu diesen und zur Türkei gestalten wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Deutschland gegenüber scheint es jeden Gedanken eines Krieges vorläufig aufgegeben zu haben. Die Potsdamer Vereinbarungen, deren Bedeutung freilich nicht überschätzt werden darf, lassen erkennen, daß wenigstens mit einer Angriffspolitik Rußlands gegen uns vorderhand nicht zu rechnen ist. Auch das Ministerium Kokowzew scheint diese Politik der Sammlung fortsetzen zu wollen und hat um so mehr Veranlassung dazu, als die Ermordung Stolypins mit allen ihren Nebenerscheinungen ein schauerliches Bild innerer Zerrüttung und revolutionärer Machenschaften blitzartig beleuchtet hat: Zustände, die es unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß Rußland jetzt besonders geneigt sein würde, zugunsten Frankreichs mit den Waffen einzutreten. Auch die Armee soll völlig unzuverlässig sein, und ein unglücklicher Krieg würde wohl zweifellos eine neue Revolution heraufbeschwören. Das russisch-französische Bündnis ist damit freilich nicht aus



der Welt geschafft, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Rußland seinen Verpflichtungen eintretendenfalls nachkommen würde, aber eine gewisse zeitweilige Abspannung und Besserung in den deutsch-russischen Beziehungen ist doch wohl zweifellos erreicht worden, wenn sie auch mit Deutschlands Zugeständnissen in Nordpersien recht ausreichend bezahlt worden ist.

Ganz selbstverständlich aber ist es, daß diese Politik der Zurückhaltung, die Rußland augenblicklich betreibt, nur eine vorübergehende sein kann. Die Bedürfnisse des gewaltigen Reichs drängen mit Naturnotwendigkeit zu einer Ausdehnung in der Richtung auf das Meer, sei es im fernen Osten, wo es eisfreie Häfen zu gewinnen hofft, oder in der Richtung auf das Mittelländische Meer, wo der Halbmond noch immer auf der Kuppel der Hagia Sophia schimmert. Nach einem erfolgreichen Kriege würde es auch wohl schwerlich zögern, sich der Weichselmündungen zu bemächtigen, deren Besitz es schon seit langem erstrebt, und dadurch seine Stellung in der Ostsee erheblich zu verstärken.

Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel, freier Zutritt zum Mittelländischen Meer und Vormachtstellung in der Ostsee sind die Ziele, die die europäische Politik Rußlands seit jeher naturgemäß erstrebt. Zugleich fühlt es sich als führende Macht der slawischen Rasse und war schon seit geraumer Zeit bemüht, den Einfluß dieses Elements in Mitteleuropa zu heben und auszudehnen.

Der Panslawismus ist noch immer an der Arbeit.

Wie bald Rußland aus seiner Zurückhaltung heraustreten und die natürlichen Bahnen seiner Weltpolitik wieder beschreiten wird, ist schwer vorauszusehen. Seine augenblickliche politische Stellungnahme hängt sehr wesentlich von der Person des jetzigen Kaisers ab, der wohl der Anlehnung an einen starken monarchischen Staat, wie es Deutschland ist, zu bedürfen glaubt, anderseits aber auch von der Art der inneren Entwicklung des gewaltigen Reichs. Bei der revolutionären und sittlichen Durchseuchung des ganzen Volkskörpers und bei der wirtschaftlichen Zerrüttung des Bauernstandes ist vorläufig nicht abzu-

sehen, aus welchen Elementen eine wiederbelebende Kraft emporwachsen soll, die zur Gesundung führt. Auch die Agrarpolitik der jetzigen Regierung hat zu irgend günstigen Ergebnissen bisher nicht geführt und hat vorläufig wenigstens die Erwartungen enttäuscht, die daran geknüpft wurden. So ist die Möglichkeit stets gegeben, daß unter dem Druck der inneren Verhältnisse auch ein Umschwung der äußeren Politik erfolgt und man durch äußere Erfolge die inneren Schwierigkeiten zu überwinden sucht. Ob diese Erfolge dann im fernen Osten oder im Westen gesucht werden, wird von den Zeitumständen abhängen. Auf der einen Seite müssen Japan und möglicherweise China, auf der anderen Deutschland, Österreich und unter Umständen die Türkei bekämpft werden.

Daß diese Verhältnisse auch auf das russisch-französische Bündnis einen bestimmenden Einfluß ausüben müssen, liegt auf der Hand. Die Interessen der beiden Verbündeten sind nicht durchaus die gleichen. Während Frankreich nur die eine Absicht verfolgt, Deutschland durch einen Angriffskrieg niederzuringen, hat Rußland wohl von Anfang an mehr defensive Gesichtspunkte im Auge gehabt. Es wollte sich bei der Durchführung seiner politischen Pläne im Süden und Osten gegen jedes Eingreifen der europäischen Zentralmächte sichern und zugleich für den Preis eines Bündnisses vorteilhafte Anleihen in Frankreich machen, deren es dringend bedurfte. Einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu suchen oder sich an einem solchen zu beteiligen, hat Rußland vorläufig keinerlei Veranlassung. Wohl aber ist jedes weitere Anwachsen der deutschen Macht den Interessen Rußlands offenbar nicht entsprechend. Wir werden es also wohl alle Zeit auf der Seite derer finden, die unsere politischen Wege zu kreuzen suchen.

Zu dem russisch-französischen Bündnis hat sich nun in letzter Zeit auch England gesellt. In Asien hat es mit Rußland ein Abkommen getroffen, das die beiderseitigen Einflußkreise gegeneinander abgrenzt, und mit Frankreich hat es sich in der offenbaren Absicht verständigt, Deutschland unter allen Umständen niederzuhalten, wenn nötig mit Gewalt der Waffen.

Der tatsächlich bestehende Gegensatz der russischen und englischen Interessen in Innerasien ist durch solche Vereinbarungen natürlich nicht aus der Welt zu schaffen und wird sich zu gegebener Zeit wieder geltend machen. Auch zwischen Frankreich und England besteht keine natürliche Interessengemeinschaft. Eine starke französische Seemacht kann England ebenso bedrohlich erscheinen wie die jeder anderen Macht. Für die nächste Zeit aber ist mit einem englisch-französischen Einvernehmen jedenfalls zu rechnen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Deutschland bildet den Kitt für diese Vereinigung. Ein anderer Grund für das politische Zusammengehen beider Staaten ist überhaupt nicht vorhanden. Es fehlt sogar an einem glaubhaften Vorwande, der die wahren Absichten verhüllen könnte.

Diese Politik Englands ist bei oberflächlicher Betrachtung nicht recht verständlich. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben allerdings in der letzten Zeit einen erstaunlichen Aufschwung genommen, und die deutsche Kriegsflotte wächst allmählich zu einer Achtung gebietenden Stärke an; wir stehen England wohl auch bei den Plänen im Wege, die es in der asiatischen Türkei und in Innerafrika verfolgt. Das mag den Engländern sowohl vom wirtschaftlichen wie vom politischen und militärischen Standpunkt aus unerwünscht sein. Aber anderseits ist der amerikanische Wettbewerb auf handelspolitischem Gebiet noch sehr viel schärfer als der deutsche; auch die amerikanische Kriegsflotte ist heute schon stärker als die deutsche und wird diesen Vorrang auch fernerhin behaupten. Selbst die Franzosen sind im Begriff, eine beachtenswerte Flotte zu bauen, und sind als Kolonialmacht, was den Besitz anbetrifft, unendlich viel bedeutender als wir. Trotz alledem aber ist die Feindschaft der Engländer in erster Linie gegen uns gewendet. Man muß versuchen, sich völlig auf den englischen Standpunkt zu stellen, um den Gedankengang zu verstehen, der die englischen Politiker leiten mag. Mir scheint, daß des Rätsels Lösung auf dem weitverzweigten Gebiet der englischen Weltinteressen gesucht werden muß.

Seitdem England den von seinem Standpunkt aus unver-

zeihlichen Fehler beging, im amerikanischen Sezessionskriege die Südstaaten nicht zu unterstützen, ist jenseits des Atlantischen Ozeans dem englischen Weltreich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Nebenbuhler entstanden, der Englands Schicksal auf das schwerste bedroht. Auf handelspolitischem Gebiet besteht heute schon der denkbar schärfste Wettbewerb zwischen beiden Ländern. Die Einverleibung der Philippinen durch Amerika und Englands Bündnis mit Japan haben den Gegensatz der beiderseitigen Interessen sehr wesentlich verschärft. Der Handel und die Industrie Amerikas sind auf keine Weise mehr zu unterdrücken, und die schier unerschöpflichen und stetig wachsenden Machtmittel der Union sind so gewaltige, daß ein Seekrieg mit Amerika schon in Anbetracht der weiten Entfernung und der räumlichen Ausdehnung der feindlichen Küste ein äußerst gewagtes und zum mindesten sehr schwieriges Unternehmen sein dürfte. Dementsprechend ist England vor den Forderungen Amerikas stets diplomatisch zurückgewichen, auch in jüngster Zeit noch in der die Befestigung des Panamakanals betreffenden Verhandlung; offensichtlich geht sein Bestreben dahin, jeden Zusammenstoß mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, weil es diesen Zusammenstoß und seine Folgen fürchtet. Mit dem amerikanischen Wettbewerb in Industrie und Handel sowie mit dem Anwachsen der amerikanischen Seemacht glaubt man sich abfinden zu müssen und hält das mit Rücksicht auf die Rassengemeinschaft auch für möglich. In diesem Sinne ist vom englischen Standpunkt aus wohl auch der Schiedsgerichtsvertrag aufzufassen, der zwischen beiden Staaten verhandelt worden ist. England wollte die Gefahr eines Krieges mit Amerika auf alle Fälle beschwören. Immerhin kann in der weiteren Entwicklung der Dinge der natürliche Gegensatz beider wetteifernden Staaten ein derartiges Schwergewicht gewinnen, daß England gezwungen ist, mit den Waffen für seine Weltstellung einzutreten oder zum mindesten seine Seemacht ungeteilt zur Verfügung zu haben, um seinen diplomatischen Schritten Nachdruck zu geben. Schon die beiderseitigen Beziehungen zu Kanada können sich in einer für den Frieden gefährlichen Weise zu-

spitzen, und das vorläufige Scheitern des Schiedsgerichtsvertrages wirft ein helles Schlaglicht auf die Tatsache, daß das amerikanische Volk nicht gesonnen ist, die beiderseitigen Macht- und Besitzverhältnisse als dauernde anzuerkennen.

Näher vielleicht noch liegt für England eine andere Gefahr, die seine Lebensadern unmittelbar bedroht. Sie ist durch die nationalistische Bewegung in Indien und Ägypten, in der wachsenden Macht des Islam, den Selbständigkeitsbewegungen der großen Kolonien, sowie in der Vorherrschaft des niederdeutschen Elements in Südafrika gegeben.

Die Türkei ist der einzige Staat, der unter Umständen die englische Stellung in Ägypten zu Lande ernstlich bedrohen könnte. Diese Möglichkeit gibt der nationalen Bewegung in Ägypten eine Bedeutung, die ihr sonst vielleicht nicht zukäme, und läßt es erklärlich erscheinen, daß England jede panislamitische Bewegung auf das äußerste fürchtet, die Macht der Türkei, die es offiziell zu begünstigen vorgibt, mit allen Mitteln der politischen Intrige zu untergraben sucht und in Arabien bestrebt ist, einen neuen religiösen Mittelpunkt im Gegensatz zum türkischen Kalifat zu schaffen.

Die gleichen Gesichtspunkte sind zum Teil auch für die indische Politik maßgebend, wo etwa siebzig Millionen Moslems unter englischem Zepter leben. England ist bisher nach dem Grundsatz des divide et impera bemüht gewesen, die mohammedanische und die Hindubevölkerung gegeneinander auszuspielen. Jetzt aber, wo sich unter der letzteren eine ganz ausgesprochene revolutionäre und nationalistische Richtung geltend macht, liegt die Gefahr nahe, daß der in seinen Tiefen erregte Panislamismus sich mit den revolutionären Elementen Bengalens vereinigt. Aus dem Zusammenwirken dieser Elemente könnte sich eine sehr ernste Gefahr ergeben, die unter Umständen Englands Weltstellung zu erschüttern imstande wäre.

Während so innere und äußere Gefahren wenigstens in der Zukunft drohen, ist es dem englischen Imperialismus bisher nicht gelungen, das weite Reich handelspolitisch und militärisch schärfer als bisher zusammenzufassen. Den Chamberlainschen

Traum von dem britischen Reichszollverband hat man endgültig fallen lassen müssen. Auf der Reichskonferenz von 1911 hat man nicht einmal versucht, darauf zurückzukommen. „Politisch wie materiell überwog eine zentrifugale Tendenz. . . . In der Frage der Reichsverteidigung unterlag die Tendenz, die Großbritannien für alle denkbaren Eventualitäten die Hilfsleistung der überseeischen Dominien sichern wollte." Nur als Bundesgenossen, die allerdings im Falle der Not zu England stehen werden, stellen sich die großen selbständigen Kolonien dar, Bundesgenossen aber „mit dem Vorbehalt, nicht zu Zwecken mißbraucht zu werden, die sie nicht übersehen oder die sie nicht billigen"[1]). Im großen und ganzen läßt sich nicht verkennen, daß die Politik der Dominien eine Lostrennung von England zwar im Augenblick noch nicht plant, wohl aber für die Zukunft ins Auge faßt. Sowohl Kanada wie Südafrika und Australien entwickeln sich, wie schon erwähnt, zu selbständigen Nationen und Staaten[2]) und werden, wenn ihre Zeit gekommen ist, wohl auch der Form nach Selbständigkeit beanspruchen.

In allen diesen Verhältnissen sind schwere Gefahren für den Bestand des englischen Weltreichs begründet, und diese Gefahren sind es auch wohl, die auf das Verhalten Englands gegen Deutschland von maßgebendem Einfluß sind.

Muß sich England den Wettbewerb Nordamerikas im Welthandel und um die Weltherrschaft wohl oder übel gefallen lassen, so soll wenigstens die Konkurrenz Deutschlands beseitigt werden. Wird England dagegen zu einem Kriege mit Amerika gezwungen, so soll die deutsche Flotte auf keinen Fall in der Lage sein, die amerikanische zu unterstützen. Sie muß also vorher vernichtet werden.

Ähnlich mag der Gedankengang für den Fall eines großen englischen Kolonialkrieges sein, der Englands Flotten auf weit abgelegenen Kriegsschauplätzen beschäftigen würde. England kennt das Ausdehnungsbedürfnis und die Ausdehnungsfähigkeit

---

[1]) Theod. Schiemann, Kreuzzeitung vom 5. Juli 1911.

[2]) Vgl. Kapitel 4, S. 86.

des deutschen Volkes und mag wohl fürchten, daß ein seemächtiges Deutsches Reich eine solche Gelegenheit benutzen würde, um eine Machterweiterung zu erreichen, die England ihm nicht gönnen will. So erklärt sich auch die scheinbare Gleichgültigkeit Englands gegen die französischen Machtgelüste. Frankreichs Ausdehnungsfähigkeit ist bei mangelndem Bevölkerungszuwachs erschöpft. Es kann England als Nation nicht mehr gefährlich werden und würde wohl sehr bald der englischen Herrschsucht zum Opfer fallen, wenn nur erst Deutschland niedergerungen wäre.

Der Wunsch, sich dieser vermeintlich von Deutschland aus drohenden Gefahren zu entledigen, ist um so näherliegend, als die geographischen Verhältnisse eine völlige Lahmlegung des deutschen Überseehandels ohne allzugroße Anstrengungen möglich erscheinen lassen und als die verhältnismäßige Schwäche der deutschen Flotte bei der gewaltigen Überlegenheit der englischen Marine einen entsprechend leichten Erfolg in Aussicht stellt, besonders wenn auch die französische Flotte hierbei mitwirkt. So scheint die Möglichkeit, sich des einen Nebenbuhlers rasch und vollständig zu entledigen, um für alle übrigen Verhältnisse die Hände frei zu haben, in greifbare Nähe gerückt und bietet zweifellos einen gangbaren Weg, um die Seegewalt Englands auf lange Zeit hinaus sicherzustellen, den deutschen Handel zu vernichten und das Gewicht der deutschen Interessen in Afrika und Vorderasien zu beseitigen.

Die Feindschaft gegen Deutschland findet auch noch in anderen Verhältnissen eine ausreichende Erklärung. Von jeher ist es Englands Bestreben gewesen, ein gewisses Gleichgewicht der Macht zwischen den europäischen Festlandsstaaten zu erhalten, keine von ihnen aber zu beherrschender Überlegenheit emporkommen zu lassen. Indem diese Staaten sich gegenseitig lähmten und an der freien Betätigung auf der Weltbühne hinderten, gewann England die Möglichkeit, seine eigenen Zwecke ungestört zu verfolgen und die Weltmacht zu gründen, die es heute ausübt. Diese Politik setzt es auch in der Gegenwart fort,

denn nur solange die Kräfte Europas sich gegenseitig binden, hält es seine Machtstellung für gesichert. Es ergibt sich daraus unmittelbar, daß England bestrebt sein muß, Deutschland niederzuhalten, Frankreich aber nach Möglichkeit zu stärken; denn Deutschland ist zurzeit der einzige europäische Staat, der eine beherrschende Stellung zu gewinnen droht; Frankreich aber ist sein geborener Nebenbuhler und kann die Ebenbürtigkeit mit dem stärkeren östlichen Nachbar nur dann behaupten, wenn ihm ein Machtzuwachs zuteil wird und es in seinen Verbündeten eine Stütze findet. So ist die Feindschaft gegen Deutschland auch von diesem Standpunkt aus in Englands wichtigsten Interessen tief begründet, und wir müssen mit ihr wie mit etwas notwendig Gegebenem rechnen.

Man hat oft gesagt, daß England sich durch einen Krieg mit Deutschland selbst am meisten schädigen würde, weil es einerseits den deutschen Markt verlöre, der der beste Abnehmer seiner Industrieerzeugnisse sei, und anderseits auch auf die sehr bedeutende deutsche Einfuhr verzichten müsse. Ich fürchte jedoch, daß vom englischen Standpunkt aus gerade diese Verhältnisse noch als ein besonderer Anreiz zum Kriege empfunden werden. Für den verlorenen deutschen Markt würde England einen großen Teil der Absatzgebiete zu gewinnen hoffen, die vor dem Kriege von Deutschland aus versorgt wurden, und die fehlende deutsche Einfuhr würde für die englische Industrie selbst ein gewaltiger Ansporn sein und ihr zum Teil wenigstens unmittelbar zugute kommen.

Vom englischen Standpunkt aus ist es nach alledem wohl verständlich, wenn die englische Regierung mit allen Mitteln bestrebt ist, Deutschlands aufsteigende Macht niederzuhalten, und wenn in weiten Kreisen des englischen Volks der leidenschaftliche Wunsch herrscht, die deutsche Flotte schon im Entstehen zu vernichten und den unbequemen Nachbar zu bekämpfen.

Immerhin kann die englische Politik auch andere Bahnen einschlagen und statt eines Krieges einen Ausgleich mit Deutschland suchen. Uns wäre diese Lösung jedenfalls die erwünschtere. Auch an einen Dreibund, Deutschland, England und Amerika,

ist schon gedacht worden [1]). Wenn aber eine solche Einigung mit Deutschland möglich werden soll, müßte England sich entschließen, der Entwicklung des Deutschtums freie Bahn neben sich zuzugestehn, den Ausbau unserer kolonialen Macht zuzulassen und unseren Wettbewerb in Handel und Industrie nicht politisch zu bekämpfen; es müßte also auf seine ganze hergebrachte Machtpolitik verzichten und eine völlig veränderte Gruppierung der Weltstaaten ins Auge fassen.

Es ist gewiß nicht anzunehmen, daß englischer Stolz und Eigennutz sich dazu verstehen werden. Die nun schon seit Jahren unter stillschweigender Billigung der Regierung fortgesetzte Hetze gegen Deutschland, die nicht nur von dem größten Teil der Presse, sondern auch von einer starken Partei im Lande betrieben wird, die jüngsten Kundgebungen englischer Staatsmänner, die militärischen Vorbereitungen in der Nordsee und die fieberhafte Beschleunigung des Flottenbaus lassen vielmehr deutlich erkennen, daß England seine deutschfeindliche Politik festzuhalten denkt, wie das auch gar nicht anders zu erwarten ist. Auch in den Marokkoverhandlungen sind die unbedingte Feindseligkeit Englands gegen uns und sein Streben, jede deutsche Machterweiterung zu verhindern, unverschleiert zutage getreten. Wer sich befähigt glaubt, der Welt den Stempel seines Geistes aufzudrücken, verzichtet nicht kampflos auf die beherrschende Stellung, wenn er den Sieg sicher in der Hand zu haben glaubt.

Ein friedlicher Ausgleich mit England ist nach alledem eine Fata Morgana, der nachzustreben kein ernster deutscher Staatsmann unternehmen sollte. Wir müssen vielmehr die Möglichkeit eines Krieges mit England stets im Auge behalten und danach unsere politischen und militärischen Maßregeln treffen, unbekümmert um etwaige friedliche Kundgebungen englischer Politiker, Publizisten und Utopisten, die durch das Tagesbedürfnis eingegeben an der sachlichen Grundlage der Ver-

[1]) The United States and the war cloud in Europe by Th. Schiemann. Mc. Clures Magazine, June 1910.

hältnisse nichts zu ändern vermögen. Besonders wenn statt der Liberalen die zielbewußteren Unionisten in England wieder ans Ruder kämen, müßten wir uns auf eine energische Machtpolitik des Inselreichs uns gegenüber gefaßt machen. Ein Ausgleich mit England kann immer nur durch eine Entwürdigung Deutschlands und eine Preisgabe seiner wichtigsten Interessen erkauft werden. Leider gibt es ja in Deutschland immer noch Männer, besonders in hohen Stellungen, die des lieben Friedens willen auch zu diesem Opfer bereit wären.

Was dagegen Amerika anbetrifft, das in der englischen Politik zweifellos eine entscheidende Rolle spielt, so ist es das Land unbegrenzter Möglichkeiten. Während es einerseits auf der Monroedoktrin besteht, streckt es anderseits seine eigenen Arme nach Asien und Afrika aus, um Stützpunkte für seine Flotten zu gewinnen. Es erstrebt zunächst die wirtschaftliche und womöglich auch politische Beherrschung des amerikanischen Erdteils und die Seeherrschaft im Stillen Ozean. Zu England und Japan befindet es sich trotz aller Handels- und sonstigen Verträge im ausgesprochensten Interessengegensatz, und zwar wirtschaftlich und politisch. Daran würden auch Schiedsgerichtsverträge nichts ändern.

Ein ähnlicher in der Natur der Dinge begründeter Gegensatz zu Deutschland ist dagegen durch die beiderseitigen Bestrebungen vorläufig nicht gegeben, sicherlich kein politischer. Soweit sich die Dinge heute übersehen lassen, hat es den Anschein, als ob eher ein Zusammengehen mit Deutschland im amerikanischen Interesse liegen müßte. Wenigstens kann man doch kaum annehmen, daß eine bedeutende Machterweiterung Englands den Amerikanern erwünscht sein kann. Eine solche aber würde sich ergeben, wenn es Großbritannien gelänge, Deutschland politisch und militärisch niederzuringen.

Eine Zeitlang freilich hatte es den Anschein, als ob die englisch-amerikanische Schiedsgerichtsverhandlung tatsächlich in ein Bündnis gegen Deutschland ausmünden könnte. Jedenfalls ist in den Vereinigten Staaten eine bedeutende Agitation gegen uns im Gange gewesen, die weite Kreise umfaßt hat.

Ihr gegenüber standen jedoch geschlossen die Amerikaner deutscher und irischer Abstammung, und es ist wohl anzunehmen, daß die antideutsche Bewegung in der Union eine vorübergehende Erscheinung bleibt, da sie im Wesen der Dinge keine Wurzel hat. Vom handelspolitischen Standpunkt aus ist freilich ein scharfer Wettbewerb zwischen beiden Ländern, besonders in Südamerika vorhanden; es liegt indes keinerlei Grund vor anzunehmen, daß sich hieraus ein politischer Gegensatz entwickeln müßte.

Japan ist vorläufig nur in seiner Einwirkung auf die russischen, amerikanischen, englischen und chinesischen Verhältnisse für uns von mittelbarem politischen Interesse. Im fernen Asien haben wir indes, da es mit England verbündet ist und auch mit Rußland neuerdings einen Ausgleich gefunden zu haben scheint, wohl mehr mit seiner Gegnerschaft als mit seiner Freundschaft zu rechnen. Wichtig für unseren ostasiatischen Kolonialbesitz kann besonders sein Verhältnis zu China werden. Wenn beide Staaten Hand in Hand gingen, was vorläufig allerdings kaum zu befürchten ist, würde es mit der Zeit sehr schwierig sein, eine selbständige Stellung zwischen beiden zu behaupten. Der politische Wettbewerb zwischen den beiden Nationen der gelben Rasse muß daher lebendig erhalten werden. Sind sie verfeindet, so werden sie wahrscheinlich beide in ihren europäischen Beziehungen Stützpunkte gegeneinander suchen und damit den europäischen Staaten die Möglichkeit wahren, ihren asiatischen Besitzstand zu behaupten.

Wenn so die aufstrebenden Weltmächte des fernen Ostens unsere Politik vorläufig nur mittelbar beeinflussen können, so ist die Vormacht des nahen Orients, die Türkei, für uns von der allerentscheidendsten Bedeutung. Sie ist unser natürlichster Bundesgenosse; ein nahes Verhältnis mit ihr zu erhalten, liegt durchaus in unserem Interesse; am zweckmäßigsten wäre es wohl gewesen, sie rechtzeitig dem Dreibunde anzugliedern und auf diese Weise den italienisch-türkischen Konflikt zu verhindern, der die ganze politische Lage zu unseren Ungunsten verändert hat. Die Türkei hat das doppelte Interesse, sich

gegen Rußland und gegen England zu behaupten, also gegen die beiden Staaten, mit deren Feindschaft auch wir zu rechnen haben. Sie ist zugleich die einzige Macht, die Englands Stellung in Ägypten bedrohen und damit den nächsten Seeweg und die Landverbindung nach Indien gefährden kann. Uns diesen Staat für den Fall eines Krieges mit England oder Rußland als Bundesgenossen zu erhalten, dürfen wir kein Opfer scheuen. Das Interesse der Türkei ist unser eigenes. Nachdem nun aber die Türkei im Kampfe mit dem Balkanbunde fast ihren gesamten europäischen Besitz verloren hat, geht unser Interesse dahin, ihr wenigstens Konstantinopel und Adrianopel und ihren gesamten asiatischen Besitz ungeschmälert zu erhalten. Auch im wohlverstandenen Interesse Italiens liegt es, daß die Türkei ihre vorherrschende Stellung am Bosporus und an den Dardanellen behauptet, daß dieser wichtige Schlüsselpunkt nicht etwa in fremden Besitz übergeht, von Rußland oder von England abhängig wird.

Wenn Rußland Zutritt zum Mittelländischen Meer erlangt, den es seit langem erstrebt, würde es sehr bald in dessen östlichem Becken eine Vormachtstellung erlangen und damit die italienischen Mittelmeerbestrebungen auf das ärgste gefährden. Da auch die englischen Interessen durch eine solche Entwicklung verletzt würden, müßte mit einer Verstärkung der englischen Seemacht im Mittelmeer gerechnet werden. Zwischen England, Frankreich und Rußland wäre es dann Italien völlig unmöglich, eine selbständige oder gar herrschende Stellung zu erlangen, während die Gegenstellung Rußlands und der Türkei ihm das Feld frei läßt. Auch von diesem Standpunkt aus ist es also geboten, den türkisch-italienischen Konflikt nach Möglichkeit beizulegen und die Befriedigung der berechtigten italienischen Wünsche auf Kosten Frankreichs, wenn auch erst nach dem nächsten Kriege, zu suchen.

Von den übrigen europäischen Staaten hat nur noch Spanien eine gewisse selbständige Bedeutung. Durch seine Marokkopolitik ist es in einen gewissen Gegensatz zu Frankreich gekommen und kann daher unter Umständen ein Faktor der deutschen Politik

werden. Die Kleinstaaten dagegen bilden keine selbständigen Schwergewichte, können aber im Kriegsfalle von nicht zu unterschätzender Bedeutung werden: Dänemark, Holland, Belgien und die Schweiz, unter Umständen auch Schweden besonders für Deutschland. Die kleinen Balkanstaaten haben, nachdem sie sich mit Ausschluß Rumäniens zu einem Balkanbunde zusammengeschlossen haben, eine recht erhebliche militärische Leistungsfähigkeit entwickelt, besonders Bulgarien. Sie sehen sämtlich großen Gebietserweiterungen entgegen, und es läßt sich heute noch nicht übersehen, wie sie sich später in das europäische Staatenkonzert einfügen werden. Zwischen Österreich und Serbien wird sich ein freundschaftliches Verhältnis schwerlich herstellen lassen.

Die Schweiz und Belgien gelten als neutral. Erstere wurde auf dem Wiener Kongreß am 20. November 1815 unter Kollektivgarantie[1]) der unterzeichneten Mächte, Belgien in den Londoner Verträgen vom 15. November 1831 sowie vom 19. April 1839 seitens der fünf Großmächte, der Niederlande und Belgiens selbst für neutral erklärt.

Wenn man diese Verhältnisse im Zusammenhange übersieht, ergibt sich, daß auf dem europäischen Festlande die Macht des mitteleuropäischen Dreibundes und die der ihm gegenüber durch Bündnis und Einvernehmen geeinigten Staaten sich ungefähr die Wage hält, solange Italien dem Bunde angehört. Berücksichtigt man die Imponderabilien, deren Bedeutung sich nur schätzen läßt, so mag vielleicht auf seiten des Dreibundes ein gewisses Übergewicht festgestellt werden. Dagegen beherrscht England unbedingt die See. Vermöge seiner im Bunde mit Frankreich erdrückenden maritimen Überlegenheit und infolge der geographischen Verhältnisse vermag es Deutschland durch Unterbindung des Seeverkehrs auf das

[1]) Unter Kollektivgarantie versteht man die Pflicht der beteiligten Mächte, zum Schutz der Neutralität einzuschreiten, wenn alle übereinstimmen, daß diese bedroht ist. Jede einzelne Macht hat aber das Recht einzuschreiten, wenn sie die Neutralität für bedroht erachtet.

schwerste zu schädigen. Auch kann es eine nicht ganz unerhebliche Heeresmacht für einen Festlandskrieg verfügbar machen. So ergibt sich alles in allem genommen eine nicht zu unterschätzende politische Überlegenheit unserer Gegner. Gelingt es Frankreich, seine Landarmee durch erhebliche koloniale Kräfte und durch ein starkes englisches Landungskorps zu verstärken, so würde sich diese Überlegenheit auch auf dem Lande militärisch geltend machen. Tritt gar Italien vom Dreibunde zurück, so würde sich eine sehr bedeutende Übermacht gegen Deutschland und Österreich vereinigen lassen. Dabei ist zu bedenken, daß in Zukunft Österreich nicht mehr wie früher seine ganze Kraft gegen Rußland wird einsetzen können, weil es starke Kräfte an der serbischen Grenze zurückhalten muß, und daß auf eine militärische Hilfe Italiens in der Tat nicht zu rechnen sein dürfte, auch wenn es beim Dreibund verbleibt.

Unter solchen Umständen ist gerade Deutschlands Lage eine außerordentlich schwierige.

Wir bedürfen nicht nur für die volle seiner geistigen Bedeutung entsprechende nationale Entwicklung unseres Volkes einer erweiterten politischen Grundlage, sondern wir sind — wie im vorigen Kapitel dargelegt wurde — geradezu gezwungen, für unseren Volkszuwachs Raum und für unsere wachsende Industrie Absatzgebiete zu schaffen. Bei jedem Schritt aber, den wir in dieser Richtung tun, wird uns England entschlossen entgegentreten. Die englische Politik mag heute den endgültigen Entschluß uns anzugreifen noch nicht gefaßt haben: gewillt ist sie aber zweifellos, jede weitere Ausdehnung des deutschen Welteinflusses und damit auch der deutschen Seegeltung mit allen, auch den äußersten Mitteln zu verhindern. Darüber lassen die erkennbaren politischen Ziele Englands und das Verhalten seiner Regierung keinerlei Zweifel aufkommen. Werden wir aber in einen Kampf mit England verwickelt, so können wir ganz sicher sein, daß Frankreich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wird, uns in die Flanke zu fallen. Österreich würde durch Rußland lahmgelegt; gegen letzteres müßten auch wir sehr erhebliche Kräfte im Osten zurücklassen. Den Kampf gegen Frank-

reich und England würden wir also allein mit nur einem Teil unserer Armee auszufechten haben. Gerade in dieser doppelten Bedrohung sowohl zur See wie auf dem europäischen Festlande liegt für unsere politische Stellung die bedenkliche Schwierigkeit und Gefährdung, durch die uns jede Armfreiheit genommen, jede Ausdehnung unterbunden wird.

Da dieser Kampf aber, wie es bei eingehender Prüfung der Weltlage scheinen muß, notwendig und unvermeidlich ist, müssen wir ihn auch ausfechten, koste es was es wolle. Im übrigen führen wir ihn schon heute, wenn auch nicht mit offenem Visier und vorläufig noch in friedlicher Weise: einerseits durch den Wettbewerb im Handel, in der Industrie und in den militärischen Rüstungen; anderseits durch diplomatische Mittel, mit denen sich die gegnerischen Staaten auf allen den Gebieten befehden, auf denen ihre Interessen sich kreuzen.

Mit diesen Mitteln ist es bisher gelungen, den Frieden zu erhalten, wenn auch unter schwerer Einbuße an Macht und Ansehen. Der scheinbar friedliche Zustand darf uns aber nicht darüber täuschen, daß wir *heute* in einer zwar noch latenten, aber *desto gewaltigeren Krisis leben*, vielleicht der bedeutendsten und folgenschwersten, die dem deutschen Volke bisher beschieden war.

Haben wir in den letzten großen Kriegen um unsere nationale Einigung und damit zugleich um unsere *europäische Machtstellung* gekämpft und gerungen, so stehen wir heute vor der größeren Entscheidung, ob wir uns auch zu einer *Weltmacht* entwickeln, als solche behaupten und deutschem Geist und deutscher Lebensauffassung die ihnen gebührende Beachtung auf der weiten Erde verschaffen wollen, die ihnen heute noch versagt sind.

Ob wir die Spannkraft in uns fühlen, diesem großen Ziele nachzustreben; ob wir zu den Opfern bereit sind, die uns ein solches Streben zweifellos kosten wird; oder ob wir zurücktreten wollen vor den feindlichen Gewalten, um allmählich herabzusinken von Stufe zu Stufe in unserer wirtschaftlichen, politischen und nationalen Bedeutung: das ist der Inhalt dieser Entscheidung.

„Sein oder Nichtsein?" lautet die Frage, die heute an uns herantritt, verschleiert freilich durch das scheinbare Gleichgewicht der einander entgegenstehenden Interessen und Kräfte, durch das trügerische Ränkespiel der Diplomatie und das amtliche Friedensbedürfnis aller Staaten, aber unerbittlich in ihrer geschichtlichen Logik, unabweisbar, wenn man klaren Auges über den engen Horizont des Tages hinweg den Erscheinungen des Weltgeschehens auf den Grund zu sehen bemüht ist.

Einen Stillstand gibt es nicht in der Völkergeschichte. Alles ist ein Werden und eine Entwicklung. Die Dinge auf dem status quo zu erhalten, wie das von der Diplomatie so vielfach angestrebt wird, ist selbstverständlich unmöglich. Kein wirklicher Staatsmann wird jemals im Ernst mit einer solchen Möglichkeit rechnen; er wird sich die äußerliche und zeitweilige Aufrechterhaltung bestehender Zustände nur dann zur Aufgabe machen, wenn er Zeit gewinnen und seine Gegner täuschen will oder wenn er noch nicht übersehen kann, wohin die Dinge naturgemäß treiben.

Er wird sich solcher diplomatischen Mittel nur als untergeordneter Werkzeuge bedienen, in Wirklichkeit aber nur rechnen mit tatsächlichen Kräften und den Mächten einer fortwährenden Entwicklung.

Daß es also auch für uns keinen Stillstand, kein Gesättigtsein geben kann, sondern nur ein Vorwärts oder ein Zurück und daß es dem Zurück gleichkommt, wenn wir uns mit unserer augenblicklichen europäischen Machtstellung begnügen, während alle unsere Mitbewerber mit rücksichtsloser Energie selbst auf Kosten unserer Rechte nach Machterweiterung streben, darüber müssen wir uns völlig klar sein. Der Prozeß unseres Niederganges würde allerdings nur allmählich einsetzen und sich nur langsam vollziehen, solange der Kampf gegen uns nur mit friedlichen Waffen geführt wird; das heute lebende Geschlecht würde sein friedliches Wohlleben vielleicht noch wahren können. Würde uns aber ein Krieg unter für uns ungünstigen Bedingungen von überlegenen Feinden aufgezwungen, dann könnte bei unglücklichem Verlauf unsere politische Niederlage sehr bald

herbeigeführt werden, und wir würden einen raschen Sturz erleben. Dann wäre die Zukunft des Deutschtums preisgegeben, eine selbständige deutsche Kultur würde sich auf die Dauer nicht behaupten können, und für lange Zeiten würden die Güter, für die deutsches Blut in Strömen geflossen ist, der Menschheit verloren sein: geistige und sittliche Freiheit und der tiefe und hochfliegende Idealismus des deutschen Gedankens.

Wenn wir die Verantwortung für eine solche Entwicklung der Dinge, wie billig, nicht auf uns nehmen wollen, müssen wir den Mut haben, eine unseren Ansprüchen angemessene Machterweiterung mit allen Mitteln anzustreben, selbst auf die Gefahr hin eines Krieges gegen numerisch überlegene Gegner.

Eine solche Machterweiterung durch Gebietserwerbungen in Europa selbst zu suchen, dürfte unter den heutigen Verhältnissen so gut wie ausgeschlossen sein. Das im Osten an Rußland verlorene deutsche Kolonialland könnte nur infolge eines großen für uns siegreichen Krieges wiedergewonnen werden und würde dann wahrscheinlich einen fortwährenden Anlaß zu erneuten Kriegen geben. Auch das ehemalige Südpreußen, das bei der zweiten Teilung Polens mit Preußen vereinigt wurde, wieder zu erwerben, würde der polnischen Bevölkerung wegen seine schweren Bedenken haben.

Unter diesen Umständen müssen wir eine Stärkung unserer politischen Macht offenbar auf anderen Wegen versuchen.

Zunächst würde unsere politische Stellung schon dadurch sehr wesentlich befestigt werden, wenn wir die fortdauernd bestehende Gefahr, bei günstiger Gelegenheit von Frankreich angegriffen zu werden, sobald wir anderwärts in Verwicklungen geraten, endgültig beseitigen könnten. Auf die eine oder die andere Weise *muß mit Frankreich abgerechnet werden*, wenn wir Armfreiheit für unsere Weltpolitik gewinnen wollen. Das ist die *erste und unbedingteste Forderung einer gesunden deutschen Politik*, und da die französische Feindschaft auf friedlichem Wege ein für allemal nicht zu beseitigen ist, muß es eben durch Waffengewalt geschehen. Frank-

reich muß so völlig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann.

Weiter müssen wir mit allen Mitteln darauf bedacht sein, die politische Macht unserer Verbündeten zu stärken. Österreich gegenüber haben wir eine solche Politik bereits befolgt, als wir uns bereit erklärten, die endgültige Erwerbung Bosniens und der Herzegowina durch die Donaumonarchie im Verein mit dieser nötigenfalls mit Waffengewalt zu schützen. Auch Italien gegenüber müssen wir in diesem Sinne handeln, besonders dann, wenn sich etwa bei einem deutsch-französischen Kriege die Gelegenheit ergäbe, ihm wirklich wertvolle Dienste zu leisten. Ebenso aber ist es auch politisch geboten, mit allen Mitteln die Türkei zu stützen, deren Bedeutung für Deutschland und den Dreibund bereits erörtert wurde.

In dieser Verwicklung der politischen Pflichten können wir während des Balkankrieges zunächst nichts Anderes tun, als versöhnend und vermittelnd zu wirken. Ob ein weiteres Eingreifen nötig werden wird, läßt sich zurzeit nicht beurteilen.

Was endlich unsere eigene Stellung in Europa betrifft, so können wir eine Erweiterung unseres politischen Einflusses, wie mir scheinen will, nur dadurch erreichen, daß wir durch die Ehrlichkeit und Kraft unserer Politik bei unseren schwächeren Nachbarn die Überzeugung wachrufen, ihre Selbständigkeit und ihre Interessen seien im Anschluß an Deutschland und unter dem Schutz der deutschen Waffen am besten gewahrt. Diese Überzeugung könnte mit der Zeit dazu führen, daß sich der Dreibund zu einem mitteleuropäischen Bunde erweiterte. Dadurch würde die militärische Macht in Mitteleuropa sehr erheblich verstärkt werden, und es würde anderseits die ungemein ungünstige geographische Gestaltung unseres Machtbereichs für den Kriegsfall wesentlich verbessert werden. Ein solches Bündnis wäre zugleich der Ausdruck einer natürlichen Interessengemeinschaft, die schon in den geographischen und nationalen Verhältnissen begründet ist und einen festen Kitt für den Bestand einer solchen politischen Gemeinschaft bilden würde.

Auch eine Erweiterung unseres Kolonialbesitzes muß mit

allen Mitteln erstrebt werden, und zwar eines solchen, der den Überschuß unserer Bevölkerung aufzunehmen imstande ist.

Daß es unter Umständen möglich ist, äquatorialafrikanisches Land auch auf friedlichem Wege zu erlangen, hat die jüngste Vergangenheit bewiesen. Auch könnte ein finanzieller oder politischer Zusammenbruch Portugals für uns die Veranlassung werden, einen Teil der portugiesischen Kolonien in Besitz zu nehmen. Man darf sogar annehmen, daß zwischen England und Deutschland gewisse Vereinbarungen bestehen, die eine Teilung des portugiesischen Kolonialbesitzes ins Auge fassen, aber allerdings niemals publici iuris geworden sind. Ob England sich eintretenden Falls bereit finden würde, einen solchen Vertrag, falls er wirklich besteht, auch redlich auszuführen, muß freilich dahingestellt bleiben. Es könnte Mittel und Wege finden, ihn unwirksam zu machen. Hat doch Großbritannien, bald nachdem es sich mit Deutschland über die Teilung der portugiesischen Kolonien geeinigt hatte, durch ein besonderes Abkommen Portugal den Besitz aller seiner Kolonien verbürgt.

Im übrigen lassen sich auch noch andere Möglichkeiten denken, unter denen eine Erweiterung unseres afrikanischen Besitzes möglich wäre. Sie brauchen hier nicht näher erörtert zu werden. Nötigenfalls müßten sie als Folge eines für uns siegreichen europäischen Krieges erreicht werden. Bei allen diesen möglichen Erwerbungen muß der Gesichtspunkt fest im Auge behalten werden, daß wir Länder brauchen, die klimatisch die Ansiedlung von Deutschen gestatten. Nun finden sich ja auch in Mittelafrika erhebliche Landstrecken, die zur Ansiedlung deutscher Bauern und Viehzüchter geeignet sind, und ein Teil unseres Volksüberschusses kann in diese Gegenden abgeleitet werden. Im allgemeinen aber können in Tropenkolonien doch nur Absatzmärkte für unsere Arbeitserzeugnisse und weite Anbauflächen für die Produktion von Rohstoffen gewonnen werden, deren unsere Industrie bedarf. Das stellt an sich einen nicht zu unterschätzenden Vorteil dar, entbindet uns aber nicht von der Pflicht, auch Land für wirkliche Kolonisation zu erwerben.

Ein Teil unseres Bevölkerungsüberschusses wird freilich — soweit sich die Verhältnisse heute übersehen lassen — immer darauf angewiesen sein, außerhalb der deutschen Reichsgrenzen sein Fortkommen zu suchen. Für ihn muß zum mindesten insoweit gesorgt werden, daß das Deutschtum sich in der Welt nicht zersplittert, sondern in geschlossenen Massen vereinigt bleibt und so auch in fremden Staaten politische Schwergewichte zu unseren Gunsten, Märkte für unsere Ausfuhr und Mittelpunkte für die Ausbreitung deutschen Geistes bildet.

Eine intensive Kolonialpolitik ist für uns überhaupt eine unbedingte Forderung. Es ist oft behauptet worden, daß eine „Politik der offenen Tür" den Besitz eigener Kolonien ersetzen könne und unser Programm für die Zukunft bilden müsse, eben weil wir nur unzureichende Kolonien besitzen. Diese Auffassung hat doch nur in gewissem Sinne eine Berechtigung. Zunächst bietet eine solche Politik natürlich nicht die Möglichkeit, den Bevölkerungsüberschuß im eigenen Machtgebiet unterzubringen; dann aber gewährt sie auch keineswegs die Sicherheit freier und uneingeschränkter Handelskonkurrenz. Gleiche Zollbehandlung freilich sichert sie allen handeltreibenden Völkern zu, damit aber ist ein Wettbewerb unter gleichen Bedingungen durchaus nicht gegeben. Es ist vielmehr die politische Macht, die in dem betreffenden Lande ausgeübt wird, die den entscheidenden Einfluß auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen ausübt. In Ägypten, in der Mandschurei, im Kongostaat, in Marokko: überall herrscht der Grundsatz der offenen Tür, und überall beherrscht die politisch vorherrschende Macht unbedingt den Handel: in der Mandschurei Japan, in Ägypten England, im Kongostaat Belgien und in Marokko Frankreich. Das ist auch ganz natürlich. Alle Staatskonzessionen fallen naturgemäß dem Staat zu, der politisch eine Vormachtstellung einnimmt; seine Erzeugnisse kaufen auch alle die Abnehmer, die irgendwie von der Staatsgewalt abhängig sind, ganz abgesehen davon, daß durch Tarifermäßigungen und ähnliche Vorteile für die bevorzugte Ware das Zugeständnis der offenen Tür vielfach umgangen werden kann. Eine Politik „der offenen

Tür" kann also höchstens als ein Notbehelf und als Ergänzung einer kraftvollen Kolonialpolitik betrachtet werden. Eigene Kolonien und überwiegender politischer Einfluß in den Abnehmerstaaten sind das, worauf es ankommt. Hieraus ergeben sich auch die leitenden Gesichtspunkte für unsere deutsche Weltpolitik.

Die Durchführung solcher politischen Absichten würde uns allerdings mit manchen hergebrachten Anschauungen und verbrieften Rechten der herkömmlichen europäischen Politik in Widerspruch setzen. Zunächst müßte das Prinzip des europäischen Gleichgewichts, das seit dem Wiener Kongreß ein gewissermaßen sakrosanktes, aber ganz unberechtigtes Dasein führt, entschieden durchbrochen werden.

Aus dem Gefühl heraus, daß die Staaten nicht dazu da sind, sich gegenseitig zu zerstören, sondern gemeinsam für die Fortbildung der Kultur zu sorgen, hat sich allmählich die Idee des Gleichgewichts unter ihnen entwickelt. Das Christentum, das über den Staat hinaus zu einem Weltbürgertum edelster Art führt und daher die Grundlage alles Völkerrechts bildet, hat in dieser Hinsicht einen tiefgehenden Einfluß ausgeübt. Auch das praktische Interesse hat die Idee des Gleichgewichts gefördert. Da man einsah, daß der Staat Macht sei und daher seiner Natur gemäß Machterweiterung erstreben müsse, fand man nur in dem Gleichgewicht der Kräfte eine gewisse Gewähr des Friedens. So bildete sich allmählich die Überzeugung, daß jeder Staat an die Lebensgemeinschaft der anderen Staaten gebunden sei, mit denen er politische und wirtschaftliche Beziehungen unterhält, und sich mit ihnen irgendwie abzufinden habe. So erwuchs in Europa die Idee eines Staatensystems, das nach dem Sturze Napoleons die fünf europäischen Großmächte bildeten: England, Frankreich, Rußland, Österreich und das mit Waffengewalt emporgekommene Preußen, zu denen 1866 Italien als sechste Großmacht hinzutrat.

„Ein solches System läßt sich ohne ein gewisses wenigstens annäherndes Gleichgewicht unter den Mächten nicht vorstellen." „Alle Theorie muß hier auf dem Boden der Praxis bleiben,

und da ist Voraussetzung wirkliche Gegenseitigkeit, d. h. ein wirkliches Gleichgewicht der Mächte"[1]). Zwischen den europäischen Staaten ist ein solches aber tatsächlich nicht vorhanden. England beherrscht ganz allein die See, und die 65 Millionen Deutscher lassen sich nicht auf das gleiche Maß der Macht herabdrücken wie die 40 Millionen Franzosen. Das wirkliche Gleichgewicht hat man versucht durch Sonderbündnisse herzustellen. Man hat damit nur das eine erreicht: nämlich die freie Entfaltung aller, besonders aber Deutschlands zu verhindern. Das ist ein ungesunder Zustand. Ein europäisches Gleichgewicht muß überhaupt als ein den Verhältnissen nicht mehr entsprechender Zustand bezeichnet werden, der nur die verderbliche Folge haben kann, die Kräfte der europäischen Festlandsstaaten gegenseitig unwirksam zu machen und damit die Geschäfte der politischen Mächte zu besorgen, die außerhalb dieses Bannkreises stehen. War es doch, wie bereits erörtert, von jeher Englands Politik, die Festlandsstaaten untereinander zu verfeinden und auf annähernd gleicher Machthöhe zu erhalten, um ungestört mit der Seeherrschaft zugleich die Weltherrschaft zu erobern.

Mit dem Gedanken an ein solches Gleichgewicht müssen wir völlig brechen. Es widerspricht in seiner jetzigen innerlich unwahr gewordenen Gestaltung unseren wichtigsten Interessen. Die Idee eines Staatensystems, das gemeinsame Kulturinteressen hat, soll natürlich nicht ausgeschaltet, sie soll nur auf einer neuen und richtigeren Grundlage entwickelt werden. Nicht um ein *europäisches* Staatensystem kann es sich heute handeln, sondern um ein *Weltstaatensystem*, in dem das Gleichgewicht auf wirklichen Machtfaktoren aufgebaut ist. In diesem Staatensystem müssen wir streben, an der Spitze eines mitteleuropäischen Staatenbundes eine gleichberechtigte Stellung zu erringen, indem wir das angebliche europäische Gleichgewicht in der einen oder der anderen Weise auf seinen wahren Wert zurückführen und unsere eigene Macht entsprechend steigern.

---

[1]) Treitschke, Politik II, §§ 27 und 28.

Eine weitere Frage, die bei den heutigen politischen Verhältnissen aufgeworfen werden kann, ist die, ob alle die Staatsverträge, die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts unter völlig anderen Verhältnissen, ja sogar unter einer ganz anderen Auffassung des Staatsbegriffs geschlossen worden sind, dauernd aufrecht erhalten werden können und sollen. Als Belgien für neutral erklärt wurde, hat gewiß niemand daran gedacht, daß es einen großen und wertvollen Teil Afrikas für sich in Anspruch nehmen würde. Es kann sehr wohl die Frage aufgeworfen werden, ob mit dieser Erwerbung die Neutralität nicht schon verletzt ist, denn ein Staat, der jeder Kriegsgefahr wenigstens in der Theorie entzogen ist, hat eigentlich kein Recht, mit den anderen Staaten in politischen Wettbewerb zu treten. Diese Erwägung ist aber um so berechtigter, als man wohl mit Sicherheit annehmen darf, daß bei einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich und England die beiden letztgenannten Staaten gerade in Belgien die Vereinigung ihrer Streitkräfte suchen würden. Die Neutralität des Kongostaates [1]) endlich muß als mehr wie problematisch bezeichnet werden, wenn Belgien zugleich das Recht haben soll, ihn unter Umständen an ein nicht neutrales Land abzutreten oder zu verkaufen. Der Begriff dauernder Neutralität widerspricht überhaupt dem Wesen des Staates, insofern dieser seine höchsten sittlichen Ziele eben nur im Wettbewerb mit anderen Staaten erreichen kann. Gerade dieser Wettbewerb ist ja zugleich die notwendige Voraussetzung der Fortentwicklung.

Mit den höchsten Rechten des Staates steht ferner der Grundsatz im Widerspruch, daß kein Staat sich jemals in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen dürfe. Dieser Grundsatz wird allerdings sehr verschieden ausgelegt, und mächtige Staaten haben es sich niemals versagt, sich in die inneren Verhältnisse minder mächtiger zu mischen. Auch heute sind wir noch täglich Zeugen derartiger Handlungsweise; hat doch

---

[1]) Der Kongostaat wurde durch Akte vom 26. Februar 1885, aber ohne Garantie, für neutral erklärt.

England noch in jüngster Zeit, wenn auch nicht formell und auf diplomatischem Wege, so doch der Tat nach, sich bezüglich unserer Rüstung zur See in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzumischen versucht. Immerhin gilt es doch wohl als ein Grundsatz des internationalen Verkehrs, daß zwischen den Staaten eines und desselben Staatensystems eine strenge Zurückhaltung bezüglich der inneren Angelegenheiten geboten ist. Diesen Grundsatz unbedingt anzuerkennen und sich ihm unter allen Umständen im politischen Verkehr zu fügen, hat aber doch seine sehr großen Bedenken. Es ist die liberale Doktrin, die zuerst 1830 in Frankreich verkündet wurde und deren sich dann das englische Ministerium Palmerston zu seinen Zwecken bemächtigte [1]). Ebenso falsch freilich ist die Lehre der unbedingten Intervention, wie sie einst die Staaten der heiligen Alliance zu Troppau 1820 verkündet hatten [2]). Irgend ein festes Prinzip für die internationale Politik läßt sich eben nicht aufstellen.

Allerdings verhalten sich die Staaten zueinander wie Einzelne; und wie der Einzelne die Einmischung Anderer in seine Angelegenheiten abweisen kann, so kommt natürlich auch dem Staate das gleiche Recht zu. Über dem Einzelnen aber steht die Staatsgewalt, die die Beziehungen der Bürger untereinander regelt. Über dem Staate dagegen steht niemand; er ist souverän und hat selbst darüber zu entscheiden, ob innere Zustände oder Maßnahmen eines anderen Staates sein eigenes Dasein oder seine Interessen bedrohen. Auf keinen Fall darf also ein souveräner Staat von vornherein auf das Recht verzichten, in die Verhältnisse anderer Staaten unter Umständen einzugreifen. Es können jederzeit Fälle eintreten, wo die Parteikämpfe oder die Rüstungen des Nachbarlandes für das Bestehen eines Staates bedrohlich werden. „Man kann nur aussprechen, daß jeder Staat auf seine Gefahr handelt, wenn er sich in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates einmischt, und daß die Erfahrung zeigt, wie hochgefährlich eine solche Intervention

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte III, 164 f.
[2]) Ebenda IV, 53 f.

werden kann" [1]). Anderseits muß jedoch betont werden, daß die Gefahren, die bei Nichtintervention entstehen können, unter Umständen noch größere sind und daß es sich bei der ganzen Streitfrage überhaupt nicht um internationales Recht, sondern einzig und allein um Macht und Zweckmäßigkeit handelt.

Ich bin auf diese Fragen der internationalen Politik näher eingegangen, weil sie unter Umständen, die gar nicht besonders fernliegen, von erheblicher Bedeutung für die Durchführung unserer notwendigen politischen Bestrebungen werden und ihrerseits Veranlassung zu kriegerischen Verwicklungen geben können. Dann ist es von Wichtigkeit, daß wir uns in unserer Aktionsfreiheit nicht durch Rücksichten beschränken lassen, denen politische Notwendigkeit in keiner Weise beiwohnt, sondern die nur auf politischer Konvenienz beruhen und für uns nicht bindend zu sein brauchen. Wir müssen uns vielmehr in allen solchen Fällen bewußt bleiben, daß wir den Krieg um unsere Weltstellung unter keinen Umständen vermeiden können und daß es keineswegs darauf ankommt, ihn möglichst lange hinauszuschieben, sondern vielmehr darauf, ihn unter möglichst günstigen Bedingungen herbeizuführen. „Ohne Zweifel wird jedermann," schreibt Friedrich der Große am 3. Juli 1761 an Pitt, „wenn er nur einigermaßen vernünftig ist, seinen Feinden nicht Zeit lassen, ruhig alle Vorbereitungen zu treffen, um ihn zu vernichten, und wird seinen Vorsprung benutzen, um sich in Vorteil zu setzen."

Wenn wir in diesem Geiste einer schlagfertigen Politik handeln wollen, wie er die großen Helden unserer Vergangenheit geleitet hat, dann müssen wir jedoch lernen, unsere Kräfte einheitlich zusammenzufassen und sie nicht in zentrifugalen Bestrebungen zu zersplittern.

Immer, soweit die Geschichte der Germanen zurückreicht, ist die politische und nationale Entwicklung des deutschen Volkes beeinträchtigt und gehindert worden durch die Erbfehler seines

---

[1]) Treitschke, Politik II, § 27.

Charakters: den Partikularismus der einzelnen Stämme und Staaten, die theoretische Rechthaberei der Parteien, die Unfähigkeit, aus freien Stücken Opfer zu bringen für große gemeinsame Zwecke aus Mangel an Gemeinsinn und an praktischem politischen Verständnis, oft auch durch die Kleinlichkeit der leitenden Gesichtspunkte. Auch heute noch ist es schmerzlich anzusehen, wie die Kraft des deutschen Volkes, die in der Betätigung nach außen so vielfach gehemmt und beschränkt ist, sich in unfruchtbarer Selbstzerfleischung verbraucht.

Diese Erbfehler innerlich zu überwinden und dadurch erst die sichere Grundlage für eine gesunde einheitliche Machtentwicklung zu gewinnen, ist unsere erste und offenbarste sittliche und politische Pflicht.

Es soll nicht geleugnet werden, daß die Vielgestaltigkeit des geistigen und geselligen Lebens, wie es aus der Vielgestaltigkeit des deutschen Volkstums und Staatensystems entspringt, ihre nicht zu unterschätzenden Vorteile bietet, indem sie zahlreiche Mittelpunkte für Entfaltung und Förderung der Wissenschaft, der Kunst, der Technik, des gehobenen geistigen und leiblichen Lebens überhaupt in stetig wachsender Entwicklung aufweist; bekämpfen aber müssen wir die Kehrseite dieser Zustände, die Übertragung dieser Vielseitigkeit und Gegensätzlichkeit auf das Gebiet der Politik.

Vor allem müssen wir die Einrichtungen zu fördern und zu stärken suchen, die als ein Gegengewicht gegen die zentrifugalen Kräfte des deutschen Wesens zu wirken und alle Kräfte einheitlich zusammenzufassen geeignet sind: die gemeinsame Wehrmacht zu Lande und zu Wasser, in der sich alle Gegensätze ausgleichen, und ein starkes nationales Kaisertum.

Kein Volk ist so wenig wie das deutsche geeignet, seine Geschicke selbst zu leiten, etwa in einer rein parlamentarischen oder gar republikanischen Verfassung; für keines paßt die landläufige liberale Schablone weniger als für uns. Ein Blick auf den Reichstag genügt, um diese Überzeugung, die sich aus dem Studium der deutschen Geschichte aufdrängt, auch für die heutigen Verhältnisse zu bestätigen.

Das deutsche Volk ist zu großer gemeinsamer Tat immer nur zu bringen gewesen unter dem überwältigenden Druck äußerer Verhältnisse, wie in der Erhebung von 1813, oder unter der Führung gewaltiger Persönlichkeiten, die es verstanden, die Begeisterung der Massen zu erwecken, die Tiefe des deutschen Gemüts zu erregen, die gemeinsamen Ideale der Nation wirksam werden zu lassen und die auseinanderstrebenden Kräfte einheitlich zusammenzuzwingen.

Dafür müssen wir sorgen, daß solchen Männern die Möglichkeit gewahrt bleibt, aus freiem Machtgefühl zu handeln und damit Großes durch und für unser Volk zu erreichen.

Innerhalb dieser Grenzen entspricht es dem deutschen Volkscharakter, der Persönlichkeit möglichst freie Bahn zu schaffen für die reichste und freieste Entfaltung aller individuellen Kräfte und Fähigkeiten, alles geistigen, wissenschaftlichen und künstlerischen Strebens. „Jede Erweiterung der Staatstätigkeit ist ein Segen und vernünftig, wenn sie die Selbständigkeit freier und vernünftiger Menschen weckt, fördert und läutert; sie ist vom Übel, wenn sie die Selbständigkeit freier Menschen ertötet und verkümmert" [1]. Diese Selbständigkeit des Einzelnen innerhalb der durch das Interesse des Staats gebotenen Grenzen bildet dann die notwendige Ergänzung für die starke Ausgestaltung der zentralen Macht und gewährt einer liberalen Entwicklung aller unserer sozialen und gesellschaftlichen Zustände weiten Spielraum.

Nur wenn es uns gelingt, in unserem Volk den einheitlichen Willen zur Macht in diesem Sinne zu erwecken zugleich mit dem Entschluß, nicht nur Gut und Blut, sondern auch besondere Ansichten und Wünsche im Interesse des Allgemeinwohls auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, werden wir den großen Aufgaben der Zukunft gerecht werden, zur Weltmacht heranwachsen und einem großen Teil der Menschheit den Stempel des deutschen Geistes aufdrücken. Wenn wir dagegen in der geistigen Zersplitterung verharren, die heute unser politisches

[1]) Treitschke, Politik I, § 2.

Leben kennzeichnet, dann ist die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen, daß wir in dem großen Wettstreit der Nationen, den wir ausfechten müssen, ob wir wollen oder nicht, unrühmlich unterliegen, daß wir schweren Zukunftstagen entgegengehen und daß wieder, wie zur Zeit früherer Erniedrigung, des Dichters Klage tönen wird:

„Deutsches Volk, du herrlichstes von allen,
Deine Eichen stehn, du bist gefallen.“ (Körner.)

6

Die soziale und politische Bedeutung der Kriegsvorbereitung

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche großen Aufgaben der Politik und Kultur zu lösen Deutschlands nationale und geschichtlich überkommene Pflicht ist, und welche Feindschaften unser Vaterland auf dem Wege seiner weiteren Entwicklung bedrohen, wird man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß es schwerlich möglich sein wird, unsere heutige Machtstellung zu behaupten und unsere Zukunft sicherzustellen, ohne unsere politischen Absichten mit den Waffen zu verfechten und durchzusetzen.

Mit dieser Erkenntnis, die sich wohl jedem aufdrängt, der die politische Lage unbefangenen Auges überblickt, tritt die Forderung an uns heran, uns auf diesen Krieg so gut wie möglich vorzubereiten; denn die Zeiten sind vorbei, wo man Armeen aus der Erde stampfte, wo es genügte, die Massen aufzubieten und in den Kampf zu führen. Das heutige Heerwesen muß bis ins einzelnste im Frieden vorbereitet sein, wenn es im Ernstfall seine Schlagkraft bewähren soll.

Trotz dieser Erkenntnis aber wurden in Deutschland die Opfer, die die Kriegsrüstung fordert, nicht mehr so willig getragen, wie es der Ernst der Lage fordert. Jede Militärvorlage wird im Reichstag auf das erbittertste bekämpft, oft von recht kleinlichen Gesichtspunkten aus, und niemand scheint sich klar zu machen, daß ein verlorener Krieg über unser Volk auch wirtschaftliches Elend bringen würde, mit dem die drückendsten Ausgaben für das Heer, die zum größten Teil doch auch wieder

dem Lande selbst zugute kommen, überhaupt nicht in Vergleich gestellt werden können. Ein siegreicher Krieg dagegen ergießt ein Füllhorn des Segens über den Sieger und schafft gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, wie unsere letzten großen Kriege beweisen, die Grundlage zu neuem wirtschaftlichen Aufschwung. Auch vergißt man oft, daß sich der Dienst im Heere, die Ausübung der allgemeinen Wehrpflicht an und für sich als ein hoher sittlicher Gewinn für unser Volk bewährt hat, als ein Nährboden der Kraft und der Leistungsfähigkeit. Ferner darf man nicht außer acht lassen, daß ein Volk noch andere als bloß wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat. In jüngster Zeit hat nun aber unter dem Druck der offensichtlich uns bedrohenden schweren Gefahren ein gewaltiger Umschwung der öffentlichen Meinung stattgefunden. Jetzt ist es das Volk, das die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht und eine erhebliche Verstärkung der Armee gebieterisch fordert und das Kriegsministerium gewissermaßen gezwungen hat, seine Wünsche zu berücksichtigen. Was dabei herauskommen und ob das Kriegsministerium sich der Größe seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Ein Roon steht nicht an seiner Spitze. Bevor ich mich daher der Erörterung der Frage zuwende, welche Art und welches Maß der Kriegsvorbereitung die große historische Krisis, die wir durchleben, von uns fordert, scheint es mir nützlich, die Bedeutung der Kriegsvorbereitung ganz allgemein zu betrachten, und zwar nicht sowohl vom rein militärischen, sondern im wesentlichen vom sozialen und politischen Standpunkt aus, um damit die Überzeugung zu fördern, daß wir im wahren Interesse unseres Vaterlandes nichts Besseres tun können, als seine Wehrhaftigkeit mit allen Mitteln zu erhöhen.

Die Kriegsvorbereitung hat eine doppelte Aufgabe zu lösen. Einmal soll sie die Wehrhaftigkeit des Volkes an sich als eine nationale Eigenschaft erhalten und heben, dann aber soll sie auch die Kriegführung selbst vorbereiten und die Mittel bereitstellen, deren diese bedarf.

Die Wehrfähigkeit ist ein Kulturwert an sich, und zwar der für die Gesamtentwicklung entscheidendste.

Wie im gesellschaftlichen Wettbewerb die wehrhaften Persönlichkeiten den Platz behaupten, die geistig gerüsteten, die den Kampf nicht scheuen, sondern ihn selbstbewußt und siegessicher durchfechten, so können im Wettstreit der Nationen und Staaten auch nur die sich behaupten, die ein wehrfähiges Volk darstellen, das für seine Interessen tatkräftig eintritt und befähigt ist, die Waffen mit Erfolg zu führen.

Der Dienst in den Waffen erzieht die Völker nicht nur zur Wehrfähigkeit, er entwickelt auch ganz allgemein die geistige und sittliche Persönlichkeit für die Werke des Friedens. Er erzieht den Mann zur vollen Beherrschung seines Körpers, zur Anspannung und Hebung seiner Kräfte, er entwickelt seine geistigen Fähigkeiten, seine Selbständigkeit und seine Urteilskraft, er gewöhnt ihn an Ordnung und Unterordnung unter einen allgemeinen Zweck, er hebt das Selbstbewußtsein wie den Wagemut und damit die gesamte Leistungsfähigkeit für das Leben.

Es ist eine durchaus verkehrte Ansicht, daß durch die auf den Militärdienst verwendete Zeit dem wirtschaftlichen Leben Kräfte entzogen werden, die anderweit zweckmäßiger und nutzbringender tätig sein könnten. Nicht entzogen werden diese Kräfte dem Wirtschaftsleben, sondern erzogen für das Wirtschaftsleben. Aus der militärischen Erziehung erwachsen geistige und sittliche Kräfte, die die verwendete Zeit reichlich lohnen und sich im weiteren Leben in wirkliche Werte umsetzen. Es ist daher die sittliche Pflicht des Staates, so viele Volksgenossen wie irgend möglich zum ernsten Waffendienst heranzuziehen, nicht bloß eines möglichen Krieges wegen, sondern um möglichst viele der Wohltaten des Kriegsdienstes teilhaftig werden zu lassen und sie in ihrer körperlichen und seelischen Wehrfähigkeit zu heben. Die Geldsummen, die der Staat für die Wehrbarmachung des Volkes aufwendet, sind in allererster Linie eine wahrhaft soziale Ausgabe, die sozialen, kulturfördernden Zwecken dient und die Nation geistig und sittlich hebt, die letzten und höchsten Kulturzwecke also viel unmittelbarer fördert als Errungenschaften der Technik, der Industrie, des

Handels und Verkehrs, die allerdings die äußeren Kulturaufgaben durch Hebung der Lebenshaltung und Vermehrung des Volksvermögens zu lösen versuchen, doch zugleich eine Menge Gefahren mit sich bringen: Genußsucht, Hang zum Wohlleben und dadurch ein Erlahmen der sittlichen und produktiven Kräfte der Nationen. Der Waffendienst steht als Kulturmittel auf gleicher Höhe wie die Schule, und beide müssen sich — wie in einem späteren Abschnitt gezeigt werden soll — gegenseitig ergänzen und fördern. Ein Volk aber, das die durch Schule und Waffendienst bedingten Aufgaben und Opfer nicht willig trägt, verleugnet seinen Willen zum Leben und opfert hohe, die Zukunft sichernde Werte um einseitig materieller, im Rausche des Augenblicks sich verflüchtigender Vorteile willen.

Pflicht jedes seiner kulturellen und sozialen Aufgaben bewußten Staates ist es daher, alle Bestrebungen, die sich der vollen Entwicklung der Wehrkraft entgegenstemmen, rücksichtslos zu brechen. Die Art und Weise aber, in der die Erhaltung und Förderung der Wehrkraft praktisch durchgeführt wird, kann sehr verschiedene Formen annehmen. Sie hängt in hohem Grade von den Bedingungen des Volkslebens, geographischen und politischen Verhältnissen, sowie von den historisch gewordenen Zuständen ab und bewegt sich dementsprechend zwischen den größten Extremen.

In den Burenstaaten war wie auch bei den meisten unzivilisierten Völkern die Ausbildung zum Waffendienst fast ausschließlich dem einzelnen überlassen, und das genügte bis zu einem gewissen Grade, weil die Lebenshaltung an sich mit der Führung der Waffe wie mit der Reitertätigkeit vertraut machte und an körperliche Anstrengungen gewöhnte. Den höheren Anforderungen des Zusammenwirkens, der Unterordnung und der Operationsfähigkeit konnte jedoch in einem solchen Wehrsystem nicht genügt werden, und die Folgen dieses Umstandes machten sich in der Kriegführung auf das nachteiligste geltend. In der Schweiz und anderen Staaten sucht man durch ein Milizsystem die Erhaltung der Wehrfähigkeit zu erreichen und den politischen Möglichkeiten Rechnung zu tragen. In den

großen europäischen Kulturstaaten werden stehende Heere gehalten, in der die dienstfähigen Volksgenossen eine längere oder kürzere militärische Schulung durchzumachen haben. Nur in England wird ein Söldnerheer gehalten und daneben eine Territorial-(Miliz-)Armee, die sich aus Freiwilligen ergänzt.

Es wird auf diesen verschiedenen Wegen ein verschiedener Grad von Wehrfähigkeit erreicht; im allgemeinen aber steht es fest und wird auch durch die Erfahrung bestätigt, daß je gründlicher und verständnisvoller die Ausbildung in den Waffen betrieben wird, je mehr die militärisch notwendigen Eigenschaften in den Mannschaften entwickelt und in ihnen gewissermaßen zur zweiten Natur werden, desto mehr die Wehrhaftigkeit gehoben wird.

Bei der Beurteilung der verschiedenen Wehrsysteme ist jedoch ferner zu bedenken, daß mit wachsender Kultur und Zivilisation sich die Anforderungen an die Wehrfähigkeit in fortdauernder Wandlung befinden. Von dem römischen Legionar oder dem Soldaten der friderizianischen Lineartaktik wurden ganz andere Leistungen erwartet als von dem heutigen selbständigen Schützen und Reiter. Nicht nur die äußere Betätigung im Waffendienst ist eine andere geworden, auch die seelischen Leistungen, die von dem Wehrhaften gefordert werden müssen, haben sich gewandelt. Das gilt ebenso von dem einzelnen Soldaten wie auch von dem gesamten Heer. Die Art der Kriegführung hat sich nicht minder fortdauernd verändert. Es war etwas ganz Anderes, im Mittelalter oder im 18. Jahrhundert mit verhältnismäßig beschränkten Streitkräften Krieg zu führen als mit den Millionenheeren der Neuzeit. Deshalb muß auch die Kriegsvorbereitung im sozialen wie im militärischen Sinne im hochentwickelten modernen Kulturstaat eine andere sein als in Staatsgebieten, die auf tieferer Entwicklungsstufe stehen, in denen das äußere Leben auch im Frieden mit kriegerischen Elementen durchsetzt ist und der Krieg sich in verhältnismäßig einfachen Formen abspielt.

Gerade in dieser veränderten Form der Wehrfähigkeit beruht jedoch die erdrückende Überlegenheit des Kulturstaats über

Völker mit weniger entwickelter Zivilisation und Wehrkraft. Durch sie ist es Japan gelungen, sich in kürzester Frist zum Herrscherstaat Ostasiens zu entwickeln. Jetzt erntet es auf kulturellem Gebiet, was es auf militärischem gesäet hat, und beweist damit von neuem die unermeßliche soziale und kulturelle Bedeutung der Wehrfähigkeit, wie ja auch unserem eigenen Vaterlande aus der Betätigung seiner Wehrkraft ein Kulturaufschwung erwachsen ist, wie er auf dem Wege friedlicher Entwicklung nie und nimmer hätte erreicht werden können.

Indem wir die Wandlung im Wesen der Wehrfähigkeit ins Auge fassen, befinden wir uns auf einem Gebiet, auf dem sich die soziale Aufgabe, die Nationen körperlich und seelisch wehrhaft zu erhalten, mit der politischen unmittelbar berührt: den Krieg selbst und die Kriegführung vorzubereiten.

Auch in der unmittelbaren Kriegsvorbereitung ist eine große Verschiedenartigkeit des Verfahrens möglich und tatsächlich vorhanden. Sie kommt zunächst schon in der Wahl des Wehrsystems zum Ausdruck, bekundet sich aber auch sonst in der verschiedenartigsten Weise. Wir sehen die einzelnen Staaten je nach ihrer geographischen Lage, ihren Beziehungen zu anderen Völkern und der militärischen Stärke ihrer Nachbarn, nach ihren historisch gewordenen Ansprüchen und ihrer größeren oder geringeren politischen Bedeutung im Staatenkonzert der Welt ihre Kriegsvorbereitungen mit mehr oder weniger Tatkraft, Ernst und Aufwand betreiben. Wenn wir bedenken, wie das Leben von Kulturvölkern sich in den weitverzweigtesten Richtungen bewegt, die verschiedensten Zwecke verfolgt und die verschiedenartigsten Spannungen hervorruft, werden wir nicht umhin können, als berechtigt anzuerkennen, wenn die Kriegsrüstung überall durch die angeführten Beziehungen eine Beschränkung oder eine Steigerung erfährt. Ist doch der Krieg immer nur ein Mittel zur Erreichung politischer Zwecke und zur Erhaltung sittlicher Kraft.

Wenn England das Hauptgewicht auf seine Seerüstung legt, ist das durch seine insulare Lage und die weitverzweigten überseeischen Interessen, die es zu schützen hat, durchaus be-

gründet und gerechtfertigt. Wenn England anderseits seine Landmacht nur in dem Sinne entwickelt, daß es die Herrschaft über seine Kolonien behaupten, eine höchst unwahrscheinliche feindliche Invasion zurückweisen und in einem Festlandskrieg als Hilfsmacht auftreten kann, findet das in der politischen Gesamtlage seine volle Erklärung. England kann in der Tat niemals wider seinen Willen in einen großen europäischen Festlandskrieg verwickelt werden.

Ebenso berechtigt ist es, wenn die Schweiz, die durch Staatsverträge für neutral erklärt ist und daher Krieg nur führen kann, wenn sie angegriffen wird, vornehmlich die soziale Bedeutung des Waffendienstes betont und ein Wehrsystem zu entwickeln sucht, das in erster Linie die Verteidigung im Anschluß an die feste Burg ihrer heimischen Berge ins Auge faßt, oder wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Landmacht in sehr bescheidenen Grenzen halten, ihre Seemacht dagegen mit aller Kraft entwickeln. Auf dem amerikanischen Festlande kann ihnen kein irgend gleichwertiger Feind erstehen; eine Invasion irgend erheblicher Kräfte brauchen sie nicht zu befürchten; dagegen drohen ihnen überseeische Konflikte von weltgeschichtlicher Bedeutung mit der gelben Rasse, die ihrer Westküste gegenüber bedrohlich erstarkt, möglicherweise auch mit ihrem großen Handelskonkurrenten England, das zwar schon oft vor ihrem Willen zurückgewichen ist, aber doch unter Umständen sich gezwungen sehen könnte, mit den Waffen für seine Weltstellung in die Schranken zu treten.

Wenn so in einigen Staaten eine Beschränkung in der Kriegsvorbereitung in gewissen Grenzen natürlich und gerechtfertigt erscheint, ist es anderseits durchaus verständlich, wenn Frankreich die äußersten Anstrengungen macht, um sich neben den großen europäischen Militärstaaten vollwertig zu behaupten. Es sind ihm aus seiner ruhmreichen Geschichte große politische Ansprüche erwachsen, die es ohne Kampf nicht aufgeben will, obgleich sie durch seine Bevölkerungszahl und seine internationale Bedeutung nicht mehr begründet sind. Es gibt damit ein leuchtendes Beispiel der Opferwilligkeit für rein ideelle

Zwecke und einer großartigen Auffassung seiner politischen und kulturellen Aufgaben.

Auch in den übrigen europäischen Staaten bedingen wie in Frankreich äußere politische Verhältnisse und Ansprüche in Verbindung mit innerpolitischen Zuständen die Art und das Maß der Kriegsvorbereitung, und den Gesichtspunkten, die sich hierbei mit Notwendigkeit geltend machen, kann innere Berechtigung häufig nicht abgesprochen werden.

Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ein Staat eine geschlossene nationale und damit auch eine Kultureinheit darstellt, große Kulturaufgaben in der Gesamtentwicklung der Menschheit zu lösen hat und zugleich die Volkskraft besitzt, seine Selbständigkeit zu wahren, seine Interessen durch eigene Kraft zu schützen und unter Umständen seinen Kulturwillen und seine politischen Absichten anderen Staaten gegenüber durchzusetzen, oder ob dem Staate die Bedingungen eigenen nationalen Lebens und bodenständige Kulturelemente zugleich mit den Machtmitteln fehlen, um im Notfalle die eigene politische Existenz selbständig zu verfechten und allen Gewalten zum Trotz auch zu behaupten.

Ein solcher Staat steht immer in einer gewissen Abhängigkeit von dem guten Willen stärkerer Nachbarn, mag er nun rechtlich als völlig selbständig gelten oder durch internationale Verträge als neutral erklärt sein. Wird er von einer Seite angegriffen, so muß er auf Unterstützung von anderer Seite rechnen, und von dem Ausgang des dann entbrennenden Kampfes und der aus ihm sich ergebenden politischen Lage werden seine staatliche Fortdauer und deren Bedingungen abhängig sein, also von Faktoren, die ganz außerhalb des eigenen Machtbereichs liegen.

Unter solchen Umständen kann mit Recht die Frage aufgeworfen werden, ob ein solcher Staat vom politischen Standpunkt aus verpflichtet und berechtigt ist, von seinen Bürgern die höchste militärische Kraftanstrengung schon im Frieden zu fordern und dementsprechend finanzielle Mittel aufzuwenden. Allerdings wird er an dem Kampf teilnehmen müssen, bei dem

er vielleicht selbst den Einsatz bildet, und wird daher der Theorie nach immer am besten fahren, wenn er eine möglichst hohe Wehrkraft einzusetzen vermag. In Wirklichkeit aber kann eine andere Auffassung doch zum mindesten erklärlich sein. Die Wehrmacht eines solchen Staates kann unter Umständen so gering sein, daß sie den Millionenheeren der Neuzeit gegenüber gar nicht ins Gewicht fällt; anderseits wird es auch bei einigermaßen erheblicher militärischer Stärke doch zweckmäßig erscheinen, das Heer nicht im Sinne Entscheidung suchender Kriegführung auszugestalten, sondern vielmehr die sozialen Zwecke der Kriegsvorbereitung in den Vordergrund zu stellen und für die Kriegführung selbst eine auf Zeitgewinn berechnete Defensive ins Auge zu fassen im Hinblick auf das spätere Eingreifen der in Aussicht genommenen Verbündeten, denen die eigentliche Entscheidung zufällt. Immer aber muß ein solches Heer einen wirklichen Kraftfaktor darstellen, wenn es seinen Zweck erreichen soll. Den wahrscheinlichen Verbündeten muß mit ihm ein wirklicher Machtzuwachs gegeben sein, der ihnen womöglich die Überlegenheit über den Gegner sichert. Nur dann wird der Verbündete auch auf die Interessen eines solchen Sekundärstaates Rücksicht zu nehmen gezwungen sein. So werden auch die Machtverhältnisse der möglichen Verbündeten einen gewissen Einfluß auf die Kriegsrüstung eines solchen Staates ausüben, ebenso wie die örtlichen Zustände und die geographische Lage und Beschaffenheit des Landes.

Daß unter dem Einfluß so verschiedenartiger Verhältnisse die verschiedenartigsten Wehrsysteme entstehen können, liegt in der Natur der Sache, und sie sind auch tatsächlich vorhanden.

In der Gebirgsfestung der Schweiz, die mit den politischen und militärischen Verhältnissen Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu rechnen hat, wird die Kriegsvorbereitung ganz anders ausfallen als in dem am Meer gelegenen und durch seine zahlreichen Wasserstraßen gesicherten Holland, für dessen politische Selbständigkeit vor allem die Landmacht Deutschlands und die Seemacht Englands von Bedeutung sind.

Ganz anders liegen die Verhältnisse für ein Land, das auf eigene Macht gestellt ist.

Auch für einen solchen Staat ist die Macht der wahrscheinlichen Gegner und der vermutlichen Verbündeten von einer gewissen Bedeutung, und die Staatsleitung wird die Gruppierung und Gegenüberstellung der in Betracht kommenden Mächte bei ihren eigenen politischen Zwecken und Kriegsvorbereitungen in Rechnung stellen; niemals aber darf sie die Kriegsrüstung von derartigen Verhältnissen allein abhängig machen; denn das militärische Kraftbedürfnis ist ein bleibendes und unbedingtes; die politischen Konstellationen und Gruppierungen sind stetem Wechsel unterworfen, und der Krafteinsatz möglicher Verbündeter ist stets eine ungewisse und schwankende Größe, mit der man niemals als mit etwas Gegebenem sicher rechnen kann.

Die militärische Macht eines in Wahrheit selbständigen Staates muß in sich selbst die Gewähr einer Kraft bieten, die stark genug erscheint, um die Interessen eines großen Kulturvolkes zu schützen und ihm die nötige Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit zu sichern. Darf vom sozialen Standpunkt aus kein Opfer für zu groß erachtet werden, das die Erhaltung der nationalen Wehrfähigkeit fordert, so muß auch die Steigerung, die diese Opfer durch politische Verhältnisse erfahren, willig und freudig getragen werden in Anbetracht des Zweckes, der dadurch erreicht werden soll. Denn dieser Zweck — dessen muß sich jeder Einzelne stets bewußt bleiben —, wenn er in wahrhaft staatsmännischem Sinne gesetzt ist, umschließt die entscheidenden Bedingungen für die politische und kulturelle Zukunft des Staates wie für die Lebensbedingungen aller einzelnen Staatsangehörigen.

Nur wo alle gesunden und triebkräftigen Fähigkeiten eines Volkes sich im Wettstreit der Nationen frei entwickeln, kann eine Kultur entstehen, die Eigenwert besitzt und damit einen lebendigen Faktor bildet in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit; nur unter solchen Bedingungen kann sich auch die Kraft aller Einzelnen frei und lebensstark betätigen. Wo aber

die natürliche Entwicklungsfähigkeit durch äußere Verhältnisse dauernd gehemmt wird, verkümmern Volk und Staat, und die Persönlichkeiten kommen nicht zur Entfaltung.

Steigende politische Machtentwicklung und die daraus folgende Vermehrung der Betätigungsmöglichkeiten sind daher der einzige gesunde Nährboden für die geistige und sittliche Kraft eines tüchtigen Volkes, wie die Geschichte in allen ihren Wandlungen beweist.

Der Wille zur Kultur muß sich demnach in einem gesunden Volke vor allem betätigen als Wille zur politischen Macht, und erste und wesentlichste Aufgabe der Staatskunst ist es, diese Macht zu erreichen, zu schützen, zu erweitern, in letzter Linie durch die militärische Kraft. So wird eine den politischen Bedürfnissen angemessene Kriegsvorbereitung die erste und wichtigste Aufgabe jedes großen Kulturvolkes. Auch feindliche Überlegenheit kann von der Erfüllung dieser Forderung nicht entbinden. Sie muß im Gegenteil zu äußerster militärischer Anspannung und tätigster politischer Arbeit anspornen, um ausreichend günstige Bedingungen für einen möglichen Entscheidungskampf zu schaffen. Weniger als jemals entscheidet im heutigen Kriege die numerische Kraft, wenn sie auch immer einen sehr bedeutenden Faktor der Gesamtkraft darstellt. Innerhalb gewisser Grenzen aber, die durch das Gesetz der Zahl gegeben sind, werden sich gerade im heutigen Massenkriege geistige und moralische Kraft als die eigentlichen Elemente der Überlegenheit erweisen[1]), und von dem gut geführten und opfermutigen Heere werden auch überlegene Massen geschlagen werden. Das hat auch der russisch-japanische Krieg von neuem bewiesen.

Ist somit militärische Kraftentwicklung die erste und wichtigste Aufgabe jedes Staates, weil alles Andere von der Möglichkeit abhängt, die Macht zu behaupten, so soll damit doch nicht gesagt sein, daß der Staat die Summe seiner personellen

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege I. Band, 2. Kapitel, 2. Kraft und Zahl.

und finanziellen Machtmittel in einseitiger Weise auf die Wehrmacht im engeren Sinn, auf Heer und Flotte, verwenden müsse. Das ließe sich weder durchführen, noch wäre es zweckdienlich. Die militärische Macht eines Volkes wird nicht ausschließlich durch diese äußeren Machtmittel bedingt; sie beruht vielmehr in einer harmonischen Entwicklung aller physischen, geistigen, moralischen, finanziellen und militärischen Kraftelemente. Nur in dem Zusammenwirken aller dieser Faktoren kann die höchste und wirksamste Wehrkraft entwickelt werden. Sie bedarf einer breiten und festgezimmerten Grundlage, um wirksam und tätig werden zu können. Im mandschurischen Kriege versagte im entscheidenden Augenblick, als die Angriffskraft der Japaner erschöpft schien, die russische Wehrkraft, weil ihr Unterbau ins Wanken geriet, der Staat politisch und sittlich zusammenbrach und das Heer selbst revolutionär verseucht war.

Bildet somit neben der sozialen Forderung, die Wehrfähigkeit zu erhalten, die politische Notwendigkeit das Maß für die Art und die Intensität der Kriegsvorbereitung, so muß man sich doch darüber klar sein, daß damit ein Maßstab gegeben ist, der je nach der Auffassung von den Aufgaben des Staates die verschiedenste Beurteilung zuläßt. So sehen wir denn auch immer besonders in unserem deutschen Vaterlande die heftigsten Kämpfe entbrennen, sobald es sich um die Ausgestaltung der Wehrkraft handelt, weil sowohl über die Aufgaben des Staates wie des Heeres die allerverschiedensten Auffassungen herrschen.

Es ist in der Tat nicht möglich, die politischen Pflichten des Staates so zu formulieren und so fest zu begründen, daß sie nicht von irgend einem Standpunkt aus anders gedacht werden könnten. Der sozialdemokratische Agitator, dem das Agitieren Selbstzweck ist, wird die Aufgabe des Staates in ganz anderen Dingen erblicken als der politische Dilettant, der aus der Hand in den Mund wirtschaftet, ohne sich die Tragweite der Dinge recht klar zu machen, oder als der ernste Staatsmann, der das Wohl der Gesamtheit im Auge hat und den Blick gerichtet hält auf die fernen Leuchttürme am Horizonte der Zukunft.

Immerhin lassen sich einzelne Gesichtspunkte festlegen, die in der Natur der Dinge begründet sind, die Willkür in der Beurteilung dieser entscheidenden Fragen einigermaßen beschränken und daher wohl geeignet erscheinen, ruhig und sachlich Denkende zu überzeugen.

Zunächst ist zu beachten, daß sich militärische Macht in der heutigen politischen Welt nicht improvisieren läßt, auch wenn alle Elemente dafür vorhanden sind.

Obwohl das Deutsche Reich heute 65 Millionen Einwohner zählt gegenüber 40 Millionen Franzosen, bildet dieser Menschenüberschuß nur ein völlig totes Kapital, wenn nicht eine entsprechende Mehrzahl von Rekruten jährlich in die Armee eingereiht wird, wenn nicht schon im Frieden die Formationen aufgestellt werden, die nötig sind, um sie aufzunehmen. Die Auffassung, daß man diese Massen im Augenblick des Bedarfs für die Armee verwendbar machen könnte, ist eine Selbsttäuschung. Es würde nicht eine Verstärkung, sondern eine wesentliche Schwächung des Heeres, ja sogar eine Gefahr bedeuten, wenn man unausgebildete Massen im Bedarfsfalle plötzlich zum Dienst heranziehen wollte. Der Feldzug Bourbakis zeigt, was von solchen Maßregeln zu erwarten ist.

Bei der Kompliziertheit aller modernen Verhältnisse, der stetig fortschreitenden Entwicklung der Technik und des Waffenwesens sowie den gesteigerten Anforderungen an den einzelnen Mann bedarf es langer und umständlicher Vorbereitungen, um kriegsbrauchbare Werte zu schaffen. Darauf wurde schon zu Beginn dieses Kapitels hingewiesen. Ein Jahr dauert es, bis ein 30-Zentimeter-Geschütz fertig hergestellt wird. Wer es zu gegebener Zeit verwenden will, muß es daher frühzeitig in der Werkstatt bestellen. Jahre vergehen, bis die volle Wirkung einer Heeresverstärkung, die man heute beschließt, in Reserve- und Landwehrformationen in die Erscheinung tritt. Der Rekrut, der heute seinen Dienst beginnt, bedarf einer jahrelangen Erziehung, um ein brauchbarer Soldat zu werden. Mit der flüchtigen Ausbildung von Ersatzreservisten und ähnlichen Aushilfemitteln täuscht man sich nur selbst über die Notwendigkeit

ernster Rüstungen hinweg. Nicht den Augenblick also dürfen wir im Auge haben, sondern für die Zukunft müssen wir vorsorgen.

Dasselbe gilt von den politischen Verhältnissen. Wer das Maß der Kriegsvorbereitung von den wechselnden Wandlungen der Tagespolitik abhängig macht, wer ein Nachlassen in den Rüstungen etwa damit begründen wollte, daß im Augenblick keine bedrohliche politische Lage zu größerer Anspannung Veranlassung gäbe, der handelt im höchsten Grade unstaatsmännisch und versündigt sich an seinem Vaterlande.

Nicht der Augenblick darf maßgebend sein; entscheidend sind die großen, in der Natur der Dinge begründeten politischen Bestrebungen, Gegensätze und Spannungen.

Als einst König Wilhelm zu Beginn der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Reorganisation des preußischen Heeres unternahm, lag eine scharfe politische Spannung noch nicht vor. Die Krisis von 1859 war sogar eben überwunden. Aber der König hatte erkannt, daß die preußische Waffenrüstung nicht ausreiche, um den Aufgaben der Zukunft gerecht zu werden; darum rang er seinem Volke in erbittertem Kampf die Neugestaltung des Heeres ab und schuf damit die Grundlagen, ohne die das ruhmvolle Emporkommen unseres Staates niemals hätte vor sich gehen können. In demselben wahrhaft staatsmännischen Geist hat Kaiser Wilhelm II. die Entwicklung der deutschen Flotte mächtig gefördert und stetig weitergeführt, ohne daß eine politische Notlage dazu gezwungen hätte, und er hat die freudige Mitarbeit seines Volkes gefunden, weil, was er erstrebte, als ein unabweisbares Bedürfnis der Zukunft allgemein erkannt wurde und einem uralten deutschen Volksempfinden entsprach.

Muß somit die Kriegsvorbereitung sich unabhängig von politischen Tageseinflüssen vollziehen, so ist anderseits in der militärischen Macht der wahrscheinlichen Gegner eine Grenze gegeben, unter die nicht heruntergegangen werden kann, ohne die Sicherheit des Staates unmittelbar zu gefährden.

Des weiteren ist der Staat gezwungen, alle Errungenschaften der modernen Technik, soweit sie militärisch irgendwie

von Nutzen sein können, der Wehrkraft dienstbar zu machen, weil alle diese Kampfmittel, falls sie sich ausschließlich in der Hand der möglichen Gegner befänden, diesen eine nicht geringe Überlegenheit verschaffen würden. Es ist eine Notwendigkeit, deren Erkenntnis sich niemand entziehen kann, die Streitkräfte, die man überhaupt aufstellt, modern im besten Sinne zu erhalten und ihnen den Kampf durch alle Mittel zu erleichtern, die die Wissenschaft und Technik an die Hand geben.

Die Armee muß ferner groß genug sein, um für das ganze Volk eine Schule zu bilden, in der wirkliche Wehrfähigkeit erlangt werden kann, nicht nur der Schein einer solchen.

Endlich wird das Wesen der Kriegsvorbereitung in gewissem Sinne auch von der politischen Lage des Staats bestimmt. Ist dieser politisch gesättigt und vornehmlich auf Erhalten und Behaupten angewiesen, so wird seine Waffenrüstung naturgemäß einen mehr oder weniger defensiven Charakter tragen, während aufstrebende und erweiterungsbedürftige Staaten oder solche, die von verschiedenen Seiten angegriffen werden können, ihre Wehrkraft ausgesprochen offensiv gestalten müssen.

Ist auf solche Weise die Kriegsvorbereitung in bestimmte Bahnen gewiesen, die sich mit Notwendigkeit aus den Verhältnissen ergeben, so läßt sich doch anderseits nicht verkennen, daß der subjektiven Beurteilung noch ein weiter Spielraum gelassen ist; daß besonders da, wo die positiven Aufgaben des Staates in Frage kommen, die zu einer tatkräftigen äußeren Politik und damit unter Umständen selbst zu einem Offensivkriege führen können, die Ansichten auch bezüglich der Vorbereitung des Krieges sehr weit auseinandergehen können. Hier bleibt dem Staatsmann kein anderes Mittel, als zu überzeugen und seine Auffassung von dem, was notwendig ist, so klar zu entwickeln und zu begründen, daß sich wenigstens der größere Teil des Volkes seiner Einsicht beugt. Es gibt immer und überall Verhältnisse, denen überzeugende Kraft innewohnt, die zugleich dem Verständnis und dem Empfinden der Massen zugänglich sind.

Jeder Engländer ist von der Notwendigkeit überzeugt, die Seeherrschaft zu behaupten, weil jeder einsieht, daß nicht nur die jetzige Machtstellung des Staates, sondern auch die Möglichkeit der Volksernährung im Kriegsfall von ihr abhängt. Kein Opfer für die Flotte wird daher gescheut, und jeder Fortschritt anderer Marinen beunruhigt sofort die öffentliche Meinung. Ganz Frankreich bis auf wenige antimilitaristische Kreise empfindet die Notwendigkeit, die durch die Niederlagen von 1870/71 erschütterte Machtstellung des Staates durch verdoppelte Kraftanstrengungen auf militärischem Gebiet neu zu befestigen, und mit vorbildlicher Einmütigkeit sucht man diesen Zweck zu erreichen. Selbst in der neutralen Schweiz ist das Gefühl dafür, daß die politische Selbständigkeit weniger von internationalen Verträgen als von der Möglichkeit der Selbstbehauptung abhängt, so lebhaft und so allgemein verbreitet, daß das Volk willig schwere Lasten für seine militärische Rüstung trägt. Auch in Deutschland muß es möglich sein, das Verständnis für die großen Aufgaben des Staates zu wecken und zum Allgemeingut der Nation zu machen, wenn man ohne diplomatische Bemäntelung, die im Auslande niemanden täuscht und dem eigenen Volke gegenüber schadet, die wahre politische Lage und die notwendigen Ziele unserer Politik enthüllt.

Den Kampf mit der öffentlichen Meinung darf man freilich nicht scheuen, wie ihn König Wilhelm I. in der Konfliktszeit auch nicht gescheut hat; denn wo jene nicht unter dem Einfluß eines überlegenen Willens oder einer zwingenden Notwendigkeit steht, wird sie nur allzu leicht durch die verschiedensten Einwirkungen irregeleitet. Gerade in Deutschland, diesem innerlich und äußerlich so vielfach zerrissenen Staate, ist diese Gefahr besonders groß. Wer sich in solchem Falle der öffentlichen Meinung beugt, läuft Gefahr, die Interessen des Staates und des Volkes auf das schwerste zu schädigen.

Es ist einer der ersten und *zweifellosesten* Grundsätze wahrer *Staatskunst*, daß man niemals *bleibende Interessen preisgeben* oder gefährden lassen darf um *augen*-

blicklicher Vorteile willen, wie sie sich in geringerer finanzieller Belastung der Steuerzahler, in vorläufiger Erhaltung des Friedens oder ähnlichen Scheinvorteilen darstellen, die sich im Verlauf der Ereignisse meist als schwere Nachteile erweisen.

Unbeirrt durch die öffentliche Meinung, die materiellen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, und die Opfer, die von den Volksgenossen gefordert werden müssen, soll daher der Staatsmann seine Ziele fest im Auge behalten. Solange es durchführbar erscheint, wird er versuchen, die widerstreitenden Interessen unter sich und mit den eigenen Absichten auszugleichen. Wo aber große grundsätzliche Fragen zur Entscheidung stehen, wie etwa die tatsächliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht oder Forderungen, von denen die Schlagfertigkeit für den Krieg abhängt, darf er auch den Kampf nicht scheuen, um die Machtmittel zu schaffen, deren der Staat — wenn auch erst in der Zukunft — bedürfen wird, um sich lebensfähig zu erhalten.

Eine den Verhältnissen entsprechende Kriegsvorbereitung zu ermöglichen und durchzusetzen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Politik; sie in zweckmäßiger Weise durchzuführen, eine Aufgabe der Heeresleitung, die in gewissem Sinne schon in das Gebiet der Strategie gehört, indem sie die Mittel bereitstellt, mit denen die Kriegführung zu rechnen hat. Politik und Strategie berühren sich auf diesem Gebiet. Die Politik hat, indem sie die Kriegsvorbereitung ermöglicht und ihr Maß bestimmt, gewissermaßen eine strategische Aufgabe zu lösen.

Eine verhängnisvolle und wenig staatskluge politische Schwäche wäre es daher, wenn man in Verkennung der militärischen und strategischen Gesichtspunkte das Maß der Kriegsrüstung von den augenblicklich verfügbaren finanziellen Mitteln abhängig machen wollte. „Keine Ausgabe ohne Deckung" lautet die Formel, in die sich dieses Bestreben kleidet. Sie ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Deckung durch die Ausgabe bestimmt wird. In einem großen Kulturstaat müssen — wie unser großer Historiker und nationaler Politiker Heinrich v. Treitschke lehrt — die Aufgaben, die zu erfüllen sind,

maßgebend sein für die aufzuwendenden Mittel, und ein wirklich großer Finanzminister ist nicht der, der den Etat formell balanciert unter möglichster Schonung der Volkskräfte, aber unter gleichzeitigem Verzicht auf politisch notwendige Ausgaben: sondern der alle lebendigen Kräfte des Volkes zu schaffensfreudiger Tätigkeit anspornt, zugleich aber auch derart für die allgemeinen Zwecke heranzieht und nutzbar macht, daß die Einnahmen des Staates genügen, um den erkannten politischen Aufgaben gerecht zu werden. Er wird dieses Ziel nur erreichen können, wenn er mit den Ministern für Handel, Landwirtschaft, Industrie und Kolonien in einheitlichem Geiste zusammenwirkt, um alle Fesseln zu sprengen, die den Unternehmungsgeist und die Tatkraft der Einzelnen beengen, alle toten Werte ertragsfähig zu machen und überall günstige Bedingungen des Erwerbs zu schaffen. Ein großer Zug muß das ganze Produktions- und Finanzwesen des Staates durchwehen, wenn man den Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft gerecht werden will.

So gewinnt die Kriegsvorbereitung, die unter modernen Verhältnissen sehr erhebliche Aufwendungen nötig macht, eine tiefeinschneidende Wirkung auf das ganze soziale und politische Leben des Volkes und die Finanzgebarung des Staates.

7

Der Charakter unseres nächsten Krieges

Die soziale Notwendigkeit, die Wehrhaftigkeit des Volkes zu erhalten, die politischen Ansprüche, die der Staat erhebt, die Stärke der wahrscheinlichen feindlichen Gegenwirkungen sind es, die in erster Linie die Kriegsvorbereitung bedingen oder wenigstens vernünftigerweise bedingen sollten.

Die politischen und kulturellen Aufgaben, die sich aus unserer Geschichte und nationalen Eigenart ergeben, habe ich bereits zu entwickeln und in bestimmte Formeln zu bringen gesucht. Jetzt tritt die weitere Forderung an uns heran, auch die möglichen militärischen Gegenwirkungen ins Auge zu fassen, auf die wir gefaßt sein müssen.

Nur nach ihnen lassen sich die Gefahren ermessen, die uns bedrohen, läßt sich beurteilen, ob und inwieweit wir unsere politischen Absichten durchsetzen können; nur indem wir uns diese Gegenwirkungen klar machen, können wir eine Vorstellung von dem Charakter des nächsten Krieges gewinnen, der über unsere Zukunft entscheiden wird.

Es genügt dazu keineswegs, die militärischen Streitkräfte unserer wahrscheinlichen Gegner zu kennen, wenngleich diese Kenntnis die notwendige Grundlage für das weitere Urteil bildet; sondern wir müssen uns auch davon ein Bild zu machen suchen, mit welcher Intensität der Feindschaft wir bei dem einen und dem anderen zu rechnen haben werden und welche Leistungsfähigkeit den feindlichen Heerscharen wahrscheinlich innewohnen wird. Die Feindschaft, auf die wir gefaßt sein müssen, wird bedingt sein durch den Widerstreit der beider-

seitigen politischen Absichten und Zwecke sowie durch den Gegensatz der nationalen Eigentümlichkeit; für die Beurteilung dessen aber, was unsere Gegner militärisch leisten werden, sind wir auf die neuesten Kriegserfahrungen angewiesen.

Fassen wir nun zunächst die Streitkräfte der einzelnen möglicherweise gegnerischen Staaten und Staatengruppen ins Auge, so ergibt sich etwa folgendes Bild.

Nach neueren Mitteilungen des französischen Finanzministers Klotz[1]) betrug die Friedensstärke der französischen Armee im Jahre 1910 rund 580000 Mann einschließlich des in Frankreich selbst stehenden „Kolonialkorps", das im Kriegsfalle zum Feldheer auf dem europäischen Kriegsschauplatz gehört, und des „service auxiliaire", das heißt der etwa 30000 Mindertauglichen, die zum Dienst ohne Waffe eingezogen werden. Die Gesamtkriegsstärke beträgt nach Angaben desselben Ministers für Feldheer und Reserve 2800000 Mann, die im Mobilmachungsfalle verfügbar sind. Von dieser Zahl muß jedoch bei eintretender Mobilmachung ein Ausfall abgezogen werden, den französische Quellen auf 20% berechnen; die Gesamtheit der französischen Feld- und Reservetruppen kann daher auf rund 2300000 Mann berechnet werden.

Hinzu treten, wie ich der gleichen Quelle entnehme, 1700000 Territoriale mit ihrer „Reserve", das heißt also Landwehr- und Landsturmmannschaften, von denen jedoch ebenfalls 25%, also rund 450000 Mann, in Abzug zu bringen sein dürften.

Setzt man voraus, daß im Kriegsfall das Verhältnis der Waffen ähnlich sein wird wie im Frieden, so ergibt sich im Vergleich mit der Stärke der einzelnen Waffen, die das Budget von 1911 vorsieht, daß von den 2300000 Mann Feld- und Reservetruppen entfallen werden:

auf die Infanterie rund . . 1530000 Mann,
auf die Kavallerie rund . . 230000 Mann,

da ein sehr erheblicher Teil der Reservisten- und Landwehr-

[1]) Rede bei Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Issoudun.

leute dieser Waffen im Fahr- und Aufsichtspersonal des Heeres-fuhrwesens Verwendung findet;
auf die Artillerie rund . . . . 380 000 Mann,
auf Pioniere und Verkehrstruppen . . . 70 000 Mann,
auf Train- und Verwaltungstruppen (Kolonnen, Trains, Sanitätstruppen usw.) rund 90 000 Mann.
Eine Steigerung dieser Wehrmacht ist nicht mehr möglich, da in Frankreich heute bereits 90 % aller Militärpflichtigen ausgehoben werden, und außerdem die Geburtenziffer fortwährend zurückgeht. Während sie 1870 noch die Höhe von rund 940 000 jährlich erreichte, ist sie 1908 bereits auf 790 000 im Jahr gefallen. Auch hat man schon zu dem Mittel greifen müssen, an die Tauglichkeit geringere Ansprüche zu stellen als früher und die zahlreichen Nebendienste (Schreiber, Burschen usw.) durch minder Taugliche versehen zu lassen, um die Truppe selbst zu entlasten.

Man hat sich unter diesen Umständen nach neuen Hilfsquellen umgesehen und den Plan gefaßt, die Truppen aus Eingeborenen in Algier und Tunis zu vermehren, um durch sie die europäische Armee im Kriegsfall verstärken zu können, und zugleich in Westafrika Negertruppen aufzustellen, die ein vorzügliches und zuverlässiges Soldatenmaterial darstellen. In Algier soll eine beschränkte Dienstpflicht eingeführt werden, wie sie in Tunis schon besteht; die schwarze Armee aber soll zunächst aus Freiwilligen ergänzt werden, und nur im Notfall will man zur Aushebung greifen. Diese schwarzen Truppen sollen in erster Linie dazu dienen, Algier und Tunis zu besetzen, die dortigen Truppen für Europa verfügbar zu machen und die weißen Ansiedler gegen die Eingeborenen zu schützen. Da die zum Kriegsdienst herangezogenen Neger Heiden sind, glaubt man in ihnen ein Gegengewicht gegen die muhammedanischen Eingeborenen schaffen zu können. Auch hat sich gezeigt, daß die Negertruppen das Klima Nordafrikas sehr wohl vertragen und eine außerordentlich brauchbare Truppe darstellen. Die zwei in der Schauja stationierten schwarzen Bataillone, die am Zuge nach Fes teilnahmen, haben das Klima gut aus-

gehalten und sich überhaupt bewährt. Es kann einem Zweifel kaum unterliegen, daß dieser Plan tatkräftig durchgeführt werden wird und alle Aussicht auf guten Erfolg hat. Die Entwicklung befindet sich allerdings noch im Anfangsstadium. Gesetzentwürfe über die Ausnützung der Wehrkraft der Eingeborenen Algeriens und der Neger Westafrikas wurden dem Parlament bisher von der Regierung noch nicht vorgelegt. In welchem Umfange eine Vermehrung der eingeborenen und schwarzen Truppen eintreten wird, ist deshalb zurzeit noch nicht abzusehen. Der frühere Kriegsminister Messimy hat jedoch von jeher eine beschränkte Aushebung der eingeborenen Algerier befürwortet. Es findet jetzt auch jährlich eine Musterung der 18jährigen algerischen Mannschaften auf Militärtauglichkeit statt. Die damit beauftragte Kommission hat sich 1911 dahin ausgesprochen, daß es nach Einführung der beschränkten Dienst- und Reservepflicht möglich sein werde, in Algerien und Tunesien zusammen 100—120000 eingeborene Soldaten im Kriegsfall zur Verfügung zu haben. Sie werden auch in Europa brauchbare Truppen sein, sind also berufen, die Armee am Rhein um drei starke Armeekorps ausgezeichneter Truppen zu verstärken, die im Laufe der Jahre durch Reserveformationen voraussichtlich noch erheblich werden vermehrt werden können.

Anders liegt die Sache bezüglich der schwarzen Truppen. Frankreich verfügt jetzt in seinen gesamten westafrikanischen Besitzungen über rund 16000 Mann geworbener Negertruppen; da jedoch die schwarze Bevölkerung 10—12 Millionen zählt, so kann diese Zahl sehr erheblich vermehrt werden [1]).

Im südlichen Algerien befindet sich seit Mai 1910 ein Versuchsbataillon Senegalschützen, und da im Kriegsbudgetentwurf für 1912 die Verlegung eines zweiten Bataillons Senegalesen nach Algerien beantragt wird, ist man zu dem

[1]) Vierteljahrshefte für Truppenführung und Heereskunde, 1910, 2. Heft: Afrikanische Truppen als Verstärkuug der französischen Wehrmacht.

Schluß gezwungen, daß die Absicht, schwarze Truppen in größerer Zahl nach Algerien zu verlegen, energisch weiter verfolgt werden soll.

Doch ist mit einer Massenverlegung schwarzer Truppen nach Nordafrika noch auf Jahre hinaus kaum zu rechnen, weil zurzeit nicht genug ausgebildete Mannschaften dafür verfügbar gemacht werden können. Die in Senegambien stehenden Senegalesenregimenter 1, 2 und 4 reichen kaum aus, um die in den anderen afrikanischen Kolonien Frankreichs stehenden Senegalesentruppen stellen und ergänzen zu können. Wenn es daher auch unbezweifelt ist, daß Frankreich in der Lage ist, eine starke schwarze Armee aufzustellen, liegt doch die Möglichkeit, schwarze Divisionen für einen europäischen Krieg heranzuziehen, zurzeit noch recht fern. Daß es in Zukunft möglich sein wird, kann dagegen kaum bezweifelt werden.

Ebensowenig ist noch auf lange Zeit hinaus mit einer Verwendung marokkanischer eingeborener Truppen in Europa zu rechnen. Das Land besitzt zwar sehr gute einheimische Krieger; der Sultan übt aber wirkliche Herrschaft nur über einen Teil des mit „Marokko" bezeichneten Gebiets aus. Von einer großzügigen Ausnutzung der Wehrkraft kann daher noch auf Jahre hinaus nicht die Rede sein. Vorläufig bemühen sich Franzosen und marokkanische Regierung, ein brauchbares Sultansheer von 20000 Mann zur Sicherung der Herrschaft im Lande aufzustellen und durch dieses die Truppen Frankreichs in Marokko möglichst frei zu machen.

Wenn somit die Erwerbung Marokkos vorläufig keinen militärischen Machtzuwachs bedeutet, wird sich das Land doch bei fortschreitender Ordnung als ein vorzügliches Rekrutendepot erweisen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß Frankreich diese Machtquelle mit der ganzen ihm eigentümlichen militärischen Tatkraft ausnutzen wird.

Für die nächste Zukunft ist demnach nur mit der Verstärkung des europäischen Heeres Frankreichs zu rechnen, die aus Algerien und Tunesien wird gezogen werden können, sobald die beschränkte Dienstpflicht dort allgemein durchgeführt

sein wird. Sie wird, wie gesagt, mindestens 120000 Mann betragen, und was diese Truppen taktisch wert sind, kann jeder beurteilen, der ihre Leistungen auf den Schlachtfeldern von Weißenburg und Wörth mit erlebt hat. Mindestens eine starke Turkodivision steht schon jetzt zur Verfügung.

Neben dem französischen Heere kommt für uns vornehmlich die russische Wehrmacht in Betracht. Da Friedens- und Kriegsetats jedoch nicht veröffentlicht werden, ist es schwer, zuverlässige Zahlangaben zu machen; über die Stärke der einzelnen Waffengattungen ist nichts zu ermitteln, die Gesamtmasse des Heeres läßt sich annähernd errechnen. Nach den Rekrutenkontingenten der letzten drei Jahre beträgt die Friedensstärke des russischen Heeres einschließlich Kosaken und Grenzwache 1346000 Mann; Infanterie und Schützen sind in 37 Armeekorps formiert (1 Garde-, 1 Grenadier- und 25 Armeekorps in Europa, 3 kaukasische, 2 turkestanische und 5 sibirische Korps). Die Kavallerie ist in Divisionen, selbständige Brigaden und einzelne selbständige Regimenter eingeteilt.

Im Kriege besteht jedes Armeekorps aus 2 Divisionen und ist rund 42000 Mann stark, jede Infanteriedivision aus 2 Brigaden in einer Stärke von rund 20000 Mann. Jede Schützenbrigade ist etwa 9000, die Kavalleriedivision 4500 Mann stark. Legt man diese Zahlen zugrunde, so ergibt das für alle Armeekorps, Divisionen, Schützenbrigaden und Kavalleriedivisionen eine Gesamtstärke von 1800000 Mann. Es treten noch Truppen außer Korpsverband, Grenzwach- und Festungstruppen hinzu, so daß man die Kriegsstärke des stehenden Heeres auf rund 2000000 Mann schätzen kann.

Diese Gesamtstärke kann jedoch auf einem europäischen Kriegsschauplatz nicht voll zur Verwendung gelangen. Man wird zunächst die sibirischen und turkestanischen Armeekorps in Abzug bringen können, die wohl zweifellos im Inneren und an der Ostgrenze belassen werden müssen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren ferner dürften vermutlich die Truppen in Finnland, die Garde in Petersburg, mindestens eine Division in Moskau und die kaukasischen Armeekorps im

Kaukasus verbleiben. Es kämen dann also rund 13 Armeekorps oder 546000 Mann in Abzug, so daß mit einer Stärke der aus der stehenden Armee gebildeten Feldarmee von 1454000 Mann zu rechnen wäre. Hierzu müssen aber rund 100 Regimenter Kosaken 2. und 3. Aufgebots gerechnet werden, die ich auf 50000 Mann schätze, und die im Kriegsfall aufzustellenden Reserve- und Reichswehrformationen. Für Reserveformationen stehen ausgebildete Mannschaften in hinreichender Menge zur Verfügung, um für jedes Korps je eine Reservedivision erster und zweiter Ordnung zu formieren. Es würden diese Truppen, wenn man die Divisionen ebenfalls zu 20000 Mann jede annimmt, 1480000 Mann stark sein. Von diesen Zahlen muß freilich wohl ein gewisser Ausfall in Abzug gebracht werden. Auch ist nicht bekannt, welche dieser Formationen im Mobilmachungsfall tatsächlich aufgestellt werden sollen. Jedenfalls aber muß mit einer gewaltigen Heeresmacht gerechnet werden, die für einen großen Krieg in Bewegung gesetzt werden kann. Den vorhandenen Mannschaften nach kann nach Abzug aller Kräfte, die im Inlande zurückgelassen werden müssen, ein Feldheer von 2000000 Mann in Europa mit Leichtigkeit aufgestellt werden. Ob Waffen, Heeresgerät und Munition für eine solche Heeresmacht in genügender Zahl vorhanden sind, läßt sich freilich nicht bestimmen. Immerhin dürfte es geraten sein, ein Reich wie Rußland auch in dieser Hinsicht nicht zu unterschätzen.

Ein ganz anderes Bild tritt uns entgegen, wenn wir den Blick auf die dritte der Ententemächte, auf England richten [1]).

Das englische Weltreich zerfällt militärisch in zwei Teile: in das Vereinigte Königreich selbst mit den vom englischen Kabinett aus verwalteten Kolonien und in die Kolonien mit Selbstverwaltung. Diese letzteren verfügen nur über Milizen, die zum Teil sogar noch in der Bildung begriffen sind. Sie können völlig außer Betracht bleiben, da sie für einen europäischen Kriegsschauplatz nicht in Betracht kommen.

---

[1]) Vierteljahrshefte für Truppenführung und Heereskunde, 1911, 3. und 4. Heft: Die Landmacht des Britischen Reichs.

Das Heer der vom englischen Kabinett aus regierten Reichsteile zerfällt in die reguläre englische Armee, die sich durch Werbung ergänzt, die eingeborenen Truppen, die unter englischen Offizieren stehen, und die englische Territorialarmee, eine Miliz, die sich aus Freiwilligen ergänzt und die geplante Stärke von 300 000 Mann noch nicht erreicht hat. Sie ist augenblicklich 270 000 Mann stark und lediglich zum Schutz der Heimat bestimmt. Ihr militärischer Wert kann zurzeit nicht als sehr hoch bezeichnet werden. Für einen europäischen Festlandskrieg kommt sie zunächst nicht in Betracht. Für einen solchen kann lediglich mit einem Teil der regulären englischen Armee gerechnet werden. Diese ist rund 250 000 Mann stark, die Mannschaften dienen 12 Jahre, davon 7 bei der Fahne und 5 in der Reserve. Der jährliche Rekrutenbedarf beträgt 35 000 Mann. Die reguläre Reserve ist zurzeit 136 000 Mann stark; es besteht aber noch eine besondere Spezialreserve mit milizartiger Ausbildung, die besonders angeworben wird, so daß die Gesamtstärke der Reserve rund 200 000 Mann beträgt.

Von der regulären englischen Armee stehen 134 000 Mann in England, 74 500 Mann in Indien, die dort mit 159 000 Mann Eingeborenen das englisch-indische Heer bilden, und rund 39 000 Mann in den übrigen Kolonien: Gibraltar, Malta, Ägypten, Aden, Südafrika und den übrigen Kolonien und Schutzgebieten. Von Interesse sind hierbei vor allem die Zustände in Ägypten. Dort stehen 6000 Engländer, während die ägyptische Eingeborenenarmee 17 000, im Kriege 29 000 Mann stark ist, deren Offiziere zu einem Fünftel aus Engländern bestehen. Man kann sich denken, daß angesichts der tiefen Erregung der islamitischen Welt den Engländern ihre Stellung einigermaßen gefährdet vorkommt. Es sollen daher auch die zurzeit noch in Südafrika stehenden 11 000 Mann baldmöglichst in die Mittelmeergarnisonen verlegt werden. Hier soll dann im Kriegsfall unter Umständen eine besondere Division gebildet werden.

Für einen Krieg auf dem europäischen Festlande ist lediglich mit der regulären Armee zu rechnen, die in England

selbst steht. Sie bildet im Mobilmachungsfall die „reguläre Feldarmee" zu sechs Infanteriedivisionen, einer Kavalleriedivision, zwei berittenen Brigaden und Armeetruppen und zählt ohne Trains und Kolonnen 130 000 Mann. Die nicht zur regulären Feldarmee tretenden regulären Truppen im Vereinigten Königreich sind noch etwa 100 000 Mann stark. Sie bestehen aus einer sehr geringen Zahl mobiler Einheiten, der Fußartillerie und den Pionieren der Küstenbefestigung sowie den Ersatzformationen. Diese Truppen bilden mit etwa 13 000 Mann Milizartilleristen und Milizpionieren die Besatzungsarmee, unter deren Schutz die Territorialfeldarmee ihre Ausbildung ergänzt. Ehe Teile dieser Armee die reguläre Feldarmee verstärken können, werden zweifellos Monate vergehen. Für ein englisches Landungskorps wird man also höchstens 150 000 Mann in Anschlag bringen können. Diese Truppen bilden aber gleichzeitig die Reserve der in den Kolonien befindlichen Truppen, die bei ernsten Verwicklungen der Verstärkung bedürfen. Darin liegt die Schwäche der englischen Wehrmacht. Nur solange in den Kolonien alles ruhig ist, vermag England seine reguläre Armee in einem Festlandskriege zu verwenden, und es erhellt, wie wichtig es wäre, im Kriegsfalle England in seinem Kolonialbesitz und besonders in Ägypten bedrohen zu können.

Den gewaltigen Scharen gegenüber, die die Mächte der Triple-Entente aufbringen können, verfügt Deutschland über eine aktive Armee von 589 705 Mann (Friedensstärke einschließlich Unteroffiziere) und etwa 25 500 Offiziere, Österreich über eine Armee, die im Frieden 361 553 Mann und etwa 20 000 Offiziere stark ist. Die Gesamtkriegsstärke beider Staaten läßt sich etwa wie folgt berechnen.

In Deutschland wurden, einschließlich Freiwilligen und Mannschaften ohne Waffe, 1892 194 664 Mann in die Armee eingestellt, 1909 267 283 Mann, im Durchschnitt dieser 17 Jahre also 230 975 Mann. Das ergibt einen gesamten Mannschaftsstand von 3 926 575 Mann. Rechnet man hiervon den natürlichen Abgang mit 25 % ab, so verbleiben 2 944 931 ausgebildete Mannschaften. Zählt man die Friedensstärke hinzu, so

ergibt sich schätzungsweise eine Gesamtstärke des deutschen Heeres von 3534636 Mann, denen die Franzosen etwa eine gleiche Mannschaftszahl entgegenzustellen haben. Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1911. Nach dem Etat für 1912 ist das deutsche Heer 27267 Offiziere, 92347 Unteroffiziere und 531004 Mannschaften stark. Danach dürfte sich auch die Gesamtstärke des deutschen Heeres etwas höher einschätzen, als hier geschehen ist. Doch fallen diese Unterschiede angesichts der Millionen, um die es sich handelt, wenig ins Gewicht.

In Österreich beträgt die jährliche Rekruteneinstellung rund 135000 Mann. Die Wehrpflicht dauert abgesehen von der Landsturmpflicht 12 Jahre. Das ergibt abzüglich der drei aktiv dienenden Jahrgänge eine Summe von 1215000, oder bei 25 % natürlichem Abgang von 911250 Mann. Dazu kommen 9 Jahrgänge ausgebildeten Landsturms, die man nach Abzug des natürlichen Abgangs ebenfalls zu 911250 Mann in Ansatz bringen kann. Zählt man die Friedensstärke der Armee hinzu, so ergibt das schätzungsweise eine Gesamtkriegsstärke von 2184053 Mann, also etwa so viel, wie Rußland nach allen Abzügen als Feldarmee in Europa aufzustellen vermag.

In welcher Anzahl im Kriegsfall die vorhandenen Mannschaften zur Aufstellung von Feldformationen in Deutschland und Österreich verwendet werden, ist weder bekannt, noch würde es sich zur Mitteilung eignen. Es richtet sich teils nach den verfügbaren Mannschaften, teils nach anderen Umständen, die sich der öffentlichen Erörterung entziehen. Wie hoch immer man die Neuformationen annehmen mag, wird man doch niemals zu Zahlen gelangen, wie sie die vereinigte Macht Frankreichs und Rußlands darstellen; man muß vielmehr darauf bedacht sein, die numerische Überlegenheit der Gegner durch erhöhten taktischen Wert der Truppen, den Geist der Führung und eine kühne Benutzung von Zeit und Raum auszugleichen. Selbst der Hinzutritt des italienischen Heeres zu den Kräften Deutschlands und Österreichs vermöchte, soviel ich zu beurteilen vermag, das numerische Gleichgewicht im Felde nicht völlig herzustellen.

In Frankreich rechnete man bisher damit, zwei bis drei

Armeekorps an der italienischen Grenze zu belassen. Neuere französische Schriftsteller[1]) zählen bereits so sicher auf den Austritt Italiens aus dem Dreibunde, daß sie es überhaupt nicht für nötig halten, eine Armee gegen Italien aufzustellen, sondern die Gesamtmacht Frankreichs für verfügbar gegen Deutschland erachten.

Die Friedensstärke der italienischen Armee beträgt tatsächlich rund 250000 Mann und ist in 12 Armeekorps und 25 Divisionen eingeteilt. Die Infanterie ist in 96 Regimentern rund 140000 Mann stark; außerdem sind 12 Bersaglieriregimenter (Jäger) vorhanden, bei denen sich 12 Radfahrerbataillone befinden, und 8 Alpiniregimenter (Alpentruppen) zu 78 Kompanien. Die Kavallerie besteht aus 29 Regimentern, von denen 12 in 3 Kavalleriedivisionen vereinigt sind. Die Artillerie ist 24 Feldartillerieregimenter und 1 reitendes Artillerieregiment stark und zählt 193 Feld- und 8 reitende Batterien. Außerdem sind 27 Gebirgsbatterien und 10 Regimenter Festungsartillerie zu 98 Kompanien vorhanden. Endlich bestehen 6 Genieregimenter einschließlich eines Telegraphenregiments und eines Luftschifferbataillons. Die Gendarmerie ist rund 28000 Mann stark.

Die Kriegsstärke der Feldarmee beträgt rund 775000 Mann. An sonstigen Formationen erster und zweiter Linie werden rund 70000 Mann aufgestellt. Der Landsturm ist rund 390000 Mann stark. Die Stärke der im Mobilmachungsfall aufzustellenden Ersatztruppen ist nicht bekannt. Eingeteilt wird das Feldheer in drei Armeen zu im ganzen 12 Armeekorps, zu denen noch 8—12 Landwehrdivisionen und 4 Kavalleriedivisionen hinzutreten.

An Kolonialtruppen verfügt Italien in Benadir über 48 Offiziere und 16 Unteroffiziere italienischer Herkunft und 3500 eingeborene Soldaten; in Eritrea über 131 Offiziere, 644 Unteroffiziere und Mannschaften italienischer Herkunft und 3800 Eingeborene.

---

[1]) Oberst Boucher, Die Offensive gegen Deutschland.

So vermag Italien allerdings eine ganz erhebliche Streitmacht aufzustellen; doch muß es zweifelhaft erscheinen, ob den süditalienischen Truppen ein erheblicher taktischer Wert beizumessen ist. Auch werden eintretendenfalls nicht unerhebliche Kräfte zum Küstenschutz erforderlich sein, und die Behauptung von Tripolis, eine Aufgabe, die keineswegs für leicht zu erachten ist, würde starke Kräfte in Anspruch nehmen, wenn es gegen Frankreich verteidigt werden müßte.

Von hoher Bedeutung konnte bisher die türkische Kriegsmacht werden, sei es, daß sie sich dem mitteleuropäischen Bündnis oder dessen Gegnern anschloß.

Die gesetzliche Friedensstärke der türkischen Armee betrug vor dem Balkankriege 275000 Köpfe. Im Jahre 1910 entfielen davon

1. auf die aktiven (Nisam-) Truppen:

Infanterie	rund	133000	Mann
Kavallerie	„	26000	„
Artillerie	„	43000	„
Pioniere	„	4500	„
Spezialtruppen	„	7500	„
Trainformation	„	3000	„
Handwerker	„	3000	„

im ganzen also 220000 Mann.

2. Auf die nur aus Infanterie bestehenden Redif-(Landwehr-) Kadres 25000 Mann; innerhalb dieser Stärke wurden nach dem Redifgesetz die Mannschaften abwechselnd zu kurzen Übungen eingezogen.

3. Auf die Offiziere bei den Nisam- und Rediftruppen, sowie auf Militärbeamte, Behörden und andere mehr 30000 Köpfe.

Die Gesamtkriegsstärke der türkischen Armee betrug 700000 Mann; in Betracht kamen hierbei nur die Truppen aus Europa, Anatolien, Armenien und Syrien. Auch konnten diese Truppen gewiß nicht alle auf einem europäischen Kriegsschauplatz zur Verwendung gelangen. Als „außergewöhnliche Ver-

stärkung" konnte dagegen der Landsturm (Mustafis) in Betracht kommen, der im allgemeinen für lokale Schutzzwecke sowie für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Inneren aufgeboten wird. Für die Aufstellung von 30—40 000 Mann Landsturm sollen in Europa Vorkehrungen einfachster Art getroffen gewesen sein.

Wie sich in Zukunft die Wehrkraft der Türken gestalten wird, läßt sich zurzeit natürlich nicht übersehen, solange der Krieg noch tobt und bevor sich die politischen Verhältnisse völlig geklärt haben. Als ein Faktor der europäischen Politik wird die Türkei jedenfalls auf Jahre hinaus, sehr zum Nachteile Deutschlands, nicht in Betracht kommen; es sei denn, daß eine Aufteilung auch der asiatischen Türkei in Folge des jetzigen Krieges versucht werden sollte.

Auch die kleineren Balkanstaaten sind imstande, Armeen ins Feld zu stellen, die ein gewisses Schwergewicht bilden.

Montenegro vermag 40—45 000 Gewehre ins Feld zu stellen mit 104 Geschützen und 44 Maschinengewehren; außerdem 11 schwache Reservebataillone für den Grenz- und Lokalwachtdienst.

In Serbien soll die Armee im Frieden 28 000 Mann stark sein; dieser Stand wird aber nur selten erreicht; er sinkt im Winter bis auf 10 000 Mann herab. Für den Krieg soll eine Armee von rund 250 000 Mann (Verpflegungsstärke) aufgestellt werden; darunter etwa 165 000 Gewehre, 5500 Säbel, 432 Feld- und Gebirgsgeschütze (108 Batterien zu 4 Geschützen); außerdem stehen 6 schwere Batterien zu 4—6 Geschützen und 228 Maschinengewehre zur Verfügung. Hierzu treten Reserveformationen (3. Linie), so daß im ganzen etwa 305 000 Mann aufgebracht werden können, ausschließlich des Landsturms, dessen Stärke nicht bekannt ist.

Die bulgarische Armee hat eine Friedensstärke von 59 820 Mann. Wieviel davon auf die einzelnen Waffengattungen kommt, ist nicht bekannt. Im Kriegsfall wird ein Heer von 330 000 Mann (Verpflegungsstärke) aufgestellt, und zwar Infanterie in einer Gefechtsstärke von 230 000 Gewehren

mit 884 Geschützen, 232 Maschinengewehren und 6500 Säbeln. Einschließlich der Ersatztruppen und der Volkswehr, die nur innerhalb des Landes verwendet wird und die Leute vom 41. bis zum 46. Lebensjahr umfaßt, soll die Gesamtarmee eine Verpflegungsstärke von 400000 Mann erreichen.

In Griechenland soll eine operative Armee von 146000 Mann im Kriegsfall aufgestellt werden; außerdem 83000 Mann Landwehr und 63000 Mann Landsturm.

Ob die hier angegebenen Heeresstärken während des jetzigen Balkankrieges von den beteiligten Staaten tatsächlich aufgebracht oder gar überschritten worden sind, läßt sich schwer beurteilen. Die äußersten Anstrengungen sind jedenfalls von ihnen allen gemacht worden. Dabei haben sich die Bulgaren als eine durchaus leistungsfähige Armee erwiesen, und auch die Montenegriner scheinen tapfer gekämpft zu haben. Geringer scheinen die taktischen Leistungen der Griechen und Serben gewesen zu sein, da sie wohl nur schwache und teilweise demoralisierte Gegner zu bekämpfen hatten.

Da jedoch zu erwarten steht, daß alle diese Staaten bei der Neuregelung der Balkanverhältnisse bedeutenden territorialen Zuwachs erhalten und dementsprechend ihre Armeen vergrößern werden, so wird in Zukunft mit ihnen als mit wirklichen Machtfaktoren gerechnet werden müssen, die besonders für die österreichische Monarchie von Wichtigkeit sein werden. Von großer politischer Bedeutung wird es dabei sein, ob ein friedlicher Ausgleich zwischen Bulgarien und Rumänien gelingt und ob Adrianopel im Besitz der Türken bleibt.

Eine Macht für sich bildet Rumänien, das auch politisch eine Sonderstellung einnimmt.

Es gibt in Rumänien außer den entsprechend ihrer Dienstzeit dauernd bei den Fahnen befindlichen Truppen noch eine Calaraji[1]) genannte Milizkavallerie, deren Mannschaften (Wechseldienstmannschaften) nur zeitweise und abwechselnd zum Dienst herangezogen werden.

---

[1]) Intelligente reiche Bauernsöhne auf eigenen guten Pferden.

Im Frieden nun besteht die Armee aus 5000 Offizieren und 90 000 Mann des permanenten Dienststandes und aus etwa 12 000 Wechselmannschaften. Davon entfallen auf die Infanterie etwa 2500 Offiziere und 57 000 Mann, auf die permanente Kavallerie (Rosiori) etwa 8000 Mann mit 600 Offizieren und auf die Artillerie 14 000 Mann mit 700 Offizieren.

Für den Krieg soll ein Feldheer von rund 6000 Offizieren und 274 000 Mann mit 550 Geschützen gebildet werden. Davon werden 215 000 Mann der Infanterie angehören, 7000 der Kavallerie und 20 000 der Artillerie. Die Kavallerie ist demnach schwächer als im Frieden, da, wie es scheint, ein Teil der Calaraji nicht als Reiterei verwendet werden soll. Einschließlich Ersatztruppen und Miliz wird das Gesamtheer im Kriegsfall höchstens 430 000 Mann stark sein. An ausgebildeten Mannschaften stehen 650 000 zur Verfügung.

Sind die Balkanstaaten militärisch vornehmlich für Österreich, die Türkei und Rußland von Bedeutung und stehen sie zu den Interessen Deutschlands nur indirekt in Beziehung, so können die Armeen der kleineren mitteleuropäischen Staaten unter Umständen einen ganz unmittelbaren Wert für uns erlangen, wenn sie für oder gegen uns an einem europäischen Kriege teilzunehmen gezwungen oder veranlaßt werden.

Von unseren westlichen Nachbarn kommen zunächst die Schweiz und Holland in Betracht und in zweiter Linie Belgien.

Die **Schweiz** verfügt im Kriegsfall über ein Gesamtheer von 263 000 Mann.

Der Auszug, der für den Feldkrieg vor allem in Betracht kommt, besteht aus 96 000 Mann Infanterie und 5500 Mann Kavallerie mit 288 Feldgeschützen und 48 Feldhaubitzen; im ganzen aus 141 000 Mann.

Die Landwehr besteht aus 50 000 Mann Infanterie und 4000 Mann Kavallerie und verfügt über 36 12-cm-Kanonen Fußartillerie. Sie ist im ganzen 69 000 Mann stark. Der Landsturm endlich hat eine Stärke von 53 000 Mann.

Die holländische Armee hat im Frieden eine durchschnittliche Stärke von 30000 Mann, die infolge der kurzen Dienstzeit vielfach schwankt. Im allgemeinen sind vorhanden: 13000 Mann Infanterie, 3000 Mann Kavallerie, 5000 Mann Feldartillerie, 3400 Mann Festungsartillerie und 1400 Mann Genie-, Pontonier- und Verkehrstruppen. Die Feldarmee soll im Kriege 80000 Mann stark sein und aus 64000 Mann Infanterie, Radfahrer- und Maschinengewehrabteilungen, 2600 Mann Kavallerie, 4400 Mann Artillerie und 900 Mann Genie bestehen. Sie wird in 4 Armeedivisionen formiert sein zu je 15 Bataillonen, 4 Eskadrons, 6 Batterien und 1 Abteilung Genie. Ferner wird eine Besatzungsarmee von rund 80000 Mann aufgestellt, die aus 12 aktiven und 48 Landwehrinfanteriebataillonen, 44 aktiven und 44 Landwehrfußartilleriekompanien und 10 Kompanien Genie und Pontonieren einschließlich Landwehr bestehen soll. Außerdem ist die holländische Küste befestigt. Bei Helder, Ymuiden, Hoek van Holland, am Völkerack und Haringvliet befinden sich verschiedene Werke, während die Befestigungen bei Vlissingen zurzeit nur unbedeutend sind. Auch ist Amsterdam Festung mit vorgeschobenen Befestigungen in der neuen holländischen Wasserlinie (Festung Holland).

Holland ist also sehr wohl in der Lage, einer englischen Landung ernste Schwierigkeiten zu bereiten, wenn seine Küstenbatterien mit wirksamen Geschützen bestückt sind. Einer deutschen Invasion würde es rasch erliegen, wenn es gegen uns Partei nähme.

Belgien verfügt im Frieden über 42800 Mann (26000 Mann Infanterie, 5400 Mann Kavallerie, 4650 Mann Feldartillerie, 3400 Mann Festungsartillerie und 1550 Mann Genie- und Verkehrstruppen).

Für den Krieg wird die Feldarmee rund 100000 Mann stark sein (74000 Mann Infanterie, 7250 Mann Kavallerie, 10000 Mann Feldartillerie, 1900 Mann Genie- und Verkehrstruppen) und in 4 Armee- und 2 Kavalleriedivisionen formiert sein. Letztere sind je 20 Eskadrons und 2 Batterien stark, die

Armeedivisionen sollen bestehen aus je 17 Bataillonen Infanterie, 1 Eskadron, 12 Batterien und 1 Abteilung Genietruppen. Daneben wird eine Besatzungsarmee von 80 000 Mann gebildet, die durch die Bürgerwehr (garde civique) verstärkt werden kann. Den Hauptstützpunkt bildet Antwerpen, das als eine sehr starke Festung zu betrachten ist. Außerdem sind an der Maaslinie die Städte Lüttich, Huy und Namur befestigt. Küstenbefestigungen dagegen sind nicht vorhanden.

Neuerdings plant man unter dem Druck der politischen Lage eine sehr erhebliche Verstärkung der Armee. Für Antwerpen soll eine Besatzung von 90 000 Mann vorgesehen werden, und durch sehr erhebliche Vermehrung der Linientruppen soll es ermöglicht werden, ein Feldheer von 340 000 Mann aufzustellen. Ob diese Pläne sich verwirklichen werden, muß freilich dahingestellt bleiben.

Von großer militärischer Wichtigkeit ist für uns Dänemark, weil es die Zugänge zur Ostsee beherrscht. Seine Hauptstadt Kopenhagen ist eine starke Festung. Die Armee dagegen ist kein sehr beträchtlicher Machtfaktor, da die Ausbildung der Mannschaften sich auf nur wenige Monate beschränkt. Dieser Staat unterhält im Frieden etwa 10 000 Mann Infanterie, 800 Kavalleristen, 2300 Mann Artillerie und 1100 Mann Spezialwaffen, im ganzen also 14 200 Mann; doch schwankt die Stärke zwischen 7500 und 26 000 Köpfen. Im Kriege wird eine Armee von 62 000 Mann und 10 000 Mann Ersatztruppen aufgestellt, die aus 58 000 Mann Infanterie, 3000 Kavalleristen, 9000 Artilleristen und 2000 Mann Spezialwaffen bestehen soll.

Schweden verfügt über 8 Jahresklassen des 1. Aufgebots, das die Mannschaften vom 21.—28. Lebensjahre umfaßt und 200 000 Mann stark ist, sowie 4 Jahresklassen des 2. Aufgebots in einer Stärke von 90 000 Mann, das aus Mannschaften vom 28.—32. Lebensjahre besteht. Außerdem sind 30 000 Mann gediente Volontäre, Studierende und ehemalige Studierende vom 21. bis zum 32. Lebensjahre vorhanden.

Die 8 Jahresklassen des Landsturmes sind 165 000 Mann

nach dem Bestande

(Breitseitgewichte bis abwärts zum

	Fertig								
	veraltete			neuere			Summe		
	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg
1. England									
a) Linienschiffe . . .	8	112790	19855	54	884700	131415	62	997490	151270
b) Panzerkreuzer . .	.	.	.	39	511740	38258	39	511740	38258
Unter a) u. b) Großkampfschiffe[1]) . .	.	.	.	**19**	**384280**	**72705**	**19**	**384280**	**72705**
c) Geschützte Kreuzer .	17	89680	.	67	347750	.	84	437430	.
d) Große Torpedoboote	79	30480	.	145	94130	.	224	124610	.
e) Kleine Torpedoboote	36	5000	.	.	.	.	36	5000	.
f) Unterseeboote .	9	1620	.	59	19990	.	68	21610	.
Zusammen	.	239570	19855	.	1858310	169673	.	2097880	189528
2. Vereinigte Staaten von Amerika									
a) Linienschiffe . . .	.	.	.	31	457070	82320	31	457070	82320
Hierunter Großkampfschiffe[1]) .	.	.	.	**6**	**117520**	**22064**	**6**	**117520**	**22064**
b) Panzerkreuzer . .	1	8280	472	14	181260	11956	15	189540	12428
c) Küstenpanzerschiffe .	1	4150	1252	4	13120	3152	5	17270	4404
d) Geschützte Kreuzer .	4	19890	.	12	45380	.	16	65270	.
e) Große Torpedoboote	15	3235	.	41	25400	.	56	28635	.
f) Kleine Torpedoboote	9	1190	.	.	.	.	9	1190	.
g) Unterseeboote . .	7	735	.	18	5693	.	25	6428	.
Zusammen	.	37480	1724	.	727923	97428	.	765403	99152
3. Deutschland									
a) Linienschiffe . . .	2	20120	2880	28	413550	52744	30	433670	55624
b) Panzerkreuzer . .	.	.	.	11	137990	13432	11	137990	13432
Unter a) u. b) Großkampfschiffe[1]) . .	.	.	.	**10**	**209200**	**30378**	**10**	**209200**	**30378**
c) Küstenpanzerschiffe	5	20500	2150	3	12400	1290	8	32900	3440
d) Geschützte Kreuzer .	3	14640	.	34	124970	.	37	139610	.
e) Große Torpedoboote	11	3415	.	120	64306	.	131	67721	.
f) Kleine Torpedoboote	70	9700	.	.	.	.	70	9700	.
g) Unterseeboote . .	.	.	.	16	?	.	16	?	.
Zusammen	.	68375	5030	.	753216	67466	.	821591	72496

[1]) **Großkampfschiffe = Dreadnoughts. „Danton“-, „Satsuma“- und „Imperator bauten nicht bekannt geworden sind, sind den Berechnungen die Eigenschaften des**

acht größten Seemächte
vom 15. Mai 1912
15-cm-Geschütz einschließlich gerechnet)

Im Bau[2])			Summe fertig und im Bau			Davon in Dienst					
						mit voller Besatzung			m. Stammbesatz.		
Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg
12	296680	79099	74	1294170	230369	35	600410 [3])	89784	16	223490	29148
5	120900	21136	44	632640	59394	32	411830	30023	5	60950	3082
17	**417580**	**100235**	**36**	**801860**	**172940**	**16**	**311790**	**56829**	.	.	.
19	80530	.	103	517960	.	52	197680	.	25	191550	.
45	42710	.	269	167320	.	174	103980	.	34	10070	.
.	.	.	36	5000	.	11	1320	.	21	3310	.
ca.17	ca. 12350	.	ca.85	ca. 33960	.	65	19660	.	.	.	.
.	553170	100235	.	2651050	289763	.	1334880	119807	.	489370	32230
6	163700	34856	37	620770	117176	21	342850	58528	8	90800	18744
6	**163700**	**34856**	**12**	**281220**	**56920**	**6**	**117520**	**22064**	.	.	.
.	.	.	15	189540	12428	6	78610	5016	5	67950	5128
.	.	.	5	17270	4404	1	4150	1252	3	9840	2364
.	.	.	16	65270	.	2	6720	.	12	43610	.
9	9250	.	65	37885	.	37	21455	.	14	3430	.
.	.	.	9	1190	.	.	.	.	7	910	.
14	6090	.	39	12518	.	18	4414	.	4	624	.
.	179040	34856	.	944443	134008	.	458199	64796	.	217164	26236
9	222300	37998	39	655970	93622	18	297400	40856	5	60400	6386
4	92000	13104	15	229990	26536	7	99900	10326	1	8900	610
13	**314300**	**51102**	**23**	**523500**	**81480**	**10**	**209200**	**30378**	.	.	.
.	.	.	8	32900	3440	.	.	.	.	.	.
7	31850	.	44	171460	.	20	81790	.	.	.	.
12	7644	.	143	75365	.	59	28969	.	22	11770	.
.	.	.	70	9700	.	29	4145	.	.	.	.
?	?	.	?	?	.	.	?	.	.	?	.
.	353794	51102	.	1175385	123598	.	512204	51182	.	81070	6996

Pawel I"-Klasse sind hier mitgerechnet. [2]) Soweit die Bauangaben für die Neu-
letzten bekannten Typs zugrunde gelegt. [3]) Die II. Flotte als voll besetzt angesehen.

	Fertig								
	veraltete			neuere			Summe		
	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg
4. Frankreich									
a) Linienschiffe . . .	1	11 370	1 620	21	300 090	39 666	22	311 460	41 286
Darunter Großkampfschiffe[1]) . .	.	.	.	6	**109 920**	**18 480**	6	**109 920**	**18 480**
b) Panzerkreuzer . . .	1	4 760	172	21	210 200	9 424	22	214 960	9 596
c) Küstenpanzerschiffe .	3	19 600	1 456	.	.	.	3	19 600	1 456
d) Geschützte Kreuzer .	4	7 960	.	10	50 780	.	14	58 740	.
e) Große Torpedoboote	6	1 830	.	69	27 387	.	75	29 217	.
f) Kleine Torpedoboote	173	16 740	.	.	.	.	173	16 740	.
g) Unterseeboote . . .	31	3 073	.	38	14 764	.	69	17 837	.
Zusammen	.	65 333	3 248	.	603 221	49 090	.	668 554	52 338
5. Japan									
a) Linienschiffe . . .	1	9 830	1 042	15	236 950	32 985	16	246 780	34 027
b) Panzerkreuzer . . .	.	.	.	13	139 830	14 072	13	139 830	14 072
Unter a) u. b) Großkampfschiffe[1]) . .	.	.	.	4	**81 880**	**12 618**	4	**81 880**	**12 618**
c) Küstenpanzerschiffe .	.	.	.	2	8 540	1 540	2	8 540	1 540
d) Geschützte Kreuzer .	7	24 630	.	12	50 760	.	19	75 390	.
e) Große Torpedoboote	12	3 770	.	47	20 065	.	59	23 835	.
f) Kleine Torpedoboote	49	5 240	.	.	.	.	49	5 240	.
g) Unterseeboote . . .	2	124	.	10	1 930	.	12	2 054	.
Zusammen	.	43 594	1 042	.	458 075	48 597	.	501 669	49 639
6. Rußland									
1. Baltische Flotte									
a) Linienschiffe . . .	1	9 390	982	4	62 300	7 014	5	71 690	7 996
b) Panzerkreuzer . . .	.	.	.	6	64 950	3 580	6	64 950	3 580
Unter a) u. b) Großkampfschiffe[1]) . .	.	.	.	2	**35 360**	**3 936**	2	**35 360**	**3 936**
c) Geschützte Kreuzer .	.	.	.	6	36 450	.	6	36 450	.
d) Große Torpedoboote	18	4 530	.	60	25 680	.	78	30 210	.
e) Kleine Torpedoboote	15	2 180	.	.	.	.	15	2 180	.
f) Unterseeboote . . .	4	475	.	21	4 390	.	25	4 865	.
Zusammen (Baltische Flotte)	.	16 575	982	.	193 770	10 594	.	210 345	11 576

[1]) Siehe Seite 164.

Im Bau [2])			Summe fertig und im Bau			Davon in Dienst mit voller Besatzung			Davon in Dienst mit Stammbesatzung		
Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg
7	164 290	33 800	29	475 750	75 086	14	217 320	31 256	8	94 140	10 030
7	**164 290**	**33 800**	**13**	**274 210**	**52 280**	**6**	**109 920**	**18 480**	.	.	.
.	.	.	22	214 960	9 596	14	147 850	7 248	5	48 020	1 624
.	.	.	3	19 600	1 456	.	.	.	1	6 800	584
.	.	.	14	58 740	.	9	43 090	.	2	7 660	.
12	9 345	.	87	38 562	.	49	20 345	.	9	2 850	.
.	.	.	173	16 740	.	37	4 140	.	48	4 320	.
21	9 555	.	90	27 392	.	62	15 937	.	.	.	.
.	183 190	33 800	.	851 744	86 138	.	448 682	38 504	.	163 790	12 238
1	31 300	6 922	17	278 080	40 949	7	116 210	16 630	7	105 700	13 952
4	111 800	28 576	17	251 630	42 648	4	44 090	4 252	9	95 740	9 820
5	**143 100**	**35 498**	**9**	**224 980**	**48 116**	**3**	**62 380**	**9 172**	**1**	**19 500**	**2 906**
.	.	.	2	8 540	1 540	.	.	.	2	8 540	1 540
2	10 000	.	21	85 390	.	12	48 850	.	5	18 540	.
2	1 400	.	61	25 235	.	36	14 425	.	.	.	.
.	.	.	49	5 240	.	?	?	.	?	?	.
3	840	.	15	2 894	.	12	2 054	.	.	.	.
.	155 340	35 498	.	657 009	85 137	.	225 629	20 882	.	228 520	25 312
4	93 480	15 552	9	165 170	23 548	4	62 300	7 014	1	9 390	982
.	.	.	6	64 950	3 580	5	52 560	2 922	1	12 390	658
4	**93 480**	**15 552**	**6**	**128 840**	**19 488**	**2**	**35 360**	**3 936**	.	.	.
.	.	.	6	36 450	.	3	16 020	.	3	20 430	.
.	.	.	78	30 210	.	69	26 580	.	8	2 350	.
.	.	.	15	2 180	.	8	1 200	.	7	980	.
1	500	.	26	5 365	.	25	4 865	.	.	.	.
.	93 980	15 552	.	304 325	27 128	.	163 525	9 936	.	45 540	1 640

[2]) Siehe Seite 164.

	Fertig								
	veraltete			neuere			Summe		
	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg
2. Schwarzmeer-Flotte									
a) Linienschiffe . . .	2	22 620	2 835	5	61 430	7 582	7	84 050	10 417
Darunter Großkampfschiffe [1]) . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.
b) Geschützte Kreuzer .	.	.	.	2	13 620	.	2	13 620	.
c) Große Torpedoboote	4	880	.	13	5 630	.	17	6 510	.
d) Kleine Torpedoboote	10	1 090	.	.	.	.	10	1 090	.
e) Unterseeboote . . .	.	.	.	4	640	.	4	640	.
Zus. (Schwarzmeer-Fl.)	.	24 590	2 835	.	81 320	7 582	.	105 910	10 417
3. Insgesamt									
a) Linienschiffe . . .	3	32 010	3 817	9	123 730	14 596	12	155 740	18 413
b) Panzerkreuzer . . .	.	.	.	6	64 950	3 580	6	64 950	3 580
Unter a) u. b) Großkampfschiffe [1]) . .	.	.	.	**2**	**35 360**	**3 936**	**2**	**35 360**	**3 936**
c) Geschützte Kreuzer .	.	.	.	8	50 070	.	8	50 070	.
d) Große Torpedoboote	22	5 410	.	73	31 310	.	95	36 720	.
e) Kleine Torpedoboote	25	3 270	.	.	.	.	25	3 270	.
f) Unterseeboote . . .	4	475	.	25	5 030	.	29	5 505	.
Zusammen	.	41 165	3 817	.	275 090	18 176	.	316 255	21 993
7. Italien									
a) Linienschiffe . . .	5	72 600	11 229	9	118 730	16 831	14	191 330	28 060
Darunter Großkampfschiffe [1]) . .	.	.	.	**1**	**21 000**	**5 004**	**1**	**21 000**	**5 004**
b) Panzerkreuzer . .	1	4 580	182	9	76 540	7 856	10	81 120	8 038
c) Geschützte Kreuzer .	4	11 050	.	4	10 040	.	8	21 090	.
d) Große Torpedoboote	7	2 230	.	49	15 160	.	56	17 390	.
e) Kleine Torpedoboote	31	2 850	.	19	2 320	.	50	5 170	.
f) Unterseeboote . . .	1	100	.	12	2 710	.	13	2 810	.
Zusammen	.	93 410	11 411	.	225 500	24 687	.	318 910	36 098
8. Österreich-Ungarn									
a) Linienschiffe . . .	.	.	.	12	117 120	18 218	12	117 120	18 218
Darunter Großkampfschiffe [1]) . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.
b) Panzerkreuzer . .	.	.	.	3	18 870	1 828	3	18 870	1 828
c) Geschützte Kreuzer .	2	8 060	.	4	10 590	.	6	18 650	.
d) Große Torpedoboote	6	2 600	.	12	4 800	.	18	7 400	.
e) Kleine Torpedoboote	24	2 160	.	36	6 120	.	60	8 280	.
f) Unterseeboote . . .	.	.	.	6	1 410	.	6	1 410	.
Zusammen	.	12 820	.	.	158 910	20 046	.	171 730	20 046

[1]) Siehe Seite 164.

Im Bau [2]			Summe fertig und im Bau			Davon in Dienst					
						mit voller Besatzung			mit Stammbesatzung		
Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg	Anzahl	Deplacement t	Gewicht einer Breitseite kg
3	68 580	12 393	10	152 630	22 810	4	47 900	6 124	3	36 150	4 293
3	**68 580**	**12 393**	**3**	**68 580**	**12 393**	.	.	.	.	.	.
.	.	.	2	13 620	.	2	13 620	.	.	.	.
9	9 900	.	26	16 410	.	17	6 510	.	.	.	.
.	.	.	10	1 090	.	.	.	.	10	1 090	.
7	ca. 2 500	.	11	ca. 3 140	.	4	640	.	.	.	.
.	80 980	12 393	.	186 890	22 810	.	68 670	6 124	.	37 240	4 293
7	162 060	27 945	19	317 800	46 358	8	110 200	13 138	4	45 540	5 275
.	.	.	6	64 950	3 580	5	52 560	2 922	1	12 390	658
7	**162 060**	**27 945**	**9**	**197 420**	**31 881**	**2**	**35 360**	**3 936**	.	.	.
.	.	.	8	50 070	.	5	29 640	.	3	20 430	.
9	9 900	.	104	46 620	.	86	33 090	.	8	2 350	.
.	.	.	25	3 270	.	8	1 200	.	17	2 070	.
8	etwa 3 000	.	37	8 505	.	29	5 505	.	.	.	.
.	174 960	27 945	.	491 215	49 938	.	232 195	16 060	.	82 780	5 933
7	164 500	41 638	21	355 830	69 698	11	138 780	19 015	2	31 550	4 041
7	**164 500**	**41 638**	**8**	**185 500**	**46 642**	.	.	.	.	.	.
.	.	.	10	81 120	8 038	8	66 370	6 585	2	14 750	1 453
4	12 910	.	12	34 000	.	8	21 090	.	.	.	.
18	11 260	.	74	28 650	.	49	13 280	.	.	.	.
32	3 840	.	82	9 010	.	42	4 210	.	.	.	.
7	2 100	.	20	4 910	.	10	1 980	.	.	.	.
.	194 610	41 638	.	513 520	77 736	.	245 710	25 600	.	46 300	5 494
4	85 480	22 692	16	202 600	40 910	6	75 300	12 474	.	.	.
4	**85 480**	**22 692**	**4**	**85 480**	**22 692**	.	.	.	.	.	.
.	.	.	3	18 870	1 828	2	12 570	1 216	.	.	.
3	10 620	.	9	29 270	.	4	12 270	.	.	.	.
18	7 800	.	36	15 200	.	10	4 200	.	.	.	.
.	.	.	60	8 280	.	33	4 320	.	.	.	.
.	.	.	6	1 410	.	6	1 410	.	.	.	.
.	103 900	22 692	.	275 630	42 738	.	110 070	13 690	.	.	.

[2] Siehe Seite 164.

stark. Danach läßt sich ungefähr ermessen, was für den Kriegsfall als Feldarmee aufgestellt werden kann. Das gesamte 1. Aufgebot kommt hierfür wohl zweifellos in Frage.

Spanien vermag im Kriegsfall bei einer Friedensarmee von 116232 Mann, von denen 34000 dauernd in Afrika stehen, im ganzen 327000 Mann aufzubringen (140000 Mann aktives Heer, 154000 Mann Besatzungstruppen, 33000 Mann Gendarmerie). Doch ist die Mobilmachung so schlecht vorbereitet, daß es im Lauf eines Monats höchstens 70000 bis 80000 Mann ins Feld stellen könnte.

Was nun die Streitkräfte zur See der heute ins Gewicht fallenden Staaten betrifft, so gibt die vorstehende Tabelle, die ich dem „Nauticus" von 1912 entnehme, eine vergleichende Zusammenstellung, die sich auf den 15. Mai 1912 bezieht. Sie läßt erkennen, daß schon der Zahl nach die englische Flotte uns um mehr als das Doppelte überlegen ist. Diese Überlegenheit steigert sich aber noch, wenn man die Deplacementsverhältnisse und die Zahl der wirklich modernen Kriegsschiffe vergleicht. Wir besaßen im Mai zehn Großkampfschiffe, die Engländer dagegen 19 Linienschiffe und Panzerkreuzer, die als Großkampfschiffe gelten können. Die Neubauten verändern dieses Verhältnis zu unseren Ungunsten. Auch ist zu beachten, daß sich unter unseren Kreuzern eine Anzahl Schiffe befinden, die einen Gefechtswert eigentlich überhaupt nicht haben, und daß auch die Küstenpanzer als Kampfschiffe nicht mitgerechnet werden können. Frankreich konnte in der Zahl der Großkampfschiffe im Mai 1912 nicht mehr mit uns konkurrieren, und nach allem, was bisher über die französische Flotte bekannt geworden ist, vermag sie sich in bezug auf Güte des Materials und die Ausbildung der Mannschaften mit der deutschen nicht zu messen. Im Bunde mit der englischen würde sie immerhin einen beachtenswerten Faktor darstellen.

Nimmt man auch an, daß im Kriegsfall England sowohl wie Frankreich eine gewisse Seemacht im Mittelländischen Meer belassen müssen, daß ferner zahlreiche Kreuzer auf den außereuropäischen Stationen festgehalten werden, so bleibt doch die

Tatsache bestehen, daß Frankreich und England zusammen eine mehr als doppelte Überlegenheit allein an Linienschiffen in der Nordsee gegen Deutschland vereinigen können (25 Großkampfschiffe gegen 10 deutsche), unterstützt von einer überwältigenden Zahl von Torpedofahrzeugen und Unterseebooten. Tritt Rußland dem Bunde dieser Mächte bei, so würde das einen weiteren Machtzuwachs unserer Gegner bedeuten, der nicht unterschätzt werden darf, da die baltische Flotte schon im Frühjahr 1911 über zwei Großkampfschiffe verfügte, die sich 1914 um vier weitere vermehren, und die baltische Kreuzerflotte immerhin in der Lage ist, unsere Küsten ernstlich zu bedrohen sowie den freien Verkehr auf der Ostsee zu unterbinden. Auf die eine oder die andere Weise müßte also jedenfalls mit dieser Flotte abgerechnet werden. Sehr überlegen würde uns außerdem auch die Hilfskreuzerflotte der verbündeten Gegner sein, zu der besonders England ein sehr bedeutendes Kontingent zu stellen vermag.

In bezug auf Material und Ausbildung darf angenommen werden, daß unsere Flotte der französischen und russischen unbedingt überlegen, England gegenüber aber ebenbürtig ist. Unsere Schiffsartillerie wird sich der englischen wahrscheinlich überlegen erweisen, und ebenso wird unsere Torpedoflotte durch rücksichtslose Energie, vorzügliche Ausbildung und kühne Unternehmungslust den Nachteil der Zahl in etwas ausgleichen. Ob aber der erdrückenden Übermacht einer altgedienten und ruhmvollen Flotte gegenüber, wie es die englische ist, diese Vorzüge sehr schwer ins Gewicht fallen würden, muß immerhin dahingestellt bleiben.

Die Betrachtung zeigt jedenfalls, daß die Überlegenheit zur See, mit der wir unter Umständen rechnen müssen, eine sehr bedeutende ist und daß das Machtverhältnis sich fortdauernd zu unseren Ungunsten verschlechtert, da die drei Ententestaaten zusammen sehr viel mehr Schiffe bauen und bemannen können als wir in der gleichen Zeit.

Betrachten wir nun vom politischen Standpunkte aus das wahrscheinliche Verhalten der einzelnen möglicher- oder wahr-

scheinlicherweise am nächsten Kriege beteiligten Staaten unter dem Gesichtspunkt eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Deutschland, so ist wohl anzunehmen, daß die Intensität des Kampfes nicht in jedem Falle die gleiche sein werde, da die politischen Zwecke unserer möglichen Gegner sehr verschiedener Natur sind.

Fassen wir zunächst Frankreich ins Auge, so ist man, glaube ich, zu der Annahme berechtigt, daß es allein uns militärisch nicht gewachsen ist, sondern uns nur als Glied einer Koalition gefährlich werden kann. Der taktische Wert der französischen Truppen ist allerdings sehr hoch einzuschätzen; numerisch ist uns die Armee unseres westlichen Nachbars so gut wie ebenbürtig, und in einzelnen Richtungen mag auch eine gewisse Überlegenheit der Organisation und Ausrüstung vorhanden sein; dagegen sind in anderen Richtungen wiederum wir in ausgesprochenem Vorteil. Es fehlt der französischen Armee mit der Unterordnung unter einen einzigen Kriegsherrn der einheitliche Geist, der die deutsche kennzeichnet, die nachhaltige Kraft des deutschen Volksstammes und die Einheitlichkeit des Offizierkorps. Das sind uns gegenüber schwerwiegende Nachteile. Auch verfügt Frankreich nicht über die Volksreserven, die uns fast eine Verdoppelung unserer Kräfte gestatten würden. So liegen die Verhältnisse augenblicklich. Wenn es jedoch den Franzosen gelingt, eine erhebliche afrikanische Armee für einen europäischen Kriegsschauplatz verfügbar zu machen, würde die Beurteilung der französischen Wehrmacht uns gegenüber unter Umständen ganz anders ausfallen. Mit dieser Möglichkeit aber muß, wie wir sahen, schon heute gerechnet werden, denn nach der ganzen bisherigen Entwicklung der Verhältnisse ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Frankreich die äußersten Kraftanstrengungen machen wird, um wenn auch nur zeitweise Deutschland militärisch überlegen zu werden. Es weiß sehr wohl, daß es seine politischen Zwecke nur durch eine völlige Niederwerfung seines östlichen Nachbars erreichen kann und daß ein solcher Erfolg nur unter Aufbietung außerordentlicher Kräfte denkbar ist.

Es ist daher sicher, daß Frankreich nicht nur seine Wehrmacht mit der äußersten Tatkraft weiter zu entwickeln bestrebt sein, sondern daß es sich auch mit der äußersten Erbitterung wehren wird, wenn es von Deutschland angegriffen werden sollte. Dagegen wird es selbst offensiv gegen Deutschland wahrscheinlich nur dann vorgehen, wenn es seine eigene Wehrmacht auf das höchste mögliche Maß gesteigert hat und durch die Teilnahme tätiger Bundesgenossen der militärischen Überlegenheit unbedingt sicher zu sein glaubt. Um das Spiel unter ungünstigen Bedingungen zu versuchen, ist der Einsatz zu hoch. Glaubt aber Frankreich einmal alle Trümpfe in der Hand zu haben, dann wird es auch vor einem Angriffskriege nicht zurückscheuen und alles daransetzen, um uns vernichtend zu schlagen. Von diesem Gegner haben wir gewiß das äußerste Maß von Feindschaft zu erwarten. Sollte der Dreibund sich auflösen, so würde diese Stunde wohl bald genug geschlagen haben. Falls der dann entbrennende Krieg im Verein mit England gegen uns geführt würde, darf angenommen werden, daß die verbündete Hauptmacht versuchen würde, durch Belgien und Holland unseren rechten strategischen Flügel zu umgehen und durch die große Festungslücke zwischen Wesel und Vlissingen in das Herz Deutschlands einzubrechen. Diese Operation hätte den erheblichen Vorteil, die starke Rheinlinie zu umgehen und unsere Flottenbasis von der Landseite her zu bedrohen. Bei der Überlegenheit der vereinigten englisch-französischen Flotte könnte sich die Invasionsarmee dabei unbedenklich auf die Küste basieren. Eine solche Operation könnte den Frontalangriff gegen unsere Westgrenze außerordentlich erleichtern und es bei siegreichem Vorschreiten den Franzosen ermöglichen, unter Zernierung von Metz und Diedenhofen gegen den Rhein vorzudringen.

Was England selbst betrifft, mit dessen Gegnerschaft wir neben der französischen vor allem zu rechnen haben, so könnte es einen Landkrieg gegen uns immer nur in Anlehnung an einen Verbündeten unternehmen, der den Hauptkampf zu führen hätte. Englands Truppen würden immer nur als Hilfskorps erscheinen; zu selbständiger Kriegführung sind sie

zu schwach. Auch liegen die englischen Interessen auf einem ganz anderen Gebiet als die französischen und sind mit diesen keineswegs einerlei.

England kommt es offenbar darauf an, unsere Kriegsflotte und unseren Überseehandel zu vernichten, um jedes weitere Anwachsen unserer Macht zu verhindern aus Gründen, die bereits an anderer Stelle dargelegt wurden. Uns als Landmacht völlig niederzuwerfen oder gar Frankreich zur vorherrschenden Machtstellung in Europa zu verhelfen, liegt aber keineswegs in seinem Interesse, das vielmehr ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Festlandsstaaten fordert. Es will Frankreich nur benutzen, um mit dessen Hilfe seine Sonderzwecke zu erreichen, niemals aber wird es sich zum besonderen Vorteil seines Bundesgenossen Opfer auferlegen, die nicht unbedingt erforderlich sind. Diese Gesichtspunkte werden seine Kriegführung kennzeichnen, wenn es sich durch die Weltlage und im Interesse seiner Seeherrschaft veranlaßt sehen sollte, sich an einem Kriege gegen uns zu beteiligen.

Wenn es sich, wie als wahrscheinlich angenommen werden muß, über kurz oder lang zu diesem Schritt entschließt, liegt es offenbar in seinem Interesse, einen raschen Sieg zu erkämpfen, einerseits damit der eigene Handel nicht länger als unbedingt nötig durch den Krieg beeinträchtigt wird, anderseits aber auch damit die zentrifugalen Kräfte seines lose zusammenhängenden Weltreichs nicht Leben gewinnen und die Kolonien sich auf ihre Sonderinteressen besinnen, während die Kräfte Englands durch einen großen Krieg gefesselt sind. Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß Aufstandsversuche in Indien und Ägypten unternommen werden könnten, wenn Englands Kräfte durch einen großen europäischen Krieg auf längere Zeit gebunden wären. Auch anfangs am Kampfe nicht beteiligte Staaten könnten sich zu unseren Gunsten einmischen, wenn sich die Entscheidung allzulange verzögerte. So war es für uns 1870|71 von Wichtigkeit, Paris rasch zu erobern, um eine Einmischung der Neutralen hintanzuhalten. Ähnliche Verhältnisse könnten sich für England ergeben. Wir müssen daher darauf gefaßt sein,

daß der Angriff zur See mit der äußersten und nachhaltigsten Tatkraft durchgeführt werden wird, mit dem unbedingten Willen, unsere Flotte und unsere großen Handelsmittelpunkte völlig zu zerstören. Auch ist es nicht nur möglich, sondern auch durchaus wahrscheinlich, daß England Truppen auf das Festland werfen würde, um sich die Mitwirkung seiner Verbündeten zu sichern, die dieses Faustpfand für die Zuverlässigkeit der englischen Politik fordern könnten, und um den Angriff der Flotte gegen die Küste zu unterstützen. Dagegen aber wird der Landkrieg nur insoweit den gleichen Charakter rücksichtsloser Energie wie der Seekrieg tragen, als er den Zweck verfolgt, unsere Flottenbasis zu erobern und zu vernichten. Auf weiteres würden sich die Engländer wohl um so weniger einlassen, als dieses Mal die deutschen Hilfsvölker fehlen würden, die früher so oft Englands Schlachten geschlagen haben. Seine große nationale Anstrengung wird sich immer auf den Seekrieg beschränken. Der Landkrieg wird mit ganz bestimmt begrenztem Ziel geführt werden. Das wird ihm den Charakter geben. Es muß auch sehr fraglich erscheinen, ob die englische Armee zu einer wirksamen Offensive gegen europäische Festlandstruppen befähigt wäre. In Südafrika haben sich die englischen Regimenter zwar zum Teil sehr brav geschlagen und auch große Verluste ausgehalten; dagegen versagten sie völlig in der Offensive, taktisch wie operativ — und in dem gleichen Maße versagte mit wenigen Ausnahmen die Führung. Auch die letzten großen Manöver, die unter der Leitung des Generals French in Irland stattfanden, haben die englische Armee nach den mir zugänglichen Berichten, was die Führung anbetrifft, in keinem glänzenden Lichte erscheinen lassen, und 1912 mußten sie gar abgebrochen werden, weil die eingerissene Unordnung nicht mehr zu entwirren war.

Wenden wir nun den Blick nach Osten, um Rußlands wahrscheinliches Verhalten zu würdigen, so müssen wir von vornherein zugestehen, daß vom russischen Standpunkt aus ein Krieg im Westen jedenfalls größere Erfolge in Aussicht stellt als ein erneuter Kampf gegen Japan und möglicherweise auch

gegen China. Im Westen findet das Zarenreich starke Verbündete, die sehnsüchtig darauf warten, sich mit ihm zum Angriff auf Deutschland vereinigen zu können. Hier gestatten die geographischen und Verkehrsverhältnisse eine sehr viel schnellere und geregeltere Machtentfaltung als in der Mandschurei. Die öffentliche Meinung, in der der Deutschenhaß nach wie vor lebendig ist, würde einem solchen Kriege günstig sein, und schließlich würde ein Sieg über Deutschland und Österreich nicht nur den Weg nach Konstantinopel frei machen, sondern auch eine gewaltige Steigerung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Westeuropa zur Folge haben. Ein solcher Erfolg würde einen glänzenden Ausgleich bilden für die Niederlagen im Osten und Vorteile bieten, wie sie an den fernen Ostgrenzen des Reichs niemals erhofft werden können.

Wenn nun Rußland sich unter Würdigung aller dieser Verhältnisse in einen westlichen Offensivkrieg einließe, würde der Charakter des Kampfes doch wahrscheinlich ein ganz anderer sein als z. B. der eines deutsch-französischen Krieges. Zunächst ist Rußland selbst gegen völlige Niederkämpfung durch seine räumliche Ausdehnung gesichert. Auch geschlagen bleibt ihm immer das Schwergewicht seiner Masse. So kann ein Krieg Rußlands kaum jemals zu einem politischen Existenzkampf werden und jene Anspannung aller Kräfte bewirken, die ein solcher Kampf bedingt. Auch wird die Bevölkerung wohl kaum jemals einen hingebenden Anteil an Kriegen nehmen, deren Endzweck ihr nicht klar sein kann. In ihrer großen Masse besonders bei den Bauern ist die soziale und nun gar die politische Bildung so gering, daß ein wirkliches Verständnis für die Aufgaben der äußeren Politik völlig ausgeschlossen erscheint. Die Teile des Volkes aber, die sich an den mangelhaften russischen Lehranstalten eine seichte Halbbildung angeeignet haben, schwören meistens zur revolutionären Fahne oder sind Anhänger einer blinden fortschrittfeindlichen Reaktion, die ihren Interessen am besten zu entsprechen scheint. Wenigstens die ersteren würden einen Krieg nur zu benutzen suchen, um ihre besonderen Umsturzzwecke zu fördern, wie sie

es auch in der Krisis des russisch-japanischen Krieges getan haben. Unter solchen Umständen ist an einen einheitlichen nationalen Aufschwung, der einem Offensivkriege nachhaltige Kraft verleihen könnte, wohl kaum zu denken. Die Verhältnisse haben sich seit 1812, wo etwas Ähnliches wie eine Teilnahme der Nation an der Abwehr der Invasion stattfand, außerordentlich geändert. Wenn heute Rußland in einen westlichen Krieg mit Deutschland und Österreich verwickelt würde, könnte es niemals seine Gesamtkraft einsetzen. Einesteils müßte es mit den revolutionären Elementen im Inneren des Staates rechnen, die jede Schwächung der staatlichen Machtmittel benutzen würden, um ohne jede Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit einen Umsturz der innerpolitischen Verhältnisse herbeizuführen. Anderenteils müßte es stets darauf gefaßt sein, daß im fernen Osten Japan oder China den Umstand, daß Rußlands Kräfte im Westen gebunden wären, für besonders günstig halten könnten, um ihre politischen Absichten dem Zarenreich gegenüber mit den Waffen durchzusetzen. Für diese Möglichkeit müssen immer Kräfte zurückbehalten werden, wie das bereits bei Darlegung seiner Wehrkraft erwähnt wurde.

Wenn somit Rußland unter den heutigen Verhältnissen seine Gesamtmacht gegen Deutschland und Österreich aufzubieten aus den dargelegten Ursachen nicht in der Lage ist und wohl auch an seiner europäischen Südgrenze immer eine gewisse Waffenmacht belassen muß, wird es dagegen durch Niederlagen weniger berührt als andere Staaten. Weder der Krimkrieg noch die schwereren Anstrengungen und Opfer, die der mühsam erfochtene Sieg über die Türken erforderte, noch die empfindlichen Niederlagen durch die Japaner haben Rußlands politische Bedeutung erheblich zu erschüttern vermocht. Wird es im Osten oder Süden geschlagen, so wendet es seinen Unternehmungsgeist in eine andere Richtung und sucht dort wieder einzubringen, was es an einer anderen Grenze eingebüßt hat.

Daß solche Verhältnisse auf die Kriegführung nicht ohne Einfluß bleiben können, liegt auf der Hand. Große gewaltige Heeresmassen würde Rußland zweifellos gegen uns ins Feld

stellen. Wie aber in dem Kriege gegen die Türkei und Japan die inneren Verhältnisse des Reichs die volle Machtentfaltung beeinträchtigt haben, wie wenigstens in dem letzteren Feldzuge die revolutionäre Wühlarbeit selbst in der Armee die Operationen und Kämpfe beeinflußt hat, so würden in einem europäischen Kriege sich die gleichen Verhältnisse aller Wahrscheinlichkeit nach in erhöhtem Maße geltend machen, besonders wenn Niederlagen die umstürzlerische Propaganda begünstigten oder ermutigten. Mehr als in jedem anderen Kampfe wird es daher in einem Kriege gegen Rußland auf die ersten Aufmarschentscheidungen ankommen [1]). Sind diese für Rußland ungünstig, so würden ihre Wirkungen auf die Gesamtlage weitreichender sein als in jedem anderen Kriege, weil sie im eigenen Lande nicht nur hilfreiche, sondern neben ihnen auch feindliche Kräfte wachrufen würden, die die Kriegführung zu lähmen geeignet wären.

Was die Leistungsfähigkeit der russischen Armee betrifft, so hat der russisch-japanische Krieg bewiesen, daß die Truppe sich mit großer Hartnäckigkeit schlägt. Der Kampf weist zahlreiche Beispiele heldenmütigster Opferfreudigkeit auf, und die schwersten Verluste sind oft standhaft ertragen worden. Dagegen hat die russische Armee in der Offensive völlig versagt, in gewissem Sinne auch taktisch, im wesentlichen aber durch die völlige Unzulänglichkeit der Führung und durch das Versagen der Persönlichkeiten. Das System der Kriegsleitung war völlig verfehlt; Entschlußlosigkeit und Mangel an Wagemut kennzeichneten die russischen Führer aller Grade, und nirgends ist eine Persönlichkeit hervorgetreten, die sich über das Durchschnittsniveau zu erheben auch nur versucht hätte. Daß seit den Niederlagen in der Mandschurei der Geist der russischen Heeres- und Truppenführung sich völlig geändert haben sollte und bedeutende Persönlichkeiten herangewachsen wären, ist kaum anzunehmen. Entschlossene operative Kühnheit wird dieser Armee gegenüber daher immer geboten sein.

Betrachten wir allen diesen Verhältnissen gegenüber die

---

[1]) v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 4. Kapitel, 9.

Stellung Deutschlands, so können wir uns gewiß nicht verhehlen, daß wir mit den größten militärischen Schwierigkeiten zu rechnen haben, wenn wir unsere eigenen politischen Ziele erreichen oder den Angriff unserer Gegner erfolgreich abweisen wollen.

Zunächst ist schon die geographische Gestaltung und Lage unseres Staates höchst ungünstig. Unsere offene Ostgrenze bietet keinerlei Abschnitte dar, die sich zu nachhaltiger Verteidigung eignen, und Berlin, wo alle Fäden der Regierung und Verwaltung zusammenlaufen, liegt dieser Grenze bedenklich nahe. Unsere an sich starke Westgrenze kann im Norden durch Belgien und Holland leicht umgangen werden. Kein natürliches Hindernis, keine starke Festung stellt sich hier einem feindlichen Einbruch entgegen, und die Neutralität ist nur ein papierenes Bollwerk. Auch im Süden kann die Rheinbarriere durch die Schweiz umgangen werden. Hier bietet allerdings das Gelände erhebliche Schwierigkeiten, und wenn die Schweizer sich entschlossen wehren, dürfte es nicht ganz leicht sein, ihren Widerstand zu überwinden. Ihre Armee ist kein geringwertiger Machtfaktor, und werden sie in ihren Bergen angegriffen, so werden sie sich schlagen wie bei Sempach und Murten.

Die natürlichen Zugänge von der Nordsee zur Ostsee, der Sund und der Große Belt, werden von fremden Kanonen beherrscht und können leicht eine Beute unserer Feinde werden. Die schmale Küste, mit der wir an die Nordsee heranreichen, bildet zwar an sich eine starke Front, kann aber von Holland aus leicht im Rücken gefaßt werden. England ist unseren Küsten derart vorgelagert, daß unser gesamter Überseeverkehr durch einfache Mittel unterbunden werden kann. Nur im Süden und Südosten sind wir durch Österreich vor unmittelbarem Einbruch gesichert. Im übrigen sind wir rings von unseren Feinden umgeben; nach drei Seiten müssen wir unter Umständen Front machen. Das nötigt uns auf den inneren Linien zu fechten, was ja gewisse Vorteile darbietet, aber auch die größten Gefahren in sich schließt, wenn die Gegner richtig und einheitlich zu handeln verstehen.

Fassen wir nun unsere politische Gesamtlage ins Auge, so dürfen wir uns nicht verhehlen, daß wir allein stehen und

von niemand Unterstützung erwarten können überall, wo es sich um Durchführung unserer positiven politischen Absichten handelt. England, Frankreich und Rußland haben das gemeinsame Interesse, unsere Macht zu brechen. Dieses Interesse wird sie voraussichtlich über kurz oder lang auch militärisch zusammenführen. Deutschlands Macht zu steigern, liegt dagegen in niemandes Interesse. Wollen wir eine Machterweiterung erstreben, wie ich das in unserer Lage als geboten nachzuweisen versucht habe, so müssen wir sie mit unseren eigenen Waffen erkämpfen gegen weit überlegene Feinde. Unsere Bündnisse sind nicht bloß der Form, sondern auch dem Wesen nach defensiver Natur. Daß gerade darin ihre Schwäche beruht, wurde bereits an anderer Stelle nachgewiesen. Weder Österreich noch Italien sind irgendwie verpflichtet, eine auf Machtzuwachs gerichtete deutsche Politik mit den Waffen zu unterstützen. Selbst ihrer diplomatischen Hilfe sind wir nicht immer sicher gewesen, wie das Verhalten Italiens auf der Konferenz von Algeciras zur Genüge dartut. Heute erscheint es sogar fraglich, ob wir in der Verteidigung auf die Unterstützung der Dreibundmächte unter allen Umständen rechnen könnten. Das neuerliche Zusammengehen Italiens mit Frankreich und England geht über den Begriff einer „Extratour" sehr wesentlich hinaus. Wenn man außerdem bedenkt, welche Schwierigkeiten Italien hat, seine Streitkräfte gegen Frankreich zur Geltung zu bringen und seine Küsten gegen feindliche Angriffe zu schützen, wie mit der Besitznahme von Tripolis ein neues Objekt geschaffen wird, das gegen Frankreich und England nicht leicht verteidigt werden kann, so darf man billig bezweifeln, daß Italien sich an einem Kriege beteiligen würde, in dem England und Frankreich gegen uns verbündet wären. An Österreichs Bundestreue ist freilich nicht zu zweifeln. Sein Interesse ist, wie ich nachzuweisen versuchte, mit dem unseren auf das engste verknüpft, und seine Politik wird von dem gleichen Geist der Treue und Aufrichtigkeit beherrscht wie die unserige gegen Österreich. Immerhin ist die Sorge nicht von der Hand zu weisen, daß in dem Konglomeratstaat Österreich, der

zahlreiche slawische Elemente in sich schließt, der Staatsgedanke unter Umständen nicht stark genug sein könnte, um auch einem gegen uns siegreichen Rußland gegenüber der Regierung einen Kampf bis aufs Messer zu ermöglichen, wie diese ihn jedenfalls durchzuführen gewillt sein würde. Daß ein solcher Fall eintritt, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Wenn wir aber alle Möglichkeiten ins Auge fassen wollen, die für unsere Politik vielleicht einmal von Bedeutung werden könnten, müssen wir eben auch dieser gedenken.

So werden wir uns einst vielleicht vor die Notwendigkeit gestellt sehen, in einem großen Weltkriege allein zu stehen, wie einst Friedrich der Große, als er von England mitten im Kampf schnöde verlassen wurde, angewiesen einzig auf unsere eigene Kraft und unseren eigenen Willen zum Siege.

Ein solcher Krieg aber muß sich für uns — mehr fast als für jeden anderen Staat — stets zu einem Kampf um unsere staatliche und nationale Existenz gestalten.

Das ist dadurch bedingt, daß unsere Gegner ihre politischen Zwecke nur erreichen können, wenn sie uns zu Lande und zu Wasser fast bis zur Vernichtung schlagen. Bei nur halben Erfolgen müßten sie auf eine stete Erneuerung des Kampfes gefaßt bleiben, was ihren Interessen keineswegs entsprechen würde. Sie wissen das auch recht gut und scheuen daher den Kampf, da sie sich sagen müssen, daß wir uns mit der äußersten Erbitterung und Nachhaltigkeit wehren würden. Wenn aber trotzdem die Verhältnisse diesen Kampf unvermeidlich machen, dann wird die Absicht, uns völlig niederzuringen auf gegnerischer Seite, auf der unsrigen der Wille uns unter allen Umständen siegreich zu behaupten, dem Kriege einen auf das Äußerste gerichteten Charakter verleihen. Ein unter solchen Umständen verlorener Krieg würde unsere mühsam errungene politische Bedeutung vernichten, die ganze Zukunft unseres Volkes in Frage stellen, uns auf Jahrhunderte zurückwerfen, den Einfluß des deutschen Geistes in der Kulturwelt auf das tiefste erschüttern und damit den Gesamtfortschritt der Menschheit in ihrer gesunden Entwicklung hemmen, für die ein starkes

Deutschtum eine Notwendigkeit ist. So sind es die höchsten Interessen unseres Vaterlandes und der Menschheit, um die unser nächster Krieg ausgefochten werden muß. Das wird ihm seine welthistorische Bedeutung verleihen. „Weltmacht oder Niedergang“ wird für uns die Losung lauten.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir also auch die Vorbereitung des Krieges betreiben; mit dem unbedingten Willen zum Siege und dem felsenfesten Entschluß, auch in einem unglücklichen Kriege auszuharren bis ans Ende!

Wir dürfen daher nicht nur einen kurzen Aufmarschkrieg, sondern müssen die nachhaltigste Durchführung des Kampfes vorbereiten. Gerüstet müssen wir sein, um im Siege unsere Feinde völlig niederzuwerfen, die Verteidigung aber im Notfall selbst im innersten Herzen unseres Vaterlandes noch fortzusetzen bis zum endlichen Erfolge.

Es genügt daher keineswegs, ein gewisses numerisches Gleichgewicht mit unseren möglichen Gegnern aufrecht zu erhalten. Wir müssen vielmehr bestrebt sein, unsere gesamte Volkskraft aufzubieten und für die bevorstehende große Weltentscheidung vorzubereiten und auszurüsten. Wir müssen außerdem aber auch versuchen, gerade in den entscheidenden Richtungen wenn irgend angängig eine gewisse Überlegenheit über unsere Gegner zu gewinnen, damit wir in dem an sich ungleichen Kampfe von Anfang an einige entscheidende Trümpfe in der Hand haben.

Diese beiden Gesichtspunkte müssen wir bei der Kriegsvorbereitung festhalten. Nur wenn wir uns der damit gestellten Aufgaben dauernd bewußt bleiben, kann es uns gelingen, unsere Kriegsvorbereitung bis zu ihren äußersten Konsequenzen durchzuführen und den Anforderungen zu genügen, die die Zukunft an uns stellen wird. Ein Volk von 65 Millionen, das alle seine Kräfte einsetzt, um sich zur Geltung zu bringen und diese Geltung zu behaupten, ist nicht zu besiegen. Wehe ihm aber, wenn es sich auf den Schein der Macht verläßt oder sich in irriger Einschätzung der feindlichen Gewalten mit halben Maßregeln begnügt und vom Glück oder Zufall erwartet, was nur durch Anstrengung und Kraftentfaltung erreicht werden kann.

8

Der nächste Seekrieg

Wenn wir im nächsten europäischen Landkriege nach aller Wahrscheinlichkeit mit Österreich zusammen gegen unsere Feinde Front machen und dann wohl auch in der Lage sein werden, allen Gewalten zum Trotz den Sieg zu erfechten, sind wir in einem Seekriege unter allen Umständen auf unsere eigenen Kräfte angewiesen und müssen uns allein der Übermacht erwehren, die uns zweifellos bedrängen wird.

Es kann einem Zweifel wohl nicht unterliegen, daß dieser Krieg gegen England geführt werden wird, denn wenn wir auch nicht daran denken können, England anzugreifen, weil ein solcher Angriff hoffnungslos wäre, hat doch dieses selbst — wie wir sahen — ein sehr lebhaftes Interesse daran, ein Anwachsen unserer politischen Macht zu verhindern, und wird daher unter Umständen uns angreifen, um unsere Flotte zu vernichten und Frankreich Hilfe zu leisten. Im übrigen haben die Engländer selbst dafür gesorgt, daß der Gedanke an einen Kampf mit ihnen uns immer von neuem vorschwebt. Sie reden so viel von einem möglichen deutschen Angriff, daß es sie nicht wundern kann, wenn die Frage auch einmal vom entgegengesetzten Standpunkt aus beleuchtet wird. Auch zeigen die Vorbereitungen, die sie in der Nordsee treffen, sehr deutlich, daß sie einen Angriff auf Deutschland allerdings ins Auge gefaßt haben; diese Vorbereitungen kommen einem strategischen Aufmarsch fast gleich, und der Ausbau ihrer natürlichen Flottenstützpunkte läßt einen Zweifel über deren Bedeutung überhaupt nicht zu. Der große Kriegshafen von Rosyth wird eingestandenermaßen für den Fall eines Krieges gegen Deutsch-

land gebaut und kann auch gar keine andere Bedeutung haben. Neuerdings soll auch Harwich zu einer besonders starken Flottenbasis gemacht und des weiteren die Rhede von Scapa Flow bei den Orkneyinseln zu einer Kreuzerstation ausgebaut werden. Das sind Anordnungen, die so unmittelbar und augenfällig gegen uns gerichtet sind, daß sie eine Betrachtung der durch sie geschaffenen militärischen Lage geradezu herausfordern.

Die Engländer haben die Möglichkeit eines deutschen Krieges erst seit 1902 in Erwägung gezogen. Früher war an einen derartigen Fall wohl überhaupt nicht gedacht worden, und es ist daher bis zu einem gewissen Grade natürlich, daß sie jetzt das Versäumte nachzuholen sich bemüht haben. Diese Tatsache ändert jedoch nichts an dem feindseligen Charakter der Maßnahmen selbst und an dem Umstande, daß die englischen Kriegsvorbereitungen ihre Spitze fast ausschließlich gegen Deutschland kehren.

Mit der Wahrscheinlichkeit eines Seekrieges gegen England müssen wir also, übrigens auch der allgemeinen Weltlage nach, rechnen und werden dann — wie bereits nachgewiesen wurde — gegen eine sehr bedeutende Überlegenheit zu schlagen haben. Sie wird so groß sein, daß wir in absehbarer Zeit nicht hoffen dürfen der englischen Flotte offensiv entgegengehen zu können. Dennoch müssen wir die Möglichkeit ins Auge fassen, ihrer auf die eine oder die andere Weise Herr zu werden und die Freiheit des Meeres zu erkämpfen, wenn England uns mit Waffengewalt angreift. Dieser Möglichkeit ist die nachstehende Betrachtung gewidmet. Ich spreche dabei einzig und allein meine eigenen Ansichten aus, die durch besondere seemännische Fachkenntnisse wenig getrübt sind und sich lediglich auf allgemeine militärische Erwägungen stützen, die unsere vorausgesetzten Gegner ebensogut anstellen können wie ich und wohl auch wirklich anstellen werden. Geheimnisse des Admiralstabes werde ich dabei schwerlich preisgeben, da ich sie nicht kenne. Für gut und nützlich halte ich es aber, wenn das deutsche Volk sich völlig klar darüber ist, welche Gefahren es von England bedrohen und wie es ihnen begegnen kann.

Angesichts dieser Gefahren und des Umstandes, daß wir der Stärkeverhältnisse wegen nicht daran denken können, die Schlachtentscheidung in offensivem Sinn herauszufordern, handelt es sich um die Frage, welches zur See die Mittel der strategischen Defensive sind, um sich eines überlegenen und völlig kriegsbereiten Gegners zu erwehren und seiner allmählich Herr zu werden.

Um den feindlichen Angriff nicht tatenlos abzuwarten, könnte man zunächst auf den Gedanken fallen, durch plötzlichen Überfall dem Gegner in überraschender Weise zuvorzukommen, den Krieg in ähnlicher Weise zu eröffnen wie seinerzeit die Japaner vor Port Arthur, dadurch die englische Flotte schon zu Beginn der eigentlichen Feindseligkeiten empfindlich zu schädigen, ihre Überlegenheit einigermaßen zu verringern und den Beginn der effektiven Blockade wenigstens für kurze Zeit zu verzögern. Auch ist es nicht undenkbar, daß ein solcher Versuch unternommen wird. Sehr großen Erfolg scheint mir jedoch ein solches Unternehmen nicht in Aussicht zu stellen.

Die Engländer haben sich durch ganz umfassende Verteidigungsanlagen in ihren Aufmarschhäfen gegen derartige Angriffe gesichert. Auch scheint es bedenklich, unsere Torpedo- und Unterseeboote, die wir im späteren Verlauf des Kampfes notwendig brauchen, in solchen gewagten Unternehmungen aufs Spiel zu setzen. Selbst der Kampf gegen den englischen Handel ist weniger aussichtsvoll als früher. Bei Beginn einer politischen Spannung würden die englischen Handelsschiffe in großen Gruppen unter dem Schutz der zahlreichen Kreuzer befördert werden. Unter solchen Umständen könnten unsere Hilfskreuzer wenig tun, unsere Auslandskriegsschiffe aber würden sehr bald dazu schreiten müssen, sich gegen die feindlichen Kriegsschiffe einzusetzen, solange sie noch über Kohlen verfügen, denn die Kohlenvorräte dieser Schiffe zu ergänzen, wird zweifellos auf große Schwierigkeiten stoßen.

Das schließt natürlich nicht aus, daß der Kampf gegen den englischen Handel mit Kühnheit und Tatkraft versucht werden und möglichst überraschend einsetzen müßte. Auch

müßten die Prisen, die uns in die Hände fallen, rücksichtslos vernichtet werden, da es meist unmöglich sein wird, sie angesichts der gewaltigen englischen Überlegenheit und der wenigen Stützpunkte, die wir im Auslande besitzen, in Sicherheit zu bringen, ohne unsere eigenen Schiffe den größten Gefahren auszusetzen. Auch gegen neutrale, Kontrebande führende Schiffe müßte aufs schärfste vorgegangen werden. Trotz alledem aber darf man von einem Handelskriege gegen England keine allzu erheblichen Erfolge erwarten. Vielmehr würde England mit den zahlreichen Kreuzern und Hilfskreuzern, über die es verfügt, unseren Überseehandel völlig lahmzulegen in der Lage sein. Sogar auf einen Überfall mitten im Frieden müssen wir gefaßt sein. England ist nicht gewohnt, sich durch ideelle Rücksichten in seiner Handlungsweise beschränken zu lassen, wenn sein Vorteil auf dem Spiel steht.

Unter diesen Umständen würde uns wohl nichts Anderes übrig bleiben, als mit unserer Schlachtflotte unter den Schutz der Küstenbefestigung zurückzugehen und durch ausgedehnten Gebrauch von Minen sowohl unsere eigenen Küsten zu sichern als auch den englischen Seeverkehr zu erschweren. Ein wirkliches Hindernis für den Angriff sind Minensperren allerdings nur dann, wenn sie verteidigt werden können. Wenn aber der Feind von ihrem Vorhandensein keine Kenntnis hat, können sie doch erhebliche Verluste herbeiführen.

Es wären ferner Schritte zu tun, um die ausländische Zufuhr für uns nötiger Waren sicherzustellen, da unser eigener Seeverkehr durch die Engländer, wie gesagt, völlig und hoffnungslos unterbunden sein würde. Am einfachsten und billigsten wäre es natürlich, wenn wir die überseeischen Waren über Holland, vielleicht auch über das neutrale Belgien beziehen und über die großen niederländischen und flandrischen Häfen wenigstens einen Teil unserer eigenen Produkte ausführen könnten. Auch über Dänemark könnten neue Handelswege gefunden werden. Unser eigener Seeverkehr freilich bliebe unterbunden, aber der Handel selbst brauchte bei solchen Maßnahmen nicht völlig zu stocken.

Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß England einen derartigen durch die Neutralen vermittelten Verkehr dulden würde, weil dadurch die Wirkung seines Handelskrieges gegen uns eine sehr erhebliche Abschwächung erleiden würde. Der Versuch, diese Handelswege zu verlegen, käme allerdings einem Neutralitätsbruch gleich, und die betroffenen Staaten würden sich vor die schicksalsschwere Frage gestellt sehen, ob sie sich dem Willen Englands fügen und damit die Feindschaft Deutschlands auf sich nehmen, oder ob sie den geographisch-natürlichen Anschluß an das Deutsche Reich vorziehen wollten. Sie hätten die Wahl zwischen einem Seekriege mit England oder einem Landkriege mit dem deutschen Nachbar, zwei Möglichkeiten, von denen jede große Gefahren in sich schließt. Daß die Engländer, wenn ein hoher Einsatz auf dem Spiel steht, der Neutralität schwacher Nachbarn besondere Beachtung schenken würden, ist kaum anzunehmen.

Wie die Entscheidung der einzelnen neutralen Staaten ausfallen würde, läßt sich im voraus nicht ermessen. Sie würde wahrscheinlich bedingt werden durch die allgemeine politische Lage und die Stellungnahme der übrigen Weltmächte zu dem deutsch-englischen Streit. Das Verhalten Frankreichs und Rußlands würde dabei besonders schwer ins Gewicht fallen. Man versteht es aber unter diesen Verhältnissen sehr wohl, wenn die Holländer ihre wichtigsten Küstenpunkte ernstlich zu befestigen denken, um auch auf der Seeseite ihre Neutralität bewahren zu können, wenn sie außerdem auch für ihre Ostgrenze besorgt sind, die selbstverständlich durch einen deutschen Angriff bedroht wäre, sobald sie die Partei unserer Gegner ergriffen.

Auf die politischen und militärischen Möglichkeiten, die sich ergeben könnten, wenn Holland, Belgien und Dänemark durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen würden, soll nicht näher eingegangen werden. Nur hinweisen wollte ich darauf, einen wie tiefgreifenden Einfluß der Seekrieg unter Umständen auch auf den Landkrieg und die politischen Gesamtverhältnisse ausüben kann oder richtiger ausüben muß.

Von erheblicher Bedeutung würde die Stellungnahme Dänemarks sein, da von ihr der Verkehr in der Ostsee und aus der Ostsee im wesentlichen abhängen wird. Diesen offen zu halten, ist für uns von äußerster Wichtigkeit, und es müssen Maßregeln ergriffen werden, um diesen Zweck wenn irgend möglich zu erreichen. Die offene Tür durch Belt und Sund kann für die Kriegführung unter Umständen von großer Bedeutung werden. Der freie Verkehr mit Schweden aber ist schon deswegen für uns von besonderer Wichtigkeit, weil unsere Industrie auf die schwedischen Eisenerze um so mehr angewiesen sein wird, je vollständiger die Einfuhr von anderen Ländern aus stocken würde.

Ob die Sicherung dieses Seeweges auf diplomatischem Wege herbeigeführt werden kann oder durch militärische Maßnahmen erfolgen muß, wird von der allgemeinen Lage und dem Verhalten der interessierten Staaten abhängen; keinesfalls aber dürfen wir dulden, daß eine uns feindliche Macht sich auf den dänischen Inseln festsetzt.

Es sind, wie man sieht, vielseitige und ernste Fragen, die durch einen deutsch-englischen Krieg heraufbeschworen werden, nicht nur militärischer, sondern auch politischer Natur. Unser Handel würde jedenfalls auf das schwerste zu leiden haben, denn der Seeverkehr kann ihm von allen Seiten her abgeschnitten werden. Verschließen uns dann, wie anzunehmen, auch Frankreich und Rußland noch die Landgrenzen, so bliebe für den Handelsverkehr nur noch der Weg über die Schweiz und Österreich offen, was eine sehr erhebliche Erschwerung unserer inneren Lage zur Folge haben und uns zu größter Energie der Kriegführung anspornen müßte. Jedenfalls müssen bei drohender Kriegsgefahr rechtzeitig die Wege gebahnt werden, auf denen wir die notwendigste Zufuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen erhalten und zugleich den Überschuß unserer Industrieerzeugnisse wenigstens teilweise ausführen können. Improvisieren lassen sich solche Maßregeln jedoch nicht. Sie müssen im Frieden vorbereitet, und es muß eine bestimmte Abteilung der Regierung für diese Vorbereitung ver-

antwortlich sein. Das Handelsministerium wäre allem Anschein nach hierfür die geeignete Stelle und müßte im Zusammenwirken mit größten Handelshäusern die Wege vorbereiten, die unser Handelsverkehr im Kriegsfall einzuschlagen hätte. Es müßte eine Art kommerzieller Mobilmachung stattfinden.

Mit diesen Andeutungen dürften die ersten Maßregeln umschrieben und gekennzeichnet sein, die wir im Fall eines Krieges mit England zu ergreifen hätten. Den Kampf selbst müßten wir zunächst hinhaltend führen und würden daher, wenn es uns gelingt den wahrscheinlichen englischen Überfall abzuweisen, in erster Linie mit einer Blockade unserer Küsten zu rechnen haben.

Eine solche Blockade kann in doppelter Weise ausgeführt werden. England kann entweder unsere Nordseeküste unmittelbar eng blockieren und zugleich die dänischen Meerengen sperren, um auch den Verkehr unserer Ostseehäfen zu unterbinden, oder es kann einerseits den Kanal zwischen England und dem Festlande, anderseits das offene Meer zwischen Nordschottland und Norwegen — etwa in der Linie Petershead-Ekersund — abschließen, auch damit unseren Überseeverkehr völlig lahm legen und zugleich die belgisch-holländische, dänische und schwedische Schiffahrt unter seine Kontrolle bringen.

Eine enge Blockade im ersteren Sinn würde die Kräfte der englischen Flotte in hohem Grade in Anspruch nehmen. Nach Ansicht der englischen Fachschriftsteller darf eine Entfernung von 200 Seemeilen zwischen Basisstützpunkt und Blockadelinie nicht überschritten werden, wenn die Blockade dauernd aufrecht erhalten werden soll. Da nun alle englischen Kriegshäfen von unserer Küste bedeutend weiter entfernt sind, so liegt schon hierin eine außerordentliche Erschwerung für den Blockadebetrieb. Das scheint der Grund zu sein, weshalb die Bucht von Harwich neuerdings zu einem starken Kriegshafen ausgestaltet werden soll. Der Platz gilt als der beste Hafenort an der englischen Küste und ist kaum 300 Seemeilen von der deutschen entfernt. Er bietet gute Befestigungsmöglich-

keiten und kann auch bei Kriegszeiten gefahrlos erreicht und verlassen werden. Immerhin ist die Entfernung von den deutschen Häfen noch recht erheblich für Blockadezwecke. Die Engländer werden daher wohl zweifellos, wenn sie eine solche Blockade beabsichtigen sollten, an unserer Küste selbst Stützpunkte zu gewinnen suchen; vielleicht auch an der holländischen. Demgegenüber besteht unsere Aufgabe darin, derartige Versuche mit allen Mitteln der Abwehr zu verhindern. Nicht nur müssen alle Stellen, die sich zu Stützpunkten eignen könnten, schon im Frieden befestigt werden wie Helgoland, Borkum und Sylt, sondern es müssen auch alle anderweitigen Landungsversuche durch die Flotte verhindert und erschwert werden. Diese Aufgabe kann die Flotte bei Tage eigentlich nur durch Unterseeboote erfüllen; bei Nacht können auch Torpedoboote mitwirken, wenn dann die Landungstruppen noch an Bord sind.

Im übrigen bietet eine solche enge Blockade die verschiedensten Möglichkeiten, den Feind zu schädigen, wenn die Küstenbefestigung im offensiven Sinne angelegt ist, so daß die Flotte sich unter ihrem Schutz zu entwickeln vermag und dadurch die Möglichkeit gewinnt, von ihren Liegeplätzen aus zu Offensivunternehmungen vorzubrechen. Da an unserer Nordseeküste diese Möglichkeit vorhanden ist, muß unser Bestreben dahin gehen, sie auf das vielfältigste auszunutzen. Durch immer erneute und möglichst überraschend ausgeführte Ausfälle vorzüglich bei Nacht, teils mit Unterseebooten und Torpedofahrzeugen, teils auch mit der Schlachtflotte selbst, müssen wir bemüht sein, die Blockadeflotte in Atem zu halten und ihr so viele Verluste beizubringen wie nur irgend möglich. Auf einen Kampf mit überlegenen feindlichen Kräften dürfen wir uns aber nicht einlassen, denn ein Abbrechen des Gefechts ist zur See schwer möglich, weil das Gelände fehlt, in dem man sich der feindlichen Waffenwirkung entziehen könnte. Ist man einmal ernstlich engagiert, so muß man im allgemeinen bis zum Ende durchhalten. Auch kann man dem Feinde erhebliche Verluste nur dann beibringen, wenn man ernstlich auf ihn losgeht. Nur unter besonders günstigen Verhältnissen, wenn

man beispielsweise nahe der befestigten Basis ist, wird es unter Umständen ausführbar sein, einen einmal begonnenen Kampf ohne schwereren Verlust wieder aufzugeben. Bei erfolgreicher Aufklärung wird es zweifellos möglich sein, den Gegner wiederholt in Zeiten anzufallen, in denen er sich an der einen oder der anderen Stelle geschwächt hat. Die Blockade fordert ihrer Natur nach eine gewisse Teilung der Streitkräfte, und die Schlachtflotte des Angreifers, die hinter der vordersten Blockade- und Beobachtungslinie liegend zu denken ist, kann die hohe See in voller Stärke nicht fortgesetzt halten. Die Streitkräfte des Verteidigers dagegen liegen an gesicherten Ankerplätzen immer zum Ausfall und zum Kampf bereit [1]).

Eine solche Blockade könnte nach alledem für den Angreifer höchst verlustvoll werden. Es ist daher mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Engländer sich für die zweite Art entscheiden würden. Jedenfalls sind die teils im Bau begriffenen, teils geplanten Hafenbauten von Rosyth und Scapa Flow auch mit Rücksicht auf eine solche Blockadelinie gewählt. Diese würde im Norden die Sperrung einer etwa 300 Seemeilen langen Linie nötig machen, was militärisch immerhin durchführbar erscheint. Die Schließung des Kanals außerdem nimmt bei der Enge des Fahrwassers wenig Kräfte in Anspruch und kann kaum durchbrochen werden. Zum Überfluß liegen die großen englischen Flottenstützpunkte Dover, Portsmouth, Portland und Plymouth teils an der Sperrlinie selbst, teils unmittelbar dahinter. Jeder Vorstoß gegen diese Linie von der Nordsee aus wird außerdem von Sheerneß und Harwich aus flankiert, so daß der Rückzug nach der deutschen Küste verlegt werden kann. Ähnlich günstig würden die Verhältnisse für die nördliche Absperrungslinie liegen, sobald die geplanten Hafenbauten fertig sind. Die Blockadeflotte findet dann eine unmittelbare Anlehnung an den großen Hafen von Rosyth, während ein Kreuzergeschwader zu ihrer Unterstützung

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 4. Kapitel, 12.

bei den Orkneyinseln liegen würde. Jeder Angriff von der deutschen Nordseeküste aus wird von Rosyth und Sheerneß aus unweigerlich in der Flanke gefaßt und von seiner Rückzugslinie abgeschnitten. Jede erhebliche Schädigung der Blockadeflotte ist daher auf diesem Wege angesichts der englischen Überlegenheit fast unmöglich gemacht, und es bliebe tatsächlich kaum etwas Anderes übrig, als von der Ostsee aus gegen den nordöstlichen Teil der Absperrungslinie vorzugehen. Auf diesem Wege hätten wir wenigstens stets einen einigermaßen gesicherten Rückzug. Von neuem tritt hier in die Erscheinung, wie überaus wichtig es für uns sein muß, die Durchfahrt durch den Sund und den Großen Belt unter allen Umständen freizuhalten. Die Behauptung dieser Meerengen muß nicht nur das Ostseebecken für uns sichern, sondern auch die Ausfalltore für unsere Offensivunternehmungen gegen die englische Blockadeflotte offenhalten.

Bei allen Vorteilen, die die weite Blockade den Engländern bietet, hat sie immerhin zwei Bedenken gegen sich, die vom englischen Standpunkt aus ernster Erwägung wert sind. Zunächst verletzt sie die Interessen einer Reihe von Staaten, deren Küsten von der Nord- und Ostsee bespült werden, indem sie sie in die Blockade einschließt; zweitens zwingt sie England zu einer Teilung seiner Flotte in zwei oder drei Gruppen.

Was das erste Bedenken betrifft, so wurde schon darauf hingewiesen, daß England sich durch die Interessen schwächerer Dritter schwerlich an der Verfolgung des eigenen Vorteils wird hindern lassen, und außerdem ist es denkbar, daß mit den in Frage kommenden Staaten ein Abkommen bezüglich der Blockade getroffen wird, das die Verhältnisse zu beiderseitiger Zufriedenheit regelt. Was aber die Teilung der Flotte anbetrifft, so werden durch eine solche besonders ungünstige Verhältnisse nicht geschaffen. Die Wiedervereinigung der zeitweise getrennten Teile ist leicht durchzuführen, und die Stärke der Gesamtflotte gewährleistet die Überlegenheit auch der einzelnen Teile gegenüber den deutschen Streitkräften zur See. Immerhin ist mit der Trennung der Angriffsflotte dem Ver-

teidiger die Möglichkeit gegeben, einzelne Abteilungen des Gegners vor der Vereinigung mit ihren Hauptkräften anzugreifen und ihnen Verluste beizubringen, wenn es durch schnelles Handeln gelingt, den Feind zu täuschen und zu überraschen. Demonstrationen freilich, wie man sie im Landkriege in solchem Falle anwendet, sind bei der Übersichtlichkeit des Meeres nicht anwendbar.

So würde auch diese Blockade den Angreifer mit der Zeit schwächen und ermüden. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß sie sehr viel leichter durchzuführen ist als die enge Blockade und an die Offensivkraft unserer Flotte bedeutend höhere Anforderungen stellen würde als jene. Wir müßten nicht nur sehr weit ausgedehnte Ausfälle unternehmen, sondern auch stark genug sein, die bedrohte Flanke unserer Ausfallflotte ausreichend zu sichern.

Im übrigen ist kaum anzunehmen, daß die Engländer es bei einer bloßen Blockade würden bewenden lassen. Die Gründe, die sie haben würden, eine rasche Entscheidung zu suchen, wurden bereits im vorigen Kapitel dargelegt. Auch darauf wurde hingewiesen, daß sie, falls sie den Krieg im Verein mit Frankreich führten, wahrscheinlich versuchen würden, Truppen zu landen, um den Angriff ihrer Flotte vom Lande her zu unterstützen. Jedenfalls könnten sie eine Entscheidung nur erzwingen, indem sie versuchten, unsere Flottenstützpunkte Wilhelmshaven, Helgoland, die Elbmündung und Kiel tatsächlich zu erobern, unsere Flotte bei ihrem Versuch, diese Örtlichkeiten zu decken, zu vernichten, und es uns auf diese Weise tatsächlich unmöglich machten, den Kampf zur See weiter fortzuführen.

Daß englischen Landungsversuchen gegenüber auch unsere Landtruppen in Tätigkeit treten würden, ist ebenso selbstverständlich, wie daß sie der Küstenverteidigung einen außerordentlich wichtigen Dienst leisten, wenn sie sie gegen Rückenangriffe sichern und ihre Verbindungen mit dem Hinterlande offenhalten. In erster Linie aber wird es dem englischen Angriff gegenüber auf die Widerstandsfähigkeit und artilleristische Stärke der Küstenbefestigung selbst ankommen. Ihre Bedeu-

tung auch als reiner Defensivwerte neben ihrer offensiven Kraft tritt in einem solchen Kampfe sehr deutlich hervor. Unsere ganze zukünftige Entwicklung kann unter Umständen von der Festigkeit der Bollwerke abhängen, die im Verein mit der Flotte unsere Küsten und Marinestützpunkte zu schützen berufen sind und dem Feinde so schwere Verluste beibringen sollen, daß dadurch der Stärkeunterschied der beiden Flotten allmählich aufgehoben wird. Man muß bedenken, daß unsere Schiffe nur wirken können, solange unsere Küstenbollwerke sich behaupten.

Daß für eine solche Defensive, die auf überraschenden Offensivstößen beruht, eine gute Aufklärung von besonderer Wichtigkeit ist, bedarf keines Beweises. Sie allein kann uns die richtige Wahl günstiger Angriffszeiten gewährleisten und die operativen Bewegungen der feindlichen Flotte so frühzeitig erkennen lassen, daß wir die nötigen Abwehrmaßregeln rechtzeitig treffen und uns stets einem überlegenen Angriff entziehen können. Der überlegenen Zahl englischer Kreuzer gegenüber wird es voraussichtlich nur mit Hilfe der Luftflotte möglich sein, eine rasche und zuverlässige Aufklärung zu gewährleisten. Die Bedeutung der Luftflotte darf daher nicht unterschätzt werden, und es müssen auch Maßregeln getroffen werden, um die feindlichen Luftschiffe zurückzuweisen, entweder durch Ballonabwehrkanonen oder indem man ihnen offensiv entgegengeht.

Sollte es gelingen, die Luftschiffe auch für Angriffszwecke verwendbar zu machen, so würden sie, indem sie die feindlichen Schiffe von oben her mit Sprengstoffen bewürfen, die eigene Flotte in ihrem Kampf gegen die englische Überlegenheit unter Umständen unterstützen und dazu beitragen können, das Gleichgewicht der Kräfte allmählich herzustellen. Allerdings liegen solche Möglichkeiten zunächst noch ziemlich fern. Auch sind die Schiffe durch ihre Panzerdecks einigermaßen geschützt gegen Sprengkörper, wie sie von Luftschiffen aus geworfen werden können, und das Treffen eines Schiffes vom Ballon aus ist nicht sicher. Die Möglichkeit derartiger Wirkungen muß jedoch im Auge behalten werden.

Auf dem Gebiete der Luftschiffahrt ist jedenfalls eine Überlegenheit des Verteidigers zweifellos zu erlangen, denn von der deutschen Küste aus werden unsere Luftschiffe und Flugmaschinen gegen die englische Angriffsflotte stets erfolgreicher operieren können als englische Luftfahrzeuge, die sich auf die Flotte selbst oder auf die weitabliegende englische Küste stützen müßten, gegen unsere Befestigungen und Schiffe [1]).

Solche Überlegenheitsmöglichkeiten müssen sorgsam wahrgenommen, nichts darf gering geachtet werden, was den Feind irgend zu schädigen imstande ist, und mit der Verwendung aller Mittel, die Technik, Schiffsbau- und Befestigungskunst an die Hand geben können, müssen sich der kühnste Offensivgeist und die verwegenste Unternehmungslust paaren. Nur dann können und dürfen wir hoffen, den stolzen Feind derart zu schwächen, daß wir schließlich auf hoher See die Hauptentscheidung herausfordern können.

In diesem Kampfe aber müssen wir siegen oder dürfen zum mindesten nicht besiegt werden, denn mit ihm wird die Frage entschieden werden, ob wir neben und trotz England eine Weltmachtstellung zu erringen vermögen.

Dieser Sieg wird dann aber nicht nur im ausschließlichen Interesse Deutschlands erfochten werden. Wir werden in einem solchen Kampfe — wie schon so oft — die allgemeinen Interessen der Welt vertreten, denn nicht nur um unsere Gleichberechtigung wird es sich handeln, sondern um die Freiheit der Meere überhaupt. „Für dieses hohe Ziel ist Rußland unter der Kaiserin Katharina II., Frankreich unter dem ersten Napoleon und in ungleichen Anläufen bis zum Jahre 1904 im ganzen späteren Verlauf seiner Geschichte eingetreten, und diesem Ideal strebt mit höchster Energie die große Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu. Es ist auch die Entwicklung des Völkerrechts, die alle übrigen Nationen ersehnen" [2]).

---

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. I, 2. Kapitel, 4, und Bd. II, 4. Kapitel, 12.

[2]) Th. Schiemann, Kreuzzeitung vom 26. Oktober 1910.

In einem solchen Kampfe würden wir daher geistig auch nicht allein stehen, sondern alles, was auf dem weiten Erdball freiheitlich und selbstbewußt denkt und fühlt, wird mit uns einig sein im Kampf gegen die anmaßendsten Herrschaftsgelüste eines einzelnen Volkes, das trotz alles humanitären und liberalen Anscheins, den es seinem Handeln zu geben weiß, doch niemals etwas Anderes erstrebt hat als den eigenen Vorteil und die rücksichtslose Unterdrückung seiner Mitbewerber.

Sollte sich die französische Flotte — wie das wohl zu erwarten ist — mit der englischen vereinigen und am Kampf gegen uns teilnehmen, so wäre dieser noch weit schwieriger für uns durchzuführen als gegen England allein. Frankreichs Hochseeflotte würde im Mittelmeer unsere dortigen Verbündeten im Schach halten, England seine ganze Flotte gegen uns verwenden können. Auch wäre es möglich, daß sowohl im Mittelmeer wie in der Nordsee kombinierte Flotten beider Staaten auftreten, da England die Wahrung seiner Mittelmeerinteressen schwerlich Frankreichs Obhut allein anvertrauen würde. In noch weitere Ferne wäre dann die Aussicht auf einen möglichen Erfolg gerückt. Aber auch dann dürfen wir nicht verzagen. Wir müßten vielmehr die französische Flotte gewissermaßen zu Lande bekämpfen, d. h. wir müßten Frankreich derart niederzuwerfen suchen, daß es gezwungen wäre, dem Bunde mit England zu entsagen und seine Flotte zurückzuziehen, um sich vor völligem Verderben zu retten. Wie wir 1870/71 bis zur Küste des Atlantischen Ozeans vorgedrungen sind, so müßten wir auch dieses Mal eine völlige Eroberung ins Auge fassen, um uns vor allem der französischen Kriegshäfen zu bemächtigen und die französischen Marineanlagen zu zerstören. Es würde ein Krieg bis aufs Messer sein, den wir dann gegen Frankreich durchzuführen hätten, ein Krieg, der — wenn er erfolgreich wäre — die französische Großmachtstellung für immer vernichten müßte. Will Frankreich sich mit seiner abnehmenden Bevölkerungszahl auf einen solchen Kampf einlassen, so muß es darauf gefaßt sein, als mitbestimmendes Volk im europäischen Staatensystem auszuscheiden

und in dauernde politische Abhängigkeit zu verfallen. Das ist der Einsatz.

Auch mit einer Teilnahme Rußlands am Seekriege ist unter Umständen zu rechnen. Sie ist insofern weniger gefährlich, als die russische Ostseeflotte vorläufig wenigstens noch schwach ist und sich nicht so leicht wie die französische mit der englischen vereinigen kann. Ihr gegenüber würden wir auf der inneren Linie operieren können, d. h. wir könnten die Möglichkeit ausnutzen, unsere Streitkräfte durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal überraschend in der Ostsee zu vereinigen, die russischen Schiffe mit großer Überlegenheit anzugreifen und nach ausgeführtem Schlage wieder in die Nordsee zurückzukehren. Auch für diese Operation aber ist es von größter Wichtigkeit, daß die dänischen Meerengen nicht vom Feinde benutzt werden können. Fielen sie in englische Hände, so wäre jedes freie Operieren in der Ostsee so gut wie unmöglich, und unsere Ostseeküste bliebe dann ausschließlich auf den passiven Schutz unserer Küstenbatterien angewiesen.

9

Worauf es ankommt

Ich bin auf die wahrscheinlichen Verhältnisse des nächsten Seekrieges näher eingegangen, weil ich glaube, daß man unsere politische und militärische Gesamtlage nur dann zutreffend würdigen kann, wenn man den Kampf zu Wasser und zu Lande in seinen Wechselbeziehungen betrachtet und sich vergegenwärtigt, welche Möglichkeiten und Gefahren sich aus dem Zusammenwirken der feindlichen Kräfte von den Landgrenzen und vom Meere aus ergeben. Nur dann kann man — wie mir scheinen will — beurteilen, in welchen Richtungen sich unsere Kriegsvorbereitungen vor allem bewegen müssen.

Die Erwägungen nun, zu denen die Betrachtung des Seekrieges gegen England und seine wahrscheinlichen Verbündeten Veranlassung geben, haben gezeigt, daß es einer sehr bedeutenden Kraftanstrengung bedarf, um uns auf dem Meere eines feindlichen Angriffs siegreich zu erwehren; sie haben aber zugleich erkennen lassen, daß wir zur See nur dann auf endlichen Erfolg rechnen dürfen, wenn wir zu Lande siegreich sind. Wenn eine englisch-französische Armee von Holland aus siegreich in Norddeutschland eindringt und unsere Küstenverteidigung im Rücken bedroht, würde sie auch unsere Verteidigung zur See sehr bald lahmlegen. Das Gleiche gilt vom östlichen Kriegsschauplatz. Wenn russische Armeen siegreich an der Ostseeküste vordrängen und mit einer vereinigten Flotte unserer Gegner zusammenwirkten, könnte auch hier eine Fortführung des Seekrieges durch die Operationen des Feindes zu Lande unmöglich gemacht werden.

Wir erkennen also, daß es in erster Linie darauf ankommt,

unsere Wehrkraft zu Lande so auszugestalten, daß sie für alle Fälle die Möglichkeit gewährleistet, uns auf dem europäischen Festlande siegreich zu behaupten. Erst die völlige Sicherung unserer festländischen Stellung in Europa gibt uns die Möglichkeit, einen Krieg zur See tatkräftig und erfolgreich durchzuführen und eine Weltpolitik zu treiben, die sich auf eine Seemacht gründet. Solange Rom von Hannibal in Italien selbst bedroht war, konnte es an Weltpolitik überhaupt nicht denken. Erst als es sich im eigenen Lande völlig gesichert sah, hat es seinen großen Siegeslauf in der Geschichte begonnen.

Ferner zeigt die Betrachtung aber auch, daß der Erfolg zu Lande durch den Seekrieg beeinflußt werden kann. Wenn es dem Gegner gelingt, unsere Flotte zu vernichten und mit stärkeren Heeresteilen an der Nordseeküste zu landen, können durch einen solchen Erfolg erhebliche Kräfte der Landarmee zur Abwehr in Anspruch genommen werden, was auf die Kriegführung an den Landgrenzen unmöglich ohne Einfluß bleiben könnte. Es ergibt sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, auch die Verteidigung unserer heimischen Küsten derart vorzubereiten, daß jeder noch so übermächtige Angriff siegreich abgewiesen werden kann.

Zugleich drängt sich aus der Betrachtung der politischen Lage unabweisbar die Überzeugung auf, daß es sich bei unserer Kriegsvorbereitung nicht um eine allmähliche Entwicklung unserer Wehrkraft zu Lande und zur See handeln kann, die die Finanzen des Landes möglichst wenig belastet und für andere Kulturaufgaben weiten Spielraum läßt: sondern daß es darauf ankommt, uns unter Hintansetzung aller anderen Rücksichten mit der äußersten Tatkraft auf einen Krieg vorzubereiten, der in nächster Zeit bevorzustehen scheint und über unsere ganze politische und kulturelle Zukunft entscheiden soll. Die Betrachtung der großen Richtlinien der Weltpolitik und der politischen Bestrebungen der einzelnen Staaten hat erkennen lassen, daß sich die Weltlage für uns zu einer kritischen gestaltet hat, daß wir in einer Zeit leben, die über unsere Weltmachtstellung oder unseren Niedergang entscheiden

wird. Der innere Zusammenbruch des Dreibundes, wie er in dem Vorgehen Italiens gegen die Türkei offen zutage getreten ist, droht diese Weltkrisis zu einer raschen Entscheidung zu treiben.

Die Frist, die uns vom Schicksal noch vergönnt ist, um unsere Kräfte zusammenzuraffen und uns auf das tödliche Ringen vorzubereiten, ist möglicherweise nur noch kurz bemessen. Wir müssen sie nutzen, wenn wir der Mahnung des großen Kurfürsten eingedenk sein wollen, daß wir Deutsche sind. Das ist der Gesichtspunkt, von dem aus wir unsere Kriegsvorbereitungen zu Wasser und zu Lande betreiben müssen; nur von ihm aus können wir unserer nationalen Aufgabe gerecht werden.

Daß wir uns durch diese Sachlage zu übereilten, nur für den Augenblick berechneten Maßnahmen hinreißen lassen sollten, ist nicht meine Meinung. Was im Interesse der Wehrhaftigkeit unternommen wird, muß der doppelten Forderung genügen, dem Bedürfnis der Gegenwart gerecht zu werden und zugleich für die Entwicklung der Zukunft von Wert zu sein. Wohl aber müssen wir uns durch die Gefahr unserer Lage zur äußersten Tatkraft anspornen lassen, damit noch in letzter Stunde wenigstens einiges von dem nachgeholt werden kann, was in den letzten Jahren versäumt worden ist.

Da es vor allem darauf ankommt, unsere schwer bedrohte Stellung auf dem europäischen Festlande zu sichern, werden wir auch die Vorbereitung des Landkrieges in erster Linie ins Auge fassen und die schwierige Frage beantworten müssen, durch welche Mittel wir hoffen können, der großen numerischen Überlegenheit unserer Feinde Herr zu werden; denn eine solche wird besonders dann vorhanden sein, wenn Italien als tätiges Mitglied aus dem Dreibunde ausscheidet, mag es ihm formell weiter angehören oder nicht, oder wenn es gar politisch zum Irredentismus übergeht. Die Vorbereitung des Seekrieges soll dann in zweiter Linie besprochen werden.

Die erste Forderung, die sich uns in bezug auf die Kriegführung zu Lande ergibt, geht dahin, die Wehrkraft unseres

Volkes in ihrer Gesamtheit für den Krieg verfügbar zu machen, die gesamte junge Mannschaft in den Waffen auszubilden und die allgemeine Wehrpflicht zur Tat werden zu lassen.

In der Stunde der Not geboren, hat sie uns einst durch gewaltige Kraftentfaltung von der Fremdherrschaft befreit, hat in langen Friedensjahren ein kraftvolles und waffenstarkes Volk erzogen und uns dann in den deutschen Einigungskriegen Sieg auf Sieg gebracht. Ihre Bedeutung für die soziale Entwicklung der Nation ist in einem besonderen Kapitel besprochen worden. Auch heute würde das Deutsche Reich eine gewaltige politische Bedeutung haben, wenn wir dem Grundsatz treu geblieben wären, aus dem unsere Größe erwachsen ist.

Frankreich hat heute eine Bevölkerung von etwa 40 Millionen, das europäische Rußland mit Polen und dem Kaukasus eine solche von rund 140 Millionen; demgegenüber hat Deutschland allerdings nur 65 Millionen Bewohner. Da die russischen Heereskräfte aber durch die verschiedensten Verhältnisse zum großen Teil gebunden sind, weder zeitlich noch räumlich einheitlich verwendet werden können, auch an militärischem Wert zurückstehen, würde ein deutsches Heer, das der Bevölkerung entspräche, sehr wohl in der Lage sein, sich beider Gegner siegreich zu erwehren, wenn es mit Entschlossenheit auf der inneren Linie operierte, selbst wenn England sich an dem Kampf beteiligte.

Zu unserem Unheil sind gerade wir dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht untreu geworden und haben es scheinbar endgültig aufgegeben, sie tatsächlich durchzuführen. Das Land der allgemeinen Wehrpflicht ist jetzt Frankreich; bei uns wird sie wohl noch im Munde geführt, ist aber nur noch zum Schein erhalten, denn in Wirklichkeit werden vielleicht noch 50 % der Wehrfähigen zur Ausbildung herangezogen. Besonders die Bevölkerung der großen Städte wird nur in geringem Umfange für die Armee nutzbar gemacht.

In dieser Richtung muß eine Reorganisation erfolgen, die die Kräfte der Nation energisch zusammenfaßt und ein wirkliches Volksheer schafft, wie wir es heute nicht haben. Nur

wenn wir dieser Forderung genügen, werden wir uns den feindlichen Mächten gegenüber dauernd behaupten können.

Indem wir diese Notwendigkeit als eine nationale Pflicht erkennen, dürfen wir uns doch zugleich nicht verhehlen, daß es unmöglich ist, das Versäumte in kurzer Zeit nachzuholen. Man kann unsere Friedensarmee nicht plötzlich um 150000 Mann vermehren. Dazu würden Ausbildungspersonal und Ausrüstung gar nicht vorhanden sein, und auch finanziell wäre die hierzu erforderliche Ausgabe nicht auf einmal zu leisten. Auch tritt die volle Wirksamkeit einer Heeresvermehrung erst sehr allmählich ein, wenn ihr entsprechend die Zahl der Reservisten und Landwehrleute gestiegen ist. Wir können also zur Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nur allmählich zurückkehren. Das Tempo freilich, das das neue Quinquennatsgesetz einschlägt, ist von keinem Standpunkt aus irgend gerechtfertigt. Aber auch wenn wir unsere Armee in stärkerem Maße vermehren wollten, müßten wir uns dennoch sagen, daß selbst bei äußerster Anspannung unserer Kräfte die Wirkung nur sehr allmählich eintreten kann, daß wir wohl in absehbarer Zeit nicht hoffen dürfen, die numerische Übermacht unserer Gegner auch nur annähernd auszugleichen.

Wir müssen daher — auch wenn wir in tatkräftigster Weise die Vermehrung der Armee betreiben — noch auf andere Mittel bedacht sein, um eine Überlegenheit über unsere Feinde zu gewinnen. Sie können nur auf geistigem Gebiet gesucht werden.

An ungezählten Beispielen läßt uns die Geschichte erkennen, daß die Massen an sich nur dann der entscheidende Faktor im Kriege gewesen sind, wenn die Gegner sich in allen anderen Beziehungen gleichwertig waren oder wenn die Überlegenheit der einen Partei das Maß überschritt, das durch das Gesetz der Zahl bedingt ist[1]. In den meisten Fällen aber war es ein besonderer Vorteil der einen Partei: bessere Bewaffnung, überlegene Tüchtigkeit der Truppen, Genialität der Führung

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. I, 2. Kapitel, 2.

oder ein überlegenes Prinzip des Handelns, was den Sieg häufig gegen die Überzahl herbeiführte. Rom hat die Welt mit Minderheiten erobert, Friedrich der Große sich des gegen ihn verbündeten Europas mit Minderheiten erwehrt. Noch die jüngste Vergangenheit zeigt uns den siegreichen Kampf des numerisch schwächeren japanischen Heeres gegen eine fast erdrückende Übermacht. Nun können wir freilich nicht von vornherein darauf rechnen, einen großen Feldherrn an unserer Spitze zu sehen; ein Friedrich der Einzige wird kaum zum zweiten Male geboren. Auch können wir nicht im voraus wissen, ob unsere Truppen sich den feindlichen überlegen erweisen werden. Wohl aber können wir zu erkennen suchen, welche Momente sich in einem zukünftigen Kriege als die entscheidenden erweisen, wovon Sieg oder Niederlage in Zukunft vornehmlich abhängen werden. Wenn wir dann auf Grund dieser Erkenntnis den Krieg in einem ganz bestimmten Sinne vorbereiten und überall die entscheidenden Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen, können wir schon dadurch tatsächliche Überlegenheitswerte schaffen und einen Vorsprung vor unseren Gegnern gewinnen, der sich im Laufe des Krieges wohl nur schwer wird einholen lassen. Wenn wir dann noch im Kriege selbst nach einem überlegenen Prinzip des Handelns verfahren, das sich eben aus der Eigentümlichkeit des heutigen Krieges ergibt, muß es möglich sein, eine tatsächliche Überlegenheit zu gewinnen, die sogar eine bedeutende numerische Übermacht auszugleichen vermag.

Nicht darauf kommt es schließlich an, Bataillon gegen Bataillon, Batterie gegen Batterie zu setzen, über die gleiche Anzahl von Geschützen, Maschinengewehren, Luftschiffen und anderen technischen Einrichtungen zu verfügen wie der wahrscheinliche Gegner, es muß geradezu als törichtes Beginnen bezeichnet werden, wenn man alle Mühe darauf richtet, dem Gegner auf sämtlichen materiellen Gebieten ebenbürtig zu sein. Man kommt dadurch nur zu einer gewissen geistigen Abhängigkeit und Nachtreterei.

Bestrebt sein muß man vielmehr, in den Faktoren über-

legen zu sein, von denen in letzter Linie die Entscheidung abhängt. Diese entscheidenden Kraftelemente schon im Frieden vorzubereiten und sie im Kriege nach einem klar erkannten Prinzip der Überlegenheit zu verwenden: das ist die Aufgabe unserer Heeresleitung im Frieden und im Kriege. Das muß uns die geistige und damit die tatsächliche Überlegenheit über unsere Feinde verschaffen. Sonst laufen wir Gefahr, von deren Zahl erdrückt zu werden.

Auf den ausgetretenen Wegen des Hergebrachten und der Gewohnheit, im geistlosen Wetteifer der Rüstungen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Klaren Sinnes und hellen Auges müssen wir vielmehr den wahrscheinlichen Verhältnissen des zukünftigen Krieges nachspüren und dürfen uns nicht scheuen, unter Umständen auch völlig neue Wege zu wandeln, die durch Erfahrung und Übung noch nicht geheiligt sind. Nur auf neuen Wegen kann man neue Ziele erreichen, und die Geschichte unserer Armee lehrt uns in zahlreichen Beispielen, wie gerade im Fortschritt, in der bewußten, auf überzeugenden Erwägungen begründeten Neuerung die Überlegenheit wurzelt. Die geistige Kraft, zu erkennen, wo unter veränderten Verhältnissen die Entscheidung gesucht werden muß, und der geistige Mut, dieses Neue auch wirklich zu wollen, das ist der Boden, auf dem die großen Erfolge erwachsen.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, das Wesen des zukünftigen Krieges näher zu untersuchen, um aus ihm systematisch die Gesichtspunkte zu entwickeln, die sich in einem zukünftigen Kriege als die entscheidenden erweisen werden. Eine eingehende Erörterung dieser Fragen findet sich in dem kürzlich von mir veröffentlichten Buch „Vom heutigen Kriege". Hier will ich nur die Ergebnisse der dort angestellten Untersuchung kurz zusammenfassen, um damit eine Grundlage für die weitere Ausführung dessen zu gewinnen, worauf es für die Zukunft ankommt.

In einem zukünftigen europäischen Kriege wird mit Massen operiert werden, wie sie bisher wohl noch in keinem Kriege tätig gewesen sind; es werden Waffen gebraucht werden, deren Wir-

kungen alles bisher Dagewesene übersteigen; und es werden Verkehrsmittel zur Anwendung gelangen, wie sie in gleicher Leistungsfähigkeit und Vielseitigkeit in früheren Kriegen unbekannt waren. Diese drei Momente vor allem werden dem Kriege der Zukunft sein Gepräge geben.

Die Massen bedeuten an sich eine Kraftsteigerung; sie schließen aber auch Schwächemomente ein. Je größer sie sind, je weniger sie von Berufssoldaten geführt werden können, desto mehr nimmt ihre taktische Leistungsfähigkeit ab; je weniger sie während des Krieges besonders bei enger Versammlung aus dem Lande leben können, je mehr sie daher auf den täglichen Nachschub von Verpflegungsmitteln angewiesen sind, desto schwerfälliger und unbeweglicher werden sie. Bei dem großen Raum, den sie für ihre Entfaltung in Anspruch nehmen, ist es außerordentlich schwer, sie gleichzeitig nach einem einheitlichen Gesichtspunkt zur Wirkung zu bringen. Auch sind sie moralisch niederdrückenden Einflüssen sehr viel zugänglicher als fester gefügte Truppen und können der eigenen Kriegführung gefährlich werden, wenn die Verpflegung versagt, die Disziplin sich lockert und dem Feldherrn die Gewalt über die Scharen verloren geht, die er nur unter geregelten Verhältnissen beherrschen kann.

Die gesteigerten Waffenwirkungen ferner reichen nicht nur räumlich wesentlich weiter als früher, sondern sind auch sehr viel verheerender geworden und stellen daher an die Leistungsfähigkeit des Soldaten sehr erhöhte Anforderungen. Die Gefahrzone beginnt sehr viel früher als bisher; der Raum, der im Angriffsgefecht durchschritten werden muß, ist sehr viel größer geworden; kriechend und springend muß er im Angriff überwunden werden; oft wird der Soldat besonders in der Verteidigung vom Spaten Gebrauch machen müssen, wobei er einem sehr viel stärkeren Feuer ausgesetzt ist als ehemals; unter allen Umständen muß er sehr viel mehr schießen als in vergangenen Tagen. Das Schnellfeuer, das der Truppe entgegenschlägt, steigert bei jeder unvorsichtigen Bewegung die Verluste. Alle Waffengattungen haben unter diesem Umstande

zu leiden; dabei werden Unterkunft und Verpflegung dürftiger sein als jemals früher; kurz: während die Truppen im Durchschnitt an Wert abgenommen haben, sind die Anforderungen, die an sie herantreten, erheblich viel größer geworden.

Die verbesserten Verkehrsmittel endlich erleichtern und ermöglichen die Bewegung und Verpflegung großer Massen allerdings in hohem Grade, fesseln sie aber zugleich an die Schienenstränge und festen Straßen und müssen, wenn sie im Verlauf der Ereignisse einmal fehlen oder versagen, die Verhältnisse um so unerträglicher und schwieriger machen, je mehr die Truppe an ihren Gebrauch gewöhnt war und die Heerführung mit ihnen rechnete.

Es geht aus diesen Erwägungen unmittelbar hervor, daß eine gewaltige Überlegenheit die Truppe gewinnen muß, deren Gefechtsleistung und Operationsfähigkeit größer sind, als es beim Gegner der Fall ist. Wer alle operativen Bewegungen schneller als der Feind auszuführen und größere Truppenmassen als jener auf engem Raum zu versammeln und tätig zu erhalten vermag, wird stets in der Lage sein, eine numerische Überlegenheit in der für entscheidend gehaltenen Richtung zu vereinigen; verfügt er außerdem über die schlagkräftigere Truppe, so wird er gegen einen Teil des feindlichen Heeres entscheidende Erfolge erfechten und sie gegen dessen übrige Abteilungen ausbeuten können, bevor der Gegner auf anderen Strecken des Kriegsschauplatzes gleichwertige Vorteile zu erringen vermochte.

Da ferner Operationsfähigkeit und Truppenwert vornehmlich in der Offensive zur Geltung kommen und von ihr vor allem ausgenutzt werden können, ergibt sich die notwendige Folgerung, daß nur in der offensiven Kriegführung das Heil zu suchen ist.

Die Überlegenheit des Angriffs beruht, abgesehen von den moralischen Kraftelementen, die er auslöst, hauptsächlich auf Zeitgewinn. Indem der Angreifer die Richtung des Angriffs nach dem Schwergewicht seiner eigenen Absichten bestimmt, vermag er an der gewählten Stelle eine Überlegenheit

gegen den überraschten Verteidiger zu vereinigen. Die Initiative, die das Vorrecht des Angreifers ist, gibt ihm einen Vorsprung in Zeit und Raum, der in operativen und taktischen Vorteilen zum Ausdruck kommt. Diesen Vorzug aber vermag der Verteidiger nur dann auszugleichen, wenn er die Absichten des Angreifers rechtzeitig erkennt und Zeit hat, erfolgversprechende Gegenmaßregeln zu treffen. Je schneller also der Angreifer operiert und siegt, je operationsfähiger und gefechtsstärker demnach seine Truppen sind, desto größer ist die Überlegenheit, die der Angriff seiner Natur nach gewährt.

Diese Überlegenheit aber steigert sich mit den wachsenden Massen. Je größer und schwerfälliger die zu bewegenden Heere und je weiter überdies die zurückzulegenden Entfernungen sind, desto schwieriger und zeitraubender wird es für den Verteidiger sein, einem überraschenden Angriff gegenüber zweckmäßige Gegenmaßregeln zu treffen, desto günstiger sind also die Erfolgsaussichten des Angreifers, besonders wenn dieser auch dadurch im Vorteil ist, daß er über bessere Truppen verfügt.

Endlich gewährt der Angriff dem numerisch Schwächeren die Möglichkeit, auch bei sonst gleichen Verhältnissen den Sieg zu erfechten, und zwar um so mehr, je größer die Massen sind, um die es sich handelt. Da es in den meisten Fällen unmöglich ist, die Gesamtmasse eines modernen Heeres gleichzeitig und einheitlich zur Wirkung zu bringen, ist der Sieg in der entscheidenden Richtung, in der Richtung also, die die Lebensadern des Gegners am unmittelbarsten trifft[1]), meistens für den ganzen Verlauf des Krieges entscheidend und äußert seine Wirkung auch auf den entfernteren Teilen des Kriegsschauplatzes. Vermag also der Angreifer in der entscheidenden Richtung mit überlegenen Kräften aufzutreten und zu siegen, eben weil die Überzahl des Feindes nicht zur Geltung kommen konnte, so ist die Möglichkeit eines endlichen Sieges auch über das an Zahl stärkere Heer gegeben. Es ist das gleiche Ge-

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 4. Kapitel, 5.

setz, dem es Friedrich der Große verdankte, daß er durch überlegene Operationsfähigkeit und Schlagkraft seiner zahlenmäßig um vieles stärkeren Feinde immer von neuem Herr wurde.

Daß die Überlegenheit des Angriffs sich erhöht, je überraschender er erfolgt und je weniger beweglich die feindlichen Armeen sind, bedarf keines weiteren Beweises. Es ergibt sich daraus aber, daß die Möglichkeit, die eigenen Bewegungen zu verschleiern und die feindliche Operationsfähigkeit zu schädigen, eine tatsächliche Überlegenheit gewährt, die zwar nur einen mittelbaren Wert hat, deshalb aber durchaus nicht unterschätzt werden darf.

Aus diesen Erwägungen ist mit Notwendigkeit zu folgern, daß, wenn man in einem zukünftigen Kriege bei sonst gleichen Verhältnissen die Überlegenheit gewinnen will, man darauf bedacht sein muß, durch die Friedensvorbereitung den taktischen Wert und die Operationsfähigkeit der Truppen nach Möglichkeit zu erhöhen und die Mittel besonders zu entwickeln, durch die man die eigenen Bewegungen verschleiern und die feindliche Operationsfähigkeit schädigen kann; im Kriege selbst aber, wenn irgend möglich, offensiv zu verfahren, die Initiative zu behaupten und die Operationsfähigkeit der eigenen Truppen so viel als möglich auszunutzen, um die entscheidenden Richtungen und in ihnen die Überlegenheit zu gewinnen. Vor allem wird der Staat in diesem Sinne handeln müssen, der einerseits unverrückbare Ziele zu verfolgen hat und anderseits von überlegenen Feinden angegriffen werden kann. Er vor allem muß sein Heer im offensiven Sinn entwickeln, da er selbst in der strategischen Defensive immer bestrebt sein muß, angriffsweise zu verfahren.

Das gilt vor allem für Deutschland. Für uns müssen die Gesichtspunkte, die ich eben kurz zu entwickeln versuchte, unbedingt maßgebend sein, wenn wir der Zukunft mit Vertrauen wollen entgegensehen können. Alle unsere Maßregeln müssen darauf berechnet sein, das bessere, operationsfähigere

und für den Angriff besonders geeignete Heer zu schaffen; diesem Gesichtspunkt müssen sich alle anderen unterordnen. So gewinnen wir einen Standpunkt, von dem aus wir allen unseren Maßregeln einen inneren Zusammenhang geben, sie alle einem großen Ziele dienstbar machen und uns davor bewahren können, auf Irrwege zu geraten, die man nur allzuleicht einschlägt, wenn man die Dinge einzeln — gewissermaßen ressortmäßig — betrachtet und sie einzeln statt in dem Zusammenhange beurteilt, in dem sie wirksam werden sollen. Manches von dem, was wir bisher getan oder gelassen haben, hätte sich besser und vorteilhafter gestaltet, wenn wir diesen einigenden Standpunkt innegehalten hätten.

Die Forderungen nun, die ich als die entscheidenden bezeichnet habe, befinden sich in einem gewissen Gegensatz zu den heute allgemein maßgebenden und bestimmenden Bestrebungen und bedingen daher eine bewußte Gegenwirkung gegen die treibenden Kräfte unserer Zeit.

Je größer die Heeresmassen sind, mit denen die einzelnen Staaten sich zu überbieten suchen und der Krieg geführt werden soll, desto geringer wird die Operationsfähigkeit, desto geringer auch der taktische Wert der Truppen, und zwar nicht nur der Durchschnittswert, sondern auch der Wert jeder einzelnen Abteilung als solcher. Die Masse kann sogar, wie wir sahen, zur Gefahr für die eigene Sache werden. „Sie werden in ihrem eigenen Fett ersticken", sagte General v. Brandenstein, der große Organisator des Aufmarsches von 1870, mit Bezug auf die Massenformationen der Franzosen. Die völlige Vernachlässigung der Kavallerie ferner in ihrem Verhältnis zur Gesamtarmee hat die Heerführung der Mittel beraubt, die gegnerische Operationsfähigkeit zu schädigen und die eigenen Bewegungen wirksam zu verschleiern. Auch in der Ausbildung ist der Verschleierung nie und nirgends die erforderliche Beachtung geschenkt worden. Der Operationsfähigkeit der Truppen endlich wird nicht immer die überragende Bedeutung beigemessen, die ihr für den Krieg der Zukunft unbedingt zukommt.

Mechanische Kriegsauffassung[1]) und schwächliches Nachgeben gegenüber dem Druck der öffentlichen Meinung, oft wohl auch mangelndes Verständnis für die Forderungen der Wirklichkeit haben zu Maßnahmen geführt, die innere Widersprüche zwischen dem militärisch Gebotenen und dem wirklich Erreichten zur Folge haben mußten und daher vom rein militärischen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen sind. Es wäre daher gewiß nicht logisch und zweckmäßig, auf solchen Wegen zu verharren, sobald man einmal erkannt hat, daß man auf ihnen die erstrebte Überlegenheit über den Gegner nicht zu erreichen vermag.

Dieser innere Widerspruch zwischen dem Notwendigen und dem Erstrebten tritt schon bezüglich der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in die Erscheinung. Zwischen dem Wunsch, sie wenigstens einigermaßen durchzuführen, und der Scheu vor den nötigen Ausgaben schwankt man hin und her und greift zu allerhand Aushilfemitteln, die den Schein retten sollen, ohne der Sache gerecht zu werden. Eines dieser Mittel ist die Ersatzreserve, die jetzt wieder einmal vielfach in Vorschlag gebracht wird. Mit der flüchtigen Ausbildung, die diese Leute bestenfalls erhalten sollen, ist der Sache aber keineswegs gedient. Damit schafft man nur ein militärisches Proletariat, das zu ernsten militärischen Leistungen nicht befähigt wäre. Eine solche Maßregel würde das in der Armee vorhandene Ausbildungspersonal auf das schwerste überlasten und damit diese selbst mittelbar schädigen. Eine Verstärkung der Feldarmee könnte auf diesem Wege auch gar nicht erreicht werden, da Kadres, die die Masse der Ersatzreservisten aufnehmen könnten, nicht vorhanden sind. Diese würde also nur die Rekrutendepots füllen und den Ersatz der Verluste einigermaßen beschleunigen.

Der gleiche innere Widerspruch zeigt sich vielfach auch in der Verwendung der Truppen. Jedes Heer zerfällt heute in Linientruppen, die schon im Frieden formiert sind und für den

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 4. Kapitel, 1.

Krieg nur aufgefüllt, und in Neuformationen, die erst im Mobilmachungsfall neu aufgestellt werden. Der taktische Wert dieser letzteren ist nach ihrer Zusammensetzung und dem Alter der Mannschaften sehr verschieden, immer aber sehr viel geringer als der der Linientruppen. Auch die Landwehrformationen, die 1870/71 im Feldkriege Verwendung fanden, haben dies trotz ihrer tüchtigen und anerkennenswerten Leistungen bewiesen, und die damaligen französischen Neuformationen waren vollends taktisch unzulänglich. Das Tätigkeitsgebiet solcher Truppen ist der Dienst in zweiter Linie. Im Offensivkriege fällt ihnen die Sicherung der Eisenbahnen und Etappen, die Besetzung des eroberten Landes, zum Teil auch die Belagerung der feindlichen Festungen zu, kurz, sie müssen alle die Aufgaben lösen, die sonst die Feldarmee schwächen würden. Im Defensivkriege werden sie überall die örtliche im wesentlichen passive Verteidigung und die Unterstützung des Volkskrieges zu übernehmen haben. In dieser zunächst beschränkten Tätigkeit werden solche Neuformationen allmählich in die Aufgaben des Krieges hineinwachsen und damit auch eine gewisse Offensivkraft gewinnen, mit der zu Beginn des Krieges zweifellos nicht zu rechnen ist, und zwar um so weniger, je weniger solche Truppenkörper mit Kolonnen, Trains und Kavallerie vollwertig ausgerüstet sind.

Trotzdem rechnet man anscheinend auch bei uns damit, sie im Kriegsfalle teilweise in vorderster Linie zu verwenden und ihnen oft sogar die entscheidenden Operationen zu übertragen [1]). Reserve- und Linientruppen werden wie gleichwertige Steine auf dem Damenbrett behandelt, und niemand scheint daran zu denken, daß die einen sehr viel weniger leistungsfähig sind als die anderen. In solcher mechanischen Auffassung liegt eine große Gefahr.

Für den Feldkrieg müssen wir soweit wie irgend möglich

---

[1]) General Frhr. v. Falkenhausen weist in seinem Buch „Flankenbewegung und Massenheer" zwei Reservearmeen die entscheidenden Operationen zu.

nur Linientruppen verwenden und uns lieber in der Masse beschränken als minderwertigen Truppen Aufgaben zuweisen, denen sie nicht gewachsen sind. Wir müssen den Mut haben, nach freiem Entschluß unter Umständen mit numerisch schwächeren, dafür aber taktisch überlegenen und im Verhältnis zum Gegner operationsfähigeren Truppen die Offensive zu ergreifen in dem Bewußtsein, daß taktische Schlagkraft und Operationsfähigkeit die Vorteile der größeren Zahl überwiegen und daß gerade bei den heutigen Massenheeren der Sieg in der entscheidenden Richtung von größerer Bedeutung für die Gesamtentscheidung ist als jemals früher.

Bei den Linientruppen liegt die Entscheidung, nicht bei den Massen, die neben ihnen bei einer Mobilmachung aufgestellt werden. Wer nach diesem Grundsatz handelt und sich in der Massenverwendung soweit beschränkt, daß er die volle Bewegungsfreiheit der Armeen wahrt, wird eine große Überlegenheit über den gewinnen, dessen Feldheer durch minderwertige Truppen belastet, dadurch in seiner Gesamtleistung herabgedrückt ist und außerdem durch seine eigene Masse an Operationsfähigkeit eingebüßt hat. Die Masse der Heeresreserven aber muß dazu verwendet werden, nicht mit den Linientruppen, sondern neben ihnen tätig zu sein und ihnen alle nebensächlichen Aufgaben abzunehmen. In diesem Sinne werden auch überlegene Volksreserven eine zweifellose Überlegenheit im Kriege selbst gewähren.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich unmittelbar — besonders, wenn man bedenkt, daß die ersten großen Waffenentscheidungen gegen früher an Bedeutung gewonnen haben[1]) —, daß wir alle Mittel anstrengen müssen, um die Linienarmee so stark und so leistungsfähig zu machen wie nur möglich, und daß es falsch wäre, sie durch übermäßige Personalabgaben an die Reservetruppen über Gebühr zu schwächen, in dem Bestreben diese letzteren taktisch gleichwertig zu machen. Dieser

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 4. Kapitel, 9.

Zweck wird doch unter keinen Umständen erreicht; nur das allgemeine Niveau des Truppenwerts würde gedrückt werden.

Die Linientruppen nach Möglichkeit zu verstärken und zu vermehren, muß daher unser unausgesetztes Bestreben sein. Eine Erhöhung des Friedensstandes der stehenden Armee ist unendlich viel mehr wert als eine sehr viel größere Zahl schlecht ausgebildeter Ersatzreservisten. Vor allem müssen die Etatstärken erhöht werden. Je stärker die einzelne Truppe schon im Frieden ist, desto leistungsfähiger ist sie für den Krieg, und darauf kommt es vor allem an, gute Truppen zu haben, nicht viele. In der Konzentration, nicht in der Verwässerung liegt das Heil der Zukunft[1]. Wenn wir aber die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Verstärkung der Armee wirksam fördern wollen, müssen wir auch neue Friedensformationen aufstellen, weil dadurch die Zahl der Berufsoffiziere und Unteroffiziere vermehrt wird, was um so nötiger ist, als die jetzt vorhandenen Kadres tatsächlich nicht ausreichen würden, um die Masse der wirklich vorhandenen Wehrfähigen in sich aufzunehmen und für ihre gründliche Ausbildung zu sorgen.

Allmähliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht unter gleichzeitiger Vermehrung der Linientruppen ist die erste praktische Forderung, die sich aus diesen Betrachtungen ergibt. Nach welchen Gesichtspunkten durch Organisation, Ausrüstung und Ausbildung der taktische Wert der Truppen, die Operationsfähigkeit der Armee, die Kavallerie und der Verschleierungsdienst gefördert werden können, soll in den nächsten Abschnitten erwogen werden.

Bevor ich mich dieser Erörterung zuwende, muß ich aber noch auf ein Moment hinweisen, das zwar auf einem ganz anderen Gebiete liegt als die bisher erörterten Fragen, das seinen Einfluß aber auf allen Gebieten militärischer Tätigkeit geltend macht und ganz besonders in der Offensive, die

[1] Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II: Rückblick und Ausblick.

freies schöpferisches Handeln fordert, wirksam ist: auf die Bedeutung der Persönlichkeit.

Vom obersten Feldherrn und Armeeführer an, von denen der eine die eigenen schöpferischen Gedanken unter dem Druck der Verantwortlichkeit und des wechselnden Glücks durchführen, der andere nach gegebenen allgemeinen Direktiven selbständig handeln muß, bis herab zum Patrouillenreiter, der mitten in Feindesland von Gefahren umgeben allein auf das eigene Können angewiesen ist, und zum jüngsten Musketier, der im Gefecht selbständig dem Tode ins Auge sehen und doch dem Siege zustreben muß: überall ist im heutigen Kriege die Persönlichkeit entscheidend, mehr, als es jemals früher der Fall war. Der Einfluß der Waffenwirkungen hat alle geschlossenen Formen bei der Infanterie aufgelöst und den Mann im Gefecht auf sich selbst gestellt. Der unmittelbare Einfluß der Vorgesetzten hat sich verringert. Im strategischen Dienst der Kavallerie, der die Haupttätigkeit dieser Waffe darstellt, ist der Patrouillen- und Meldereiter weiter als jemals früher von seiner Truppe getrennt und ganz auf sich selber angewiesen. Auch in der Artillerie wird die Bedeutung der Selbständigkeit in Zukunft schärfer hervortreten als bisher. Zugleich sind die Gefechtsfelder und Operationsräume wie die bewegten Massen gewachsen. Weniger als jemals früher kann der höhere Führer die Verhältnisse bei den einzelnen Heer- und Truppenteilen selbst übersehen; mehr als je ist er gezwungen, seinen Untergebenen eine gewisse Selbständigkeit zu lassen. Vor allem machen diese Verhältnisse sich in der Offensive geltend.

In der Verteidigung kommt es für den Einzelnen im wesentlichen darauf an, in der Gefahr auszuharren, für den Führer außerdem, die Reserven richtig zu verwenden. Im Angriff dagegen wechseln die Verhältnisse beständig je nach den Gegenwirkungen des Feindes, die nicht vorherzusehen sind, und nach den Erfolgen oder Mißerfolgen der eigenen Truppe. Selbst der einzelne Streiter wird im Hin- und Herwogen des Kampfes bald vorwärtsstreben, bald ruhig ausharren müssen, bis die Verstärkung heran ist; oft wird er selbständig sein

Feuerziel wählen müssen, ohne doch den Zusammenhang mit dem Ganzen zu verlieren. An die Führer vollends stellt der Angriff die verschiedenartigsten Anforderungen. Verschlagenheit und List, Kühnheit und rücksichtslose Tatkraft, ruhig abwägendes Urteil und rascheste Entschlossenheit werden die Verhältnisse abwechselnd von ihnen verlangen. Das Entgegengesetzteste müssen sie zu leisten imstande sein: das stellt die höchsten Anforderungen an die Persönlichkeit.

Es ist unmittelbar klar, daß die Armee eine bedeutende Überlegenheit gewinnen muß, die über die meisten selbständig denkenden und handelnden Persönlichkeiten verfügt. Dieses Ziel zu erreichen, auf diesem Gebiete jedem Gegner überlegen zu werden, müssen wir also mit allen Mitteln erstreben. Und dieses Ziel läßt sich erreichen. Persönlichkeit läßt sich entwickeln, besonders auf der Grundlage der geistigen Tätigkeit. Die Denk- und Urteilsfähigkeit kann durch fortgesetzte Übung gesteigert werden; wer aber die Verhältnisse beurteilen kann, in denen er zu wirken hat, wer das Element beherrscht, in dem er tätig ist, wird sich gegebenenfalls rascher und leichter entschließen können als jemand, der einer unverstandenen Lage gegenübersteht. Mit dem Verständnis wächst zugleich Selbstbewußtsein und Kühnheit, mit ihm wächst auch die Unerschütterlichkeit im Unglück. Das zeigt sich in allen Verhältnissen. Den unbeholfenen und schüchternen Rekruten sehen wir zu einem klar denkenden und schneidigen Unteroffizier heranreifen; und in den höheren Führerstellen vollzieht sich häufig der gleiche Vorgang. Wo aber die innere Entwicklung gegen die Aufgaben zurückbleibt, die zu lösen sind, versagt auch die Persönlichkeit im Augenblick des Handelns. Der elegante Gardegeneral Bourbaki bricht zusammen, als er sich vor die Aufgabe gestellt sieht, eine Armee zu führen, deren Verhältnisse er nicht beherrscht; General Chanzy dagegen behält mitten in der Niederlage sein klares Urteil und seinen entschlossenen Sinn. Das geistige Niveau der Armee zu heben und auf diesem Wege mittelbar auch die Charakterbildung zu fördern, ist demnach eine der wesentlichsten Aufgaben der Kriegsvorbereitung.

Besonders wichtig ist es, auch den höheren Führer zu selbständiger Auffassung und schöpferischem Handeln heranzubilden. In einem langen militärischen Leben entwickelt sich nur allzuleicht eine gewisse Geistesroutine, die sich schließlich nur noch in hergebrachten und gewohnten Gedankengängen bewegt und die Dinge nicht mehr unbefangen zu beurteilen vermag. Die Gefahr einer solchen Entwicklung ist nirgends ausgeschlossen. Die straffe, einheitliche Zusammenfassung der Armee, die die moralischen Kräfte verdoppelt, hat als Kehrseite leicht eine gewisse Einseitigkeit der Entwicklung zur Folge, die mit der Vielseitigkeit der Wirklichkeit in einem inneren Widerspruch steht und die Persönlichkeit nicht zur Geltung kommen läßt. Etwas Ähnliches zeigt sich bei uns in Deutschland in der geradezu zum Schema gewordenen Anwendung des Umfassungsangriffs.

Einheitlichkeit im Wollen und Handeln ist notwendig, um der Kraft die höchste Spannung zu verleihen. Sie muß aber gepaart sein mit der größten geistigen Selbständigkeit und Vielseitigkeit, die allen Verhältnissen gerecht zu werden und neue Probleme auf neuen Wegen zu lösen weiß.

Es ist ein vielfach nachgesprochenes Wort, daß niemand unersetzlich sei. Die Persönlichkeit sei nichts, der Typus alles. Aber diese Behauptung ist falsch. Im Frieden freilich, in dem die Scheingrößen gedeihen und kein wirklicher Kampf die Auslese hält zwischen Tüchtigen und Untüchtigen, da genügt die Durchschnittsleistung. Im Kriege aber entscheidet nur die Persönlichkeit. Wie Scheidewasser das Edelmetall von der Schlacke trennt, so lassen Verantwortung und Gefahr die Persönlichkeit hervortreten und ihren entscheidenden Wert erkennen.

Wohl dem Heere, in dem es gelingt, die Männer, die sich in diesem Sinne bewähren, schon im Frieden in die maßgebenden Stellungen zu bringen und in ihnen zu erhalten. Nur dann kann es gelingen, die Gefahren zu vermeiden, die sich aus einseitiger Routine ergeben, und den Schematismus zu brechen, den größten Feind des Fortschritts und des Erfolges. Das vor allem wird König Wilhelm I. zu dauerndem

Ruhme gereichen, daß er wenigstens für die höchsten und entscheidendsten Stellen schon im Frieden aus all den Scheingrößen, die ihn umgaben, die Männer herauszufinden und allen Anfechtungen gegenüber zu halten wußte, die sich in kritischer Zeit als Geisteshelden und Tatmenschen bewährten und ihre eigenen selbständigen Wege zu wandeln den Mut hatten. Dieser Ruhm aber ist wahrlich kein geringer; denn im allgemeinen flößt das Außergewöhnliche nur Neid und Mißtrauen ein, die billige Durchschnittsweisheit aber, die nirgends die Tat erzeugt, erscheint als abgeklärte Überlegenheit, und erst unter dem Druck des kriegerischen Ernstes erweist sich die Wahrheit des Goetheschen Ausspruchs:

„Volk und Knecht und Überwinder,
Sie gestehn zu jeder Zeit:
Höchstes Glück der Erdenkinder
Sei nur die Persönlichkeit.“

10

Gesichtspunkte für die Organisation der Armee

Wenn ich mich nunmehr der Erörterung einiger organisatorischer Fragen zuwende, kann es dabei gewiß nicht meine Absicht sein, alle mit ihnen verbundenen Bedürfnisse und Bestrebungen zu besprechen, die heute unsere militärische Welt beschäftigen. Ich will vielmehr nur die allgemeinen Gesichtspunkte zu entwickeln suchen, die meiner Überzeugung nach für den weiteren Ausbau und die Fortentwicklung unserer Armee maßgebend sein müßten, wenn wir mit folgerichtiger Tatkraft die Überlegenheit in den Richtungen erlangen wollen, die sich in einem künftigen Kriege zweifellos als die entscheidenden erweisen werden. Auf Einzelheiten einzugehen wird dabei nur insofern nötig sein, als sie von besonderer Wichtigkeit sind oder ihre Erörterung für das Verständnis erforderlich wird. Mit den bestehenden Verhältnissen werde ich mich dabei verständlicherweise vielfach im Widerspruch befinden. Nichts aber liegt mir ferner, als an ihnen Kritik üben zu wollen. Während meine Anschauungen sich aus theoretischen Forderungen ergeben, ist unsere heutige Armee aus gegebenen Anfängen unter dem Einfluß der verschiedensten Männer und wechselnder Ansichten, unter finanziellen Schwierigkeiten und politischen Kämpfen stück- und ruckweise zu dem herangewachsen, was sie ist. Sie steht in diesem Sinne gewissermaßen außerhalb der Kritik. Man muß sie hinnehmen als etwas Gegebenes, dessen Entstehung nur einem späteren historischen Urteil unterliegt. Der weitere Ausbau des Heeres aber gehört der Zukunft und ist damit der Beeinflussung zugänglich. Er kann nach bestimmten, fest umrissenen Gesichtspunkten erfolgen, um die höchste

Leistungsfähigkeit zu entwickeln, und es ist zugleich von größter politischer Wichtigkeit, daß dieses Ziel nach Möglichkeit erreicht wird. Nicht auf das Vergangene und Gegebene also will ich kritisch zurückblicken, sondern der Zukunft möchte ich dienen.

Größte Gefechtskraft und Operationsfähigkeit zu entwickeln, um durch beide die Möglichkeit erfolgreicher offensiver Kriegführung zu gewinnen: das muß, wie im vorigen Kapitel dargelegt wurde, der leitende Gedanke für unsere gesamte Kriegsvorbereitung sein. Unter diesen beiden Gesichtspunkten sollen dementsprechend auch die nachstehenden Betrachtungen angestellt werden.

Die Gefechtskraft beruht, wie bereits dargelegt, abgesehen von der Ausbildung, die später besprochen werden soll, der Bewaffnung und dem Menschenmaterial, in erster Linie auf der Zusammensetzung der Truppe, bei Linientruppen also, um die es sich vor allem handelt, weil sie die eigentlichen Feldtruppen sind, auf der Etatstärke im Frieden; und es wurde bereits im vorigen Kapitel darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, in der stehenden Armee nicht nur die nötigen Kadres für die Kriegsformationen bereit zu halten, sondern die einzelnen Truppenteile so stark zu machen, daß sie nur einer geringen Auffüllung für den Krieg bedürfen.

Wohl in gleich hohem Maße für den Wert der Truppe bestimmend ist jedoch außerdem die Tüchtigkeit und die Gesinnung der Vorgesetzten, der Offiziere und der Unteroffiziere. Sie sind die berufenen Träger der Disziplin, der Entschlußkraft und der Initiative, und da sie zugleich die Lehrer der Truppe sind, bestimmen sie auch deren geistiges Niveau. Die Zahl der ständigen Vorgesetzten nun, die im Frieden vorhanden sind, ist sowohl im Verhältnis zu ihrer Tätigkeit in der Ausbildung der Truppen wie zu den Anforderungen, die im Mobilmachungsfall gestellt werden müssen, sehr gering. Wenn man erwägt, wie viele Offiziere und Unteroffiziere aus dem stehenden Heer an Neuformationen abgegeben werden müssen, um diese lebensfähig zu machen; wenn man ferner bedenkt, wie sehr die taktischen Formen der Neuzeit es dem Vor-

gesetzten erschweren, seinen Einfluß im Gefecht geltend zu machen: dann tritt die numerische Unzulänglichkeit des vorhandenen Personals in überzeugender Weise vor Augen. Am meisten trifft das für die Infanterie zu, und gerade bei ihr ist eine genügende Zahl leistungsfähiger Vorgesetzter von der größten Bedeutung, weil sie die entscheidende Waffe ist. Um so wichtiger ist es einerseits, das Offizier- und Unteroffizierkorps gerade bei der Infanterie vollzählig zu erhalten, anderseits aber die Leistungsfähigkeit der Offiziere und Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes und der Reserve nach Möglichkeit zu steigern. Das letztere ist Sache der Ausbildung und bleibt hier außer Betracht.

Die Aufgabe, die Etats voll zu erhalten, ist jedoch in gewissem Sinne eine finanzielle. Für das Unteroffizierkorps sind die Höhe der Besoldung und die Aussichten, die der Beruf auf spätere Zivilanstellung gewährt, schlechthin entscheidend, und daher ist es von Wichtigkeit, in der pekuniären Aufbesserung mit den wachsenden Teuerungsverhältnissen Schritt zu halten. Aber auch für die Bildung des Offizierkorps sind die Geldverhältnisse von tiefgreifender Bedeutung. Die Laufbahn des Offiziers bietet heute so wenig Aussicht auf Erfolg und stellt dabei so hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit des Einzelnen, daß sie eine gewisse Anziehungskraft nur dann auf die Dauer behalten wird, wenn sie wenigstens keine allzugroßen finanziellen Opfer fordert, wie das heute der Fall ist. Besonders der Infanterieoffizier müßte besser gestellt sein. Wenn für den Kavalleristen und reitenden Artilleristen die Pferdehaltung größere Kosten verursacht, als sie der Infanterieoffizier zu tragen hat, ist dessen Dienst der weitaus anstrengendste und erfordert einen sehr erheblichen Aufwand an Bekleidung. Es wäre daher meines Erachtens zweckmäßig, die Infanterieoffiziere im Gehalte besser zu stellen als die der Artillerie und Kavallerie, um dadurch den Dienst bei dieser Waffe wieder anziehender zu machen. Heute drängt sich alles zu den berittenen Waffen, bei denen ein Überschuß von Offiziersaspiranten vorhanden ist. Diese Waffen

werden stets über eine genügende Zahl von Offizieren verfügen. Ihre größere Anziehungskraft muß durch Vorteile aufgewogen werden, die der Infanteriedienst in Aussicht stellt. Nur dann wird man darauf rechnen können, in der Hauptwaffe über die nötigen Kräfte zu verfügen.

Wird bei der einzelnen Abteilung die Gefechtskraft durch deren Zusammensetzung und Ausbildung bedingt, so sind beim Zusammenwirken der Truppen im Gefecht doch auch noch andere Verhältnisse für die Leistung bestimmend als der taktische Wert der Truppen: einerseits natürlich die Führung, die jedoch von unwägbaren Verhältnissen abhängt; anderseits aber auch das numerische Verhältnis der Waffen zueinander. Wenn man die Kavallerie, die im Gefecht eine besondere Rolle spielt, zunächst außer Betracht läßt, wird es darauf ankommen, das Verhältnis zu bestimmen, in dem sich Artillerie und Infanterie zueinander befinden sollen.

In betreff der Maschinengewehre muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß die Ansicht, man könne durch sie gewissermaßen Infanterie ersetzen, wohl zweifellos irrig ist. Die Maschinengewehre sind in erster Linie eine defensive Waffe. Im Angriff sind sie nur unter besonders günstigen Verhältnissen zu verwenden und verstärken auch dann nur den einen Faktor des Angriffserfolges, die Feuerkraft, während sie für den rücksichtslosen Drang nach vorwärts, der jedem Angriff innewohnen muß, gelegentlich zum Hindernis werden können. Man wird also diese Hilfswaffe immer nur in beschränkter Zahl der Infanterie beigeben, sie hauptsächlich auf den Defensivfronten verwenden und daher im Kriege häufig in größere Einheiten zusammenziehen. Auch dürfen die Maschinengewehrabteilungen die Marschkolonnen nicht allzusehr belasten.

Wichtiger ist das Verhältnis zwischen Infanterie und Artillerie.

Die Infanterie ist die entscheidende Truppe. Die übrigen Waffen sind ganz ausschließlich dazu da, ihr den Weg zum Siege zu erleichtern und ihren Kampf unmittelbar oder mittelbar zu unterstützen. Dieses Verhältnis darf aber nicht eine theoretische

Vorstellung bleiben; vielmehr müssen in letzter Linie stets die Bedürfnisse der Infanterie bestimmend sein für die Bedeutung aller anderen Kampfmittel im Gesamtrahmen der Armee.

Legen wir diesen Gesichtspunkt der Betrachtung zugrunde, so ergibt sich folgendes.

Die Infanterie hat infolge der modernen Bewaffnung an Defensivkraft außerordentlich gewonnen.

Der Angriff bedarf infolgedessen sehr viel größerer Überlegenheit als jemals früher[1]). Dazu haben sich infolge der durch das gesteigerte Feuer bewirkten Auflösung der früher geschlossenen taktischen Formen die Frontbreiten im Gefecht erweitert. Das bezieht sich aber nur auf die einzelne Truppe und berechtigt keineswegs zu dem Schluß, daß man in Zukunft auf gleichen Räumen mit weniger Truppen auskommen wird als bisher. Diese Annahme trifft höchstens für die Verteidigung zu, und auch da nur in beschränktem Sinne. Im Angriff dagegen wird voraussichtlich das Gegenteil der Fall sein. Man wird daher die Truppe noch viel tiefer in sich staffeln müssen als in den letzten Kriegen[2]). Bestimmend für die Zuteilung von Artillerie an die Infanterie muß demnach die durchschnittliche Frontbreite dieser letzteren im Angriff sein. Ein bestimmtes Maß läßt sich hierfür nicht angeben. Wenn man aber die theoretische Erwägung mit den Erfahrungen der letzten Kriege in Beziehung setzt, kann man immerhin zu Schlüssen gelangen, die mit großer Wahrscheinlichkeit sich als zweckmäßig erweisen werden. Mehr kann man auf dem Gebiete der Kriegskunst niemals erwarten.

Hält man sich an dies eben erörterte Verhältnis von Breite und Tiefe beim Infanterieangriff, so wird man zu der Forderung gedrängt, die Artillerie gegen früher zu vermindern; erwägt man dagegen, daß die heutige Artillerie vermöge des indirekten Feuers vor allem dem Angriff zugute kommt[3]), so

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 3. Kapitel, 1.

[2]) Ebenda Bd. II, 3. Kapitel, 2.

[3]) Ebenda Bd. II, 3. Kapitel, 1.

neigt man gerade vom Standpunkt der offensiven Kriegführung aus zu einer Vermehrung der Artillerie. Zwischen diesen beiden Extremen den richtigen Mittelweg zu finden, kann nur auf Grund wirklicher Kriegserfahrungen gelingen.

Wenn man die Frontentwicklung der Artillerie eines heutigen Armeekorps oder besser gesagt zweier Divisionen ins Auge faßt unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Geschütze nicht in zusammenhängender Linie aufgefahren werden können, sondern daß man nur die besonders dazu geeigneten Geländeabschnitte zur Artillerieentwicklung benutzen kann, wird man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß bei solchen Frontausdehnungen die Infanterie fast zu einer Artilleriebedeckung zusammenschrumpft. Man darf bei der Beurteilung dieses Verhältnisses die Normalstärken der Infanterie natürlich nicht zugrunde legen, sondern muß dem Umstande Rechnung tragen, daß die Stärke der Infanterie im Kriege sehr rasch zusammenschmilzt. Wenn man die Kompagnien im Durchschnitt zu zwei Drittel ihrer Sollstärke einschätzt, wird man eher zu hoch als zu niedrig greifen. Eine solche Infanteriestärke wird zwar immer noch ausreichen, um den von der Artillerie eingenommenen Raum defensiv zu behaupten, sie reicht aber schwerlich aus, um innerhalb eines solchen Abschnittes einen Entscheidung suchenden Angriff durchzuführen, der unter heutigen Verhältnissen einer größeren Überlegenheit und Tiefe bedarf als jemals früher.

Sehr lehrreich ist es, in dieser Beziehung sowohl den zweiten Teil des Deutsch-Französischen Krieges als auch den Burenkrieg sowie den Mandschurischen Feldzug zu studieren.

Die deutsche Infanterie war in der erstgenannten Kriegsperiode teilweise außerordentlich zusammengeschmolzen. Kompagnien zu 120 Mann waren keine Seltenheit. Die Artillerie dagegen war in ihrer ursprünglichen Stärke erhalten geblieben. Die Folge davon war ganz naturgemäß, daß die Offensivkraft der Deutschen abnahm, daß die Gefechte und Schlachten nicht mehr den entscheidenden Charakter trugen wie im ersten Teil des Krieges. Einer gleichwertigen Truppe gegenüber wäre

dieses Verhältnis sicherlich noch deutlicher in die Erscheinung getreten als im Kampf mit den locker gefügten französischen Neuformationen; da wäre die Offensive überhaupt nicht durchführbar gewesen. Die starke Artillerie hat demnach unter den Verhältnissen, wie sie damals lagen, der schwachen Infanterie allerdings einen großen Halt gegeben und eine sehr wirksame Unterstützung gewährt; eine vorurteilsfreie Beurteilung zwingt aber doch zu dem Schluß, daß schon bei dem damaligen Verhältnis der Waffen zueinander die Infanterie zu schwach war, um einem ebenbürtigen Feinde gegenüber zu tatkräftiger Offensive befähigt zu sein. Das ergibt sich unmittelbar, wenn man erwägt, welche Infanteriemassen zum Beispiel bei Wörth und St. Privat nötig waren, um trotz der Unterstützung einer sehr überlegenen Artillerie einen schwächeren, aber ebenbürtigen Feind zu schlagen.

In Südafrika ferner hat die geradezu überwältigende artilleristische Überlegenheit der Engländer nirgends den Erfolg zu erzwingen vermocht. In der Mandschurei aber lagen die Verhältnisse besonders lehrreich. Der Zahl nach war die russische Artillerie der feindlichen außerordentlich überlegen, und die ballistischen Leistungen des russischen Feldgeschützes waren besser als die des japanischen. Trotzdem ist es den Japanern gelungen, den auch an Infanterie sehr viel stärkeren Feind zu schlagen, nicht zum wenigsten weil sie in den entscheidenden Angriffsrichtungen infanteristische und auch artilleristische Überlegenheiten zu vereinigen vermochten, während die russische Artillerie auf ihrer ganzen langen Front verteilt war.

So läßt gerade dieser Krieg erkennen, daß abgesehen von dem festen Verhältnis der Waffen zueinander in den einzelnen Verbänden auch das Zusammenwirken dieser Verbände ins Auge gefaßt werden muß, wenn man die Stärke der beiden Schwesterwaffen zweckmäßig bestimmen will.

Die Forderung, jeden einzelnen taktischen Verband dem entsprechenden gegnerischen an Artillerie ebenbürtig oder überlegen machen zu wollen, ist eine durchaus mechanische. Als

ob im Kriege immer Division gegen Division und Korps gegen Korps zu fechten hätten! Die Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkt ist das, worauf es im Kriege ankommt [1]). Diese Überlegenheit aber wird auf dem Wege überraschender operativer Versammlung der Kräfte erreicht, und es ist nicht abzusehen, warum nicht auch die artilleristische Überlegenheit auf diesem Wege herbeigeführt werden soll. Wenn es durch überlegene Operationsfähigkeit gelingt, gegen ein feindliches Korps, das 144 Geschütze führt, zwei Armeekorps zu vereinigen, von denen jedes nur über 96 Geschütze verfügt, bedeutet das eine Überlegenheit von 48 Geschützen und eine doppelte an Infanterie. Nimmt man aber an, daß auf beiden Parteien die Armeekorps mit je 144 Geschützen ausgerüstet sind, infolgedessen aber die Operationsfähigkeit so gering geworden ist, daß keine Partei eine Überlegenheit in einer Richtung zu vereinigen vermag, so stoßen eben gleiche Kräfte aufeinander und der Zufall entscheidet. Weil die Japaner operationsfähiger waren als ihre Feinde und offensiv verfuhren, konnten sie Überlegenheiten in den entscheidenden Richtungen vereinigen, und dieser Vorteil erwies sich sehr viel größer als die numerische Überlegenheit des russischen Heeres im ganzen.

Fassen wir die Gesamtheit dieser Verhältnisse ins Auge, so sind wir, glaube ich, zu dem Schluß berechtigt, daß die Artillerie, falls es sich nicht um reine Verteidigung handelt, innerhalb einer Schlachtlinie niemals so viel Raum einnehmen darf, daß dadurch die Vereinigung bedeutender infanteristischer Überlegenheit zum Angriff in Frage gestellt wird. In dieser Hinsicht haben wir in unserer heutigen Organisation das zweckmäßige Verhältnis beider Waffen zugunsten der Artillerie bereits überschritten. Es ergibt sich, daß vor allem diese Waffe innerhalb der einzelnen Verbände **niemals so stark gemacht werden darf, daß die Operationsfähigkeit des Heeres dadurch beeinträchtigt werden kann. Das ist der entscheidende Punkt.** Einen Überschuß an Artillerie

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 4. Kapitel, 5.

kann man auf dem Schlachtfelde bei beschränktem Raum in Reserve halten; wird aber die Operationsfähigkeit der Truppe in Frage gestellt, dann verwandelt sich die Artillerie aus einem Hilfsmittel des Sieges zu einem Ballast für die Armee; denn es ist sehr viel wichtiger, zum entscheidenden Angriff Überlegenheit vereinigen als an allen Stellen der ganzen Front dem Feinde mit ebenbürtigen Kräften entgegentreten zu können. Wenn man diesem Grundsatz huldigt, wird man allerdings auf den Nebenfronten oft schwächer sein als der Gegner; dieser Nachteil kann aber zum Teil dadurch aufgewogen werden, daß man sich in solcher Lage defensiv verhält. Er verwandelt sich sogar in einen Vorteil, wenn man in der entscheidenden Richtung dank überwältigender Kraftvereinigung siegt. Denn dieser Sieg hebt alle Mißerfolge auf, die man anderweit vielleicht zu verzeichnen hat.

Die operative Überlegenheit eines Heeres wird bedingt durch die größere Marschfähigkeit der Truppen, durch das rasche und systematische Funktionieren der rückwärtigen Verbindungen und vor allem durch die Kolonnenlängen der operierenden Truppen[1]). Bei den Massenheeren der Neuzeit sind die Heere im allgemeinen, besonders bei einigermaßen enger Versammlung völlig außerstande, aus dem Lande zu leben; sie sind vielmehr darauf angewiesen, täglich von rückwärts her verpflegt zu werden. Soweit als möglich werden Eisenbahnen benutzt, um den Truppen die Verpflegung nachzuführen; von den Eisenbahnendpunkten aus aber muß der Verkehr mit den Truppen durch Kraftwagen- und Zugtierkolonnen aufrecht erhalten werden, die fortwährend zwischen den Truppen, den rückwärtigen Magazinen und den Eisenbahnendpunkten hin- und herfahren. Da die Kraftwagen an feste Straßen gebunden sind, muß der unmittelbare Verkehr mit der Truppe durch Zugtierkolonnen besorgt werden, die sich unabhängig von den Straßen bewegen können. Die Lebensmittelwagen nun, die der Truppe täg-

[1]) Näheres über diese Verhältnisse findet sich in meinem Werk: „Vom heutigen Kriege" Bd. I, 2. Kapitel, 6. und 7.



lich gefüllt folgen, müssen diese noch am gleichen Tage erreichen können, damit die Truppe nicht Mangel leidet. Das aber ist nur möglich, wenn die Truppenkolonne eine gewisse Länge nicht überschreitet und zu früher Tageszeit abmarschiert, so daß die Fuhrwerke, die nach der Beendigung des Marsches vom Ende der Kolonne aus bis an deren Spitze vorgezogen werden müssen, diese noch vor dem Beginn der Nachtruhe erreichen können. Nur dadurch, daß diese Art der Versorgung ununterbrochen erfolgen kann, wird die Operationsfähigkeit einer Armee erhalten; außerdem muß sie über eine genügende Zahl eiserner Portionen und Rationen verfügen, über Lebensmittel, die die Truppen selbst bei sich tragen. Überschreiten die Kolonnenlängen das hierdurch bestimmte Maß, so müssen die Märsche entsprechend kürzer werden. Werden aber außergewöhnlich weite Märsche ausgeführt, so daß die Verpflegungsfahrzeuge die Truppen nicht mehr erreichen können, so müssen Ruhetage eingelegt werden, um den Nachschub wieder zu regeln. So sind die Marschleistungen und mit ihnen die Operationsfähigkeit der Armee ganz unmittelbar durch die Möglichkeit der Verpflegung von rückwärts her bedingt, und eine genaue und auf praktischen Erfahrungen beruhende Berechnung ergibt, daß bei einer durchschnittlichen Tagesmarschleistung von 20 bis 22 Kilometern, wie man sie zum mindesten verlangen muß, jede auf eine Straße angesetzte Kolonne die Länge von etwa 25 Kilometern nicht wesentlich überschreiten darf. Damit ist also die Marschtiefe des Armeekorps gegeben, da man im großen Kriege und bei der Versammlung zur Schlacht nur selten in kleineren Abteilungen als Korps wird marschieren können.

Diese Berechnung, die einen nicht zu umgehenden Zwang auf die Verhältnisse des modernen Krieges ausübt, macht es erforderlich, auf die Regelung des Nachschub- und Etappenwesens einen ganz besonderen Wert zu legen. Die Wiederherstellung etwa zerstörter Eisenbahnen, der Bau von Feldbahnen, die Aufstellung von Kraftlastwagen- und Zugtierkolonnen muß mit allen nur erdenklichen Mitteln schon im

Frieden vorbereitet werden, damit im Kriege die Schienenstränge den Truppen möglichst dicht auf dem Fuß folgen und die Kolonnen den fortlaufenden Verkehr zwischen Truppen und Eisenbahnendpunkten ununterbrochen unterhalten können. Um diesen Mechanismus dauernd tätig zu erhalten und Verpflegungskrisen überwinden zu können, ist es von besonderer Wichtigkeit, über eine genügende Menge von eisernen Portionen zu verfügen. Sie muß gerade in Rücksicht auf die notwendigen Massenkonzentrationen so groß gemacht werden wie irgend möglich. Auch muß durch die Organisation der Trains und Kolonnen dafür gesorgt werden, daß die eisernen Bestände rasch ergänzt werden können. Das würde wohl am besten durch besondere leichte Kolonnen geschehen, die dem Armeekorps außerhalb des Verbandes der Proviant- und Fuhrparkkolonnen [1]) zugewiesen werden und ihm mit einigem Abstand derart folgen müssen, daß sie im Bedarfsfall durch verstärkte und nächtliche Märsche rechtzeitig vorgezogen werden können. Gern wird man die Trains der Armeekorps freilich nicht vermehren; der hier vorliegenden Notwendigkeit aber muß man sich fügen. Übrigens ist zu bemerken, daß die in Frage kommenden Kolonnen nicht sehr lang sein würden, da sie im wesentlichen Konserven und ähnliche in knappster Form hergestellte Lebensmittel zu transportieren hätten.

Es ist, wie man sieht, ein gewaltiger Apparat an Trainformationen, Eisenbahn-, Telegraphen- und Arbeitstruppen, der vorbereitet werden muß, um die Operationsfähigkeit eines heutigen Millionenheeres sicherzustellen; er ist aber unbedingt nötig, weil ohne ihn die Truppen im heutigen Kriege so gut wie bewegungsunfähig sind. Auf diesem Gebiete dem Feinde einen Vorsprung abzugewinnen, kann von viel entscheidenderer Bedeutung sein, als wenn dies auf irgend einem anderen gelingt, denn hierbei handelt es sich um die Möglichkeit, Über-

[1]) Da die Proviant- und Fuhrparkkolonnen im wesentlichen dazu da sind, den laufenden Verkehr zwischen den Truppen und den Magazinen zu vermitteln, können sie nicht außerdem eine Reserve an eisernen Portionen für das Armeekorps bei sich führen.

legenheit in der entscheidenden Richtung zu versammeln und damit auch den stärkeren Gegner schlagen zu können.

Diese Vorteile können aber wie gesagt — selbst bei sorgfältigster Vorbereitung — nur dann erreicht werden, wenn auch die Truppenkolonnen die Maximalstärke nicht übersteigen, die die Verpflegung von rückwärts her bei ausreichender Vorbewegung noch möglich erscheinen läßt. Innerhalb dieser Marschtiefe also müssen sämtliche Elemente untergebracht werden, deren das Armeekorps für den Kampf bedarf.

Unser heutiges Armeekorps entspricht ohne die schwere Artillerie des Feldheeres ungefähr dieser Anforderung. Wird es aber noch um ein schweres Feldhaubitzbataillon mit den nötigen leichten Munitionskolonnen verlängert, so übersteigt es, wenn man den erforderlichen Avantgardenabstand hinzurechnet, die zulässige Marschtiefe nicht ganz unerheblich, und da — wie wir sahen — die Infanterie im Verhältnis zur Raumentwicklung der Artillerie zu schwach ist, ergibt sich die Forderung sowohl im Interesse der Offensivkraft wie der Operationsfähigkeit innerhalb der einzelnen Truppenverbände, die Infanterie zu verstärken und die Artillerie einzuschränken.

Außer der Kolonnenlänge ist auch die Gliederung der Truppe für deren Operationsfähigkeit von hoher Bedeutung. Sie muß derart sein, daß sie die verschiedenartigste Verwendung der Truppen und die Reservebildung ermöglicht, ohne daß es von vornherein nötig wird, alle Verbände zu zerreißen. Dieser Forderung entspricht unsere historisch gewordene Organisation leider in keiner Weise, und der Mann, der hier energisch durchgriffe, hat sich bisher noch nicht gefunden, obgleich über die Unzweckmäßigkeit der bestehenden taktischen Gliederung Zweifel wohl schwerlich vorhanden, auch tatsächlich entsprechende Entwürfe von umsichtigen Offizieren bereits ausgearbeitet worden sind.

Das Armeekorps ist in zwei Divisionen, die Division in zwei Infanteriebrigaden geteilt. Alle Brigaden bestehen aus zwei Regimentern. Das erschwert die Reservebildung auf das äußerste und damit auch der Führung, den Schwerpunkt des

Kampfes nach Umständen und eigenem Willen zu bestimmen. Immer ist es nötig, einen Verband zu zerreißen, wenn eine Reserve gebildet werden soll, und damit in den meisten Fällen auch eine Kommandobehörde außer Tätigkeit zu setzen. Freilich kann man dadurch, daß man der einen Hälfte der Truppe einen breiteren, der anderen einen schmaleren Entwicklungsraum zuweist, einen gewissen Schwerpunkt für die Gefechtsführung schaffen. Dieses Verfahren ersetzt aber keineswegs eine Reserve, denn es ist gar nicht immer möglich, schon bei der ersten Anordnung für den Kampf zu beurteilen, wo man das Hauptgewicht hinlegen will. Das hängt zum großen Teil von den Maßnahmen des Feindes und vom Verlauf des Kampfes ab. Das Napoleonische „je m'engage, et puis je vois" hat auch heute noch eine gewisse, wenn auch nicht mehr so weitgehende Bedeutung wie früher. Die Zweiteilung der Kavalleriebrigaden vollends ist eine althergebrachte Einrichtung, die man immer von neuem gedankenlos übernommen hat, ohne zu erwägen, daß die Aufgaben der Kavallerie sich von Grund aus geändert haben, daß ihnen gegenüber ganz abgesehen von allen anderen Nachteilen Brigaden zu zwei Regimentern viel zu schwach sind.

Die auf der Zweiteilung beruhende Organisation widerspricht, indem sie die Freiheit des Handelns beschränkt, den maßgebendsten und allgemein gültigsten militärischen Grundsätzen.

Die natürlichste Gliederung ist wohl jedenfalls eine Dreiteilung der Verbände, wie sie beim Infanterieregiment gegeben ist. Sie gestattet ein Nebeneinanderfechten der einzelnen Glieder ebensogut wie das Ausscheiden einer Reserve, die Bildung eines Detachements oder eine treffenweise Verwendung der Unterabteilungen; denn auch den Grundsatz des flügelweise Fechtens darf man nicht zum Schema werden lassen. Endlich dient sie am besten der Offensive, weil sie ermöglicht, die Hauptmasse der Truppen einheitlich in einer Richtung einzusetzen, um in ihr die Entscheidung zu erzwingen.

Eine besondere Erschwerung für die freie Verwendung der

Truppe ist durch die ganz mechanische Zweiteilung der Artillerie insofern gegeben, als diese zwei leichte Geschützarten führt, Kanonen und Haubitzen. Diese letzteren können zwar auch als Kanonen verwendet werden, haben aber vor allem besondere Aufgaben zu lösen, die nicht immer und überall vorliegen. Ihre Eingliederung in die Organisation aber stellt sie den Kanonen völlig gleich und macht es damit meistens unmöglich, sie ihrer Eigenart entsprechend zu verwenden.

Bei dieser ganzen Organisation ist das Streben offenbar dahin gegangen, Korps und Divisionen den entsprechenden feindlichen Verbänden ebenbürtig und womöglich überlegen zu machen, indem man die Batterien der Zahl nach gleichmäßig auf die Divisionen verteilte. Man erreichte damit zugleich den unleugbaren Vorteil, die Artillerie den Truppenführern unmittelbar zu unterstellen. Dafür aber nahm man dem kommandierenden General das letzte durch die Organisation sichergestellte Mittel aus der Hand, seinen taktischen Willen zum Ausdruck zu bringen. Jetzt ist er gezwungen, sich aus der Divisionsartillerie eine Reserve zu bilden und damit einer Division zum mindesten die Hälfte ihrer Artillerie zu entziehen. Hat er das natürliche Bestreben, die Haubitzabteilung, die nur bei einer Division vorhanden ist, für sich auszuscheiden, so wird das Schicksal, diese Schwächung erdulden zu müssen, stets dieselbe Division treffen, und es ist doch mehr als fraglich, ob das immer der taktischen Lage entspricht. Ob es unter diesen Umständen nicht zweckmäßig wäre, jeder Division eine Haubitzabteilung beizugeben, erscheint zum mindesten der Erwägung wert.

Eine wichtige Frage ist auch die Verteilung der schweren Feldhaubitzen im Kriege. Den für die ganze Armee maßgebenden Grundsätzen würde es entsprechen, sie gleichmäßig auf die Armeekorps zu verteilen; auch hätte diese Anordnung zweifellos manches für sich; denn jedes Korps kann in die Lage kommen, die schweren Haubitzbatterien mit Vorteil verwenden zu können. Man kann diese aber auch in der Hand der Armeeführer vereinigt der Armee im zweiten Treffen folgen

lassen. Die erstere Anordnung, die ja, wie gesagt, manche Vorteile bietet, bringt vor allem den großen Nachteil mit sich, daß sie die Marschlänge des Armeekorps in unzulässiger Weise um mehrere Kilometer verlängert. Es bliebe dann also nichts übrig, als entweder die anderen Truppen des Korps schwächer zu machen oder auf die unbedingt erforderliche Operationsfähigkeit zu verzichten. Beides ist unzulässig. Da außerdem die Verwendung der schweren Haubitzen durchaus nicht in jedem Gefecht nötig ist, sondern eigentlich nur dann, wenn es sich um den Angriff gegen einen in Stellung befindlichen Gegner handelt, kann man darauf rechnen, daß die schweren Haubitzen auch aus dem zweiten Treffen durch Nachtmarsch rechtzeitig herangezogen werden können. Dazu gestattet es ihre Beweglichkeit, einzelne Batterien oder Abteilungen abzuzweigen und eintretendenfalls einem Armeekorps zeitweilig zuzuteilen.

Vielfach wird allerdings die Ansicht vertreten, daß die schweren Haubitzen vornehmlich zur Bekämpfung der feindlichen Feldartillerie verwendet werden und daher bei jedem Gefecht zur Stelle sein müssen. Sie haben sich sogar schon bis in die Avantgarden verirrt. Ich halte diesen Gedanken nicht für glücklich. Die gegnerische Feldartillerie wird von vornherein aus verdeckten Stellungen indirekt feuern und in dieser Lage auch von den schweren Haubitzen nicht besonders erfolgreich bekämpft werden können. Diesem höchst problematischen Zweck zuliebe die Marschkolonnen dauernd mit langen schwerfälligen Artillerie- und Munitionskolonnen zu belasten und dadurch die Operationsfähigkeit in Frage zu stellen, scheint mir in keiner Weise gerechtfertigt.

Die Japaner, die während des ganzen Krieges ihre schweren Feldhaubitzen fortwährend vermehrt haben, sind allerdings dahin gelangt, schließlich jeder Division derartige Geschütze beizugeben. Es muß jedoch davor gewarnt werden, die Erfahrungen dieses Krieges zu überschätzen oder gar zu verallgemeinern. Die Verhältnisse waren ganz besonderer Natur. Die Japaner fochten auf ihrer ganzen Front gegen befestigte und überall durch schwere Artillerie verstärkte Stellungen, und da sie die

feindliche Linie in ihrer ganzen Ausdehnung angriffen, brauchten sie auch ihrerseits überall gleichmäßig schweres Geschütz. Es ist jedoch wohl zu beachten, daß sie ihre sehr wirksamen 12-cm-Feldhaubitzen nicht auf die ganze Front verteilten, sondern sie, soviel ich feststellen konnte, sämtlich der Armee des Generals Nogi zuteilten, die bei Mukden die entscheidende Umfassung ausführen sollte. Auch die Japaner fühlten also das Bedürfnis, die Haubitzwirkung zu konzentrieren, und da wir ihnen ihre Frontalangriffe hoffentlich nicht nachmachen, sondern auch beim frontalen Durchbruch anders verfahren werden als sie, scheint mir gerade der Gesichtspunkt der Konzentration für uns von Bedeutung.

Unter diesen Umständen wird es doch wohl am zweckmäßigsten sein, die schweren Batterien in der Hand des Armeeführers zu vereinigen. Sie dienen dann auch am besten dem offensiven Gedanken. Der Armeeführer kann sie dann geschlossen einsetzen, wo er die Entscheidung herbeiführen will, und wird dann auch eine entscheidende Wirkung erzielen, während die Verteilung auf die Armeekorps nur die Wirkung zersplittert. Was für den kommandierenden General seine Artilleriereserve ist, sollen für den Armeeführer die schweren Batterien sein. Wo ihre gewaltige Stimme über das Schlachtfeld schallt, da wird um die Entscheidung gerungen. Das weiß dann jeder bis zum letzten Musketier.

Daß die heutige Friedensorganisation der schweren Artillerie keine glückliche ist, will ich hier nur nebenbei erwähnen. Die Batterien, die im Kriege der Feldarmee zugeteilt werden, müssen auch im Frieden den Truppenführern unterstellt sein, um zu einem organischen Gliede des Ganzen werden zu können. Heute ist die schwere Artillerie des Feldheeres der Generalinspektion der Fußartillerie unterstellt und tritt nur für Manöverzwecke zu den Truppen. So bleibt sie der Armee ein fremder Organismus und lernt auch selbst nicht sich als Glied eines Ganzen fühlen. Eine reinliche Scheidung zwischen Feld- und Festungsartillerie wäre jedenfalls zweckmäßiger.

Diese Ansicht scheint auf den ersten Blick der oben dar-

gelegten Forderung zu widersprechen, daß die schweren Batterien eine Reserve in der Hand des Armeeführers bilden sollen. Da Armeen im Frieden nicht bestehen und auch nur selten im Armeeverbande manöveriert wird, hat die heutige Organisation zur Folge, daß das Verständnis für die taktischen Beziehungen zwischen der schweren Artillerie und den übrigen Truppen nicht genügend entwickelt wird. Dieser Nachteil würde aufgehoben, wenn jedem Armeekorps schwere Artillerie dauernd zugeteilt würde. Das würde durchaus nicht verhindern, sie im Kriegsfall in der Hand der Armeeführer zu vereinigen. Im Gegenteil: bei jedem Korpsmanöver würden sie ihrem Wesen nach in demselben Geiste verwendet werden wie im Kriege bei den Armeen.

Von besonderer Wichtigkeit für die Operationsfähigkeit des Heeres in Feindesland wird es ferner sein, über das Eisenbahn- und Straßennetz frei verfügen zu können, das heißt also nicht nur die etwa zerstörten Eisenbahnen wieder herzustellen, sondern auch die Sperrforts und Festungen rasch zu bewältigen, die den Vormarsch der Armee erschweren, indem sie den Eisenbahnverkehr unterbinden. Wie sehr mangelnde Eisenbahnverbindungen alle Operationen behindern, haben wir 1870/71 in Frankreich genugsam erfahren. Es ist daher von äußerster Wichtigkeit, über eine Truppe zu verfügen, die diesen wichtigen Dienst nicht nur im Nebenamt versieht.

Bis vor kurzem hatten wir nur ein einheitliches Pionierkorps, das sowohl für den Feld- wie für den Festungskrieg gleichmäßig ausgebildet wurde. Der Festungskrieg hat aber neuerdings eine derartige Entwicklung genommen, daß dies Verfahren nicht mehr genügt, um besonders für den Festungskrieg eine technisch durchgebildete Truppe zu erziehen.

Die Anforderungen, die einerseits dieser Krieg, anderseits die Feldpioniertätigkeit stellen, sind in jeder dieser beiden Richtungen so umfassend und so grundverschieden geworden, daß es völlig ausgeschlossen erscheint, ein und dieselbe Truppe bei nur zweijähriger Dienstzeit in beiden Dienstzweigen genügend auszubilden.

Für den Feldpionier handelt es sich in erster Linie um Pontonieren, Befestigen von Stellungen und Unterstützung der Infanterie beim Angriff auf befestigte Stellungen. Für den Festungspionier ist die Sappeurarbeit, vor allem aber der Mineurdienst, die Vorbereitung des Sturms auf permanente Werke und die Unterstützung der Infanterie beim Sturm auf solche Werke der wichtigste Teil seiner Tätigkeit. Mit einer oberflächlichen Ausbildung für diesen Dienst kann die Armee sich nicht zufrieden geben. Er fordert die gründlichste und eingehendste Vorbereitung.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend hat General v. Beseler, der frühere Generalinspekteur der Festungen und der Pioniere, der seinem Vaterlande überhaupt unschätzbare Dienste geleistet hat, die Grundlagen zu einer neuen Organisation gelegt, die den Gedanken verfolgt, auf gemeinsamer Ausbildungsgrundlage Feld- und Festungspioniere für ihre besonderen Aufgaben auch besonders auszubilden. Auf dieser Grundlage müssen wir weiter bauen und besonders den Festungspionierdienst seiner Wichtigkeit entsprechend weiter entwickeln.

Neben den bisher besprochenen Forderungen, die eine unmittelbare Erhöhung und Sicherung der Operationsfähigkeit im Auge haben, muß schließlich auch noch der Einrichtungen Erwähnung geschehen, die mittelbar dem gleichen Zwecke dienen, indem sie einerseits die feindliche Operationsfähigkeit schädigen und damit den Wert der eigenen erhöhen, anderseits durch Aufklärung und vor allem durch Verschleierung der Offensive dienen und die Überraschung des Feindes ermöglichen, die eine Bedingung erfolgreicher Offensive ist. Es handelt sich dabei um die Kavallerie und die Luftflotte.

Der Kavallerie fällt die doppelte Aufgabe zu, einerseits aufzuklären und vor allem zu verschleiern, anderseits aber auch gegen die feindlichen Verbindungen zu wirken, den geregelten Nachschub der feindlichen Armee immer von neuem zu unterbrechen und so deren Bewegungsfähigkeit zu lähmen.

Daß unsere Kavallerie im Verhältnis zur Kriegsarmee und im Hinblick auf die ihr im Kriege zufallenden wichtigen Auf-

gaben viel zu schwach ist, bedarf für jeden Kriegsverständigen keines Beweises. Wenn man die voraussichtlichen Marsch- und Gefechtsverluste ins Auge faßt und sich zugleich vergegenwärtigt, daß es so gut wie unmöglich ist, diese Verluste vollwertig zu ersetzen, daß ferner Kavalleriereserveformationen doch nur eine sehr beschränkte Leistungsfähigkeit haben werden, tritt dieses Mißverhältnis in seiner vollen Schärfe zutage. In der öffentlichen Meinung aber wird die Kavallerie für mehr oder weniger überflüssig gehalten, weil sie in unseren letzten Kriegen taktisch allerdings verhältnismäßig wenig geleistet hat und weil sie — viel kostet. Man ist bei uns immer geneigt, für die Beurteilung der Kavallerie den Maßstab von 1866 und 1870/71 anzulegen. Dieser Maßstab aber ist ein ganz falscher: das kann nicht oft genug betont werden. Einerseits war die Bewaffnung damals so mangelhaft, daß sie die Reitertätigkeit in den wichtigsten Beziehungen lahm legte, anderseits ging man bei der Verwendung vielfach von ganz veralteten Anschauungen aus. Infolgedessen war die Kavallerie gar nicht für selbständige Unternehmungen ausgerüstet. So kann, was damals geschah, mit dem was in Zukunft gefordert werden muß, überhaupt gar nicht verglichen werden. In Kriegen, in denen die berittene Truppe wirklich leistungsfähig und nicht durch vorgefaßte Meinungen in ihrer Tätigkeit beschränkt war, wie im amerikanischen Sezessions- und im Burenkriege, ist die Reiterei fortdauernd vermehrt worden, weil der hohe und entscheidende Wert ihrer operativen Beweglichkeit überzeugend in die Erscheinung trat, zumal in Afrika trotz aller modernen Waffen. Das sind die Kriege, die man studieren muß, wenn man ein richtiges Urteil gewinnen will. Dann wird man sich auch überzeugen, daß eine Vermehrung unserer Kavallerie unbedingt notwendig ist. Sie wird allerdings nur dann einen Wert haben, wenn die Divisionen der Heereskavallerie mit Kolonnen und Trains derart ausgestattet werden, daß sie selbständig operieren können. Von der Erfüllung dieser Forderung hängt die Leistungsfähigkeit der Kavallerie überhaupt ab. Unbedingt geboten ist es ferner, schon mit Rücksicht auf die Maßnahmen unserer

Gegner, die Gefechtskraft der Kavallerie durch ausgiebige Zuteilung von Radfahrertruppen zu verstärken. Es ist das um so mehr erforderlich, als einerseits der Kampf um die feindlichen Verbindungen mit starken Widerständen rechnen muß, anderseits der Verschleierungsdienst, der bei der Offensive noch wichtiger ist als die Aufklärung, gerade durch ein Zusammenwirken von Kavallerie und Radfahrern besonders gute Erfolge verspricht. Aber auch für die Bekämpfung der feindlichen Aufklärungs- und Verschleierungstruppen ist eine Verstärkung der Feuerkraft bei der Heereskavallerie unbedingt erforderlich.

Neben der Vermehrung der Waffe und der Zuteilung von Radfahrern ist auch eine andersartige Organisation geboten, wenn die Kavallerie Gutes leisten soll. Brigaden zu zwei Regimentern und Divisionen zu sechs Regimentern sind im Kriege da, wo es auf entscheidende Tätigkeit ankommt, im allgemeinen viel zu schwach, wie ich das wiederholt nachgewiesen habe, ohne widerlegt worden zu sein [1]).

Die Brigaden müssen im Kriege drei Regimenter stark sein, die Divisionen und Korps aber in wechselnder Stärke nach den Bedürfnissen der jeweiligen Lage gebildet werden. Gerade bei der Schwäche unserer Kavallerie ist eine große Flüssigkeit der Organisation geboten. Außerdem kann aber ein Zweifel darüber überhaupt nicht bestehen, daß die Partei, der eine überlegene und im modernen Geiste geführte Kavallerie zur Verfügung steht, vor dem Gegner einen gar nicht hoch genug zu schätzenden Vorteil voraus haben wird, der sich bei der Kriegsentscheidung geltend machen muß.

Beiläufig möchte ich noch bemerken, daß die reitenden Batterien, die der Heereskavallerie beigegeben werden, zu vier Geschützen gebildet werden müßten, so daß die dreiteilige Division über drei Batterien verfügte und unter Umständen

[1]) Vgl. v. Bernhardi, „Unsere Kavallerie im nächsten Kriege" und „Reiterdienst".

jeder Brigade eine Batterie zugeteilt werden könnte. Es ist das eine alte Forderung, die schon Kaiser Wilhelm I. ausgesprochen hat, die aber immer noch keine Berücksichtigung gefunden hat. Es kommt bei der Kavallerie im allgemeinen nicht auf langwierige artilleristische Kämpfe an, sondern meistens auf die Ausnutzung rasch vorübergehender Momente, auf große Beweglichkeit bei vielseitigster Wirkungsmöglichkeit und Verwendungsfähigkeit. Von einem grundsätzlichen Zusammenhalten der Artillerie kann dabei selbstverständlich nicht die Rede sein. Nur da, wo es sich um entscheidenden Angriff handelt, kann dieser Grundsatz bei der Kavallerie Geltung haben.

Aufklärung und Verschleierung der Kavallerie müssen durch die Luftflotte ergänzt werden. Es handelt sich hierbei freilich meist um Dinge, die erst werden sollen; doch läßt sich schon jetzt mit Sicherheit voraussehen, welch hohe Bedeutung diesem Zweige der Kriegführung in den nächsten Kriegen zukommen wird [1]). Es ist daher nötig, frühzeitig auf die Gesichtspunkte hinzuweisen, die militärisch von besonderer Wichtigkeit sind und daher auch von der Technik vor allem Berücksichtigung verdienen.

Von diesem Standpunkt aus muß in erster Linie gefordert werden, daß neben Betriebssicherheit und Unabhängigkeit vom Wetter die Luftfahrzeuge eine *überlegene Gefechtskraft* besitzen; denn nur, wenn man in der Lage ist, die feindlichen Flugmaschinen und Luftkreuzer mit Erfolg anzugreifen, kann man die eigenen Heeresbewegungen wirksam verschleiern und den Weg für die Aufklärung frei machen.

Die Möglichkeit, die feindlichen Luftfahrzeuge zu bekämpfen und zu vernichten, muß daher der leitende Gedanke bei allen Konstruktionen sein, und schon jetzt muß die dabei einzuhaltende Taktik erwogen werden, damit sie beim Bau berücksichtigt werden kann, wie überhaupt auch die Taktik wesentlich von

[1]) Die Tätigkeit und die Erfolge der italienischen Flieger in Tripolis sind sehr beachtenswert, dürfen aber nicht überschätzt werden. Die Gegner in der Luft fehlten.



der Konstruktion und der technischen Leistungsfähigkeit abhängen wird. Diese Wechselbeziehungen müssen frühzeitig ins Auge gefaßt werden, um eine sichere Überlegenheit über unsere Gegner zu gewinnen.

Wenn man nun die vorstehenden Erwägungen kurz zusammenfaßt, ergibt sich abgesehen von der Notwendigkeit, die allgemeine Wehrpflicht tatsächlich durchzuführen, eine ganze Reihe organisatorischer Forderungen, von deren Erfüllung die Leistungsfähigkeit unseres Heeres sehr wesentlich abhängen wird:

Die ganze Organisation muß derartig sein, daß die Kolonnenlänge des Armeekorps ein gewisses Maß nicht überschreitet, das bei ausschließlicher Magazinverpflegung noch ein rasches Vorwärtskommen gestattet.

Für die höheren Verbände, vor allem aber für das Armeekorps als der taktischen und operativen Einheit muß eine Dreiteilung durchgeführt werden.

Die Infanterie muß im Verhältnis zur Artillerie sehr wesentlich verstärkt werden.

Die Artillerie muß derart organisiert sein, daß es möglich ist, die Haubitzwirkung da zu konzentrieren, wo sie erforderlich wird, ohne die Verbände zu zerreißen.

Die Kavallerie muß vermehrt, durch Radfahrertruppen verstärkt und in einer Weise organisiert werden, die ihre Leistungsfähigkeit für den Krieg sicherstellt.

Die Nachschubformationen besonders für die Verpflegung müssen so vorbereitet sein, daß eine ausschließliche Magazinverpflegung auch bei rascher Vorbewegung dauernd aufrecht erhalten werden kann.

Die Luftflotte muß mit größter Tatkraft unter dem Gesichtspunkt entwickelt werden, sie kampfkräftiger zu machen als jede feindliche.

Endlich, und das ist vielleicht das wichtigste, muß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, unsere Infanterie zu der taktisch besten der Welt zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß nur völlig leistungsfähige Formationen zum entscheidenden Feldkriege verwendet werden.

Allen diesen Forderungen auf der Grundlage unserer heutigen Organisation gerecht zu werden, hat natürlich seine großen Schwierigkeiten und wird schwerlich in vollem Maße gelingen. Ein deutscher Reichstag, der ohne den äußersten Zwang der Verhältnisse die in unserer politischen Lage für die Armee nötigen Opfer zu bringen sich entschließen könnte, ist eigentlich nicht zu denken. Die Versuchung, sich über die vorhandenen Gefahren hinwegzutäuschen und die politischen Ziele zu beschränken, um die Notwendigkeit großer Opfer wegleugnen zu können, ist allzu groß, als daß man ihr nicht unterliegen sollte, noch dazu in einer Zeit, der die Aufrechterhaltung des Friedens als Inbegriff aller politischen Weisheit gilt. Auch tröstet man sich meistens mit der Hoffnung, daß das Schlimmste ja doch nicht eintreten werde, obwohl die Geschichte beweist, daß das durch Schwäche herbeigeführte Elend oft alle Erwartungen überstieg.

Wenn aber auch von der Nation schwerlich das Verständnis für das Notwendige erwartet werden kann, muß doch von der Kriegsverwaltung gefordert werden, daß sie mit äußerster Energie das Mögliche zu erreichen strebt und nicht vor der öffentlichen Meinung halt macht. Wo die Zukunft einer großen und edlen Nation auf dem Spiele steht, ist kein Raum für Kleinmut und Tatenlosigkeit. *Jedenfalls darf nichts geschehen, was mit den Grundsätzen einer gesunden kriegsgemäßen Organisation im Widerspruch steht*, wie das leider wiederholt vorgekommen ist.

Die Dreiteilung der höheren Verbände könnte auf verschiedene Weise erreicht werden. Darüber können die Ansichten sehr mannigfach sein, und auch die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung müßten weitgehende Berücksichtigung finden. Nur beispielsweise führe ich einige Vorschläge an, die gemacht werden könnten.

Ein Weg wäre der, daß die Armeekorps in drei Divisionen zu je drei Infanterieregimentern eingeteilt und die dann überflüssige Zwischeninstanz der Brigaden ganz fallen gelassen würde. Ein anderer Vorschlag ginge dahin, in jedem Korps eine der

heutigen Divisionen zu drei Brigaden zu formieren, so daß die überschießende Brigade vielleicht mit den leichten Feldhaubitzen und dem Jägerbataillon vereint im Kriegsfall eine besondere Abteilung in der Hand des kommandierenden Generals bilden würde. Das letztere Verfahren würde sich bei unserer heutigen Organisation verhältnismäßig leicht durchführen lassen, hätte dagegen den Nachteil, daß innerhalb der Divisionen und Brigaden die Zweiteilung erhalten bliebe; während das durchgreifendere Verfahren, das Korps in drei Divisionen zu teilen, eben den Vorteil hätte, durchgreifend zu sein, und auch eine vielseitigere Verwendung der einzelnen Gruppen ermöglichen würde.

Das Verhältnis der Infanterie zur Artillerie läßt sich natürlich nur allmählich durch das Anwachsen der Infanterie bei wirklicher Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu einem günstigeren gestalten. Schon die Zuteilung einer fünften Brigade zu jedem Armeekorps würde bessere Verhältnisse schaffen, als sie heute bestehen. Sobald aber die Vermehrung der Infanterie so weit fortschreitet, daß neue Armeekorps gebildet werden müssen, kann die hierzu erforderliche Artillerie zunächst aus den vorhandenen Formationen entnommen und können diese dadurch verringert werden. Es wird für die Gesamtleistung des Heeres nur vorteilhaft sein, wenn die für jedes Armeekorps bestimmte Artillerie einigermaßen beschränkt wird, ohne doch ihre Gesamtmasse zu verringern. Jedenfalls muß darauf Bedacht genommen werden, daß nur die für die Gefechtseinleitung notwendige Menge an Munition bei den Kolonnen der fechtenden Truppen dauernd unmittelbar mitgeführt wird. Alles, was darüber ist, müßte hinter die Verpflegungsfahrzeuge zurückgeschoben und nur im Bedarfsfalle vorgezogen werden, das heißt wenn ein Gefecht in Aussicht steht. Die Möglichkeit, die Truppe auf alle Fälle verpflegen und damit die Marschgeschwindigkeit aufrecht erhalten zu können, ist weitaus wichtiger als der mehr oder weniger theoretische Vorteil, eine erhebliche Masse Munition auch während der Operationsmärsche unmittelbar zur Hand zu haben. Man wird sowieso

während der Einleitung eines Gefechts im allgemeinen Munition zu sparen suchen und sich nicht auf einen Kampf gegen unsichtbare Ziele einlassen, die nur durch Streufeuer bekämpft werden können; die volle Feuerkraft wird man dagegen für die entscheidenden Augenblicke des Kampfes aufsparen. Dann aber wird die notwendige Munition unter allen Umständen zur Stelle sein, wenn sie rechtzeitig als Gefechtsstaffel vorgezogen wurde.

Eine zweckmäßige Organisation der Artillerie sollte in dem Sinne angestrebt werden, daß jede Division über die gleiche Anzahl von Kanonenbatterien verfügte. Die leichten Feldhaubitzen aber müßten einem Truppenteil derart angegliedert werden, daß sie für den Krieg eine Korpsartillerie bilden könnten, ohne daß dadurch die Divisionsverbände zerrissen zu werden brauchten. Die Stärke der Artillerie müßte sich nach der Stärke der Infanterie des Armeekorps derart richten, daß die gesamte Marschtiefe das Maß von etwa 25 Kilometern nicht überschritte. Die schweren Feldhaubitzen dagegen müssen im Frieden den kommandierenden Generalen unterstellt und im Kriegsfall als Armeeartillerie zusammengezogen werden.

Für die Kavallerie selbst wäre vielleicht die völlige Loslösung aus dem Korpsverbande das zweckmäßigste, da die Masse als Heereskavallerie auch im Kriege völlig selbständig ist. Die für den Dienst bei der Infanterie nötigen Regimenter könnten im Frieden abwechselnd zu den Übungen mit gemischten Waffen kommandiert werden, um sich im Dienst der Divisionskavallerie auszubilden, wozu auch die Garnisonsübungen ausgenutzt werden müßten. Dagegen läßt sich freilich anführen, daß die Truppenführer besser ausgebildet werden und vieles lernen, wenn ihnen die Kavallerie unterstellt bleibt. Doch scheint mir dieser Einwand nicht recht schlagend.

Ein anderer Weg, die Organisation der Kriegstätigkeit der Waffe besser anzupassen als jetzt, wäre der, daß man die jetzt in jedem Armeekorps vorhandenen vier Kavallerieregimenter in einer Brigade zusammengefaßt den Generalkommandos direkt unterstellte. Im Mobilmachungsfall würde dann das eine Regiment für die beiden Divisionen ausgeschieden, während

die nunmehr drei Regimenter starke Brigade zur Heereskavallerie treten würde. Das zur Divisionskavallerie bestimmte Regiment müßte bei der Mobilmachung sechs Eskadrons aufstellen und jeder Division deren drei zur Verfügung stellen. Wäre aber das Armeekorps zu drei Divisionen formiert, so würde jede Division nur zwei Eskadrons erhalten können.

Auf diese Weise würde allerdings eine sehr schwache und minderwertige Divisionskavallerie geschaffen; der Dienst im Felde würde schwer darunter leiden. Da es aber noch wichtiger ist, über eine ausreichende Heereskavallerie zu verfügen als über eine ihrer schwierigen Aufgabe voll gewachsene Divisionskavallerie, bleibt vorläufig nichts Anderes übrig, als die unbedingt erforderliche Stärke der ersteren auf Kosten der letzteren zu erreichen. Ein solcher die Armee schwer schädigender Notbehelf fällt als Schuld denen zur Last, die nicht rechtzeitig für eine Vermehrung der Kavallerie eingetreten sind. Auch läßt die ganze Erörterung von neuem erkennen, wie unbedingt nötig eine solche Vermehrung ist. Würde sie durchgeführt, so würde sie natürlich auch auf die Organisation der Waffe zurückwirken. Diese müßte dann den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Es gibt verschiedene Wege, auf denen das Ziel erreicht werden kann, eine Organisation zu schaffen, die die gesunde und kriegsgemäße Entwicklung der Kavallerie gewährleistet.

Die unbedingt nötigen Radfahrertruppen müßten auf jeden Fall schon im Frieden der Kavallerie zugeteilt werden, damit das Zusammenwirken beider Waffen geübt werden könnte und der Kavallerieführer lernte, diese wichtige Waffe zweckmäßig zu verwenden. Da sie an einigermaßen gute Wege gebunden ist, hat das Zusammenwirken immerhin seine Schwierigkeiten, die überwunden sein wollen.

Die Ansichten, die ich hier in allgemeinen Zügen als Gesichtspunkte für die Organisation der Armee zu entwickeln versucht habe, lassen sich natürlich von manchem Standpunkt aus angreifen. Gerade in militärischen Fragen kann man zu sehr verschiedenen Ergebnissen gelangen, wenn man die einzelnen bewegenden Elemente verschieden bewertet. Ich glaube jedoch,

daß sich meine Anschauungen aus dem Gesamtzusammenhange der Dinge mit einer gewissen logischen Notwendigkeit ergeben. Es kommt für die Vorbereitung des Krieges meines Erachtens vor allem darauf an, die großen leitenden Gedanken unentwegt festzuhalten und sich nicht von Einzelfragen beherrschen zu lassen. Jede besondere Forderung muß im Gesamtzusammenhange der Dinge betrachtet werden, wie er nur in der Kriegführung selbst in die Erscheinung tritt. Jeder besondere Waffenstandpunkt muß als unberechtigt zurückgewiesen werden, und der Ressortgeist muß schweigen. Auch davor muß gewarnt werden, die technischen und materiellen Machtmittel trotz ihrer zweifellos großen Bedeutung zu überschätzen, die geistigen und moralischen Faktoren aber nicht genügend in Rechnung zu stellen. Unsere Zeit, die in der Beherrschung der Natur so große Fortschritte gemacht hat, neigt dazu, dieser Herrschaft über die Naturkräfte eine größere Bedeutung beizumessen, als ihr zukommt. In letzter Linie sind doch immer die Menschen die Träger der Siegerkraft und nicht die Mittel, deren sie sich bedienen.

Es gehört ein tiefes Verständnis der Feldherrnkunst und eine selbständige Persönlichkeit dazu, um den Krieg in zweckmäßiger Weise vorbereiten zu können, und oft werden den „Organisator des Sieges" unter dem wechselnden Einfluß verschiedenartiger Bestrebungen und Auffassungen Zweifel beschleichen, ob er sich zu der einen oder zu der anderen Richtung entschließen soll. Aus solchen Zweifeln wird er nur dann einen befriedigenden Ausweg finden, wenn er aus dem Zusammenhange der Kriegführung und ihrer verschiedenartigen Anforderungen die Bedeutung der einzelnen mitwirkenden Faktoren abzuleiten sucht:

„Denn wer den Geist aufs Ganze hält gerichtet,
Dem ist der Streit in seiner Brust geschlichtet."

11

Die Ausbildung

Wenn wir bestrebt sein müssen, schon durch die Organisation das deutsche Heer zu einem möglichst schlagkräftigen Werkzeug der deutschen Politik und dadurch zu einer Schule der Kraft und der Gesundung für unser Volk auszugestalten, müssen wir auch suchen, durch eine überlegene Ausbildung unsere Gegner zu überbieten und zugleich den sozialen Aufgaben der Armee in erhöhtem Maße gerecht zu werden, indem wir mit allen Kräften bemüht sind, das geistige und sittliche Niveau der Mannschaften zu heben und ihre deutsche und vaterländische Gesinnung zu festigen.

Fleiß und Hingabe an den Lehrberuf der Armee genügen heute aber nicht mehr, um besonders den ersten Zweck zu erreichen, unsere Truppen den feindlichen überlegen zu machen; denn auch in den gegnerischen Armeen wird mit der größten Hingabe gearbeitet. Wenn wir einen Vorsprung gewinnen wollen, kann es nur dadurch geschehen, daß die Ausbildung mit allem Veralteten bricht und im Geiste des zukünftigen Krieges erfolgt, der neue Anforderungen stellen wird an die Truppe so gut wie an die Führung.

Auf die Ausbildung mit den modernen Waffen und technischen Hilfsmitteln im einzelnen einzugehen, ist nicht erforderlich, sie ergibt sich mit Notwendigkeit eben aus der Einführung dieser Kriegsmittel. Wenn wir aber das ganze Gebiet der Ausbildung im großen ins Auge fassen, werden zwei Erscheinungen des modernen Krieges uns als besonders wichtig für die Ausbildung auffallen: die erhöhten Anforderungen, die er

an die Persönlichkeit stellen wird, und die Verwendung von Massen, wie wir sie bisher nicht gekannt haben.

Die Notwendigkeit einer gesteigerten Individualisierung ergibt sich unmittelbar: für Infanterie und Artillerie aus dem Charakter des modernen Gefechts; für die Kavallerie aus der Natur ihrer strategischen Aufgaben und der Notwendigkeit, auch zu Fuß zu fechten wie die Infanterie; für die Führer aller Grade aus der Massenhaftigkeit der Heere, der räumlichen Ausdehnung der Operationsgebiete und Schlachtfelder sowie der aus allen diesen Verhältnissen folgenden Unmöglichkeit unmittelbarer Befehlserteilung. Wo immer wir den Blick hinwenden auf dem weiten Gebiet neuzeitlicher Kriegführung, überall tritt uns die Notwendigkeit selbständigen Handelns entgegen, mag es sich um die Tätigkeit des Musketiers im Kampf, des einsamen Patrouillenreiters mitten im feindlichen Lande, oder um den Führer einer Armee handeln, der im Verbande eines Heeres operiert. Im Gefecht wie bei der Operation ist heute nur noch durch das selbständige Zusammenwirken Aller nach gegebenen Gesichtspunkten die notwendige Einheitlichkeit des Handelns zu erreichen.

Die Massenverwendung vor allem fordert eine gegen früher völlig veränderte Art, die Truppen zu bewegen und zu verpflegen. Es ist ganz etwas Anderes, hundert- oder vielleicht auch zweimalhunderttausend Mann in einem reichen von vielen Verkehrswegen durchzogenen Lande zu führen und zum gemeinsamen Kampf zu versammeln als achtmalhunderttausend Mann auf einem schon vom Gegner völlig ausgezehrten Kriegsschauplatz, auf dem alle Eisenbahnen und Brücken den modernen Sprengmitteln zum Opfer gefallen sind. Im ersten Fall genügt zur Not der militärische Empiriker; der zweite fordert unbedingt einen wissenschaftlich vorgebildeten Feldherrn und Unterführer, die auch ihrerseits das Wesen des modernen Krieges selbständig erforscht und erkannt haben. Die Probleme der Zukunft müssen im voraus gelöst sein, wenn man auf einem heutigen Kriegstheater mit Sicherheit und rascher Entschlossenheit will operieren können.

Die Notwendigkeit weitgehender Individualisierung ist denn auch im allgemeinen anerkannt. Mancher alte Zopf freilich hängt uns noch an. Hie und da wird dem Parademarsch für die Ausbildung noch eine Bedeutung beigemessen, die ihm nicht mehr zukommt. Auch wird das geschlossene Exerzieren stellenweise noch mehr betrieben, als sachlich gerechtfertigt ist. Die Kavallerie ist aus ihrem Traumleben noch nicht völlig erwacht und übt unter gewaltigem Einsatz von Pferdekräften nach wie vor auf den Exerzierplätzen, als ob es keine weittragenden Schnellfeuerwaffen gäbe, als ob sie noch immer die alte Schlachtenwaffe Napoleons oder Friedrichs des Großen wäre. Auch in der Artillerie spuken noch hie und da mehr oder weniger veraltete Ideen; schießtechnische und schematische Gesichtspunkte beschränken noch bisweilen die Freiheit des taktischen Handelns; in der Praxis der Manöver kommt es immer wieder zu Artillerieduellen, während die Konzentration der Wirkung im Ziel und das Zusammenwirken mit der Infanterie nicht immer mit der nötigen Bestimmtheit der Gefechtslage entsprechend erstrebt wird. Selbst in der Theorie wird die Notwendigkeit des Artillerieduells noch bisweilen behauptet [1]. In der schweren Artillerie des Feldheeres herrscht noch vielfach ein scharf ausgeprägter Waffenstandpunkt. Auch aus den neuen Reglements und Vorschriften sind veraltete und schematische Gesichtspunkte noch nicht völlig verschwunden und stellen sich der freien Entwicklung entgegen: im großen und ganzen aber hat man doch eingesehen, daß die Einzelleistung im Sinne größerer Selbständigkeit gefördert werden muß. Die Armee ist in dieser Hinsicht zweifellos auf einem richtigen Wege, und wenn sie ihn unbeirrt weiter verfolgt und immer von neuem die Versuchung von sich weist, im Interesse des äußeren Scheins die Selbständigkeit der Unterführer zu beschränken, darf man der Hoffnung Raum geben, daß auf diesem Wege das Höchste mit der Zeit wird erreicht werden können, wenn es gleichzeitig gelingt, die militärische Urteilsfähigkeit entsprechend zu fördern.

[1] Der Krieg der Gegenwart. Deutsche Revue, Januarheft 1909.

Während nun in dieser Richtung eine gesunde Entwicklung eingesetzt hat, wird dem Umstande, daß auch die großen Verhältnisse des Krieges sich vollständig geändert haben, nicht in genügender Weise Rechnung getragen. Obwohl man im nächsten Kriege mit Millionenheeren operieren wird, bewegt sich unsere heutige Führerausbildung zum größten Teil immer noch in Bahnen, die einer vergangenen Zeit angehören und die modernen Verhältnisse so gut wie völlig außer acht lassen. In dieser Richtung bewegen sich vornehmlich unsere Manöver. In Brigade- und Divisionsmanövern spielt sich der größte Teil der praktischen Übungen ab, also in Formen, wie sie in den Entscheidungskämpfen der Zukunft überhaupt nicht mehr vorkommen können; von Zeit zu Zeit — aus finanziellen Rücksichten leider nicht einmal jährlich — wird ein Korpsmanöver abgehalten, das immer noch als eine Vorbereitung zur Führung im Massenkriege nicht betrachtet werden kann; selten nur werden mehrere Armeekorps zu gemeinsamer Übung zusammengezogen unter den ältesten Generälen, die dann gewöhnlich bald darauf den Abschied nehmen und die etwa erlangte Erfahrung für die Armee also gar nicht verwenden können.

Daß auch die heutigen Manöver außerordentlich lehrreich und nützlich sind besonders für die Truppe selbst, soll natürlich nicht geleugnet werden: eine unmittelbare Vorbereitung für die Führung im modernen Krieg sind sie aber nicht. Auch die sogenannten Kaisermanöver entsprechen den Anforderungen des modernen Krieges nur in geringem Grade, weil sie niemals kriegsgemäße Verpflegung und selten kriegsgemäße Unterkunft in Betracht ziehen. Ein Blick auf das Kaisermanöver 1909 genügt, um zu erkennen, daß viele der dabei vorgekommenen Operationen gar nicht hätten ausgeführt werden können, wenn man dabei mit Magazinverpflegung und eiserner Portion hätte rechnen müssen. Es ist aber eine absolute Notwendigkeit, daß unsere Führer lernen, auf diese Dinge die gebührende Rücksicht zu nehmen, da sie im Kriege die Regel bilden werden und die Operationsfreiheit in erheblichem Maße beschränken. In der Theorie wird freilich immer mit den Verpflegungsfahr-

zeugen gerechnet; sie werden in allen Befehlen pflichtschuldigst erwähnt und in Gedanken gewissermaßen als eine Verpflegungs-reserve geschlossen hinter den Korps und Divisionen her-geschoben. Daß sie sich aber in Wirklichkeit alle miteinander in einer fortgesetzten Pendelbewegung zwischen den Truppen und den Magazinen befinden, daß auch die Magazine fast täglich vor- oder zurückgeschoben werden müssen, daß die Lage der Feldbäckereien von entscheidender Bedeutung ist: das alles sind Dinge, die als unbequem und lästig wohl nur äußerst selten be-rücksichtigt werden.

Auch bei großen strategischen Kriegsspielen, selbst auf einem in Rußland angenommenen Kriegsschauplatz, der jedes Leben aus dem Lande ausschließt, werden die Verpflegungsverhält-nisse wohl nur ausnahmsweise im einzelnen bearbeitet, und fast möchte ich bezweifeln, daß man bei solchen Gelegenheiten jemals mit ausschließlicher Magazinverpflegung gerechnet hat. Noch weniger Gelegenheit, diese Verhältnisse kennen zu lernen, wird den Offizieren in der Praxis geboten, und doch ist es außerordentlich schwierig, auf lediglich theoretischem Wege sich mit dem Bewegungs- und Verpflegungsmechanismus einer großen Armee vertraut zu machen und eine wirkliche Herr-schaft über das Objekt zu erlangen.

Die Reibungen und Schwierigkeiten, die in Wirklichkeit entstehen, lassen sich in der Theorie niemals zum Ausdruck bringen, und die Routine in der Handhabung dieser Dinge läßt sich auf dem Papier nicht erreichen.

Liegt in diesen Verhältnissen eine große Bindung der Operationsfreiheit, so bieten auch ganz abgesehen von den Ver-pflegungsverhältnissen die Armeebewegungen an sich erhebliche Schwierigkeiten, wie ich das an seiner Stelle nachzuweisen ver-sucht habe[1]). Man darf nicht glauben, daß diese Schwierig-keiten für den Ungeübten leicht zu überwinden sind. Als 1870 einigermaßen verwickelte Armeebewegungen vorgenommen wer-den sollten, wie bei dem Vormarsch auf Sedan, zeigte es sich

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. I, 2. Kapitel, 7.

sofort, daß selbst die höchsten Führer der Lage nicht gewachsen waren, daß nur der Reichtum des Kriegsschauplatzes und der mangelnde Offensivgeist der Franzosen das Gelingen der Operation ermöglichten, trotzdem ein Mann wie Moltke an der Spitze des Heeres stand. Gewiß sind alle diese Dinge in unserem Generalstab seither eingehend bearbeitet worden, aber die theoretische Arbeit des Generalstabs macht sie noch lange nicht zum Gemeingut der Armee.

Ich glaube aus allen diesen Gründen, daß zunächst und vor allem unsere Manöver den durchaus veränderten Verhältnissen entsprechend auf eine neue Basis gestellt werden, daß wir die ausgetretenen Bahnen der bisherigen Methode verlassen müssen. Die Truppe muß — wie bisher — zu der höchstmöglichen taktischen Leistung, zugleich aber muß auch die Armee zu der größten möglichen Operationsfähigkeit erzogen werden, zu diesen beiden Angelpunkten des Erfolges im modernen Kriege; die Führer aber müssen zielbewußt für den großen Krieg vorbereitet werden, in dem in Zukunft die Entscheidung liegt. Das läßt sich auf den bisherigen Wegen nicht erreichen.

Diesen Gesichtspunkten müssen alle Ausbildungsmaßregeln angepaßt werden.

Auf die Gefechtsausbildung der Infanterie und Kavallerie an dieser Stelle näher einzugehen, versage ich mir mit Rücksicht darauf, daß ich die dahin gehörenden Fragen bereits eingehend in besonderen Werken besprochen habe[1]). Nur für die Artillerie scheinen mir einige Hinweise auf die für die taktische Ausbildung dieser Waffe leitenden Gesichtspunkte geboten.

Die Anforderungen an die Gefechtsleistung dieser Truppe lassen sich — wie das ja auch in den Reglements teilweise zum Ausdruck kommt — dahin zusammenfassen, daß sie von allen vorgefaßten Meinungen und Theorien über die Art ihrer

[1]) v. Bernhardi, Taktik und Ausbildung der Infanterie 1910. — Unsere Kavallerie im nächsten Kriege 1899. — Reiterdienst 1910.

Verwendung absehen und sich in allem ihrem Tun nur von dem einen Gedanken leiten lassen muß, in der entscheidenden Richtung den Kampf der Infanterie oder der Kavallerie zu unterstützen. Theoretisch wird dieser Grundsatz allerdings überall anerkannt; in der Praxis muß er noch mehr zum Ausdruck kommen; da muß die Artillerie noch mehr als bisher bestrebt sein, ihre taktischen Aufgaben in den Vordergrund zu stellen und ihre besonderen waffentechnischen Forderungen diesem Gedanken dienstbar zu machen. Der immer wieder auftretenden Neigung, vor allem die feindliche Artillerie zu bekämpfen, muß grundsätzlich entgegengetreten werden. In der Verteidigung freilich wird man manchmal gezwungen sein, die Angriffsartillerie zu bekämpfen, wenn einige Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, weil diese der gefährlichste Gegner der Verteidigungsinfanterie ist; im Angriff aber muß es stets als die Hauptaufgabe betrachtet werden, möglichst aus verdeckten Stellungen gegen die feindliche Infanterie zu wirken[1]. Der Grundsatz, die artilleristischen Verbände auf dem Schlachtfelde zusammenzuhalten und eine einheitliche Feuerleitung durchzuführen, darf nicht auf die Spitze getrieben werden. Gewiß muß die Artillerie nach großen Gesichtspunkten verwendet werden, und die höhere Führung muß dafür sorgen, daß Massenwirkung in den entscheidenden Richtungen erzielt wird. Im einzelnen aber und in den wechselnden Vorkommnissen des Gefechts muß die Durchführung dieses Gedankens weniger durch die einheitliche Leitung erreicht werden als dadurch, daß die gemeinsame taktische Aufgabe den Unterführern mitgeteilt wird und diese bestrebt sind, mit allen Mitteln die gewollte Wirkung herbeizuführen. In diesem Sinn muß dahin gestrebt werden, daß mehr noch als bisher die Selbständigkeit der Unterführer zu ihrem Recht kommt; denn sie wird sich im Ernstfall als notwendig erweisen. Die große Ausdehnung der Schlachtfelder und das natürliche Bestreben, gerade bedecktes und bewegtes Gelände für den Angriff zu bevorzugen,

[1] v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 3. Kapitel, 1 u. 2.

werden auch die Artillerie oft dazu zwingen, in getrennten Gruppen oder in Treffen hintereinander aufzutreten und trotzdem die einheitliche Wirkung gegen das taktisch wichtigste Ziel zu erstreben. Das ist durch eine Zentralisierung der Feuerleitung schwer, am besten durch die Selbständigkeit taktisch geschulter Unterführer zu erreichen.

Auf taktische und schießtechnische Einzelheiten einzugehen, verbietet sich an dieser Stelle von selbst. Erwähnen will ich nur einige mir besonders wichtig erscheinende Fragen.

Der Bz-Granatschuß sollte als wenig kriegsgemäß abgeschafft und auch aus der Ausbildung ausgeschieden werden. Er fordert, um seine spezifische Wirkung gegen Schützengräben zu erzielen, ein so genaues Einschießen, wie es im Ernstfall gewiß selten zu erreichen ist.

Dem Einschießen mit Schrapnells sollte keine zu hohe Bedeutung beigemessen werden. In Frankreich soll es sich bewährt und auch bei uns befriedigende Ergebnisse gebracht haben. Man muß sich aber hüten, die Schießplatzerfahrungen unmittelbar auf den Ernstfall zu übertragen. Das Verfahren verspricht zwar, wenn es erfolgreich ist, rasche Wirkungen, kann aber anderseits besonders in der Massenschlacht sehr leicht zu großen Schätzungsfehlern führen. Jedenfalls ist das Einschießen mit Az-Geschossen zuverlässiger, und darauf kommt es in erster Linie an.

Für die letzten Stadien des Angriffsgefechts muß grundsätzlich das Az-Feuer Verwendung finden, wie das ja neuerdings auch im Reglement bestimmt ist.

Im ganzen muß man sich hüten, in der Verfeinerung und Komplizierung des Verfahrens und seiner Hilfsmittel zu weit zu gehen. Im Gefecht läßt sich nur das einfachste praktisch und erfolgreich anwenden. Das sollte man niemals vergessen.

Für die Gesamtausbildung der Artillerie muß betont werden, daß das Schulmäßige und Schematische, zum Beispiel bei den Schießbesprechungen, noch mehr als bisher zurücktreten, das Taktische dagegen mehr als bisher überall in den Vordergrund gestellt werden sollte. Nur dann wird die Artillerie

im Gefecht Vollwertiges leisten. Vernachlässigt darf jedoch auch das Schießtechnische bei den Besprechungen nicht werden. Das hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, und wenn heute gewisse Bestrebungen dahin gehen, die schießtechnischen Besprechungen ganz zu beseitigen, weil sie unbequem sind, so muß dem entschieden entgegengetreten werden.

In dieser Hinsicht muß besonders auf die selbständigen Artillerie-Regiments- und -Brigadeübungen im Gelände hingewiesen werden, die große Kosten verursachen und tatsächlich mehr schaden als nutzen. Sie müßten meines Erachtens abgeschafft oder zum mindesten sehr erheblich beschränkt werden, da ihr möglicher Nutzen nicht im Verhältnis zu den Kosten und zu ihren Nachteilen steht. Sie führen zu einer ausgesprochenen Stellungstaktik, wie sie im Kriege undurchführbar ist; und gerade das, was im Ernstfall der springende Punkt ist: die zweckmäßige Verwendung der Artillerie in einem bestimmten Rahmen und zu einem bestimmten Zweck, der erreicht werden muß, ohne daß man das Gelände auf günstige Artilleriestellungen hin prüfen kann, gerade das wird bei diesen Übungen niemals gelernt. Sie können ja dadurch etwas lehrreicher gemacht werden, daß man den taktischen Rahmen durch Truppen markieren läßt. Der Hauptfehler dieser Übungen aber, daß die Artillerie als bestimmende Waffe betrachtet wird, kann auch dadurch nicht beseitigt werden. Es kommt meistens darauf heraus, daß gute Artilleriestellungen ausgesucht und diese dann mit einem taktischen Mäntelchen behängt werden.

Ist nach alledem für die taktische Gefechtsausbildung der verschiedenen Waffen nur eine gewisse Verschiebung des Schwerpunkts gegen früher erforderlich, um den modernen Verhältnissen gebührend Rechnung zu tragen, so muß mit der Forderung, die Truppe auch zu erhöhter Operationsfähigkeit zu erziehen, ein völlig neues Gebiet betreten werden, auf dem meiner Überzeugung nach große Erfolge und eine wirkliche Überlegenheit über unsere Gegner zu erreichen sind. Bedeutende Schwierigkeiten sind dabei freilich zu überwinden, da es sich vornehmlich darum handeln wird, Massenheere kriegs-

gemäß zusammenzuziehen; unüberwindlich sind diese Schwierigkeiten nach meiner Meinung nicht.

Es handelt sich dabei vor allem um zwei Dinge: um Marsch- und Operationsübungen in kriegsstarken Verbänden mit völlig kriegsgemäßer Magazinverpflegung und um eine Neugestaltung der Manöver, die mit einer erweiterten Ausbildung der höheren Führer Hand in Hand gehen muß.

Was den ersten Punkt betrifft, so sind derartige Übungen, soviel mir bekannt ist, noch niemals vorgenommen worden. Wenn man aber einerseits die Wichtigkeit rascher und präziser Massenbewegungen für den Krieg der Zukunft, anderseits die großen Schwierigkeiten ins Auge faßt, die dabei zu überwinden sind [1]), dürfte sich doch in hohem Grade der Versuch lohnen, die Armee systematisch für die Lösung solcher Aufgaben vorzubereiten und dadurch eine zweifellose Überlegenheit über unsere vermutlichen Gegner zu gewinnen.

Die Vorbereitung zu den größeren Übungen dieser Art kann natürlich auch in kleineren Verbänden stattfinden. Wichtig hierbei ist es vor allem, größere Truppenmassen — Brigaden und Divisionen — in längeren Märschen querfeldein bei Tage und bei Nacht mit Pionierabteilungen in der Vorhut auszubilden, um für die Technik solcher Bewegungen Erfahrungen zu sammeln und in ihnen eine gewisse gewohnheitsmäßige Sicherheit zu erlangen.

Wichtiger vielleicht noch, weil sie einem täglichen Bedürfnis der Wirklichkeit entsprechen, sind Marschübungen mit kriegsgemäßer Verpflegung in Kolonnentiefen von 20—25 Kilometern. Ist es nicht möglich, zwei Armeekorps zu solchen Übungen zusammenzuziehen, so kann auch bei einem Armeekorps die nötige Marschtiefe dadurch erreicht werden, daß die einzelnen Abteilungen mit entsprechenden Abständen marschieren, wobei die Abstände natürlich auf das strengste gewahrt werden müssen. Das gibt zwar niemals wirklich kriegsgemäße Ver-

[1]) v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. I, 2. Kapitel, 6. u. 7.

hältnisse, bildet aber immerhin einen Notbehelf. Die Truppenfahrzeuge müßten wie im Manöver ermietet werden, der Kostenersparnis wegen nur teilweise; die Verpflegung könnte man auf Armeelastzügen mitführen, die die Verpflegungsstaffel darstellen und ihre Marschgeschwindigkeit dementsprechend einrichten würden.

Auch rein marschtechnische Übungen in großen Verbänden mit Verpflegung aus den Feldküchen während des Marsches würden von wesentlichem Vorteil sein, wenn dabei die Notwendigkeit im Auge behalten wird, den Marsch in möglichst kurzer Zeit auszuführen und die verbrauchten Lebensmittel von rückwärts her zu ersetzen, was nur dann voll in die Erscheinung tritt, wenn der Marsch bei kriegsgemäßer Verpflegung mehrere Tage lang fortgesetzt wird. Es genügt aber natürlich nicht, solche Übungen nur vereinzelt vorzunehmen, sie müssen eine stehende Einrichtung sein, wenn sich eine gesunde Marschtechnik in der Armee entwickeln soll. Endlich müßten auch Flankenmärsche geübt werden, teils einzelner Kolonnen teils im Armeeverbande. Die Flankenmärsche einzelner Kolonnen würden allerdings nur dann einen Zweck haben, wenn sie mit kriegsmäßiger Verpflegungsübung verbunden wären derart, daß die Verpflegungskolonnen auf der dem Feinde abgekehrten Seite auf einer Parallelstraße marschierten und von dort aus nach Beendigung des Marsches an die Truppen herangezogen würden. Flankenmärsche im Armeeverbande würden auch ohne Verpflegungsübung einen gewissen Wert haben, da das gleichzeitige Hinüberziehen mehrerer Marschkolonnen auf parallele Nebenstraßen durch Abdrehen mit verschiedenen Teten an und für sich nicht ganz einfach ist. Ihren vollen Wert würde auch diese Übung aber nur erhalten, wenn die vorschriftsmäßigen Verpflegungsfahrzeuge zugeteilt würden, die die Bewegung mitzumachen und die Verpflegung zu bewirken hätten.

Auch mehrtägige operative Bewegungen im Armeeverbande halte ich für geboten: Schwenkungen vor- und rückwärts in den verschiedensten Kombinationen, Seitenbewegungen und Eindublieren rückwärtiger Treffen, wo erforderlich unter Ver-

legung der rückwärtigen Verbindungsstraßen, müssen praktisch geübt werden. Nur dann werden sich im einzelnen alle die verschiedenen Schwierigkeiten zeigen, die bei solchen Bewegungen entstehen können, nur dann läßt sich erkennen, wo der Hebel anzusetzen ist, um sie zu überwinden, nur dann werden auch die höheren Führer in der Handhabung solcher operativen Formen die Sicherheit gewinnen, die nötig ist, um sie auch unter dem Druck einer feindlichen Einwirkung anwenden zu können. Ich glaube, daß eine in dieser Weise geschulte Armee eine sehr ausgesprochene Überlegenheit über jeden Gegner gewinnen würde, der im Kriege selbst erst mit derartigen Operationen Versuche anstellen muß. Die größeren Armee- und Heeresbewegungen im Kriege 1870/71 sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite haben das wohl zur Genüge bewiesen.

Daß alle derartigen Übungen sehr viel Geld kosten und daher wohl niemals alle in systematischer Reihenfolge durchgeführt werden können, ist mir natürlich bewußt. Ich habe sie dennoch zur Sprache bringen wollen, einmal um die dabei in Frage kommenden Gesichtspunkte allen höheren Führern zum Studium, an dem es heute vielfach fehlt, zu empfehlen; zweitens aber auch, weil es doch unter Umständen vorteilhaft und möglich wäre, die eine oder die andere derartige Übung praktisch durchzuführen, beispielsweise beim Kaisermanöver oder bei anderer Gelegenheit. Was könnte nicht allein an Geld gespart und in solchem Sinne nutzbringend verwendet werden, wenn die oben gekennzeichneten Geländeübungen der Artillerie fortfielen. Der Kostenersparnis wegen brauchten bei derartigen Übungen auch nicht immer alle Verpflegungsfahrzeuge und Kolonnen tatsächlich aufgestellt zu werden. Es dürfte schon einen gewissen Nutzen gewähren, wenn neben einer kriegsmäßig aufgestellten Abteilung die Tetenfahrzeuge der übrigen Gruppen vorhanden wären und mit dem der Wirklichkeit entsprechenden Abstande voneinander und von der Truppe bewegt würden, während diese der Hauptsache nach aus den Küchenwagen verpflegt werden könnte. Schon dann würde man ein gewisses Bild

von dem Verlauf des ganzen Verpflegungsverfahrens gewinnen und wertvolle Erfahrungen sammeln können. Es ist zwar außerordentlich schwierig, derartige Übungen zweckmäßig anzulegen, und es ist auch nicht zu leugnen, daß viele Reibungen und Erschwerungen ausgeschaltet werden, wenn nur die Teten der Gruppen markiert sind, wodurch freilich falsche Bilder entstehen, die ihrerseits zu falschen Schlüssen verleiten können. Ganz nutzlos würden derartige Übungen bei umsichtiger Leitung aber doch gewiß nicht sein, besonders wenn auf die wesentlichen Gesichtspunkte, auf die es ankommt, das Hauptgewicht gelegt würde. Jedenfalls wären sie sehr viel wertvoller als manche kleine Manöver, die durch Übungen auf den großen Truppenübungsplätzen vielfach ersetzt werden können, als manche kostspieligen Geländeübungen, die keinen wesentlichen Nutzen schaffen, als mehrere andere militärische Veranstaltungen, die mit dem Zweck der kriegsgemäßen Ausbildung nur in sehr entferntem Zusammenhang stehen. Alles, was diesem Zweck nicht unmittelbar dient, muß aus unserer Ausbildung verschwinden in einer Zeit, in der die höchsten Werte auf dem Spiele stehen.

Auch dann werden große operative Übungen nicht häufig ausgeführt werden können, einesteils der voraussichtlichen Kosten wegen, andernteils weil sie die Gefechtsausbildung der Truppen nicht allzu oft unterbrechen dürfen.

Sie müßten sich in einem bestimmten Turnus in jedem größeren Truppenverbande wiederholen, so daß mit der Zeit alle höheren Führer Gelegenheit hätten, diese Operationen praktisch kennen zu lernen, und auch den Truppen das moderne Verpflegungswesen geläufig würde. Da aber diese praktische Übung immer nur eine verhältnismäßig geringe sein kann, muß ihr auf *theoretischem Wege vorgearbeitet werden*. Es genügt in keiner Weise, wenn nur die Generalstabsoffiziere und Intendanten diese Verhältnisse beherrschen. Die Truppe muß darin bewandert sein; vor allem auch die Offiziere, die bei dem Nachschubwesen verwendet werden sollen: also die Trainoffiziere der stehenden Armee und alle die Offiziere des

Beurlaubtenstandes, die als Kolonnenführer Verwendung finden sollen.

Der praktische Dienst bei den Trainbataillonen und die Dienstleistungen, die die betreffenden Offiziere des Beurlaubtenstandes bei diesen Bataillonen ableisten, genügen keineswegs, um diesen Zweck zu erreichen. Von dem Zusammenhange der Dinge erfahren sie bei diesem mehr praktischen Dienst so gut wie gar nichts. Es würde sich daher empfehlen, alle diese Offiziere in einem besonderen Kursus für diesen Dienst vorzubereiten. Hier müßte ihnen von Generalstabsoffizieren und höheren Trainoffizieren der ganze Mechanismus der Armeebewegungen klar gemacht werden, und sie müßten dann für die verschiedensten Lagen die ganze Kolonnenbewegung an praktischen Beispielen berechnen lernen unter genauer Einhaltung von Raum und Zeit. Das würde für den Krieg einen weit höheren Wert haben als die vielen doch manchmal zu weitgehenden Fahr- und sonstigen Übungen, mit denen so oft die Zeit hingebracht wird. Der technische Fahrerdienst ist bei allen Kolonnen und Trains sehr einfach, nicht so einfach aber ist es, in jeder Lage zu wissen, worauf es ankommt, um eintretendenfalls auch selbständig handeln zu können.

Wenn daher einerseits die Fahrschule gründlich betrieben werden muß, ist anderseits die Einrichtung eines wissenschaftlichen Trainkursus, bei dem auch an praktischen Beispielen aus der Kriegsgeschichte die Bedeutung dieser Verhältnisse erläutert werden könnte, unter den heutigen Verhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit. Ich habe an anderer Stelle gezeigt[1]), wie nötig es ist, bei der Anordnung der Nachschubverhältnisse durchaus systematisch zu verfahren, da die Operationsfähigkeit der Armee von dieser Systematik abhängt, deren Wesen den betreffenden Offizieren aber nicht wie eine plötzliche Erleuchtung im Mobilmachungsfall kommen kann. Die Erkenntnis dieser Verhältnisse muß durch Studium erworben werden, und es zeugt von einer völligen Verkennung der Bedeutung, die der

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. I, 2. Kapitel, 6.

Nachschubdienst unter modernen Verhältnissen gewonnen hat, wenn man glaubt, daß Offiziere in ihm erfolgreich tätig sein können, die sich im Frieden nicht wissenschaftlich auf das eingehendste mit diesen Dingen beschäftigt haben.

Die Trainwaffe hat im Gesamtrahmen der modernen Kriegführung ganz außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Das sollte man entsprechend würdigen. Jeder aktive Trainoffizier müßte nach einigen Dienstjahren den wissenschaftlichen Lehrkursus besuchen; alle älteren für den Traindienst bestimmten Offiziere des Beurlaubtenstandes müßten als erste Dienstleistung zu einem solchen Kursus einberufen werden. Wenn man diese Lehrkurse im Herbst in den Truppenübungslagern abhielte, würden Mehrkosten gegen die jetzigen Dienstleistungen kaum entstehen, und es würde ein gar nicht zu überschätzender Nutzen mit geringen Mitteln gestiftet werden.

Der volle Erfolg einer solchen Maßregel kann sich im Kriege natürlich nur dann geltend machen, wenn auch die höheren Führer diese Verhältnisse vollständig beherrschen und nicht Anforderungen stellen, die dem Wesen der Sache nicht entsprechen und daher auch nicht geleistet werden können. Es muß daher von allen höheren Führern eine völlige Durchbildung im praktischen Generalstabsdienst gefordert werden, und nicht bloß in der Gefechtsführung.

Diese Betrachtung leitet zu der Erörterung der wichtigen Frage hinüber, wie überhaupt die Ausbildung der höheren Führer für den großen Krieg gehandhabt werden muß und wie im Hinblick auf diese Ausbildung die Manöver neu zu gestalten sind. Gerade auf diesem Gebiet zeigt sich mit besonderer Klarheit der innere Widerspruch zwischen der veralteten Ausbildungsmethode und den völlig veränderten Anforderungen einer neuen Zeit.

Ein großer Teil unserer höheren Führer geht ja allerdings durch den Generalstab, ein anderer hat wenigstens die Kriegsakademie besucht. Wenn aber diese Männer in die höheren Stellungen gelangen, ist das, was sie in ihrer Jugend erlernten, durch die Verhältnisse längst überholt. Die Fort-

bildungsschule fehlt. Sie kann nur durch persönliches Studium ersetzt werden; dazu aber fehlt vielfach die Zeit und manchmal wohl auch das Interesse. Der der Truppenausbildung gewidmete Tagesdienst nimmt die ganze Tätigkeit in Anspruch, und es gehört eine große Willenskraft und Arbeitsfreudigkeit dazu, um neben ihm die eigene wissenschaftliche Weiterbildung noch eindringlich zu betreiben. So kommt es, daß verhältnismäßig wenige unserer höheren Führer eine einigermaßen eingehende Kenntnis oder gar eine selbständig erworbene Anschauung von den Verhältnissen des großen Krieges haben. Das würde sich im Ernstfall rächen. Daß es nicht genügt, wenn die zugeteilten Generalstabsoffiziere diese Lücke ergänzen, lehrt die Erfahrung. Auch wird der Führer, wenn er nicht selbst die Verhältnisse beherrscht, zum Werkzeug seiner untergebenen Organe; er glaubt zu schieben, und er wird geschoben. Das ist kein gesunder Zustand.

Unsere heutigen Manöver sind, wie schon erwähnt, nur ausnahmsweise eine Führerschule im operativen Sinn; auch vom taktischen Standpunkt aus entsprechen sie nicht den modernen Verhältnissen. Besonders können die kleineren Manöver überhaupt nicht zur Darstellung bringen, was im heutigen Kriege das wichtigste ist: nämlich die überraschende Versammlung überlegener Kräfte auf der einen Seite und die durch den Raum bedingte Unmöglichkeit rechtzeitiger Gegenmaßregeln auf der anderen. Gewiß sind auch die kleineren Manöver von vielfachem Nutzen. Die Führer lernen sich entschließen und befehlen, und das sind zwei wichtige Dinge. Das Gleiche könnte aber auch bei größeren Übungen erlernt werden, die zugleich den modernen Kriegsverhältnissen einigermaßen gerecht würden.

Die Brigademanöver vor allem gehören einer vergangenen Zeit an; sie befördern nur falsche Anschauungen. Was die Truppe bei ihnen lernen soll, nämlich das Fechten im Gelände, dazu genügen die Truppenübungsplätze. Dem Divisionsmanöver kann ein gewisser Wert auch für die Führer immer noch zugesprochen werden. Die Grundsätze der taktischen Führung im einzelnen

können in ihnen zum Ausdruck gebracht werden. Lehrreich im modernen Sinn werden die Manöver erst vom Korpsmanöver an; noch wichtiger aber sind die größeren Manöver, bei denen mehrere Armeekorps zusammengezogen werden, besonders dann, wenn die operierenden Abteilungen als Glieder eines größeren Ganzen gedacht und gezwungen sind, im Sinne und im Zusammenhang eines größeren operativen Rahmens zu handeln. Solche Lagen herbeizuführen, ist die Hauptkunst der Manöverleitung, denn dann erst kann der Zwang der Gesamtlage und das in Wirklichkeit bestehende Maß von Selbständigkeit zum bestimmten Ausdruck kommen. Das aber ist von besonderer Wichtigkeit. Den höheren Führern müssen die Grenzen dessen, was im heutigen Kriege möglich und unmöglich ist, praktisch vor Augen geführt werden, um sie unmittelbar für die großen Verhältnisse auszubilden.

Beschränkung der kleinen Manöver zugunsten der großen und besonderer operativer Übungen, sowie Abschaffung einzelner weniger notwendiger militärischer Übungen, um die gesparten Gelder im gleichen Sinn verwenden zu können, sind die Forderungen, die sich aus diesen Erwägungen ergeben. Eine Zusammenfassung aller unserer Mittel im Sinne einer modernen Heeresausbildung ist das, was die Lage fordert. Bei angemessener Erweiterung der Truppenübungsplätze, die zwar schwer durchzuführen, aber notwendig ist, weil sie mit Rücksicht auf die Schußweiten der Artillerie und die Massentaktik zum großen Teil zu klein geworden sind, ließe sich auch ein gut Teil der Aufgaben, die im Divisionsmanöver gelöst werden sollen, auf diesen Übungsplätzen erledigen. Die dadurch erreichten Ersparnisse könnten den großen Armeeübungen zugute kommen. Eins ist jedenfalls zweifellos: es muß ein großer Zug in unsere Manöverausbildung gebracht werden, wenn sie ihren Zweck wie früher erfüllen soll; sie muß sich vor allem auch in der Anlage und Leitung der Übungen aussprechen, die modern sein müssen im besten Sinne des Worts.

Immerhin erscheint es vollständig unmöglich, diese Art der

Ausbildung in solchem Umfange durchzuführen, daß sie allein genügte, um brauchbare Führer für den großen Krieg heranzuziehen. Die Manöver können ihren vollen Nutzen sogar nur dann äußern, wenn die Führer aller Grade mit einer genügenden theoretischen Vorbildung an sie herantreten.

Diese theoretische Vorbildung auch für die höheren Führer zu fördern, ist also eine der wesentlichsten Aufgaben einer zweckmäßigen Kriegsvorbereitung. Die höheren Führer dürfen ihre Aufgabe nicht ausschließlich in der Ausbildung der Truppen erblicken, sondern müssen bestrebt sein, sich selbst und ihre Untergebenen als Führer im großen Kriege weiterzubilden. Strategische Kriegsspiele im großen Rahmen, die innerhalb der Armeekorps von den kommandierenden Generalen, innerhalb der Armeeinspektionen von den Inspekteuren geleitet werden könnten, scheinen mir das einzige Mittel zu sein, durch das dieser Zweck erreicht werden kann. Bei allen höheren Offizieren müßten auch ihre Leistungen auf dem Gebiete der höheren Führung für ihre Beurteilung maßgebend sein. In den Händen des Chefs des Generalstabs der Armee als der strategisch verantwortlichen Persönlichkeit müßten die Fäden dieser ganzen Ausbildung zusammenlaufen.

Unzweckmäßig erscheint es auf alle Fälle, mehr oder weniger dem Zufall zu überlassen, ob die höheren Führer ihrer Aufgabe gewachsen sein werden oder nicht. Der Umstand, daß ein Mann ein tüchtiger Divisionskommandeur ist oder als kommandierender General sein Armeekorps in Ordnung hält, beweist noch lange nicht, daß er sich auch zum Armeeführer eignet. Dafür liefert die Kriegsgeschichte zahlreiche Beweise.

Daß unter den Verhältnissen des modernen Krieges auch die Aufklärungs- und Verschleierungsorgane einer besonderen Ausbildung bedürfen, bedarf eigentlich keines Nachweises. Die Möglichkeit und der Erfolg der Operationen hängen in hohem Maße von ihrer Tätigkeit ab. Auf die unbedingte Notwendigkeit, unsere Kavallerieoffiziere auch wissenschaftlich für ihren Beruf vorzubereiten, habe ich daher schon seit Jahren

hingewiesen, und ich kann die Forderung, unsere Kavallerie-reitschulen auch zu wissenschaftlichen Bildungsstätten auszu-gestalten, hier nur wiederholen.

Auch das will ich hier noch einmal aussprechen, daß es falsch ist, das Hauptgewicht der Ausbildung für die Heeres-kavallerie auf die Kavalleriedivisionsübungen auf den Truppen-übungsplätzen zu legen. Diese Übungen entsprechen den Ver-hältnissen der Wirklichkeit keineswegs und erziehen die Führer zu ganz falschen Anschauungen, wie jeder höhere Kavallerie-führer es erfahren kann, der, auf dem Truppenübungsplatz ausgebildet, eine Kavalleriedivision im Manöver führen soll. Auf der operativen Führung und auf dem geschickten Übergang aus der operativen Trennung zur Gefechtsvereinigung liegt im Kriege der Schwerpunkt der Leistung; in diesen Ver-hältnissen ist die große Schwierigkeit der Kavalleriefühhrung begründet, und gerade das ist auf dem Truppenübungs-platz ebensowenig zu lernen wie der systematische Verschleie-rungs- und Aufklärungsdienst. Was überdies auf den Truppen-plätzen immer wieder geübt wird, das Reitergefecht zweier geschlossener Kavalleriedivisionen, wird im Kriege gewiß selten genug vorkommen. Jede unbefangene Würdigung der modernen Verhältnisse muß zu diesem Ergebnis führen und mahnt die Reiterwaffe, Wege einzuschlagen, die als eine ernst-hafte Kriegsvorbereitung betrachtet werden können.

Es ist doch eine außerordentlich auffallende Tatsache, daß die Artillerie, die immer nur im Zusammenhange mit den anderen Waffen tätig wirkt, jährlich große selbständige Übungen ausführt, als ob sie für die Gefechtsführung allein bestimmend wäre; daß dagegen die Heereskavallerie, die immer selbständig auftritt, nur ganz ausnahmsweise selbständig übt, dagegen sorgfältigst für das im Kriege nur ausnahmsweise notwendige Zusammenwirken mit der Infanterie ausgebildet wird. Das Zusammenhanglose und Veraltete unserer ganzen Ausbildungs-methode tritt dabei besonders klar in die Erscheinung.

Aufklärungs- und Verschleierungsübungen sowie Raids im großen Stil sind das, was die Kavallerie für ihre Ausbildung

braucht. Ein Zusammenwirken mit der Luftflotte wird dabei in Zukunft anzustreben sein, sobald die Erfolge der Luftschiffahrt so weit gelangt sind, daß mit ihr als einem vollberechtigten Faktor der Heeresorganisation gerechnet werden kann. Luftschiffertruppe und Kavallerie sind in ihrer Tätigkeit aufeinander angewiesen und müssen besonders für Verschleierungszwecke, die im Vordergrunde des Interesses stehen, unter gemeinschaftlicher Führung zusammenarbeiten.

Für die Ausbildung der Pioniere hat General von Beseler die Wege gewiesen, die den modernen Verhältnissen nach jeder Richtung hin Rechnung tragen. Die Waffe braucht sich nur in der Richtung weiter zu entwickeln, die ihr dieser bedeutende Offizier gegeben hat, um den Aufgaben des Zukunftskrieges in vollem Maße gerecht zu werden.

Für den Feldkrieg wird das Hauptgewicht auf die Unterstützung der Infanterie im Angriff auf befestigte Stellungen zu legen sein und auf den Ausbau derartiger Stellungen. Hierbei müssen jedoch stets die taktischen Forderungen in den Vordergrund gestellt werden. Die ganze Ausbildung muß nach taktischen Gesichtspunkten geleitet werden. Das ist der springende Punkt. Für den Festungskrieg muß der Mineurausbildung besondere Beachtung geschenkt werden, da es vor allem auf rasche Überwindung der Sperrforts und die Bewältigung von Festungen ankommt, die dem Artillerieangriff Widerstand zu leisten vermögen.

Den Verkehrstruppen schließlich ist ihr Weg klar vorgezeichnet. Sie müssen einerseits für das Nachrichtenwesen, also für den heute so vielseitigen Telegraphendienst kriegsgemäß ausgebildet werden und die Luftschiffahrt mit allen Mitteln zu fördern suchen, anderseits bedacht sein, die Operationsfähigkeit der Armee zu erhalten. Schneller Bau von Voll- und besonders von Feldbahnen, rasche Wiederherstellung zerstörter Linien, Sicherheit im militärischen Eisenbahnbetriebe und Nutzbarmachung der Kraftwagen für möglichst verschiedene Verhältnisse sind die Aufgaben, die die Ausbildung dieser Truppen zu erfüllen hat. Auch für sie ist eine völlige

Kenntnis und Beherrschung der großen operativen Verhältnisse eine unbedingte Forderung. Nur in zureichender Kenntnis der Methodik und Systematik der Armee- und Heeresbewegungen können sie ihren vielseitigen und im modernen Kriege geradezu entscheidenden Aufgaben gerecht werden. Die militärwissenschaftliche Ausbildung aller Verkehrsoffiziere ist daher von größter Bedeutung und muß mit allen Mitteln gefördert werden.

So läßt die Betrachtung in jeder Richtung die Notwendigkeit erkennen, die geistige Entwicklung des Heeres zu heben und es zu einem Verständnis für den Zusammenhang der verschiedenartigen großen Aufgaben des Krieges zu erziehen. Dieses vermehrte Verständnis für den Zusammenhang der Dinge ist aber nicht nur für die Führer und Spezialtruppen erforderlich; es muß sich in den breiten Kreisen des ganzen Offizierkorps und in gewissem Sinne auch im Unteroffizierkorps durchsetzen. Das wird vor allem für die Ausbildung der Mannschaften reiche Früchte tragen. Auf je höherer Stufe der Lehrer steht, je mehr er selbst geistig die Dinge beherrscht, desto größer wird auch sein Einfluß auf die Schüler sein, desto rascher und erfolgreicher wird er sich das Verständnis seiner Untergebenen erschließen, desto mehr wird er ihr Vertrauen und ihre Achtung erringen, die die festesten Grundlagen der Disziplin darstellen. Aber auch auf allen anderen Gebieten der praktischen Tätigkeit werden alle Mittel, die darauf gerichtet sind, die kriegswissenschaftliche und allgemeine Bildung unseres Offizierkorps zu heben, sich im praktischen Dienst reichlich bezahlt machen. Die geistige Gymnastik stählt Geist und Charakter, und für das wirkliche tiefe Verständnis des Krieges und seiner Anforderungen ist eine gewisse philosophische Geistesschulung und Richtung erforderlich, die fähig macht, den Wert der Erscheinungen in ihren Wechselbeziehungen zutreffend zu würdigen und die Imponderabilien richtig einzuschätzen. Das Streben, dieses erhöhte Geistesniveau im Offizierkorps herbeizuführen, müßte sich in dessen Ausbildung von der Kriegsschule an geltend machen und müßte anderseits in einer höheren

militärischen Bildungsanstalt zum Ausdruck kommen, wie wir sie heute nicht besitzen.

Die Kriegsakademie freilich war von Scharnhorst als eine solche gedacht. Heute hat sie mehr den Charakter einer Vorbereitungsschule für den Generalstab angenommen. Als Reste ihrer früheren Bedeutung sind der Geschichts- und mathematische Unterricht übrig geblieben. Der kriegsgeschichtliche Unterricht dagegen war durch die dabei angewendete applikatorische Methode seines wissenschaftlichen Charakters gänzlich entkleidet und zu einer Dienerin der Taktik gemacht worden. Das Wesen des kriegsgeschichtlichen Studiums wurde dadurch völlig verdunkelt, und auch heute noch dienen, so viel ich weiß, die kriegsgeschichtlichen Vorlesungen in erster Linie der unmittelbaren Fachausbildung. Wieweit der Sprachunterricht heute den Geist fremder Sprachen vermittelt, vermag ich nicht zu beurteilen. Er gipfelt jedenfalls in der Dolmetscherprüfung und verfolgt damit einen unmittelbar praktischen Zweck.

Diese Entwicklung war in gewissem Sinne notwendig. Eine ganz spezifische Fachausbildung der Generalstabsoffiziere ist unter heutigen Bedingungen unbedingt erforderlich. Ob es deswegen nötig war, den allgemein-wissenschaftlichen, wirklich akademischen Charakter der Anstalt zu beschränken, will ich dahingestellt sein lassen. Jedenfalls brauchen wir heute in der Armee eine Anstalt, die das freie Studium der Kriegswissenschaft vom höheren Standpunkt aus ermöglicht und zugleich eine umfassende Allgemeinbildung vermittelt. Ich glaube, daß die Kriegsakademie sich zu einer solchen Anstalt entwickeln ließe, ohne daß sie dabei die unmittelbare Vorbereitung der Offiziere für den Generalstabsdienst zu verleugnen brauchte. Neben den eigentlichen Militärwissenschaften, die in manchen Richtungen beschränkt werden könnten, müßten allgemeinwissenschaftliche Vorträge nebenhergehen, die nicht zötusweise abgehalten zu werden brauchten, deren Besuch freigestellt werden müßte. Daneben müßten in ähnlichen Vorträgen die großen militärischen Probleme vom kriegsphilosophischen Standpunkt aus zur Erörterung kommen und den Zuhörern ein

Verständnis übermitteln für die Gesetzmäßigkeit im Kriege, seine Wechselbeziehungen mit der Politik, das Zusammenwirken der materiellen und unwägbaren Kräfte, die Bedeutung der freien Persönlichkeit im Getriebe der notwendigen Erscheinungen, der scharfen Gegensätze und heftigen Widerstände, sowie für die Aufgaben der Heerführung vom höheren Standpunkt aus.

Beschränkung und Konzentrierung des obligatorischen Lernstoffes, wie er heute in drei aufeinanderfolgenden Jahrgängen schulmäßig geboten wird, und daneben Einrichtung freier allgemein-wissenschaftlicher Vorträge, die geeignet sind, nicht nur Generalstabsoffiziere auszubilden, sondern Männer zu erziehen, die befähigt sind, den höchsten militärischen und staatlichen Aufgaben gerecht zu werden: so lautet die Forderung für die höchste militärische Bildungsanstalt der deutschen Armee.

12

Die Vorbereitung des Seekrieges

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser.“ Ein stolzes Wort, das eine große Wahrheit in sich schließt. Will das deutsche Volk überhaupt noch eine bedeutende Zukunft erstreben und seine Kulturmission erfüllen, so muß es Weltpolitik treiben, sich als Weltmacht betätigen, und diese Aufgabe wiederum kann es nur erfüllen, wenn es sich auf eine ausreichende Seemacht stützt. Unsere Flotte muß zum mindesten so stark sein, daß ein Krieg mit uns selbst für den stärksten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß durch die Verluste, die er zu erwarten hat, seine Weltmachtstellung ernstlich gefährdet erscheint.

Nun können wir allerdings — wie an anderer Stelle nachgewiesen — unsere Kräfte nur dann unbesorgt für die Weltpolitik einsetzen, wenn unsere politische und militärische Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande unerschütterlich fest begründet ist. Dieses Ziel ist noch keineswegs erreicht und muß in erster Linie erstrebt werden. Trotzdem müssen wir schon jetzt bemüht sein, auch zur See eine unseren Ansprüchen genügende Macht zu entwickeln. Einerseits ist zur vollen Sicherung unserer Festlandstellung auch die Behauptung unserer Küsten und die Abwehr überseeischer Angriffe unbedingt erforderlich. Anderseits aber ist es für uns auch heute schon eine vor allem wirtschaftliche Notwendigkeit, die Freiheit der Meere, wenn nötig, mit den Waffen zu verteidigen, da die Lebenshaltung unseres Volkes sehr wesentlich auf seiner Ausfuhrindustrie beruht, diese aber wiederum einer bedeutenden Einfuhr bedarf. Die politische Machtstellung Deutschlands beruht

jedoch nicht zum mindesten auf seinem aufblühenden Wirtschaftsleben und seinem überseeischen Handel. Das Ziel, die Freiheit der Meere zu behaupten, muß uns daher bei allen unseren Flottenrüstungen vor Augen schweben. Nicht nur auf notdürftige Abwehr feindlicher Angriffe sind unsere Anstrengungen zu richten, sondern stets müssen wir uns des höheren Zieles bewußt bleiben, daß wir tätige Weltpolitik treiben wollen und daß unsere Seemacht dereinst berufen sein wird, diese Weltpolitik zu stützen.

Leider haben wir diesen Standpunkt nicht von vornherein eingenommen, als wir die ersten Schritte aufs Weltmeer hinaus wagten. Viele und kostbare Zeit ging verloren, um beschränkten und ungenügenden Zielen nachzustreben. Erst Kaiser Wilhelm II. war es beschieden, diese Frage in ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung zu würdigen und dementsprechend zu handeln. Alle frühere Betätigung zur See muß im großen und ganzen als unfruchtbar bezeichnet werden.

Schon seit Jahren sind wir bemüht gewesen, eine Flotte zu bauen. Die verschiedensten Gesichtspunkte waren dabei maßgebend. Ein klares, bestimmtes Programm ist erst durch das große Flottengesetz von 1900, die Novelle von 1906 und die Bestimmungen über die Lebensdauer der Schiffe von 1908 festgelegt worden. Daß damit für alle Zeiten das letzte Wort gesprochen sei, ist natürlich ausgeschlossen. Die Bedürfnisse der Zukunft werden entscheiden, weil es einen unbedingten Maßstab für das, was ein Staat an Streitkräften zur See bedarf, nicht geben kann; es hängt von den Ansprüchen ab, die man erhebt, und von den Rüstungen der anderen Staaten.

Anfangs galt es nur, unsere Flagge auf dem Meere und an den Küsten zu zeigen, an denen wir Handel trieben. Die Sicherung dieses Verkehrs war die erste Aufgabe der Flotte. Den großen hierfür notwendigen Aufwendungen gegenüber machte sich jedoch bald eine Gegnerschaft geltend, die eine Flotte für Deutschland nicht nur für überflüssig, sondern sogar für gefährlich erachtete und den als uferlos bezeichneten Plänen

der Regierung entgegentrat. Diesen Strömungen gegenüber glaubte man sich zunächst auf den einfachen Küstenschutz beschränken zu sollen und hielt diesen Zweck für erreicht, wenn einige wichtige Punkte der Küste durch Artillerie verteidigt würden und an einzelnen Stellen billige Kanonenbootflottillen stationiert wären.

Diese Auffassung ließ sich aber auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Jedem einigermaßen Einsichtigen drängte sich die Notwendigkeit auf, einem angreifenden Gegner entgegenzugehen und ihn auf hoher See abzuweisen. Man erkannte, daß dazu Panzerschiffe notwendig seien, wie sie der Gegner zum Angriff verwenden würde. Aber auch dieser Einsicht gegenüber glaubte man mit halben Maßregeln auskommen zu können. Es wurden die sogenannten „Ausfallkorvetten" bewilligt, dabei aber immer wieder betont, daß wir weit entfernt seien, mit den bestehenden großen Marinen wetteifern zu wollen, sondern daß wir es selbstverständlich bei einer Marine zweiten Ranges bewenden lassen wollten. Auch dieser Standpunkt wurde jedoch bald als unhaltbar erkannt, und man folgte nun einer neuen Strömung, deren Anhänger die Ansicht vertraten, man könne die teuren Panzerschiffe dadurch überflüssig machen, daß man ihnen Torpedoboote in größerer Anzahl entgegenstelle. Diese seien trotz ihrer geringen Gefechtskraft imstande, durch wohlgezielte Torpedoschüsse die stärksten Panzerschiffe zu bekämpfen. Jedoch ließ die Erkenntnis nicht lange auf sich warten, daß auch diese Theorie auf schwachen Füßen stehe, daß vielmehr ein Land wie das Deutsche Reich, das auf einen gewaltigen Außenhandel angewiesen sei, um seine wachsende Bevölkerung zu beschäftigen und zu ernähren, das außerdem seines politischen und wirtschaftlichen Aufschwunges wegen überall gehaßt werde, eine starke Rüstung zur See und an den Küsten nicht entbehren könne. Damit war endlich ein Standpunkt erreicht, der dem wirklichen Bedürfnis entsprach.

Die verschiedenen mißglückten Versuche, die Flottenfrage auf möglichst kostenlosem Wege zu lösen, haben uns aber viel Geld und, wie schon gesagt, vor allem sehr viel Zeit gekostet,

so daß wir heute, wo wir inmitten einer gewaltigen weltgeschichtlichen Krisis stehen, alle Kräfte anspannen müssen, um das Versäumte nachzuholen und neben einem ausreichenden Küstenschutz eine kriegsgewaltige Hochseeflotte zu schaffen. Auch sind wir endlich zu der Einsicht gelangt, daß der Schutz unseres Handels und die Verteidigung unserer Küsten unmöglich der einzige Zweck einer solchen Flotte sein könne, sondern daß diese wie das Landheer ein Mittel sei, die politischen Zwecke des Staates durchzuführen und seinen berechtigten Bestrebungen Rückhalt zu gewähren. Von so beschränkten Zwecken wie Handelsschutz und passiver Küstenverteidigung kann nicht die Rede sein. Zum Schutz des Handels in Friedenszeiten genügen einige Kreuzer; im Kriege aber kann man den Handel nur dadurch sichern, daß man die feindliche Flotte schlägt und nach Möglichkeit vernichtet. Ein unmittelbarer Schutz aller Handelslinien ist selbstverständlich ganz ausgeschlossen. Der Handel kann nur mittelbar geschützt werden, eben durch die Niederkämpfung des Feindes. Auch ein passiver Küstenschutz kann niemals auf dauernden Erfolg rechnen. Das hat unter anderen der amerikanische Sezessionskrieg zur Genüge bewiesen.

Der Zweck unserer Flotte kann also selbstverständlich kein anderer sein als der, unsere möglichen Gegner auch zur See niederzukämpfen und zum Frieden zu zwingen, um dadurch den freien Verkehr auf dem Meere für unsere Handelsschiffe sicherzustellen und unsere Kolonien zu schützen.

Es ist daher eine durchaus falsche Ansicht, daß unsere Flotte lediglich zur Abwehr da sei und nur in diesem Sinne gebaut werden müsse. Sie hat den Zweck, dem politischen Bedürfnis zu entsprechen, und muß somit auch den Anforderungen der politischen Lage gemäß verwendet werden können: offensiv, wenn es die politischen Verhältnisse fordern und der Angriff Erfolg verspricht; defensiv, wenn wir glauben, auf diesem Wege mehr Vorteile zu erringen. Heute würde uns freilich die politische Gruppierung der Weltmächte eine strategische Offensive zur See unmöglich machen. Wir müssen aber auch mit der Zukunft rechnen, und da lassen sich sehr wohl Ver-

hältnisse denken, die uns auch zur See eine Offensive im großen Stil möglich machen würden.

Die Stärke, die wir unserer Flotte geben wollen, muß also mit Rücksicht auf ihre möglichen kriegerischen Aufgaben berechnet werden, und es liegt auf der Hand, daß wir dabei nicht nur die möglichen Gegner ins Auge fassen müssen, die zurzeit schwächer sind als wir, sondern in erster Linie und vor allem solche, die uns zurzeit überlegen sind, ohne daß wir in der Lage wären, einen Zusammenstoß mit ihnen unter allen Umständen zu vermeiden. Unsere Flotte muß jedenfalls so stark sein, daß auch der stärkste Gegner sich scheut, uns ohne zwingenden Grund anzugreifen, und daß, wenn er sich dennoch zum Angriff entschließt, wir zum mindesten die Möglichkeit haben, diesen Angriff siegreich abzuwehren, das heißt also dem Gegner so schwere Verluste beizubringen, daß er von der Durchführung des Kampfes bis zur äußersten Entscheidung im eigenen Interesse absteht, daß er, wie ich oben sagte, seine eigene Machtstellung gefährdet sieht, wenn er sich diesen Verlusten aussetzt.

Diese Auffassung dessen, was uns zur See zu tun obliegt, weist ganz unmittelbar darauf hin, daß für uns die englische Flotte den Maßstab für den Umfang unserer eigenen Rüstungen für den Seekrieg geben muß. Der Krieg mit England ist voraussichtlich der, den wir zunächst zur See werden auszufechten haben; die Möglichkeit, einen englischen Angriff siegreich abzuweisen, muß daher der leitende Gesichtspunkt für unsere Kriegsvorbereitung sein, und wenn die Engländer ihre Flotte fortwährend vermehren, werden wir nicht umhin können, ihnen auch über den Rahmen unseres jetzigen Flottengesetzes hinaus auf diesem Wege zu folgen.

Wir dürfen dabei jedoch niemals vergessen, daß es für uns in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, die weit überlegene englische Flotte auf hoher See offensiv zu bekämpfen, daß wir vielmehr nur hoffen können, im Zusammenwirken der Flotte mit der Küstenbefestigung, der Luftflotte und dem Handelskriege uns dieses unseres stärksten Gegners siegreich zu erwehren, wie das in dem Kapitel über den nächsten Seekrieg des näheren

dargelegt wurde. An der Ausübung der Blockade und an der Bekämpfung aller der Einrichtungen, die wir zur Verteidigung unserer Küsten treffen, soll der Feind ermüden und erlahmen; unter dem Schutz dieser Einrichtungen soll ihm die Flotte fortgesetzt Teilverluste beibringen; auf diese Weise soll allmählich die Möglichkeit erfochten werden, die letzte Entscheidung auf hoher See zu suchen. Nach diesen Gesichtspunkten muß sich die Kriegsvorbereitung richten.

Eine starke Küstenbefestigung als Aufnahmestellung für unsere Flotte, aus der sie leicht und jederzeit zur Offensive übergehen kann und an der sich die Wogen der feindlichen Überlegenheit brechen werden, ohne sie erschüttern zu können, ist die unbedingt als notwendig anerkannte Vorbedingung für diese Art der Kriegführung; denn ohne eine im offensiven Sinne ausgebaute und zuverlässige Küstenbefestigung könnte unsere Flotte vom Gegner eng blockiert und dadurch an jeder Offensive gehindert werden. Minensperren allein vermögen das Fahrwasser nicht derartig abzuschließen, daß der Gegner nicht durchbrechen könnte, und auch nicht derart offenzuhalten, daß sie uns unter allen Umständen die Möglichkeit der Offensive sicherten. Dazu sind permanente Werke erforderlich, die das Fahrwasser beherrschen und die Minensperren bestreichen können.

Ob unsere Küstenbefestigung, die sich in der Nordsee wohl hauptsächlich auf Helgoland, Wangeroog und Borkum stützt, diesen Anforderungen entspricht, vermag ich nicht zu entscheiden. Ist es nicht der Fall, so müßte es unsere erste und wichtigste Sorge sein, die vorhandenen Lücken zu schließen, um eine gesicherte Grundlage für unsere Flottenoperationen zu schaffen. Zum mindesten sollte wohl Sylt stark befestigt werden. Das ist eine nationale Pflicht, der wir uns nicht entziehen dürfen, auch wenn sie große Opfer von uns fordert. Selbst der weitere Ausbau der Flotte, so wichtig er ist, würde der Bedeutung dieser Aufgabe gegenüber in zweite Linie rücken, eben weil ihre einzig aussichtsvolle Tätigkeit gegen die englische Flotte das Vorhandensein einer solchen Befestigung voraussetzt.

Die Frage muß aber auch noch von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachtet werden.

Die Marokkoverhandlungen des Sommers 1911 und die mit der jetzigen Balkankrisis zusammenhängenden politischen Wirren haben die unbedingte Feindschaft Englands gegen uns unwiderleglich zutage treten lassen. Deutlich hat sich gezeigt, daß England entschlossen ist, jede wirkliche Machterweiterung Deutschlands mit Gewalt zu verhindern. Nur die Besorgnis vor einem möglichen Eingreifen Englands hat uns offenbar davon abgehalten, eine eigene Interessensphäre in Marokko zu beanspruchen, und trotzdem hat der Versuch, unsere unzweifelhaftesten Rechte in Nordafrika zu wahren, drohende Kundgebungen verschiedener englischer Staatsmänner hervorgerufen. Nur die heimlichen Drohungen Englands und der Druck, den es zweifellos auf unsere Regierung ausübt, lassen deren mehr als zurückhaltendes Verfahren und das Zusammengehen mit unseren schlimmsten Feinden erklärlich erscheinen.

Wenn man dieses Verhalten Englands im Zusammenhang mit seinen militärischen Vorbereitungen betrachtet, kann man doch kaum noch daran zweifeln, daß England allen Ernstes daran denkt, Deutschland im gegebenen Fall anzugreifen. Die Konzentration der englischen Seestreitkräfte in der Nordsee; die fieberhafte Vermehrung der englischen Flotte; die Anlage neuer, ausgesprochenermaßen gegen Deutschland gerichteter Flottenstationen, deren bereits Erwähnung geschah; die in letzter Zeit besonders eifrig betriebene englische Spionage an der deutschen Küste, verbunden mit fortgesetzten Versuchen, Bundesgenossen gegen uns zu werben und uns in Europa politisch zu isolieren: alles das läßt keine andere vernünftige Deutung zu als die Vorbereitung eines Angriffskrieges. Jedenfalls ist es völlig ausgeschlossen, diese englischen Rüstungen etwa als Abwehr- und Verteidigungsmaßregeln aufzufassen; denn die englische Regierung weiß sehr wohl, daß Deutschland gar nicht daran denken **kann**, seinerseits England anzugreifen, weil ein solcher Versuch von vornherein völlig aussichtslos wäre. Da die Vernichtung der deutschen Seemacht außerdem im entschiedensten

Interesse Englands und seiner Weltherrschaftspläne liegt, müssen wir wenigstens mit der Möglichkeit eines englischen Angriffs rechnen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es keineswegs in der Hand haben, diesen Angriff nach unserem Belieben hinauszuschieben. Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß England uns unter irgendwelchem Vorwand in absehbarer Zeit angreift, bevor das Machtverhältnis, das jetzt besteht und für England offenbar sehr günstig ist, sich vielleicht zu seinen Ungunsten verschiebt. Besonders wenn die zielbewußteren Unionisten wieder an die Regierung kämen, müßten wir mit einer scharfen englischen Machtpolitik rechnen, die leicht zum Kriege führen kann.

Unter solchen Umständen können wir unsere Rüstungen zur See und in erster Linie also unsere Küstenbefestigung nicht in friedlicher Gemächlichkeit, gewissermaßen nach theoretischen Gesichtspunkten vollenden. Wir müssen vielmehr unsere finanziellen Kräfte auf das Äußerste anspannen, um mit der Küstenbefestigung den Ausbau der Flotte *gleichzeitig* zu betreiben und nach Möglichkeit zu beschleunigen. Wenn jemals, ist es in diesem Falle gerechtfertigt, das Geldbedürfnis durch Anleihen zu decken, falls es nicht anders zu befriedigen ist; denn hier handelt es sich um Fragen von der äußersten Wichtigkeit, die man ohne Zweifel als Existenzfragen bezeichnen kann.

Man bedenke das unabsehbare Elend, das eine langdauernde Behinderung oder gar eine endgültige Vernichtung unseres Überseehandels über die ganze Nation, vor allem aber über die Arbeitermassen bringen würde, die von unserem Ausfuhrhandel leben. Schon diese eine Erwägung läßt es unbedingt notwendig erscheinen, unsere Rüstung zur See im Verein mit unserer Küstenbefestigung so stark zu machen, daß wir der Kampfentscheidung mit Ruhe entgegensehen können. Selbst der Umstand, daß wir die Schiffe, die wir bauen, vielleicht nicht alle gleichzeitig bemannen können, darf die Bautätigkeit nicht verzögern; denn diese Schiffe würden einen wertvollen Ersatz darstellen für die Verluste an Fahrzeugen, die jedenfalls eintreten werden.

Auch die rasche Fertigstellung des Kaiser-Wilhelm-Kanals

ist von größter Wichtigkeit, damit auch unsere größten Schiffe überraschend bald in der Ostsee, bald in der Nordsee auftreten können; noch entspricht er nicht allen militärischen Anforderungen. Es fragt sich sogar, ob es nicht geboten ist, auch zwischen der Emsmündung, dem Jahdebusen und der Elbemündung eine gesicherte Kanalverbindung herzustellen, um die Konzentrationsmöglichkeiten für unsere Flotte zu vermehren. Alle drei Gewässer bilden die Ausfalltore in der Nordsee, und es wäre gewiß von größter Wichtigkeit, wenn sich unsere Schlachtflotte in ihrer Gesamtheit an diesen drei Stellen überraschend zu vereinigen vermöchte. Ob das durchführbar ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Ist es aber der Fall, so sollten wir keine Opfer scheuen, um diesen Gedanken zu verwirklichen, der von entscheidender Bedeutung werden könnte, da unsere Hauptaussicht auf Erfolg ja eben darauf beruht, daß wir durch immer wiederholte überraschende Angriffe den Gegner in der Trennung fassen und so Gelegenheit finden, ihm schwere Verluste beizubringen.

Was nun den Ausbau der Flotte selbst betrifft, müssen wir in erster Linie die Fertigstellung unserer Schlachtflotte fördern, die aus Linienschiffen und den dazu gehörigen großen Kreuzern besteht. In ihrem jetzigen Zustande besitzt sie nicht den ihrer Zahl entsprechenden Gefechtswert. Darüber kann ein Zweifel gar nicht bestehen. Von den Linienschiffen sind die fünf Schiffe der Kaiserklasse völlig veraltet, und auch die Schiffe der Wittelsbachklasse führen als schwerstes Geschütz nur 24-cm-Kanonen, die für die heutige Seeschlacht als völlig minderwertig bezeichnet werden müssen. Noch schlechter aber stehen wir in bezug auf die großen Kreuzer. Die fünf Schiffe der Hansaklasse haben keinerlei Gefechtswert, die drei großen Kreuzer der Prinzenklasse („Adalbert“, „Friedrich Karl“, „Heinrich“) erfüllen ihren Zweck weder in bezug auf Schnelligkeit, Aktionsradius, Waffenwirkung noch Panzerschutz; und auch die Panzerkreuzer Fürst Bismarck, Roon, York, Gneisenau und Scharnhorst entsprechen in keiner Weise modernen Anforderungen. Wenn wir also wirklich auf einen Krieg vorbereitet sein wollen,

müssen wir die Bauzeit verkürzen und zum mindesten die allerunbrauchbarsten Schiffe, neun große Kreuzer und fünf Linienschiffe, so rasch wie möglich durch vollwertige neue ersetzen.

Durch Maßnahmen, wie sie die Flottennovelle von 1912 darstellt, kann man den Forderungen der Zeit allerdings nicht gerecht werden. Dieses Gesetz sieht vor: 41 Linienschiffe, 12 große, 30 kleine Kreuzer für die Schlachtflotte und 8 große, 10 kleine Kreuzer für die Auslandflotte.

Von der Schlachtflotte bilden 3 Linienschiffsgeschwader zu je 8 Schiffen und 1 Flaggschiff mit 8 großen und 18 kleinen Kreuzern die aktive Schlachtflotte; 2 Linienschiffsgeschwader, 4 große und 12 kleine Kreuzer die Reserveschlachtflotte. Bei der aktiven Flotte sollen sämtliche Schiffe dauernd im Dienst gehalten werden, bei der Reserveflotte nur der vierte Teil.

Bisher sollten 2 Geschwader die aktive, 2 andere die Reserveschlachtflotte bilden, jede mit einem Flottenflaggschiff. Bei jener sollten alle Schiffe, bei dieser die Hälfte der Schiffe dauernd im Dienst gehalten werden. Außerdem war eine Materialreserve von je 4 Linienschiffen, großen und kleinen Kreuzern vorgesehen, auf die man nach der Novelle ganz verzichtet.

Angesichts der Übermacht Englands begreift man nicht recht, warum sich die Marineverwaltung mit so geringen Forderungen begnügt hat, wie sie im letzten Flottengesetz aufgestellt worden sind, da doch das deutsche Volk zweifellos bereit war, ebenso wie für die Armee auch für die Flotte die nötigen Mittel zu bewilligen.

Daß die Schlagfertigkeit der Flotte durch die Bildung eines dritten aktiven Geschwaders erheblich gesteigert wird, soll nicht bestritten werden. Es werden von 1914 an stets 28 Linienschiffe mit 8 großen und 18 kleinen Kreuzern zu sofortiger Aktion bereit sein. Eine wesentliche Steigerung der Kampfbereitschaft wird auch durch die Organisation der Unterseeboote bedingt, von denen 72 durch das neue Gesetz vorgesehen sind. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß diese Verbesserung eine

wirkliche Verstärkung der Flotte nur um 3 Linienschiffe und 2 kleine Kreuzer, und zwar erst nach Jahren vorsieht, daß die Bildung des dritten Geschwaders nur durch Verzicht auf die Materialreserve und durch Verringerung des Mannschaftsbestandes bei der Reserveflotte, also durch eine erhebliche Verminderung ihrer Schlagfertigkeit erkauft ist. Eine Beschleunigung des Flottenbaus ist überhaupt nicht vorgesehen; das dritte Geschwader wird erst 1914 gebildet sein, und die Kreuzerflotte ist bezüglich der Panzerkreuzer in ihrer jetzigen trostlosen Verfassung belassen worden; ein Teil unserer großen Kreuzer entspricht, wie gesagt, den modernen Anforderungen in keiner Weise und kann seinen Dienst im Kriege überhaupt nicht erfolgreich versehen.

So bedeutet das neue Gesetz wohl eine Vermehrung der Schlagfertigkeit für den ersten Augenblick, aber nur eine ganz ungenügende tatsächliche Verstärkung unserer Wehrmacht zur See. Auch ist absolut nicht abzusehen, wie durch die getroffene Einrichtung verhindert werden soll, daß zur Zeit der Reservistenentlassung die Schlagfertigkeit der Flotte sehr wesentlich beeinträchtigt ist, und doch soll nach den ausgesprochenen Absichten der Marineverwaltung auch dieser Mißstand durch die Anordnungen des neuen Gesetzes beseitigt werden. Das ist selbstverständlich unmöglich. Nur durch eine ganz erheblich vermehrte Besatzung der Reserveflotte und die Abgabe ihrer Mannschaften an die aktive Flotte zur Zeit der Reservistenentlassung hätte man die erste Linie, aber auch wieder nur auf Kosten der Schlagfertigkeit der Reserveflotte, dauernd schlagfertig zu erhalten vermocht. Auch der Verzicht auf eine Materialreserve ist äußerst bedenklich. Im Kriege treten sicher schwere Verluste an Schiffen ein, ohne daß zugleich die ganze Besatzung zugrunde geht. In solchem Falle kann ein Schiff der Materialreserve mit der freigewordenen Mannschaft besetzt werden und die entstandene Lücke ausfüllen. Fehlt aber eine solche Reserve, so schmilzt die aktive Schlachtflotte mit jedem Verlust ohne die Möglichkeit eines Ersatzes zusammen.

Ich kann nicht umhin, das neue Gesetz von meinem Standpunkt aus als einen Notbehelf zu betrachten, der auf Kosten

der Nachhaltigkeit der Kriegführung erkauft ist. Wodurch die Marineverwaltung zu so ungenügenden Maßregeln veranlaßt worden ist, läßt sich nicht erkennen. Meines Erachtens mußte die Bildung des dritten Geschwaders Hand in Hand gehen mit einer Beschleunigung des Schiffsbaus überhaupt, dem raschen Bau der unbedingt notwendigen Panzerkreuzer, der allmählichen Neuschaffung einer Materialreserve und einer Erhöhung des Mannschaftsstandes auf der Reserveflotte, um bei einer Mobilmachung nach der Reservistenentlassung auf diese für die erste Linie zurückgreifen zu können.

Wer die drohenden Wetterwolken am politischen Horizont beachtet, wird sich der Einsicht dieser Notwendigkeit nicht entziehen können. Mögen die Engländer sich noch so sehr entrüsten und aufregen: die Sorge um unser Vaterland muß uns höher stehen als alle politischen und auch als die finanziellen Bedenken. Auch müssen wir für den Bau unserer neuen Schlachtschiffe Typen zu schaffen suchen, die den englischen an Geschwindigkeit wie an Gefechtskraft womöglich überlegen sind. Das ist jedenfalls nicht leicht, denn die neuesten englischen Linienschiffe haben einen hohen Grad von Vollendung erreicht, und die neuesten englischen Kreuzer stehen den eigentlichen Schlachtschiffen an Gefechtswert wenig nach. Überlegenheit der einzelnen Einheiten zu erstreben, bleibt aber immerhin neben größtmöglicher Kriegsfertigkeit der einzige Weg, auf dem man hoffen kann mit wenigen Schiffen wenigstens das Nötigste zu leisten. Da die Kruppschen Geschütze über die englischen schweren Schiffskanonen in der Tat eine gewisse Überlegenheit besitzen, die in der Wirkung allerdings nicht sehr erheblich ist, ist es wohl am ersten möglich, auf diesem Gebiet einen Vorsprung zu behaupten und unseren Schiffen eine überlegene Offensivkraft zu verleihen. Ein in seinen Wirkungen überlegenes Geschütz ist ein mächtiger Faktor des Erfolges, der um so mehr zur Geltung kommen muß, je mehr es gelingt, die Artillerie derart auf dem Schiff zu verteilen, daß nach jeder Seite wie auch nach vorn möglichst alle Geschütze gleichzeitig zur Wirkung gebracht werden können.

Neben der eigentlichen Schlachtflotte behaupten die Torpedofahrzeuge eine ausschlaggebende Bedeutung sowohl für die strategische Offensive wie für die Defensive. Die Torpedoflotte bedarf daher — besonders auch mit Rücksicht auf die erdrückende Übermacht Englands — tatkräftigster Förderung, und zwar um so mehr, als wir wenigstens, was die Ausbildung anbelangt, in ihr einen tatsächlichen Faktor der Überlegenheit besitzen. Auf dem Gebiete des Torpedowesens haben wir, dank der hohen Ausbildungsstufe des Personals und der Vorzüglichkeit des Bootsmaterials, wohl allen Marinen der Welt den Rang abgelaufen, und diesen Standpunkt müssen wir eifrig zu wahren bestrebt sein, namentlich auch in bezug auf die Entwicklung des Torpedoschusses, in dem wenigstens nach Zeitungsnachrichten neuerdings andere Nationen uns Konkurrenz machen, indem sie uns in der Laufstrecke bei höchster Geschwindigkeit zu überbieten suchen. Auch der Unterseebootflotte müssen wir unsere volle Aufmerksamkeit widmen und bemüht sein, diese Fahrzeuge im offensiven Sinne zu vervollkommnen. Gelingt es uns, diese Waffe derart auszugestalten und technisch weiterzuentwickeln, daß sie dem militärischen Bedürfnis nach jeder Richtung entspricht und mit gesteigerter Geschwindigkeit und Seetüchtigkeit einen ebenso gesteigerten Aktionsradius verbindet, so kann mit ihr bei der Verteidigung unserer Küsten und in überraschenden Angriffen auf die feindlichen Geschwader gewiß Großes erreicht werden. Eine überlegene Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet könnte uns außerordentlich zustatten kommen.

Last not least müssen wir uns der Ausgestaltung des Luftschifferwesens auch für die Zwecke der Marine mit größter Tatkraft widmen. Wenn es gelänge, Luftschiffe und Flugmaschinen völlig kriegsbrauchbar herzustellen, so daß sie auch bei weniger günstiger Witterung verwendet und auch zu Angriffszwecken [1]) benutzt werden könnten, würden sie der Flotte

[1]) Bei Angriffen von Luftschiffen gegen Objekte zu Lande und auf der See ist lediglich an das Werfen von Sprenggeschossen zu denken.

sehr wesentliche Dienste leisten können[1]). Die Luftflotte würde dann — wie das in dem Kapitel über den nächsten Seekrieg dargelegt wurde — in der Lage sein, erfolgreich zu erkunden, dadurch günstige Gelegenheiten für Ausfälle der Schlacht- oder Torpedoflotte zu erspähen und die Annäherung überlegener feindlicher Kräfte rechtzeitig zu melden. Sie könnte überdies die feindliche Luftaufklärung verhindern, was für die Ausführung überraschender Angriffe von großer Wichtigkeit wäre, und auch feindliche Luftangriffe auf unsere Marineanlagen und großen Schiffahrtszentren zurückweisen oder unmöglich machen. Könnten aber unsere Luftschiffe derart entwickelt werden, daß sie ihrerseits zum strategischen Angriff überzugehen und Schrecken und Verderben an die englische Küste zu tragen vermöchten, so würden sie unsere Flotte in ihrem Kampf gegen die feindliche Übermacht noch weit wirksamer unterstützen. Daß die Technik in absehbarer Zeit die Möglichkeit schaffen wird, auch solchen Aufgaben gerecht zu werden, kann eigentlich kaum bezweifelt werden. Eine ausgesprochene Überlegenheit unserer Luftflotte über die englische könnte sehr wesentlich dazu beitragen, den Kraftunterschied beider Marinen im Verlaufe des Krieges mehr und mehr auszugleichen. Eine solche Überlegenheit zu gewinnen sollte aber auf diesem Gebiet um so eher möglich sein, als wir auf ihm mit einem Vorsprung unserer vermutlichen Gegner noch nicht zu rechnen haben, sondern unter gleichen Bedingungen um die Palme des Erfolges ringen können.

Neben dem Kampf gegen die feindliche Kriegsflotte muß auch der Handelskrieg im Frieden sorgfältig vorbereitet werden, da er gerade in einem Kriege gegen England insofern von besonderer Wirksamkeit sein kann, als dieses Land mehr als jedes andere der Einfuhr bedarf. Es könnte infolge dessen von größter Bedeutung werden, wenn es gelänge, den feindlichen Handel empfindlich zu stören und seine Straßen zu

[1]) Vgl. v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. I, 2. Kapitel, 4 und 10; Bd. II, 4. Kapitel, 12.

beunruhigen. Auf die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens wurde in der Besprechung des Seekrieges gegen England bereits hingewiesen. Um so mehr müssen wir unsere Vorbereitungen derart treffen, daß die für den Handelskrieg bestimmten raschen Schiffe ihr Tätigkeitsfeld überraschend erreichen können, bevor es dem Gegner möglich ist, unsere Häfen zu blockieren. Auch müssen die Hilfskreuzer schon im Frieden so ausgerüstet sein, daß sie in kürzester Frist auch auf offener See auf funkentelegraphische Anordnung hin den Charakter als Kriegsschiffe annehmen können.

Eine weitere Frage, die im Zusammenhange mit dem Handelskriege der Erörterung bedarf, ist die, ob Tsingtau im Kriegsfall behauptet werden soll. Es könnte, wenn es in entsprechender Weise befestigt würde, einen sicheren Stützpunkt für unser ostasiatisches Geschwader bilden. Auch ist zu bedenken, daß unsere ganze politische Machtstellung in jenen Gegenden und damit zugleich unsere Weltstellung von seinem Besitz abhängt. Wenn dieser jedoch behauptet werden soll, dann muß sofort die Garnison sehr wesentlich verstärkt werden, da die jetzt dort stehenden Truppen nicht einmal zur dauernden Bewachung des Platzes ausreichen, und der Ort müßte zweckmäßig befestigt werden. Das Reichsmarineamt, das das Schutzgebiet verwaltet, hat zwar viele Millionen hinein verbaut, hat aber dabei eine unglückliche Hand gehabt und nichts auch nur einigermaßen Brauchbares geliefert. Die Befestigung der Landseite ist völlig unbrauchbar, Hafen und Dock können von allen Seiten eingesehen und beschossen werden, die Besatzung ist, wie gesagt, viel zu schwach, um den Platz auch nur einige Tage zu halten, und auch feindliche Landungen, die Stadt und Hafen unter Feuer nehmen können, sind nicht zu verhindern. Es müßte sofort eine ganz neue Befestigung durch Sachverständige angeordnet werden, wenn der Platz verteidigungsfähig werden und als Flottenstützpunkt dienen soll, denn alles bisher dort für die Sicherung des Hafens und die Verteidigung der Landseite Geschaffene ist, wie gesagt, völlig unbrauchbar. Das dafür ausgegebene Geld ist weggeworfen. Es ist aber Eile geboten, wenn hier noch rechtzeitig Wandel ge-

schaffen werden soll. Die Hoffnung, bei eintretendem Kriegsfall das Versäumte nachholen zu können, wäre freventlicher Leichtsinn. Der Platz muß immer und zu jeder Stunde kriegsbereit sein.

Eine schnelle Mobilmachung ist überhaupt gerade bei der Marine von der allerhöchsten Bedeutung, da wir jederzeit auf einen überraschenden Angriff, unter Umständen selbst mitten im Frieden, gefaßt sein müssen. Was in dieser Richtung gerade von den Engländern zu erwarten ist, lehrt die Geschichte.

Mitten im Frieden bombardierten sie vom 2.—5. September 1807 Kopenhagen und führten die dänische Flotte fort. 400 Häuser brannten ab, 2000 wurden beschädigt, 3000 friedliche, gänzlich unbeteiligte Einwohner verloren das Leben. Kann man für das damalige Vorgehen Englands vielleicht noch eine Erklärung, wenn auch keine Rechtfertigung in der Gewaltsamkeit aller Verhältnisse sehen und in dem gleich rücksichtslosen Verfahren Napoleons, so zeigt das Ereignis doch deutlich, zu welchen Maßnahmen England imstande ist, wenn seine Seeherrschaft in Frage kommt. Und diese Praxis ist nicht etwa vergessen worden. Am 11. und 12. Juli 1882, also gerade vor 30 Jahren, wurde Alexandria ebenfalls mitten im Frieden bombardiert und Ägypten von den Engländern besetzt unter dem scheinheiligen Vorwande, daß Arabi Pascha eine Ermordung der Ausländer veranlaßt hätte. Solche geschichtliche Tatsachen reden eine deutliche Sprache. Es ist gut, sie nicht zu vergessen.

Weiter hat aber auch der russisch-japanische Krieg ein warnendes Beispiel moderner Kriegseröffnung gegeben, und ebenso Italien mit seinem politischen und militärischen Überfall der Türkei. Nichts vom Kriege ahnende türkische Schiffe wurden von den Italienern angegriffen und bekämpft.

Es soll nun keineswegs geleugnet werden, daß eine solche Art der Kriegseröffnung, wie sie von Japan und Italien beliebt worden ist, unter Umständen gerechtfertigt sein kann. Das Interesse des Staates ist dabei das schlechthin entscheidende. Die rohe Vergewaltigung eines Schwachen, wie sie sich in dem geschilderten Verfahren Englands ausspricht, hat aber mit einer politisch gerechtfertigten Handlungsweise nichts gemein.

Um den Überfall gerechtfertigt erscheinen zu lassen, muß er sich zunächst nur gegen die Streitkräfte des gegnerischen Staates wenden, nicht gegen friedliche Einwohner; und eine fernere notwendige Vorbedingung ist die, daß die Spannung der politischen Lage die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit eines Krieges für beide Teile klar vor Augen stehen läßt, so daß eine beiderseitige Kriegserwartung und daher Kriegsbereitschaft vorausgesetzt werden kann [1]). Sonst wird der Überfall zum meuchlerischen Verbrechen. Sind aber die geforderten Vorbedingungen gegeben, dann ist der politische Überfall ebenso gerechtfertigt wie ein Überfall im Kriege, da er nur von einer in sich nicht gerechtfertigten Sorglosigkeit des Gegners Vorteil zu ziehen sucht. Ein bestimmter Rechtsgrundsatz wird sich in dieser Frage allerdings niemals formulieren lassen, weil hierbei alles auf die Auffassung der Lage ankommt und diese bei den Parteien sehr verschieden sein kann. Nur die Geschichte kann ein endgültiges Urteil über das Verhalten der Staaten fällen. Keinesfalls aber kann ein formales Recht in solchem Falle — besonders wenn es sich um Existenzfragen handelt, wie das im mandschurischen Kriege für Japan tatsächlich der Fall war — die freie Berechtigung des Staates einschränken. Wenn Japan die unbedingte Seeherrschaft nicht von vornherein erlangt hätte, wäre der Kampf gegen Rußland hoffnungslos gewesen. Es war daher berechtigt, die äußersten Mittel anzuwenden. Für England dagegen standen weder 1807 noch 1882 auch nur annähernd gleiche Interessen auf dem Spiel, und auch Italiens Vorgehen 1911 ist vom Standpunkt der politischen Moral zweifellos bedenklich.

Immerhin zeigen diese Beispiele, wessen wir uns von England zu versehen haben, und wir müssen um so mehr darauf gefaßt sein, daß es von dem Rechte des Überfalls — eventuell auch gegen Tsingtau — Gebrauch macht, als auch wir selbst sehr wohl in die Notlage kommen können, uns dieses Rechtes bedienen zu müssen. Unsere Mobilmachungsvorbereitungen müssen

---

[1]) Vgl. Kapitel 1, S. 17 ff.

also mit solchen Möglichkeiten unbedingt rechnen, besonders in der Zeit nach der Reservistenentlassung.

Welche Maßregeln getroffen werden müssen, um während dieser Zeit die Kriegsbereitschaft unserer Flotte zu sichern, entzieht sich der öffentlichen Erörterung. Unter allen Umständen aber müssen unsere Küstenbefestigungen stets kampfbereit und in Zeiten politischer Spannung dauernd voll besetzt sein. Ebenso rasch müssen die Minensperren in Tätigkeit treten. Das ganze hierfür notwendige Material muß kriegsfertig an Ort und Stelle bereit liegen. Nicht minder müssen alle Maßnahmen zur Überwachung und Sicherung des Verkehrs in unseren Flußmündungen und im Kaiser-Wilhelm-Kanal schon bei Beginn einer politischen Spannung in Kraft treten. Das ist ein einfaches Gebot der Selbsterhaltung. Auch auf den Beobachtungs- und Nachrichtendienst an unseren Küsten müssen wir schon im Frieden den gleichen Wert legen, wie es in England geschieht.

Wenn wir nun die Gesamtheit der Vorbereitungen ins Auge fassen, die für die Behauptung unserer Weltstellung durch die Marine erforderlich sind, erkennen wir, daß außerordentlich hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit unseres Volkes gestellt werden müssen. Sie wiegen augenblicklich um so schwerer, als die Not der Stunde zu außergewöhnlichen Anstrengungen zwingt und als die Aufwendungen für die Flotte mit besonders tatkräftigen Rüstungen zu Lande Hand in Hand gehen müssen. Wenn wir dieser doppelten Anforderung gerecht zu werden die Kraft oder die Opferwilligkeit nicht besitzen, müßte der Ausbau der Flotte zunächst zurückstehen, und wir müßten uns darauf beschränken, unsere Küstenbefestigung so herzustellen, daß sie allen Anforderungen genügte. Eine Beschleunigung unseres Schiffsbaues bliebe dann vorläufig völlig außer Frage.

Dieser Auffassung gegenüber wird freilich von anderer Seite die Ansicht vertreten, daß wir uns bezüglich der Küstenbefestigung auf das notwendigste Mindestmaß beschränken, alle unsere Mittel für den Ausbau der Flotte verwenden und auf die Zahl der Schiffe und deren Kriegsbereitschaft namentlich

auch bei der Reserveflotte das Hauptgewicht legen müßten. Diese Ansicht geht offenbar von der Voraussetzung aus, daß angesichts einer so starken und kriegsbereiten Flotte, wie sie das Flottengesetz für Deutschland vorsieht, England sich überhaupt nicht zu einem Kriege gegen uns entschließen würde. Auch ist wohl sicher anzunehmen, daß eine nach einheitlichen taktischen Grundsätzen gebaute fertige Flotte eine größere Gefechtskraft darstellt, als sie uns auch bei einer gleichen Anzahl verschiedenartiger Schiffe heute zur Verfügung steht.

Ich kann mich dieser Auffassung trotzdem nicht anschließen. Einerseits ist zu befürchten, daß die Gefechtsstärke der feindlichen Flotten rascher zunimmt als die der unserigen; anderseits glaube ich, daß die allgemeine Lage den Krieg mit England unvermeidlich macht, auch wenn unsere Seemacht in kürzester Zeit ihre gesetzliche Stärke in modernen Schiffen erreicht. Ich bin daher der Ansicht, daß wir in erster Linie die feste Grundlage schaffen müssen, ohne die eine erfolgreiche Tätigkeit unserer Flotte gegen die feindliche Übermacht überhaupt nicht denkbar ist. Leistet die Küstenbefestigung nicht das, was von ihr erwartet wird, dann ist ein Erfolg überhaupt unmöglich.

Um so mehr ist es jedoch unsere Pflicht, kein Opfer zu scheuen, um den Bau der Flotte ebenso zu fördern wie die etwa noch notwendige Ausgestaltung der Küstenbefestigung. Wenn auch diese letztere in erster Linie Berücksichtigung fordert, kann doch daneben die hohe Wichtigkeit der Schiffsvermehrung einem Zweifel nicht unterliegen. Wenn wir heute nicht alles daran setzen, unsere Flotte derart zu verstärken, daß sie uns wenigstens die Möglichkeit eines siegreichen Krieges schafft, wenn wir unseren vermutlichen Gegnern abermals einen Vorsprung gewähren, der in Zukunft kaum wieder auszugleichen wäre, würde damit zugleich auf Jahre hinaus der Verzicht auf unsere Weltstellung ausgesprochen sein.

Unter solchen Umständen wird niemand, der deutsch fühlt und als Deutscher hofft, einer Politik des Verzichts das Wort reden wollen. Man wird vielmehr darnach trachten müssen, nicht nur die Küstenbefestigung und die Flotte gleichzeitig aus-

zubauen, sondern auch den Schiffsbau derart zu beschleunigen, daß die Forderungen des Flottengesetzes schon 1914 erfüllt werden, was nach sachverständigem Urteil möglich erscheint.

Die schwierige Zwangslage, in die wir heute bezüglich unserer Kriegsrüstung gekommen sind, hat meiner Ansicht nach eine doppelte Ursache in unserer Vergangenheit. Sie ist einmal dadurch herbeigeführt worden, daß wir es dem Genuß des Friedens zuliebe in den langen Jahren seit Gründung des Deutschen Reichs versäumt haben, die Klärung und Festigung unserer europäischen Machtstellung zu erzwingen und uns dadurch Armfreiheit für eine Weltpolitik zu verschaffen, während um uns herum die anderen Mächte immer bedrohlicher anwuchsen. Ich betrachte es als den schwerwiegendsten Fehler, den eine deutsche Politik überhaupt begehen konnte, daß sie nicht zu einer Zeit mit Frankreich abgerechnet hat, zu der die Weltlage für uns durchaus günstig und ein Erfolg in sicherer Aussicht war. An Gelegenheiten dazu hat es wahrlich nicht gefehlt. Nur der Politik des Friedens und des Verzichts haben wir es zu verdanken, daß wir in unsere heutige sehr bedrängte Lage gekommen und vor die schicksalsschwere Wahl gestellt sind, entweder auf eine Weltmachtstellung zu verzichten oder sie gegen numerisch überlegene Feinde zu erkämpfen. Diese Politik ist nur etwa mit der Versäumnis zu vergleichen, die sich England zuschulden kommen ließ, als es im amerikanischen Sezessionskriege den Südstaaten seine Unterstützung verweigerte und dadurch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Macht erstehen ließ, die schon heute — obgleich noch kein halbes Jahrhundert seither verflossen ist — Englands eigene Weltstellung gefährdet. Die Folgen unserer Friedenspolitik aber treffen uns sehr viel schwerer, als England unter seiner damaligen amerikanischen Politik zu leiden hat; denn Großbritanniens Machtstellung ist schon durch seine insulare Lage und seine Seeherrschaft unendlich viel gesicherter als die unsere, die von allen Seiten mit Übermacht bedroht wird. Freilich kann man in keinem Kriege den Erfolg mit Sicherheit vorhersehen, und es wäre daher stets auch in den verflossenen

40 Jahren die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß es uns nicht gelang, Frankreich so niederzuwerfen, wie es für uns wünschenswert gewesen wäre. Diese Unsicherheit ist mit jedem Kriege verbunden. Weder 1866 noch 1870 konnte Bismarck das Maß des Erfolges voraussehen, das sich ergeben würde, und hat dennoch den Krieg gewagt. Die Größe des Staatsmannes aber besteht eben darin, daß er trotz des Wagnisses im günstigen Augenblick das Notwendige und menschlichem Ermessen nach Beste unternimmt. Über dem Ausgang waltet ein gerechtes Schicksal.

Die zweite Ursache für unsere heutige Lage ist meines Erachtens darin zu erblicken, daß wir viel zu spät mit unserem Flottenbau begonnen haben. Der Hauptfehler, den wir begangen haben, liegt, wie mir scheinen will, darin, daß wir nach dem Jahre 1889, in dem wir uns zur Bewilligung der Brandenburgschiffe aufgeschwungen hatten, wieder bis 1897 in eine Periode des Niedergangs verfallen sind, während der völlige Systemlosigkeit auf dem Gebiete des Flottenwesens herrschte. Auch die Küstenbefestigung systematisch auszubauen, haben wir viel zu spät begonnen, so daß jetzt die notwendigsten Aufgaben, die sich aus der politischen Lage ergeben, nicht erfüllt sind, weil wir diese Lage nicht vorausgesehen und nicht vorausbedacht haben.

Diese Erfahrung muß uns eine Lehre sein für die Zukunft. Niemals dürfen wir über den kleinlichen Sorgen und Bedürfnissen des Augenblicks die großen Gesichtspunkte aus dem Auge verlieren, die für unsere Weltpolitik maßgebend sind. Stets müssen wir rechtzeitig die Maßnahmen treffen, die sich als notwendig für die Zukunft voraussehen lassen, selbst wenn sie erhebliche finanzielle Opfer von uns fordern.

Auch in bezug auf unsere Rüstung zur See müssen wir diesem Gesichtspunkt Rechnung tragen. Noch können wir in letzter Stunde das Versäumte wenigstens einigermaßen nachholen. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir dieser Pflicht nicht opferwillig genügten.

13

Heereskraft und Volkserziehung

Die Politik des Friedens und der Zurückhaltung hat uns in eine Lage gebracht, in der wir nur noch durch äußerste Anstrengung unserer finanziellen Kräfte sowie nach menschlichem Ermessen nur durch schwere Blutopfer unsere politische Machtstellung behaupten und uns die Lebensbedingungen für die Zukunft sichern können. Wir werden daher dazu gedrängt werden, im Augenblick ganz besondere Maßnahmen zu ergreifen, um der Macht unserer Feinde wenigstens einigermaßen gewachsen zu sein: beschleunigten Flottenbau und rasche Vermehrung der Armee. Stets müssen wir uns aber gegenwärtig halten, daß wir auch für die Zukunft zu sorgen haben.

Über den Anforderungen des Augenblicks dürfen wir nicht vergessen, auch die Elemente zu entwickeln, in denen nicht nur unsere militärische Kraft, sondern auch die politische Macht des Staates in letzter Linie wurzelt: die körperliche und geistige Gesundheit unseres Volkes, die wir nur dann dauernd erhalten können, wenn wir für eine der äußeren Wandlung der Lebensbedingungen und Lebensforderungen entsprechende fortschrittliche Entwicklung der Volkserziehung im weitesten Sinne des Worts Sorge tragen.

Ist es die Aufgabe des Staates, die Volksgenossen zur höchsten sittlichen und geistigen Entwicklung zu führen, so wirken anderseits die Kraftelemente, die im Volke wurzeln, auf die Leistungsfähigkeit des Staates zurück. Nur wenn dieser von dem starken einmütigen Willen des gesamten Volkes gestützt wird, kann er wirklich Großes leisten; er hat also gewissermaßen ein doppeltes Interesse daran, die körperliche und geistige

Entwicklung des Volkes zu fördern. Zunächst besteht in diesem Streben überhaupt seine Aufgabe und seine Rechtfertigung; dann aber schöpft er gerade aus der Erfüllung dieser Aufgabe die Kraft und die Fähigkeit, ihr in immer höherem Sinne gerecht zu werden.

Auch vom rein militärischen Standpunkt aus ist es unter den heutigen Verhältnissen geboten, nicht nur für eine gesunde körperliche Entwicklung der heranwachsenden Jugend zu sorgen, sondern auch ihr geistiges Niveau zu heben. Denn während die Anforderungen, die der heutige Krieg stellt, in jeder Richtung gewachsen sind, ist die Dienstzeit, um das Massenaufgebot zu fördern, verkürzt worden, so daß man nur dann darauf rechnen kann, die Zwecke der militärischen Ausbildung vollständig zu erreichen, wenn die Rekruten körperlich und geistig gut vorbereitet in die Armee eintreten und eine der Ehre des Waffendienstes entsprechende vaterländische Gesinnung mitbringen.

In diesem Sinne ist bereits in einem früheren Abschnitt darauf hingewiesen worden, wie wichtig es sei, die geistige Ausbildung des Offizier- und Unteroffizierkorps nach Kräften zu heben, um dadurch nicht nur eine größere und freiere persönliche Leistung der Einzelnen, sondern auch eine tiefere und nachhaltigere Einwirkung auf die Mannschaften zu erzielen; doch kann dieser Einfluß der Vorgesetzten immer nur ein beschränkter bleiben, wenn er nicht mit einem empfänglichen und verständnisvollen Menschenmaterial zu rechnen vermag. Das tritt besonders deutlich hervor, wenn wir die Ansprüche ins Auge fassen, die der heutige Krieg an den einzelnen Kämpfer stellen wird, denen in vollem Maße zu genügen die Leute demgemäß erzogen werden müssen.

Jeder Einzelne muß im heutigen Kriege ein hohes Maß von selbständigem Urteil, ruhiger, sachlicher Überlegung und kühner Entschlossenheit an den Tag legen. Bei der zerstreuten Fechtart ist der Infanterist, nachdem ihm von seinen Führern die Aufgabe gestellt wurde, die zu lösen ist, in hohem Grade auf das eigene Wollen und Können angewiesen, und oft genug wird er selbst die Führung seiner Gruppe übernehmen müssen,

wenn die Verluste unter den Vorgesetzten sich mehren; der Artillerist wird selbständig sein Geschütz bedienen müssen, wenn Zug- und Geschützführer dem Schrapnellfeuer zum Opfer fielen; der Patrouillen- und Meldereiter wird inmitten eines feindlichen Landes allein auf sich selbst gestellt sein, und der Mineur, der der Kontremine kühn entgegenarbeitet, wird sich oft dem Feinde unvermutet gegenüber befinden und nur auf die eigene Sachkenntnis und Entschlossenheit angewiesen sein.

Im heutigen Kriege werden aber nicht nur höhere Anforderungen an die Selbständigkeit der einzelnen gestellt, sondern auch die körperlichen Anstrengungen werden in Zukunft voraussichtlich größer sein als in früheren Kriegen. Das liegt einmal an der Massenverwendung, dann aber auch an dem erweiterten Wirkungskreis der Feuerwaffen. Alle Bewegungen in großen Massen sind an sich anstrengender als solche in kleinen Abteilungen, weil sie niemals so glatt verlaufen wie diese; Unterkunft und Verpflegung großer Massen ferner können nie so gut sein wie bei kleineren Verbänden; die mit den Massen steigende Tiefe der Marschkolonnen bringt eine weitere Erschwerung aller Bewegungen mit sich: Verkürzung der Nachtruhe, Unregelmäßigkeiten in den Verpflegungszeiten, ungewöhnliche Abmarschzeiten und was dergleichen mehr ist. Die gesteigerte Tragweite der modernen Feuerwaffen dehnt außerdem die eigentliche Gefechtszone aus und zwingt im Verein mit den vergrößerten Fronten allen Truppen bei Umfassungsbewegungen oder anderen Verschiebungen auf dem Schlachtfelde weite Umwege auf.

Diesen erhöhten Anforderungen gegenüber hat sich zwar die Arbeitsleistung in der Armee selbst außerordentlich gesteigert, aber von seiten des Staates aus ist nur wenig geschehen, um die Jugend besser für den Waffendienst vorzubereiten, während sich überdies im Volksleben Bestrebungen geltend machen, die die Erziehung der Jugend äußerst nachteilig beeinflussen. Hierzu rechne ich vor allem das immer weitere Umsichgreifen sozialdemokratischer, vaterlandsfeindlicher Gesinnung und Hand in Hand damit gehend das Zusammenströmen der

Bevölkerung in den großen Städten, das auch der körperlichen Entwicklung wenig günstig ist. Das ergibt sich ganz unzweifelhaft aus den Aushebungsergebnissen. Schon heute stammen von allen in Deutschland geborenen Militärpersonen nur 6,14% aus den Großstädten, 7,37% aus den Mittelstädten, 22,34% aus den Klein- und Landstädten und 64,15% vom flachen Lande[1]), während die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land eine ganz andere ist. Nach der Volkszählung von 1905 kamen auf die ländliche Bevölkerung 42,5, auf die Klein- und Landstädte 25,5, auf die Mittelstädte 12,9 und auf die Großstädte 19,1% der gesamten Einwohnerschaft. Seitdem hat sich wahrscheinlich das Verhältnis noch weiter zuungunsten der Landbevölkerung verschoben, während die Großstädte an Einwohnerzahl zugenommen haben. Diese Zahlen lassen den körperlichen Rückgang der städtischen Bevölkerung klar erkennen und bedeuten eine Gefahr für unser Volksleben nicht nur in physischer Hinsicht, sondern auch mit Rücksicht auf den Geist und die geschlossene Einheitlichkeit der Nation. Die Landbevölkerung ist mit der Armee auf das innigste verwachsen. Tausend Fäden spinnen sich an zwischen der Truppe und den Familien ihrer Angehörigen, soweit sie vom Lande sind; das weiß jeder, der das innere Leben unserer Armee kennt. Das Interesse für dieses Leben ist überall ein großes und tiefgehendes. Es ist der gleiche Geist, der sich von dem einen Teil auf den anderen überträgt. Ganz anders ist das Verhältnis des Heeres zu der Großstadtbevölkerung, die nur einen geradezu verschwindend kleinen Bruchteil ihrer Söhne zum Waffendienst stellt. Wie zwischen der Großstadtbevölkerung und den Landbewohnern, die militärisch den eigentlichen Kern der Nation darstellen, ein gewisser Gegensatz besteht, so haben sich auch die Beziehungen zwischen der Armee und der Großstadt gelockert, und weite Bevölkerungsschichten der großen Städte stehen dem Heere geradezu feindlich gegenüber.

Es liegt demnach im höchsten Interesse des Staates, die

[1]) Graf Posadowsky, „Die Wohnungsfrage“, München 1910.

physische Gesundheit der städtischen Bevölkerung mit allen nur denkbaren Mitteln zu heben, nicht nur um mehr Soldaten ausheben zu können, sondern um den segensreichen Einfluß der Dienstzeit für die städtische Bevölkerung in erhöhtem Maße nutzbar zu machen und damit zur Gesundung unserer sozialen Zustände beizutragen. Nichts einigt mehr in Geist und Gesinnung als der gemeinsame Waffendienst.

Es ist, soviel ich zu beurteilen vermag, nicht allein die Fabrikarbeit an sich, die einen schädigenden Einfluß auf die körperliche und in der Gleichmäßigkeit der Beschäftigung auch auf die geistige Entwicklung ausübt, sondern es sind vor allem die aus der Fabrikarbeit sich ergebenden allgemeinen Lebensverhältnisse, die nachteilig wirken. Abgesehen von vielen Fabrikbetrieben, die der Gesundheit unmittelbar schädlich sind, dürften vor allem aber die Faktoren, die die körperliche Entwicklung hemmen, in den Wohnungsverhältnissen, im großstädtischen Genußleben und im Alkoholismus zu suchen sein, der, soviel ich zu beurteilen vermag, in den Großstädten im allgemeinen wohl eine viel größere Verbreitung hat als auf dem flachen Lande und dort in Verbindung mit den übrigen Einflüssen der Großstadt jedenfalls sehr viel nachteiliger wirkt.

Für den Staat ergibt sich aus dieser Sachlage die unbedingte Pflicht, in erster Linie den Alkoholismus mit allen Mitteln zu bekämpfen, wenn nötig durch rücksichtslose Besteuerung der alkoholischen Genußmittel und strengste Beschränkung der Schankberechtigung; dann aber auch alle Bestrebungen auf das nachdrücklichste zu unterstützen, die eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung im Auge haben und dahin gehen, die städtische Jugend den schädigenden Einflüssen des Genußlebens zu entziehen. In München haben jüngst bayerische Offiziere den äußerst dankenswerten Versuch unternommen, die nicht mehr schulpflichtige Jugend in ihrer arbeitsfreien Zeit durch militärisch geleitete gesundheitsfördernde Übungen zu beschäftigen. Auch die Jugendvereine, die Feldmarschall v. d. Goltz ins Leben zu rufen bestrebt ist, verfolgen ähnliche Zwecke. Solche Unternehmungen sollten in allen Groß-

städten auf das eifrigste gepflegt und staatlich unterstützt werden, sowohl aus rein physischen wie auch aus sozialen Rücksichten. Auch der Turnunterricht an den Schulen und in Turnvereinen hat einen zweifellos segensreichen Einfluß auf die körperliche Entwicklung und verdient daher jede Förderung; endlich müßte auch von diesem Gesichtspunkt aus die allgemeine Wehrpflicht tatsächlich durchgeführt werden. Es ist geradezu erstaunlich, welchen ausgezeichneten Einfluß der Militärdienst auf die körperliche Entwicklung der Mannschaften hat. Schon heute müßten die Ersatzbehörden angewiesen werden, die großstädtische Bevölkerung in erhöhtem Maße zum Dienst heranzuziehen.

Vor zwei Bestrebungen muß dagegen meines Erachtens gewarnt werden: einmal davor, die Arbeitszeit in Industrie und Handwerk immer mehr zu verkürzen, und zweitens davor, dem Sport eine allzugroße Bedeutung für die Volkshygiene beizumessen. Wie schon hervorgehoben, ist es im allgemeinen nicht die Arbeit selbst, sondern es sind die Begleitumstände der Massenarbeit, die schädigend wirken.

Die Arbeitszeit über ein gewisses Maß hinaus grundsätzlich verkürzen zu wollen, wenn keine besonders ungünstigen Arbeitsverhältnisse vorliegen, halte ich für ein unsittliches Bestreben und für eine volle Verkennung des Eigenwertes der Arbeit. Sie ist an sich der größte Segen, den die Menschheit kennt, und wehe dem Volke, das sie nicht mehr als eine sittliche Pflicht, sondern nur als eine Notwendigkeit zum Erwerb des Lebensunterhalts und des Lebensgenusses betrachtet. Nur in angestrengter Arbeit erwachsen Männer und Charaktere, und gerade die Völker, die einer kargen Natur in fortdauerndem Lebenskampf ihr Dasein abgewinnen mußten, haben sich oft als die leistungsfähigsten und dauerhaftesten erwiesen.

Solange die Holländer in stetem Kampf mit dem Meere ihre Kräfte stählten, solange sie für ihre Glaubensfreiheit gegen die spanische Übermacht fochten, waren sie ein geschichtlich bedeutendes Volk; jetzt, da sie im wesentlichen dem Erwerb und dem Genusse leben und ein politisch neutrales Dasein führen ohne große Ziele und große Kämpfe, ist ihre Bedeutung tief

gesunken und wird sich erst wieder heben, wenn sie im Ringen der Kulturvölker Partei nehmen. In Deutschland aber ist nicht an den reichbegnadeten Ufern des Rheins und der Donau, sondern auf dem dürftigen märkischen Sande das Geschlecht erwachsen, das unser Vaterland aus tiefem Fall wieder zu geschichtlicher Bedeutung zurückführen sollte.

Nur wenn wir den strengen, arbeitsamen altpreußischen Sinn bewahren und das übrige Deutschland ebenfalls zu Kantischer Lebensauffassung mit fortreißen, nur wenn wir fortgesetzt unsere Kräfte stählen an großen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, ohne uns mit dem Erreichten zu begnügen und uns träger Genußsucht hinzugeben, werden wir physisch und moralisch gesund bleiben und unseren Rang in der Welt zu behaupten vermögen.

Wo also die Natur selbst nicht zu ernster Arbeit zwingt oder wo bei steigendem Reichtum weite Volkskreise dazu neigen, sich mehr dem Genuß- als dem Arbeitsleben hinzugeben, müssen Gesellschaft und Staat wetteifernd dafür sorgen, daß die Arbeit nicht zum Spiel, das Spiel nicht zur Arbeit wird; denn nur die Arbeit, die als Pflicht aufgefaßt wird, schmiedet Männer, nicht das willkürliche Spiel. Der Sport, der auch bei uns in immer weiteren Kreisen um sich greift, muß immer ein Mittel der Erholung bleiben und darf niemals Selbstzweck werden, wenn er eine Berechtigung haben soll. Das dürfen wir niemals vergessen. Schwere mühevolle Arbeit hat Deutschland groß gemacht; in England dagegen hat der Sport zwar die körperliche Gesundheit des Volkes zu erhalten vermocht; indem er aber übertrieben wurde und an die Stelle ernster Arbeit trat, hat er die englische Nation doch auch schwer geschädigt. Unter dem Einfluß steigenden Reichtums, verminderter Arbeitsleistung, wie sie ja auch in den Bestrebungen der englischen Trades-Unions zum Ausdruck kommt, und seiner militärisch gesicherten Lage ist das englische Volk mehr und mehr zu einem Rentner- und Sportvolke geworden, und es kann wohl die Frage aufgeworfen werden, ob es sich in dieser Verfassung den großen Aufgaben gewachsen zeigen wird, die es sich für die

Zukunft gesetzt hat. Sollte durch einen Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika der politische Wettbewerb mit der großen aufstrebenden Republik auch noch ausgeschaltet werden, so könnte dieser Umstand sehr leicht zum Marksteine werden, an dem die Wege zum Aufgang und zum Niedergang sich scheiden trotz aller körperlich förderndem Sports.

Die physische Gesundheit eines Volkes hat nur dann einen bleibenden Wert, wenn sie aus der Arbeit emporwächst und Hand in Hand geht mit geistiger Entwicklung, während es dagegen auf die Dauer stets nachteilig wirken muß, wenn diese letztere materiellen und physischen Bestrebungen untergeordnet wird.

Wir dürfen uns daher nicht damit begnügen, durch Hebung der sozialen Verhältnisse und der ganzen Lebenshaltung unseres Volkes eine körperlich gesunde Jungmannschaft für die Armee heranzubilden, sondern wir müssen auch bestrebt sein, ihre geistige Ausbildung auf alle Weise zu fördern. Das Mittel dazu ist die Schule. Nur wenn auf der Schule der militärischen Erziehung vorgearbeitet, wenn dem Rekrutenmaterial eine verbesserte Vorbildung übermittelt wird, kann die militärische Erziehung unter den immer schwieriger werdenden Verhältnissen der Gegenwart ihre Ausbildungsziele in befriedigender Weise erreichen.

Dieser Forderung nun genügt die Volksschule in keiner Weise. Die Allgemeinen Bestimmungen, die das Volksschulwesen in Preußen regeln, stammen aus dem Jahre 1872, sind also volle vierzig Jahre alt und können daher der modernen Entwicklung, die sich in den letzten Jahren besonders rasch vollzogen hat, keine Rechnung tragen. Es ist daher nur natürlich, daß zwischen ihnen und den Anforderungen der militärischen Erziehung ein prinzipieller Gegensatz besteht: die heutige militärische Erziehung verlangt eine völlige Individualisierung und eine bewußte Entwicklung männlicher Gesinnung; in der Volksschule dagegen ist alles auf Massenabrichtung angelegt unter Gleichstellung der Geschlechter. Das ergibt sich unmittelbar aus den Vorschriften.

In der Armee werden die Rekruten unter der Oberaufsicht der Vorgesetzten von besonders dazu kommandierten Offizieren und ausgesuchten erfahrenen Unteroffizieren in kleinen Abteilungen auch in der Instruktion ausgebildet; mit jedem einzelnen beschäftigen sich sein Abteilungsunteroffizier und die höheren Vorgesetzten; in der Schule dagegen wird dem Lehrer zugemutet, bis zu 80 Schüler gleichzeitig zu unterrichten; in der Schule mit zwei Lehrern sollen bis zu 120 Kinder in zwei Klassen geteilt werden. Eine Trennung der Geschlechter wird nur für mehrklassige Schulen als wünschenswert bezeichnet. Im allgemeinen also wird der Unterricht gemeinsam erteilt. Daß unter solchen Umständen ein Eingehen auf die Persönlichkeit des Einzelnen völlig ausgeschlossen ist, bedarf keines Beweises; es kann sich dabei nur um eine mehr oder weniger mechanische und notdürftige Übermittlung eines bestimmten Wissensstoffes handeln ohne irgendwelche Berücksichtigung der eigentümlichen Veranlagung von Knaben und Mädchen oder gar der einzelnen Individuen.

Daß eine solche Volksschule der militärischen Erziehung nicht vorarbeiten kann, liegt offen zutage. Die Grundsätze, die hier und dort die Ausbildung bestimmen, sind völlig verschieden. Das zeigt sich auch in der gesamten Tendenz des Unterrichts.

Die militärische Erziehung will die sittliche Persönlichkeit zu selbständigem Denken und Handeln heranbilden und zugleich eine vaterländische Gesinnung in den Mannschaften wecken. Neben der Fachausbildung stehen daher Pflichtenlehre und vaterländische Geschichte im Vordergrunde des Unterrichts. Überall geht das Bestreben dahin, jeden Einzelnen zum logischen Denken und zum klaren Ausdruck seiner Gedanken zu erziehen.

Für die Volksschule stehen diese Gesichtspunkte völlig zurück, nicht zwar der Absicht nach und in der Theorie, wohl aber in der Praxis als Ergebnis der Verhältnisse. Das Hauptgewicht liegt bei ihr auf dem formalen Religionsunterricht und auf der Übermittlung einer gewissen Fertigkeit im Lesen, Schreiben und Rechnen. Die sogenannten Realien (Geschichte, Geographie, Naturbeschreibung und Naturlehre) treten demgegenüber völlig

zurück. Von dreißig wöchentlichen Lehrstunden sind den sämtlichen Realien nur sechs Stunden auf der Mittel- und Oberstufe gewidmet; auf der Unterstufe werden sie überhaupt nicht berücksichtigt, während für den Religionsunterricht auf allen Stufen vier bis fünf Stunden angesetzt sind. Von einer bewußten Förderung vaterländischer Gesinnung ist überhaupt nicht die Rede. Mit keiner Silbe weisen die Allgemeinen Bestimmungen darauf hin, daß hierauf irgendwelcher Wert zu legen sei, und während Art und Wesen des Religionsunterrichts auf mehr als zwei Seiten dargelegt wird, hat man für gut befunden, die Geschichte, die für die Entwicklung vaterländischen Sinnes besonders in Frage kommt, in zehn Zeilen abzutun. Daß eine irgendwie nennenswerte Einwirkung auf die sittliche Persönlichkeit und die Urteilsfähigkeit der Schüler stattfinden könnte, ist schon durch den Massenunterricht so gut wie ausgeschlossen.

Ist so schon die Verteilung des Lehrstoffs auf die für den Unterricht verfügbare Zeit eine sehr einseitige, so muß die Art und Weise, in der der Unterricht erteilt werden soll, als wenig glücklich bezeichnet werden, besonders beim Religionsunterricht. Von der Unterstufe an, also bereits Kindern von sechs Jahren werden Geschichten nicht nur aus dem Neuen, sondern auch aus dem Alten Testament beigebracht. Desgleichen werden den sämtlichen Kindern jeden Sonnabend die Perikopen des folgenden Sonntags vorgelesen und erklärt. Der Unterricht im Katechismus beginnt ebenfalls schon auf der Unterstufe, also vom sechsten Lebensjahre an; bis zu zwanzig geistliche Lieder müssen die Kinder außer verschiedenen Gebeten auswendig lernen; sehr bezeichnend ist es, daß es für nötig befunden worden ist, „die gedächtnismäßige Aneignung des allgemeinen Kirchengebets sowie anderer Teile des liturgischen Gottesdienstes“ und „ein Memorieren der Perikopen“ ausdrücklich zu verbieten. Dagegen ist den Kindern die Einrichtung des öffentlichen Gottesdienstes zu erklären. Das läßt erkennen, in welchem Geiste dieser Unterricht überhaupt bestimmungsgemäß gehandhabt werden soll.

Man staunt, wenn man diese Vorschriften liest. Als Aufgabe des evangelischen Religionsunterrichtes wird es bezeichnet, die Kinder „in das Verständnis der heiligen Schrift und in das Bekenntnis der Gemeinde" einzuführen, damit sie „befähigt werden, die heilige Schrift selbständig lesen und an dem Leben sowie an dem Gottesdienst der Gemeinde lebendigen Anteil nehmen zu können". Während also hiermit Anforderungen gestellt werden, die ganz darauf verzichten, den Lehrstoff dem Verständnis von 6—14jährigen Kindern anzupassen, vielmehr einen Gesichtskreis voraussetzen, der diesem Lebensalter nicht entspricht, wird mit keinem Wort darauf hingewiesen, daß das Wesen der Religion, nämlich ihr Einfluß auf das sittliche Verhalten des Menschen, gebührend in den Vordergrund gestellt werden muß. Mit keinem Wort wird es dem Lehrer nahegelegt, auf das weiche Gemüt des Kindes in religiösem Sinne einzuwirken[1]); es handelt sich bei dem ganzen Unterricht bestimmungsgemäß vornehmlich nur um eine ganz formale Religiosität, die völlig außerhalb aller Beziehungen zum wirklichen Leben steht und auf jede sittliche Einwirkung verzichtet, wenn auch nicht der Absicht so doch dem Erfolge nach. Aus diesem Unterricht erwächst denn auch nur sehr selten wirkliche Religiosität; meistens sind die Kinder vielmehr froh, nach der Konfirmation den oft geisttötenden Religionsunterricht los zu sein; und so bleiben sie nach dem Abschluß der Schule dem religiösen Innenleben, das der Unterricht nicht in ihnen geweckt hat, dauernd entfremdet. Auch der Konfirmationsunterricht vermag daran wenig zu ändern, da er im allgemeinen in dem gleichen Geiste stattfindet.

Dieser Art Unterricht zuliebe aber werden alle anderen Lehrstoffe, die Herz und Geist zu erheben und den jungen Gemütern eine ideale Richtung zu geben vermöchten, vor allem also die vaterländische Geschichte auf das ärgste vernachlässigt,

[1]) Nur einmal heißt es in den „Bestimmungen", daß die Erzählungen der biblischen Geschichte „nach ihrem religiösen und sittlichen Gehalt in einer Geist und Gemüt bildenden Weise zu entwickeln und fruchtbar zu machen" seien.

und doch ist für das Leben und ganz besonders für den Soldaten eine wirklich religiöse und vaterländische Gesinnung von höchstem Wert. Um so mehr ist es zu bedauern, daß der Unterricht in der Volksschule, wie er durch die Bestimmungen festgelegt ist und in der Praxis meist in noch mehr verflachter Gestalt erteilt wird, in keiner Weise geeignet ist, solche Gesinnung zu wecken und damit dem Vaterlande einen wirklichen Dienst zu erweisen. Wahrhaft erfrischend wirkt es demgegenüber, wenn wir in den neuen Bestimmungen für die Mittelschulen vom 3. Februar 1910 lesen, daß durch den Religionsunterricht die „religiös-sittlichen Anlagen des Kindes" geweckt und gekräftigt werden sollen und der Geschichtsunterricht das Ziel verfolgen soll, „Verständnis und Sinn für die Größe des Vaterlandes" zu wecken.

Die Methode des Religionsunterrichts, die in der Volksschule geübt wird, ist dagegen meiner Ansicht nach völlig verkehrt. Religionsunterricht kann fruchtbar und nutzbringend erst werden, wenn eine gewisse geistige Entwicklung bereits stattgefunden hat und ein bewußtes Wollen im Kinde entstanden ist. Ihn zur Grundlage der geistigen Entwicklung zu machen, wie das in der Volksschule offenbar angestrebt wird, ist aber immer verfehlt; denn er soll sich gar nicht an den Verstand und das Urteilsvermögen, sondern an die mystischen Ahnungen der Seele wenden und wirkt, wo er zu früh einsetzt, verwirrend und störend auf die Förderung des geistigen Vermögens. Auch der Missionar, der wirkliche Erfolge erzielen will, bestrebt sich, seine Zöglinge zuerst durch Arbeit und weltlichen Unterricht zu bilden, bevor er ihnen verfeinerte religiöse Anschauungen zu übermitteln versucht. Dem sechsjährigen Kinde aber werden jeden Sonnabend die Perikopen erklärt.

Der eigentliche Religionsunterricht sollte überhaupt erst in der Mittelstufe beginnen. Bis dahin sollte man sich vom religiösen Standpunkt aus damit begnügen, mit dem einfachsten Gottesbegriff auf Phantasie und Gemüt des Kindes einzuwirken, im übrigen aber bestrebt sein, das geistige Leben zu wecken und zu fördern, um es für höhere Begriffe aufnahmefähig zu machen.

Für diese geistige Entwicklung aber versagt die Volksschule vollständig und bestimmungsgemäß; denn dieselben Kinder, die die Bibel selbständig lesen, sollen nur „zu einem annähernden Verständnis derjenigen Erscheinungen" geführt werden, „die sie täglich umgeben". Notdürftig nur lernen sie im Laufe von acht Jahren Lesen, Schreiben und etwas Rechnen[1]); für die Kenntnis der vaterländischen Geschichte aber, die die Schule vermittelt, dürfte es bezeichnend sein, daß von 63 Rekruten einer Kompagnie, denen die Frage vorgelegt wurde, wer Bismarck sei, nicht ein einziger sie zu beantworten wußte. Daß die Schüler von ihren Pflichten gegen das Vaterland und den Staat auf der Schule auch nur eine allgemeine Vorstellung gewinnen, ist völlig ausgeschlossen. Herz und Phantasie der Kinder durch den Geschichtsunterricht zu fesseln, ist schon deshalb nicht möglich, weil die Geschlechter gemeinsam unterrichtet werden. Zu dem Herzen des Knaben aber sprechen andere Dinge wie zu dem des Mädchens, und wenn ich es für besonders wichtig halte, daß auch unter den Mädchen patriotischer Sinn erzogen wird, weil sie ihn dann später als Mütter auf die Familie übertragen können, muß doch eben auf die Mädchen in anderer Weise eingewirkt werden wie auf die Knaben. Da nun der Unterricht gemeinsam ist, bleibt die Stoffbehandlung durch den Lehrer meist völlig neutral und farblos. Es ist ganz unverständlich, wie man erwarten kann, auf religiösem Gebiet so viel zu erreichen, wenn man auf allen anderen Gebieten so wenig erstrebt.

Wie weit ist doch diese verknöcherte Schule von dem Ideal entfernt, das schon Friedrich der Große aufstellte. Er erklärte es für die Pflicht des Staats, „das junge Geschlecht zu selbständigem Denken und aufopfernder Vaterlandsliebe zu erziehen"[2]).

---

[1]) Kürzlich wurde von einer mir bekannten Volksschule ein Knabe als besonders guter Schüler entlassen und kam als besonders befähigt auf die Schreibstube eines Oberförsters. Es zeigte sich, daß er nicht einmal imstande war richtig abzuschreiben, geschweige denn selbständig zu schreiben.

[2]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 79.

Unsere heutige Volksschule bedarf daher einer durchgreifenden und gründlichen Reform, wenn sie als eine Vorschule nicht nur für die Heereserziehung, sondern für das Leben überhaupt gelten soll. Völlig urteilslos und mit dürftigsten Kenntnissen ausgestattet schickt sie die Kinder ins Leben hinaus und macht sie dadurch nicht nur unselbständig, sondern auch widerstandslos gegen alle verderblichen Einflüsse des sozialen Lebens. Tatsächlich ist der Rekrutenunterricht der erste, der das Verständnis und das Urteilsvermögen des Volksschülers zu entwickeln sucht.

Die Wege zu einer solchen Reform zu weisen, ist selbstverständlich nicht meine Sache. Nur auf die Punkte will ich kurz hinweisen, die mir vom bürgerlichen und auch vom soldatischen Standpunkt aus als die wichtigsten erscheinen.

Vor allem muß der Unterricht individueller werden. Das läßt sich nur erreichen, wenn man die Zahl der Lehrer vermehrt und die der Schüler vermindert. In letzterem Sinne wäre zu erwägen, ob der Schulunterricht nicht erst mit dem achten Lebensjahre beginnen könnte. Dann muß der ganze Unterricht mehr als jetzt das Ziel im Auge haben, die Kinder geistig zu fördern, und erst im Einklang mit der geistigen Entwicklung dürfte der formale Religionsunterricht einsetzen. Endlich muß den Realien, vor allem aber der vaterländischen Geschichte eine erweiterte Bedeutung beigemessen, die patriotische Gesinnung mit allen Mitteln gefördert werden; beim Religionsunterricht aber müßte der sittliche Einfluß des Religiösen weit mehr in den Vordergrund treten als der formale Inhalt. Auch die Ausbildung der Volksschullehrer muß auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Heute entspricht sie durchaus dem einseitigen und beschränkten Standpunkt der Volksschule selbst und macht die Lehrer in keiner Weise fähig, Geist und Gemüt ihrer Zöglinge zu entwickeln. Als ein sehr erheblicher Schaden für das heranwachsende Geschlecht muß es ferner bezeichnet werden, daß mit dem vierzehnten Jahr jeder Unterricht aufhört, also gerade in der Entwicklungsperiode, in der das Urteilsvermögen sich auszubilden beginnt, die Kinder ganz sich selbst und Zufallseinflüssen überlassen bleiben. In

diesen Jahren bis zum Diensteintritt vergessen die jungen Leute nicht nur alles, was sie doch vielleicht bei guter Begabung auf der Volksschule gelernt haben, sondern gerade in dieser Zeit nehmen sie verkehrte Lebensanschauungen kritiklos in sich auf und verrohen vielfach, da alle idealistischen Gegengewichte fehlen.

Die obligatorische Fortbildungsschule ist daher ein unbedingtes Erfordernis der Zeit, wie das ja auch von allen Seiten anerkannt wird. Auch vom militärischen Standpunkt aus ist sie unbedingt zu fordern. Wenn sie fruchtbar sein soll, muß sie es sich aber zur Aufgabe machen, nicht nur dem Schüler das zu erhalten, was er etwa gelernt hat, und ihn für ein besonderes Arbeitsfach auszubilden, sondern vor allem sein Vaterlandsgefühl und seinen Bürgersinn zu entwickeln, indem man ihm einerseits das Verhältnis des Staates zum Einzelnen verständlich macht und anderseits aus der vaterländischen Geschichte erklärt, wie nur in der Hingabe an den Staat der Einzelne gedeihen könne. Die Pflichten des Einzelnen gegen den Staat müssen in den Vordergrund gestellt werden. Dieser Unterricht muß getragen werden von dem Geist, der in Preußens schwerster Zeit Schleiermachers Predigten beseelte und in der Lehre gipfelte, daß aller Wert des Menschen in der Kraft und Reinheit des Willens, in der freien Hingabe an das große Ganze liege; daß Besitz und Leben nur anvertraute Güter seien, die verwendet werden müßten für höhere Zwecke; daß der Sinn, der nur an sich selber denke, in weichlicher Empfindsamkeit verkomme, echte sittliche Würde aber nur in der Liebe zum Vaterlande emporwachse, zu dem Staat, der eine Freistatt für jeden Glauben und ein Staat der Rechtlichkeit und des ehrlichen Freimuts sei [1]).

Nur wenn die Volkserziehung in diesem Sinn wirkt, wird sie ein Soldatenmaterial heranbilden, das für die Schule der Waffen zweckmäßig vorbereitet ist und den echten soldatischen Geist mitbringt, aus dem die großen Taten erwachsen. Was der Geist eines Volkes vermag, das hat uns die Geschichte

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 305.

der Freiheitskriege gelehrt, dieser ewig quellende Jungbrunnen vaterländischer Gesinnung, der den Kern und Mittelpunkt des Geschichtsunterrichts in der Volks- und Fortbildungsschule bilden sollte.

Wir können es aber auch an einem Beispiel der neuesten Geschichte studieren, am russisch-japanischen Kriege.

„Die Erziehung des gesamten japanischen Volkes, beginnend im Elternhause und fortgesetzt in den Schulen, war von patriotischem und kriegerischem Geiste getragen. In Verbindung mit den auf kulturellem und militärischem Gebiete so schnell errungenen Erfolgen erweckte jene Erziehung in dem Japaner ein bewundernswertes Vertrauen zur eigenen Kraft. Mit Stolz diente er in den Reihen des Heeres und träumte von Kriegstaten; . . . alle Gedanken des Volkes waren auf den zukünftigen Kampf gerichtet, während es im Laufe mehrerer Jahre seine letzten Groschen zur Schaffung einer mächtigen Armee und starken Flotte hingab“ [1]). Dieser Geist vor allem ist es gewesen, der die Japaner zum Siege geführt hat. „Die Einberufung des jungen Japaners als Soldat wurde in der Familie als ein Festtag betrachtet“ [1]).

In Rußland dagegen wurde überall die Anschauung gepredigt und verbreitet, daß „der Patriotismus ein überlebter Begriff“ sei, „Krieg ein Verbrechen und Anachronismus“; daß „Kriegstaten nicht die geringste Beachtung verdienten, die Armee der hauptsächlichste Hemmschuh des Fortschritts und der Kriegsdienst ein schimpfliches Handwerk sei“ [1]). So zog die russische Armee in den Kampf ohne jede Begeisterung, ja ohne jedes Verständnis für die Bedeutung und die Wichtigkeit des großen Rassenkampfes, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb“; im Inneren schon angefressen von dem Geist der Revolution und des vaterlandslosen Eigennutzes, ohne Tatendrang und Initiative, ein mechanisches Werkzeug in der Hand geistloser Führer: so ließ sie sich von dem schwächeren Gegner willenlos schlagen.

---

[1]) Russisches Generalstabswerk. Deutsch von Freiherr v. Tettau. I. Bd., 1. Teil, S. 169 ff.

Ich bin auf diese Verhältnisse näher eingegangen, weil ich der Volksschule und der Fortbildungsschule eine hohe Bedeutung für die militärische Erziehung unseres Volks beimesse und überzeugt bin, daß nur die Armee eines kriegerisch und vaterländisch gesinnten Volkes wirklich Großes leisten kann. Ich bin mir aber natürlich bewußt, daß die Schule allein, auch wenn sie noch so hoch stände, nicht genügt, um jenen Geist in unserem Volke zu entwickeln, den wir angesichts unserer gewaltigen Zukunftsaufgaben mit allen Mitteln in unserem Volke wachrufen müssen, wenn wir Großes erreichen wollen. Der unmittelbare Einfluß der Schule hört auf, wenn das junge Geschlecht in das Leben eintritt; auch kann ihre Wirkung sich erst sehr allmählich geltend machen. Erst spätere Generationen ernten die Früchte ihrer Aussaat. Ihre Tätigkeit muß also durch andere Einflüsse ergänzt werden, die nicht nur die jetzt lebende Jugend ergreifen, sondern sich auch während des ganzen Lebens fortsetzen. Hier nun bieten sich zwei Mittel an, die geeignet sind, auf die öffentliche Meinung und auf die geistige und sittliche Erziehung des Volks einzuwirken: die Presse und die Tat.

Wenn die Regierung den ihr gebührenden Einfluß auf das Volk gewinnen will, nicht zu einseitiger Verteidigung ihrer Tagespolitik, sondern zur Förderung ihrer großen politischen, kulturellen und sittlichen Aufgaben, muß sie über eine starke und volkstümliche Presse verfügen und in dieser ihren Standpunkt kraftvoll und offen vertreten. Sie wird im Augenblicke der Gefahr oder der Not auf ein kriegsfähiges und opfermutiges Volk nicht rechnen können, wenn sie ruhig zusieht, wie durch die Presse der kriegerische Geist systematisch untergraben und eine schlaffe Friedenslehre gepredigt wird, oder wenn gar ihre eigenen Organe in diesen Ton der politischen Stimmungsmache mit einfallen und immer wieder die Erhaltung des Friedens als Aufgabe der Politik bezeichnen. Sie muß vielmehr alles tun, um die kriegerische Gesinnung zu erhalten und die Ziele und Aufgaben einer großzügigen Politik dem Volke verständlich zu machen.

Immer wieder muß sie auf die Bedeutung und die Notwen-

digkeit des Krieges hinweisen als eines unentbehrlichen Mittels der Politik und der Kultur und auf die Pflicht des Opfermutes und der persönlichen Hingabe an Staat und Vaterland.

Eine parlamentarische Regierung, die immer nur eine augenblickliche Mehrheit vertritt, kann die Verteidigung und Begründung ihres Standpunktes der Parteipresse überlassen; eine Regierung aber wie die deutsche, die ihre innere Rechtfertigung darauf zurückführt, daß sie über den Parteien steht, darf das nicht. Ihr Standpunkt deckt sich mit dem keiner Partei; sie hält mit Bewußtsein, indem sie das Wohl der Gesamtheit im Auge hat, eine mittlere Richtung ein: das liegt in der Natur der Sache. Sie muß ihre Auffassung im großen wie im einzelnen also auch selbständig vertreten und muß bestrebt sein, das Verständnis für ihre Ziele in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten. Ich erachte es daher für eine der wichtigsten Aufgaben einer Regierung wie der unsrigen, die Presse zur Aufklärung der Bevölkerung ausgiebig und geschickt zu benutzen, und zwar nicht dadurch, daß einige große politische Zeitungen im Interesse des Augenblicks orientiert und mit Nachrichten versehen werden, sondern vor allem dadurch, daß man die Anschauungen der Regierung in der Lokalpresse zum Ausdruck bringt. Ich würde es als einen Segen betrachten, wenn alle Zeitungen gezwungen werden könnten, gewisse Kundgebungen der Regierung zum Abdruck zu bringen, damit die Leser nicht so einseitig wie durch die Parteipresse über die öffentlichen Verhältnisse unterrichtet würden. Es wäre eine Maßregel öffentlicher moralischer und geistiger Hygiene, die ebenso berechtigt erscheint wie Zwangsmaßregeln im Interesse der öffentlichen Gesundheit. Die Gesinnungs- und Meinungsepidemien sind in unserem alten Europa gefährlicher und nachteiliger als körperliche Krankheiten. Der Staat aber hat die Pflicht, nach Kräften für die sittliche Gesundheit des Volks zu sorgen.

Wichtiger vielleicht noch als die Belehrung und Aufklärung durch die Presse ist die Propaganda der Tat. Nichts beherrscht den Geist der Masse unbedingter als tatkräftiges,

zielbewußtes und erfolgreiches Handeln in großzügigem staatsmännischen Sinne. Gerade für das deutsche Volk ist eine solche Erziehung durch eine kraftvolle Politik eine unbedingte Notwendigkeit. Dieses Volk besitzt einen Überschuß an Tatkraft, Unternehmungslust, Idealismus und geistiger Energie, der es zum Größten befähigt, aber eine böse Fee hat ihm zugleich die kleinlichste theoretische Rechthaberei in die Wiege gelegt. Dazu hat eine unglückliche geschichtliche Entwicklung, die die staatliche und religiöse Einheit der Nation zersplitterte, in der Kleinstaaterei und dem Konfessionalismus dem natürlichen Hange zur Absonderung einen Nährboden geschaffen, auf dem er üppig emporwuchert, sobald es nicht gelingt, das ganze Volk für große einigende Gedanken zu begeistern. Für Großes und Erhabenes aber, auch wenn es nur durch Gefahr errungen werden kann, ist das Herz dieses Volkes immer zu haben. Man darf sich durch die Presse nicht täuschen lassen, die vielfach nur eine höchst einseitige Interessenvertretung darstellt und zum Teil sogar mehr internationale, ja gelegentlich deutschfeindliche Ziele verfolgt als nationale. In dem Teil der Presse, der diesen Richtungen huldigt, spiegelt sich nicht die Seele unseres Volks, wenn sie immer wieder die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, in den Vordergrund stellt und vor jedem kühnen und durchgreifenden politischen Schritt als vor einer Abenteuererpolitik warnt.

Es geht im Gegenteil durch unser Volk eine tiefe Sehnsucht nach Weltgeltung und mannhafter Tat. Jedes kräftige Wort, jeder entscheidende politische Schritt der Regierung findet in der Seele des Volkes einen tief empfundenen Widerhall und löst gewissermaßen den Bann, der alle Kräfte bindet. In einem großen Teil der nationalen Presse ist diese Gesinnung wiederholt zu schönem Ausdruck gelangt. Der Staatsmann aber, der diese Sehnsucht zu befriedigen wüßte, die im Herzen unseres Volkes schlummert, unbeirrt durch das Geschrei einzelner Parteien und ihrer Presse, würde alle Geister in seine Gefolgschaft zwingen.

Als wahrer Staatsmann kann überhaupt der nicht bezeich-

net werden, der mit diesen volkspsychologischen Faktoren nicht rechnen wollte, wie Bismarck es so meisterhaft verstand, eine Kunst, die er mit vollem Bewußtsein übte. Er fand allerdings eine Idee vor, die allen gemeinsam war, das tiefe Bedürfnis nach deutscher Einheit und Kaisermacht; die Wege aber, die zur Verwirklichung dieser Idee führen konnten, wußte das deutsche Volk in seiner Zerrissenheit nicht zu finden. Nur gezwungen und nach hartem Kampf betrat es die Bahn des Erfolges, aber in hoher Begeisterung flammte die ganze Nation auf, als sie endlich das Ziel erkannte, zu dem der große Staatsmann sie so sicher leitete. Der Erfolg wurde die Grundlage, auf der Bismarck den mächtigen Bau des Deutschen Reiches errichtete. Aber auch in den Jahren des Friedens verstand er es in hohem Maße, die Phantasie des Volkes zu beschäftigen durch eine immerwährend wollende und handelnde Politik, und trotz alles Widerspruchs die Masse für seine Gedanken zu gewinnen und seinen großen Zwecken dienstbar zu machen. Auch er hat als Mensch und Staatsmann geirrt, auch für ihn gilt das Wort: Homo sum, humani nihil a me alienum puto, aber durch all sein staatsmännisches Tun ging immer ein großer weltgeschichtlicher Zug, und stets war er sich bewußt, daß Großes auf die Dauer kein Staatsmann erreichen kann, der nicht die Seele seines Volkes beherrscht.

Diese Erkenntnis hat er mit allen großen Männern unserer Vergangenheit gemein, mit dem Großen Kurfürsten, Friedrich dem Einzigen, Scharnhorst und Blücher, denn auch dieser greise Feldherr war eine politische Macht, die Verkörperung einer politischen Idee, die freilich auf dem Wiener Kongreß nicht zur Geltung kam.

Der Staatsmann, der aus der Geschichte lernen will, sollte vor allem das eine erkennen, daß der Erfolg nötig ist, um Einfluß auf die Massen zu gewinnen, und daß man diesen Einfluß nur bewahren kann, indem man immer von neuem die Phantasie des Volkes beschäftigt und sein Interesse für große allgemeine Gesichtspunkte und große nationale Ziele zu gewinnen weiß.

Eine solche Politik ist auch die beste Schule, um ein Volk zu großen militärischen Leistungen zu erziehen. Indem die Geister auf große Ziele hingelenkt werden, sehen sie sich zugleich gezwungen, den Gedanken an den Krieg mannhaft ins Auge zu fassen und sich innerlich auf ihn vorzubereiten.

„Es wächst der Mensch mit seinen höh'ren Zwecken."

In dieser Hinsicht können wir tatsächlich von den Japanern lernen. Ihre Politik hat sich die höchsten Ziele gesteckt; sie hat sich nicht gescheut, dem Volke die schwersten Opfer aufzuerlegen; aber sie hat es zugleich verstanden, die Seele der ganzen Nation für ihre großen politischen Ideale zu begeistern und damit ein Volk von Kriegern zu erziehen, das das denkbar beste Soldatenmaterial lieferte und zu den größten Opfern bereit war.

Wir Deutschen haben gewiß eine viel größere und gewichtigere Kulturaufgabe zu erfüllen als die asiatische Vormacht. Wir können sie aber wie die Japaner nur mit dem Schwerte lösen.

Sollten wir da auf das wirksamste Mittel verzichten, mit dem wir unser Volk für seine militärische Aufgabe vorbereiten können: auf eine mutige, tatenfreudige Politik?

Nur wem das Gefühl für die Kraft und die Ehre des deutschen Volkes fehlt, vermöchte einen solchen Rat zu erteilen.

14

Finanzielle und politische Vorbereitung des Krieges

Aus den Erörterungen des vorigen Kapitels geht unmittelbar hervor, daß die politische Führung des Staates, indem sie auf Denkweise und Gesinnung der Bevölkerung einwirkt, einen zwar mittelbaren, aber tiefgehenden und unentbehrlichen Einfluß auf die Vorbereitung des Krieges ausübt, ja gewissermaßen selbst eine Kriegsvorbereitung ist.

Neben der doppelten Aufgabe, diesen geistig und moralisch wirkenden Einfluß auszuüben und der Heeresverwaltung die für die Erhaltung der Wehrkraft nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, müssen aber an die verantwortliche Staatsleitung noch weitere Forderungen gestellt werden. Zunächst muß der Krieg auch abgesehen von den laufenden Ausgaben für das Heer finanziell vorbereitet werden, das heißt also, die Finanzen des Staates müssen so gehandhabt werden, daß dieser die ungeheuren Lasten eines modernen Krieges tragen kann, ohne wirtschaftlich zusammenzubrechen. Es muß ferner, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, auch handelspolitisch gewissermaßen eine Mobilmachung vorbereitet werden, um für alle möglichen Fälle den Bezug der für die Volksernährung und die Industrie nötigen Waren sicherzustellen. Endlich muß der Krieg auch politisch vorbereitet werden, das heißt man muß bestrebt sein, eine möglichst günstige politische Gesamtlage herbeizuführen und die nächsten Feinde, mit denen ein Krieg nicht zu vermeiden ist, nach Möglichkeit zu isolieren. Wo das aber nicht erreichbar ist, muß man versuchen, selbst Bundesgenossen zu

gewinnen, auf die man sich auch für den Kriegsfall verlassen kann.

Was die handelspolitische und finanzielle Seite der Frage betrifft, so bin ich mir meiner mangelnden Fachkenntnisse viel zu sehr bewußt, als daß ich mir in diesen Dingen ein abschließendes Urteil erlauben könnte. Besonders auf dem Gebiet der Handelspolitik vermag ich nicht die Wege auch nur anzudeuten, auf denen der erstrebte Zweck erreicht werden kann. Ein Zusammenwirken der Regierung mit den großen Importhäusern ist jedenfalls geboten [1]). Bezüglich der Finanzen aber läßt sich, glaube ich, auch vom fachmännisch ungeschulten Laienstandpunkt aus so viel sagen, daß es nicht nur darauf ankommt, einen geordneten Staatshaushalt zu führen, sondern vor allem auch darauf, den Staat kreditfähig zu erhalten, damit es bei Ausbruch eines Krieges möglich ist, ohne allzu drückende Bedingungen die gewaltigen Geldmittel flüssig zu machen, die zu seiner Durchführung nötig sind.

Die Kreditfähigkeit des Staates nun hängt sehr wesentlich von einer geregelten Finanzwirtschaft ab, die dafür sorgt, daß die laufenden Ausgaben auch durch laufende Einnahmen gedeckt werden; ferner aber auch von dem nationalen Reichtum, von der Verschuldung des Staates und endlich von dem Vertrauen auf seine produktive und militärische Leistungsfähigkeit.

In betreff des ersten Punktes habe ich schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß in einem großen Kultur- und Weltstaat die Balancierung des Etats niemals von kleinbürgerlichen Gesichtspunkten aus dadurch erreicht werden darf, daß Ausgaben für notwendige Bedürfnisse gestrichen werden, vor allem also Ausgaben für die Wehrkraft, deren Erhaltung die Grundlage für eine gedeihliche Gesamtentwicklung bildet. Es müssen vielmehr die Einnahmen den wirklichen Bedürfnissen entsprechend gesteigert werden. Besonders aber in einem Staate, der so ganz auf Kampf gestellt ist wie das Deutsche Reich, darf niemals der alte mannhafte Grundsatz der

[1]) Vgl. 8. Kapitel, S. 188 f.

Anspornung aller Kräfte preisgegeben werden, um der weichlichen Philanthropie des Zeitalters zu dienen. Es gibt nur eine Tugend: sich selbst als Person vergessen, und nur ein Laster: an sich selbst denken, so lehrte uns Fichte; am letzten Ende sei doch der Staat der Träger aller Kultur und darum berechtigt, jede Kraft des Einzelnen für sich in Anspruch zu nehmen [1]). Diese Gedanken, die uns einst aus tiefster Schmach auf die Sonnenhöhen des Erfolges führten, müssen unser Leitstern bleiben in einer Zeit, die sich in manchen Beziehungen mit den Anfangsjahren des vorigen Jahrhunderts vergleichen läßt. Herrschte doch damals in Preußen eine friedensselige Genügsamkeit, als sei die Zeit des ewigen Friedens gekommen, wie sie auch heute weite Kreise unseres Volkes beherrscht und einen gewissen Einfluß auch auf die Regierung ausübt. Wie damals in dem friedlichen Volke, „das hinter dem Walle seiner Demarkationslinie mit philosophischer Ruhe beobachtete, wie zwei gewaltige Nationen ringen um der Welt alleinigen Besitz" [2]), niemand etwas ahnte von dem großen Wandel der Zeiten, so sehen auch heute zahlreiche Deutsche der Teilung der Erde genügsam und philosophisch zu und verschließen die Augen gegen den gewaltigen Gang der Weltgeschichte und die großen Aufgaben, die uns dadurch gestellt sind. Auch heute macht sich bei uns wie damals „dieselbe überirdische Großmut, dieselbe übergeistreiche Willensschwäche" breit, „die in unserer Geschichte immer mit unheimlicher Regelmäßigkeit den großen Zeiten kühn zugreifender Tatkraft zu folgen pflegt" [3]).

Die äußerste Anspannung der finanziellen Kräfte von seinen Bürgern zu fordern, ist nach alledem unter Umständen wie den heutigen der Staat nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, da es sich um entscheidende Lebensfragen handelt. Von gleicher Wichtigkeit aber ist die Aufgabe, das Anwachsen des nationalen Besitzes mit allen Kräften zu fördern und dadurch die finanzielle Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 211.
[2]) Ebenda S. 150.
[3]) Ebenda S. 636.

In gewissem Umfange freilich ist dieser Besitz gegeben durch die natürliche Ertragfähigkeit des Landes und die mineralischen Schätze, die es in seinem Schoße birgt. Aber nutzbar gemacht und in ihrem Wert gesteigert werden diese Güter durch die Arbeit aller Volksgenossen, dieses gewaltige Kapital, das durch nichts zu ersetzen ist. Hier nun kann der Staat helfend eingreifen. Indem er die Arbeitsverhältnisse regelt und ordnet, kann er die Arbeit selbst schützen und gegen unberechtigte Eingriffe sichern; er kann durch den Abschluß günstiger Handelsverträge vorteilhafte Absatz- und Einkaufsbedingungen schaffen; er kann durch energische politische Vertretung der deutschen Interessen im Auslande dem deutschen Handel helfen und ihn erleichtern; er kann die Schiffahrt fördern, die aus dem internationalen Verkehr erhebliche Gewinne erzielt [1]); er kann durch tatkräftige innere Kolonisation, Moorkulturen und geeignete Schutzmaßregeln die landwirtschaftliche Produktion heben, um uns bezüglich der Volksernährung wenigstens einigermaßen vom Auslande unabhängig zu machen. Auch die Förderung der Hochseefischerei wird hierzu beitragen können [2]).

Vom militärischen Standpunkt aus ist es natürlich besonders wichtig, die Beschaffung von Brotfrüchten und Fleisch fortdauernd zu heben, so daß trotz der jährlichen Bevölkerungszunahme der inländische Bedarf wenigstens noch für einige Zeit in dem gleichen Maße gedeckt wird wie heute; das scheint wohl erreichbar. Heute liefert die heimische Produktion 87 % des Bedarfs an Brotfrucht und 95 % des Bedarfs an Fleisch. Um dieses Verhältnis aufrechtzuerhalten, müßte der Ertrag in den nächsten zehn Jahren um höchstens zwei Doppelzentner pro Hektar gesteigert werden, was durchaus möglich erscheint, wenn man bedenkt, daß allein die Roggenernte in den letzten zwanzig Jahren um zwei Millionen Tonnen gestiegen ist [3]).

---

[1]) England verdient im internationalen Schiffsverkehr etwa 1400 Mill. Mk. jährlich; Deutschland etwa 300 Mill. Mk.

[2]) Wir kaufen jährlich für etwa 50 Mill. Mk. Seefische vom Auslande.

[3]) Referat, gehalten von Prof. Dr. A. Dade-Berlin, am 22. Februar 1910, 35. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Auch eine tätige Kolonialpolitik wird den nationalen Wohlstand zweifellos heben, wenn sie bestrebt ist, einerseits die Rohstoffe, die unsere Industrie in gewaltigen Massen vom Auslande bezieht, in den eigenen Kolonien zu erzeugen und uns dadurch allmählich vom Auslande unabhängig zu machen, andererseits unsere Kolonien zu einem gesicherten Absatzmarkt für unsere Waren auszugestalten durch wirksame Förderung der Siedelung, der Eisenbahnen und der Kultivierung. Je weniger wir dem Auslande tributpflichtig sind, an das wir heute viele Milliarden zahlen [1]), desto mehr wachsen unser nationaler Reichtum und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates.

Wenn dieser somit ganz unmittelbar zur Förderung des nationalen Erwerbes beitragen kann, vermag er ebenso seine Kreditfähigkeit auch dadurch zu steigern, daß er auf die Verminderung der Staatsschulden bedacht ist und dadurch seine Vermögenslage verbessert. Doch ist das Schuldenbezahlen in Zeiten hochgradiger politischer Spannung ein zweischneidiges Schwert, wenn es auf Kosten der notwendigen Ausgaben erfolgt. Was man in solchem Falle auf der einen Seite an Kreditfähigkeit gewinnt, kann man auf der anderen Seite sehr leicht wieder einbüßen. Vor allem ist es auch vom Finanzstandpunkt aus ein schwerer Fehler, an der Kriegsrüstung zu sparen, um die Finanzlage zu verbessern. Darüber lassen die geschichtlichen Erfahrungen keinerlei Zweifel bestehen. Die militärische Macht ist vielmehr die wichtigste Stütze der Kreditfähigkeit. Sie schwächen heißt zugleich die finanzielle Sicherheit in Frage stellen. Ein unglücklicher Krieg bringt so gewaltige Geldverluste mit sich, daß die Staatsgläubiger dabei sehr leicht in Verluste geraten können. Ein Staat aber, dessen Armee die siegreiche Durchführung eines Krieges erwarten läßt, bietet seinen Gläubigern ganz andere Bürgschaften als ein militärisch schwacher. Wenn heute unsere Kreditfähigkeit nicht als besonders groß bezeichnet werden kann, ist daran nicht zum mindesten

[1]) Wir bezogen vom Auslande beispielsweise 1907: 476400 t Baumwolle, 185300 t Schafwolle, 8,5 Millionen t Eisen, 124000 t Kupfer usw.

unsere bedrohte politische Lage schuld. Wollten wir unser Heer und unsere Flotte vernachlässigen, so würde sie jedenfalls noch weiter sinken trotz aller dann vielleicht möglichen Schuldentilgung. Um so mehr haben wir die doppelte Aufgabe, einmal unsere Wehrkraft mehr und mehr zu steigern, weiter aber auch die nationale Erwerbstätigkeit zu fördern und an die Schuldentilgung zu denken, soweit unsere Mittel reichen.

Es entsteht die Frage, ob es möglich ist, dieser doppelten Aufgabe gerecht zu werden.

Daß das deutsche Volk an der Grenze seiner Steuerfähigkeit angekommen sein sollte, ist vollständig ausgeschlossen. Die Steuern in Preußen sind allerdings von 1893/94 bis 1910/11 um 56 %, auf den Kopf der Bevölkerung von 20,62 Mk. auf 32,25 Mk. (Steuern und Zölle zusammen) gestiegen, und im übrigen Deutschland dürfte das Verhältnis ein ähnliches sein. Demgegenüber steht jedoch eine gewaltige Steigerung des Volksvermögens. Dieses beträgt heute im Deutschen Reiche 330 bis 360 Milliarden Mk. oder 5—6000 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. In Frankreich ist das Vermögen auf gleiche Weise berechnet keinesfalls höher, und doch werden in Frankreich jährlich 20 Mk., in Deutschland aber nur 16 Mk. für Heer und Flotte auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben; in England dagegen, wo das Durchschnittsvermögen des einzelnen etwa um 1000 Mk. höher ist als in Deutschland und Frankreich, betragen die Kosten für die Rüstung 29 Mk. Unsere voraussichtlich am meisten in Frage kommenden Gegner also bringen für ihre Wehrmacht bedeutend höhere Opfer als wir, obgleich sie nicht entfernt in gleichem Grade politisch gefährdet sind.

Dabei muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß der Vermögenszuwachs in Deutschland sich fortwährend in aufsteigender Linie befindet. Handel und Industrie haben einen gewaltigen Aufschwung genommen, und wenn auch das Jahr 1908 einen gewissen Rückschlag brachte, hat doch die Aufwärtsbewegung zweifellos wieder eingesetzt.

Der Aufschwung in Handel und Industrie, der mit der

Reichsgründung begonnen hat, ist ein ganz außerordentlicher. „Die Gesamtsumme der Ein- und Ausfuhr ist der Menge nach von 32 Millionen Tonnen auf 106 Millionen Tonnen im Jahre 1908, oder um 232 %, und dem Werte nach von 6 Milliarden auf 14½—16 Milliarden Mk. in den letzten Jahren gestiegen, davon ist der Wert der Einfuhr von 3 auf 8—9 Milliarden Mk. und der Wert der Ausfuhr von 3½ auf 6½—7 Milliarden angewachsen. . . . Der Wert der Einfuhr von Rohstoffen für Industriezwecke ist von 1½ Milliarden im Jahre 1879 auf 4½ Milliarden Mk. in den letzten Jahren, und der Wert der Ausfuhr solcher Rohstoffe von 850 Millionen auf 1½ Milliarden Mk. angewachsen. Die Einfuhr an Fabrikaten hatte 1879 einen Wert von 600 Millionen Mk., 1908 einen Wert von 1¼ Milliarden Mk., während der Wert der Ausfuhr von Fabrikaten, also der Export . . . von 1 Milliarde auf über 4 Milliarden gestiegen ist. Der Wert der Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln ist von 1 auf 2⅓—2½ Milliarden Mk. angewachsen, während der Wert der Ausfuhr von Nahrungsmitteln ungefähr auf derselben Höhe stehen geblieben ist.

Auch die Bergwerksproduktion hat in den letzten 30 Jahren eine ungeahnte Entwicklung in Deutschland aufzuweisen. Die Förderung an Steinkohlen betrug im Jahre 1879 nur 42 Millionen Tonnen, sie ist bis 1908 auf 148½ Millionen Tonnen gestiegen, und dem Werte nach von 100 Millionen auf 1½ Milliarden Mk. Die geförderte Menge Braunkohlen betrug 1879 nur 11½ Millionen, 1908 dagegen 66¾ Millionen Tonnen, und dem Wert nach ist sie von 35 auf 170 Millionen Mk. gestiegen. Die Produktion von Eisenerzen ist von 6 Millionen Tonnen auf 27 Millionen Tonnen und dem Werte nach von 27 Millionen auf 119 Millionen Mk. gestiegen. . . . Von 1888 bis 1908 hat die Steinkohlenproduktion in Deutschland um 127 % zugenommen, dagegen in England nur um 59 %. Die Roheisengewinnung ist in Deutschland von 1888—1908 um 172 % gestiegen, dagegen in Großbritannien nur um 27 %“ [1]). Ähn-

[1]) Prof. Dr. A. Dade-Berlin, Referat auf der 35. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 22. Februar 1910.

liche Zahlen lassen sich noch auf manchen anderen Gebieten nachweisen. Auch hat seit der Reichsfinanzreform von 1909 die Finanzlage des Reiches sich wesentlich gebessert, so daß die Hoffnung besteht, den Etat in den nächsten Jahren ohne Anleihe zu balancieren, falls keine neuen Ausgaben notwendig werden.

Daß mit einer solchen Entwicklung ein stetiges Anwachsen der Einnahmen und eine fortschreitende Kapitalisierung Hand in Hand gehen muß, bedarf keines Beweises. Das ist denn auch tatsächlich und zwar in sehr erheblichem Maße der Fall. Vom Jahre 1892—1905 hat in Preußen allein eine Vermehrung des Volksvermögens um jährlich 2 Milliarden Mk. stattgefunden. In den Vermögenssteuerstufen von 6000 bis 100 000 Mk. hat in Preußen die Zahl der Zensiten und des Vermögens in diesen 14 Jahren um 29 % zugenommen, von 1905—1908 aber schon um 11 %, in der ersten Periode also jährlich um 2, in den letzten Jahren um je 3 %. Auch in diesen Kreisen also steigt die Wohlhabenheit; in weit höherem Maße aber bei den großen Vermögen. In den Vermögenssteuerstufen von 100 000—500 000 Mk. hat die Vermehrung etwa 44 % bei den Zensiten und beim Vermögen, im Durchschnitt der 14 Jahre also jährlich 3, in den letzten drei Jahren schon je 4,6 % betragen. Bei den Vermögenssteuerstufen von 500 000 Mk. und mehr beträgt aber die Zunahme in den 14 Jahren bei den Zensiten 54 % und beim Vermögen 67 %, und während in den 14 Jahren die Zunahme durchschnittlich 4,5 % jährlich ausmacht, ist sie in den drei Jahren von 1905—1908 auf 8,6 % gestiegen. Das bedeutet auf den Kopf der Bevölkerung in den Vermögenssteuerstufen von 6000 bis 100 000 Mk. eine Zunahme von 650 Mk., bei den Vermögenssteuerstufen von 100 000—500 000 Mk. eine Zunahme pro Kopf um 6400 Mk. und in den Vermögenssteuerstufen über 500 000 Mk. eine Zunahme von 70 480 Mk. pro Kopf und Jahr [1]).

[1]) Ausführungen des Abgeordneten v. Dewitz in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Januar 1911.

Wir sehen also besonders bei den großen Vermögen einen sich jährlich steigernden erheblichen Zuwachs, den der preußische Finanzminister für Preußen allein auf jährlich 3 Milliarden in den nächsten drei Jahren veranschlagt hat, so daß man ihn für das ganze Reich auf jährlich 5 Milliarden in dem gleichen Zeitraum annehmen kann. Zugleich sind die Arbeitslöhne überall in die Höhe gegangen. Um nur einige Beispiele als Belege zu geben, führe ich an, daß bei der Kruppschen Arbeiterschaft in Essen der Tagesverdienst von 1879—1906 um 77 %, der Stundenlohn für Maurer von 1885—1905 um 64 % und der Jahresverdienst im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 1886 bis 1907 um 121 % gestiegen ist. Dieser gesteigerte Verdienst kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Zunahme der Sparkasseneinlagen seit 1906 die Summe von 4 Milliarden Mk. erreicht hat, ein Beweis, daß auch in den unteren und ärmeren Schichten der Bevölkerung eine nicht unerhebliche Verbesserung der Vermögenslage sich bemerklich macht. Auch kann als ein Zeichen gesunder aufwärtsstrebender Verhältnisse angesehen werden, daß Auswanderung und Arbeitslosigkeit in Deutschland sehr bedeutend zurückgegangen sind. 1908 haben nur 20 000 Auswanderer unser Vaterland verlassen; ferner waren nach der Statistik der Arbeiterverbände nur 4,4 % der Mitglieder arbeitslos, während in dem gleichen Jahre aus Großbritannien 336 000 Personen ausgewandert sind und 10 %, in Frankreich gar 11,4 % Mitglieder der Arbeiterverbände arbeitslos waren.

Diesem glänzenden Aufschwung steht allerdings eine sehr beträchtliche Staatsschuld sowohl des Reiches wie der Einzelstaaten gegenüber. Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1910 5 016 655 500 Mk. Schulden, und außerdem betrug die Staatsschuld der Einzelstaaten am 1. April 1910 in

Preußen	9 421 770 800	Mk.
Bayern	2 165 942 900	"
Sachsen	893 042 600	"
Württemberg . . .	606 042 800	"
Baden	557 859 000	"

Hessen	428 664 400	Mk.
Elsaß-Lothringen	31 758 100	„
Hamburg	684 891 200	„
Lübeck	66 888 400	„
Bremen	263 431 400	„

Diesen Schulden steht allerdings ein erheblicher Besitz an Domänen, Forsten, Bergwerken und Eisenbahnen gegenüber. Das Anlagekapital der Staatsbahnen betrug am 31. März 1908 in Millionen Mk. in

Preußen (Hessen)	9888
Bayern	1694
Sachsen	1035
Württemberg	685
Baden	727
Elsaß-Lothringen	724

im ganzen einschließlich der kleineren Staatsbetriebe 15,062 Milliarden Mk. Diese Summe ist seither noch erheblich gestiegen und beträgt Ende 1911 für Preußen allein 11,050 Milliarden. Trotzdem bedeuten die Staatsschulden eine nicht unbedeutende Belastung, die um so nachteiliger wirkt, weil diese Schulden fast alle im Inlande kontrahiert sind, und die um so schwerer drückt, als auch die Gemeinden vielfach stark verschuldet sind.

Die Schuldenlast der preußischen Städte und Landgemeinden von über 10000 Einwohnern allein beträgt 3000 Millionen Mk., im ganzen Reich etwa 5000 Millionen. Das bedeutet eine jährliche Verzinsung von 150 Millionen Mk., so daß viele Gemeinden besonders im Osten und im westlichen Industriebezirk gezwungen sind, Steuerzuschläge von 200, 300 und sogar 400 % zu erheben. Auch sind die Steuern keineswegs gleichmäßig der Leistungsfähigkeit nach verteilt. Die Hauptlast ruht auf dem Mittelstande, die großen Vermögen aber werden viel weniger herangezogen; einzelne Erwerbsquellen sind durch die Steuer überhaupt nicht zu fassen, wie zum Beispiel das spekulative, also nicht aus Gewerbebetrieb, sondern aus Börsenspekulationen gewonnene Einkommen, das erst dann herangezogen werden kann, wenn es sich in Vermögen um-

gesetzt hat. Trotzalledem aber ist das deutsche Volk sehr wohl in der Lage, die Rüstung zu bezahlen, deren es zur Verteidigung und zur Erfüllung seiner politischen und Kultur-Aufgaben unbedingt bedarf, sobald zweckmäßige und durchgreifende Maßregeln getroffen werden und die Parteien sich entschließen können, auch grundsätzliche Bedenken auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern.

Der Streit um die sogenannte Reichsfinanzreform hat allerdings bewiesen, wie weit Parteiinteresse und Eigennutz die Volksvertretung beherrschen; es war kein erfreuliches Bild, wie jeder dem andern die Last zuzuschieben versuchte, um sich selbst gegen finanzielle Opfer zu sichern. Es muß daher damit gerechnet werden, daß auch in Zukunft die gleichen Bestrebungen sich geltend machen werden, und dennoch ist eine sehr bedeutende und rasche Steigerung der Reichseinnahmen erforderlich, wenn wir der Lage gewachsen bleiben und unsere nationale Zukunft nicht kampflos preisgeben wollen.

Die nötigen Kosten in einem deutschen Reichstage aufzubringen, wird allerdings große Schwierigkeiten machen. Ich sollte aber doch meinen, daß ein Volk, das jährlich etwa 5 Milliarden für Tabak und Spirituosen ausgibt, wohl einige hundert Millionen für seine Ehre, seine Selbständigkeit und seine Zukunft anlegen und auch aufbringen kann.

Als eines der möglichen Auskunftsmittel betrachte ich die baldige Einführung des Reichserbrechts. Diese Einnahmequelle würde keinen Stand besonders belasten, sondern alle gleichmäßig treffen und würde zugleich die nötigen Mittel aufbringen, um unsere Rüstung zu vervollständigen und unsere Schuldenlast zu verringern.

Wenn die Seitenverwandten mit Ausnahme der Geschwister auf testamentarische Einsetzung verwiesen werden, so daß sie also nur erben, wenn eine testamentarische Verfügung zu ihren Gunsten vorliegt, beim Mangel einer solchen aber das Reich als Erbe eintritt, könnte man nach einer auf amtliches Material gestützten Berechnung auf eine jährliche Einnahme von 500 Millionen rechnen. Diese Berechnung ist zweifellos zu hoch ge-

griffen, besonders da die Erhebung der Steuer große Schwierigkeiten machen und Verluste im Gefolge haben dürfte. Eine recht bedeutende Summe jedoch würde immer dabei herauskommen.

Da wie jede Erbschaftssteuer auch diese eine Kapitalsteuer ist, das heißt unmittelbar vom werbenden Kapital erhoben wird, liegt es wohl in der Natur der Sache, daß der Ertrag in erster Linie zur Verbesserung der Vermögenslage verwendet wird, vornehmlich also zur Schuldentilgung. Sonst läge allerdings die Gefahr nahe, so zu handeln wie ein Privatmann, der vom Kapital lebt. Diese Auffassung empfiehlt sich auch deshalb, weil der Ertrag der Steuer kein feststehender, sondern Schwankungen unterworfen sein würde. Es würde demnach geboten sein, den Ertrag grundsätzlich in diesem Sinn zu verwenden und einen Teil zur Schuldentilgung den Gemeinden zufließen zu lassen, deren finanzielle Sanierung von besonderer Wichtigkeit ist. Dieser grundsätzliche Standpunkt schließt aber keineswegs aus, daß in einer Notlage des Staates die Steuer ausnahmsweise auch anderen wichtigen Zwecken dienstbar gemacht wird, wie der so notwendigen Vervollständigung unserer Waffenrüstung zu Lande und zu Wasser.

Es sind vor allem zwei Gesichtspunkte, die gegen das Erbrecht des Staates oder des Reiches geltend gemacht werden: ein volkswirtschaftlicher und ein ethischer. Es wird behauptet, daß der Betrag der Steuer dem Nationalvermögen entzogen würde, daß der Staat allerdings reich werde, das Volk aber verarme und daß im Laufe der Zeit das Kapital in der Hand des Staates vereinigt, der selbständige Unternehmer durch den Beamten ersetzt und damit das Ideal des Sozialismus erfüllt würde. Zweitens sieht man in der Notwendigkeit, die Erbschaft den Verwandten durch Testament zu sichern, eine Bedrohung des Familienzusammenhanges. „Nach unserem geltenden Recht muß derjenige, der seinem Geschlecht sein Vermögen entziehen will, etwas Positives tun. Er muß ein Testament errichten, in dem er das Vermögen dritten Personen, wohltätigen Stiftungen oder wem er sonst will hinterläßt. Es wird ihm

also zu Gemüte geführt, daß seine natürlichen Erben seine Verwandten, seine Sippe sind und daß von ihm . . . ein Testament verlangt wird, wenn er seine gesetzlichen Erben ausschließen will. Es kommt ihm zum Bewußtsein, daß er mit dem Testament in den natürlichen Lauf der Dinge eingreift, ihn willkürlich ändert. . . . Das Reichserbrecht wird also getragen von dem Gedanken, daß dem Einzelnen die Gesamtheit von Natur näher steht als sein Geschlecht. . . . Das ist im tiefsten Innern ein sozialistischer Zug. Der sozialistische Staat, der mit einer atomisierten Gesellschaft rechnet, in der jeder Einzelne aus dem Geschlechtsverband losgelöst ist, während alle von dem einheitlichen sozialen Bande gleichmäßig umschlossen werden, könnte eine derartige Forderung stellen" [1]).

Beide Einwürfe sind nur sehr bedingt berechtigt.

Solange der Staat die Erträge der Erbschaften benutzt, um Schulden zu bezahlen und notwendige Ausgaben zu bestreiten, die sonst auf anderem Wege gedeckt werden müßten, kommt ihre Hingabe allen Staatsgenossen insofern unmittelbar zugute, als sie weniger Steuern zu bezahlen brauchen, als sonst notwendig wäre; einer weiteren Ansammlung von Kapital in den Händen des Staates könnte auf gesetzlichem Wege sehr leicht entgegengetreten werden, indem man, wenn sich derartige Verhältnisse ergeben sollten, das Erbrecht allmählich wieder beschränken oder auf andere Weise der befürchteten Sozialisierung des Staates vorbeugen könnte. Das ließe sich finanztechnisch zweifellos einrichten. Es liegt keinerlei Notwendigkeit vor, es bis zu seinen äußersten Folgerungen durchzuführen.

Die sogenannten ethischen Bedenken sind wohl noch schwächer begründet. Ist ein wirklicher Familiensinn vorhanden, so wird der Erblasser sich auch dazu verstehen, ein Testament zu machen, was ja nach den heutigen gesetzlichen Bestimmungen außerordentlich einfach ist. Besteht aber innerhalb der Familie kein näherer Zusammenhang, so wird er wahrhaftig nicht dadurch gefördert, daß irgendwelche Verwandte einen Menschen beerben,

[1]) Volko v. Katte, Kreuzzeitung vom 18. November 1910.

dem sie im Leben ganz ferngestanden haben. Gerade das Erbrecht des Reiches würde voraussichtlich zur Folge haben, daß mehr testiert und dadurch gerade der Familiensinn gestärkt würde. Das „urgermanische Rechtsbewußtsein", das in der heutigen Ausgestaltung des gesetzlichen Erbrechts zum Ausdruck kommt und in der Auffassung gipfelt, daß das Geschlecht dem Einzelnen näher stehe als der Staat, hat in Deutschland bisher die unheilvollsten Folgen gezeitigt. Es ist die Wurzel, aus der die Zerstückelung Deutschlands, der Partikularismus und der mangelnde Gemeinsinn unseres Volkes entstanden sind. Es ist gut und nötig, daß wenigstens für das kommende Geschlecht diesem Geiste ein Gegengewicht geschaffen, daß die Bedeutung des Staates für den Einzelnen wie für die Familie allen zum lebhaftesten Bewußtsein gebracht wird.

Diese mehr oder weniger theoretischen Bedenken sind jedenfalls nicht schwerwiegend genug, um gegen eine Maßregel wie die Einführung des Reichserbrechts zu entscheiden, wenn die Gefahr des Vaterlandes unmittelbare und schnelle Hilfe fordert und die ganze Zukunft Deutschlands auf dem Spiel steht.

Wenn also keine anderen Mittel in Vorschlag gebracht werden, durch die gleich hohe Einkünfte flüssig gemacht werden können, wird binnen kurzem die Wiedereinbringung eines Gesetzes, das das Reichserbrecht festsetzt, sich als eine Notwendigkeit erweisen und reichen Segen für unser von allen Seiten schwer bedrängtes Vaterland in Aussicht stellen. Rasche Hilfe ist notwendig, und ein solches Gesetz hätte daher alle Aussicht, auch im Reichstag angenommen zu werden, wenn die Regierung die politische Lage ohne Selbsttäuschung in ihrer wahren Gestalt darlegt [1]).

Ebenso wichtig wie die finanzielle Kriegsvorbereitung ist die politische. Wir sehen denn auch, daß alle Staaten der Welt bemüht sind, sich durch Bündnisse oder besondere Abmachungen gegen den Angriff übermächtiger Feinde zu sichern

[1]) Grenzboten 1910, Heft 41, 43 und 44. Für das Erbrecht des Reichs. Von Justizrat Bamberger-Aschersleben.

und Bundesgenossen für die Durchführung der eigenen Absichten zu gewinnen. Vielfach geht auch das Bestreben dahin, die anderen Staaten untereinander zu verfeinden, um dadurch freie Hand für die eigenen Unternehmungen zu gewinnen. Es ist die Politik, auf der England seine Machtstellung gegenüber Europa aufgebaut hat, um seine Weltpolitik ungestört zu verfolgen. Es wäre falsch, ihm daraus einen Vorwurf zu machen; denn wenn es in seiner Politik auch mit äußerster sittlicher Rücksichtslosigkeit vorgegangen ist, hat es doch den Zweck aller Politik erreicht, eine gewaltige Macht zu begründen, und dem englischen Volke die Möglichkeit weitester Lebensbetätigung verschafft. Wir dürfen uns nur über die Grundsätze dieser englischen Politik nicht täuschen und müssen uns stets bewußt bleiben, daß sie sich nur und ausschließlich durch rücksichtslosen Egoismus leiten läßt, kein Mittel scheut, um ihre Ziele zu erreichen, und dabei eine bewunderungswürdige diplomatische Geschicklichkeit an den Tag legt.

Auch darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, daß politische Abmachungen immer nur einen bedingten Wert haben, daß sie immer nur unter einem stillschweigenden Vorbehalt geschlossen werden. Das rebus sic stantibus ist die Voraussetzung jedes Bündnisvertrages[1]; denn da er den Interessen jedes der Teilnehmer genügen soll, hat er offenbar nur so lange Bestand, als diese Interessen auch wirklich durch ihn gefördert werden. Das ist ein politischer Rechtssatz, der kaum wird bestritten werden können; denn nichts vermag einen Staat zu verpflichten, gegen sein eigenes Interesse zu handeln, von dem auch das aller seiner Bürger abhängt. Wohl aber legt diese Erwägung einem rechtlichen Staat die Verpflichtung auf, bei dem Abschluß und der zeitlichen Begrenzung politischer Abmachungen mit äußerster Vorsicht zu verfahren, eben um nicht zu einer wortbrüchigen Politik gezwungen zu werden. Immerhin können Verhältnisse eintreten, die stärker sind als der ehrlichste

[1] Vgl. Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen 1898 Bd. II, S. 258 (Volksausgabe Bd. II, S. 287. Neue Ausgabe Bd. II, S. 297).



Wille. Dann bleibt das Interesse des eigenen Staates — natürlich im höchsten ethischen Sinne gefaßt — immer in letzter Linie entscheidend. „Sein Leben lang ward Friedrich der Große der treulosen Arglist geziehen, weil kein Vertrag und kein Bündnis ihn je vermochte, auf das Recht der freien Selbstbestimmung zu verzichten“ [1]).

Der wirkliche Staatsmann wird daher politische Vereinbarungen oder Bündnisse, auf deren Dauer er will rechnen können, nur dann abschließen, wenn er die Überzeugung gewonnen hat, daß jeder der Teilnehmer seinen wahren und restlosen Vorteil bei der getroffenen Vereinbarung findet. Ein solches Bündnis ist meiner Überzeugung nach, wie bereits an anderer Stelle nachgewiesen, das deutsch-österreichische. Nicht nur politisch, sondern auch militärisch ergänzen sich beide Staaten auf das glücklichste. Das deutsche Kampffeld im Osten wird durch Österreich gegen südliche Umgehung geschützt, während wir anderseits Österreichs Nordgrenze decken und jeden russischen Angriff gegen Galizien zu flankieren vermögen.

Bündnisse aber, in denen jede Partei verschiedene Interessen verfolgt, werden sich niemals in allen Verhältnissen bewähren und daher auch niemals ein dauerndes politisches System darstellen können.

„Es gibt kein Bündnis noch Band in der Welt, das als kräftig betrachtet werden kann, wenn nicht die gemeinsamen und gegenseitigen Interessen es knüpfen; sobald bei einem Vertrage der Vorteil ganz auf der einen Seite ist und auf der anderen nichts, löst dieses Mißverhältnis jedesmal die Verbindlichkeit“, sagt schon Friedrich der Große, trotz Bismarck wohl unser größter politischer Lehrmeister.

Man darf sich in der Politik durch die eigenen Wünsche und Hoffnungen nicht blenden lassen, sondern muß die Dinge nüchtern ins Auge fassen und das wahrscheinliche Verhalten der anderen Staaten nach deren eigenen Interessen zu beurteilen suchen. „Das gefährlichste für den Diplomaten“,

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 52/53.

lehrt Bismarck, „sind Illusionen. Man muß sich zur Voraussetzung machen, daß der andere ebenfalls nichts suche als seinen Vorteil." Es wird sich immer als verfehlt erweisen, einen großen Staat durch diplomatische Bindungen zu Handlungen oder zu einem Verhalten zwingen zu wollen, die seinen wirklichen Interessen widersprechen. Kommt es zur Entscheidung, so wird sich unweigerlich das Schwergewicht dieser Interessen geltend machen.

Als Napoleon III. den Krieg gegen Preußen plante, versuchte er Österreich und Italien zu Bundesgenossen zu gewinnen, und Erzherzog Albrecht war tatsächlich in Paris, um die militärischen Vereinbarungen zu treffen [1]. Solche haben aller Wahrscheinlichkeit nach auch wohl bestanden, da auch ein französischer General zu gleichem Zwecke in Wien war [2]. Beide Staaten aber ließen Frankreich im Stich, sobald die erste preußische Fahne siegreich auf den Höhen des Geisbergs flatterte. Eine weniger voreingenommene Staatskunst als die Napoleons hätte das voraussehen können, weil keinerlei genügendes Interesse weder für Österreich noch für Italien bestand, sich auch unter wenig günstigen Bedingungen in einen solchen Krieg einzulassen.

In dem gleichen Geiste des eigenen Staatsinteresses hat Frankreich die Algecirasakte, die diesem Interesse nicht genügte, rücksichtslos beiseite geschoben, und ebenso wird es auch alle weiteren diplomatischen Abmachungen, die Deutschlands Handels-

[1] Als Oberst Stoffel, der bekannte französische Militärattaché in Berlin, nach Paris zurückgekehrt 1870 vom Kaiser empfangen wurde und diesen auf die Gefahr der Lage und die voraussichtlich große Kriegsbereitschaft Preußens hinwies, erklärte sich Napoleon für besser unterrichtet und entnahm seinem Schreibtisch ein Memoire über die preußischen Heeresverhältnisse, das ihm allem Anschein nach der Erzherzog Albrecht gegeben hatte und das zu anderen Ergebnissen kam wie der Oberst Stoffel. Diese Angaben hatte der Kaiser seinen politischen und militärischen Berechnungen zugrunde gelegt. Mitteilungen des Oberst Stoffel an den früheren Kriegsminister v. Verdy, der sie dem Verfasser berichtete.

[2] General Lebrun, Souvenirs militaires. Mission à Vienne et en Belgique.

interessen in Marokko schützen sollen, tatsächlich unberücksichtigt lassen, sobald es die Macht dazu zu haben glaubt, da es seinem Interesse offenbar entspricht, unbedingt Herr in Marokko zu sein und dieses Land selbst auszubeuten. Kein Aktenstück der Welt wird es veranlassen, deutschem Handel und deutschen Unternehmungen in Marokko eine Freistatt zu gewähren, sobald es die deutschen Waffen nicht fürchtet; und von seinem Standpunkt aus hat es Recht.

Wenn man sich nun bewußt ist, daß für das politische Verhalten jedes Staates nur seine eigenen Interessen maßgebend sind, und hiernach die natürliche Gegenstellung und Gruppierung der verschiedenen Weltmächte zu beurteilen sucht, wird man darüber nicht im Zweifel sein, daß es immer außerordentlich schwierig sein wird, die politische Gruppierung im eigenen Interesse zu beeinflussen; eine solche Beeinflussung ist nur dadurch möglich, daß man die Interessen der Staaten, mit denen man nähere Vereinbarungen wünscht, tatsächlich zu fördern, die Gegner aber tatsächlich zu schädigen strebt. Eine Politik aber, die es mit niemand verderben, aber auch in niemandes Interesse handeln will, läuft Gefahr, es mit allen zu verderben und im Augenblicke der Not allein zu stehen. Ohne Einsatz und Wagnis ist eine erfolgreiche Politik daher überhaupt nicht zu führen. Sie muß sich ihrer Ziele klar bewußt sein und sie unbeirrt im Auge behalten. Alle Wandlungen der Verhältnisse und alle unvorhergesehenen Ereignisse muß sie bestrebt sein in den Dienst der eigenen Ideen zu zwingen; vor allem aber muß sie es verstehen, die Gunst des Augenblicks zu benutzen, und darf vor kühnem Handeln nicht zurückscheuen, wenn die allgemeine Lage die Möglichkeit erkennen läßt, die eigenen politischen Absichten durchzusetzen oder einen notwendigen Krieg unter günstigen Bedingungen zu führen. „Die große Kunst der Politik ist nicht," schreibt Friedrich der Große, „gegen den Strom zu schwimmen, sondern alle Verhältnisse zum eigenen Vorteil zu wenden. Die Kunst der Politik besteht mehr darin, aus günstigen Konjunkturen Vorteil zu ziehen als diese Konjunkturen vorzubereiten," und

schon in den Rheinsberger Tagen bekannte er sich zu dem Grundsatz, den er sein ganzes Leben hindurch festgehalten hat: „Die Klugheit ist sehr geeignet zu bewahren, was man besitzt, doch allein die Kühnheit versteht zu erwerben.“ „Ich gebe euch ein Problem zu lösen,“ sagte er zu seinen Räten, als die Nachricht vom Tode Kaiser Karls VI. eintraf: „wenn man im Vorteil ist, soll man sich das zunutze machen oder nicht?“

Bestimmte, klar gedachte politische Ziele, weise Voraussicht, richtige Beurteilung der eigenen wie der fremdstaatlichen Interessen, zutreffende Schätzung der feindlichen und der befreundeten Streitkräfte, entschlossenes Eintreten nicht nur für die eigenen Interessen, sondern auch für die der Verbündeten und kühnes Wagen, wenn die Schäferstunde schlägt: das sind die großen Gesetze des politischen wie des militärischen Erfolges. In ihnen liegt auch die politische Vorbereitung des Krieges beschlossen. Wer sich dagegen durch den Schein der Macht blenden läßt und niemals den Entschluß zur Tat zu finden weiß, der wird auch politisch den notwendigen Krieg nicht glücklich vorzubereiten vermögen. „Die prahlerische Ohnmacht, die sich als Macht gebärdet, das unsittliche Vorrecht, das mit der Heiligkeit des historischen Rechtes prunkt, die Tatenscheu, die ihre Ratlosigkeit hinter leeren Formbedenken verbirgt, fanden niemals einen stolzeren Verächter“ als den großen Preußenkönig, sagt Heinrich v. Treitschke[1]). Möchte der alte Fritz auch in dieser Hinsicht unser Vorbild sein und uns lehren mit unerbittlichem Realismus, unsere Politik derart zu leiten, daß sich die Weltlage für unsere politischen Zwecke vorteilhaft gestaltet und wir die Gunst der Stunde nicht versäumen.

Es ist ein Mißbrauch der Sprache, wenn unsere tatenscheue Zeit jede unternehmende, positive Ziele verfolgende Politik als „Abenteurerpolitik“ zu brandmarken sucht. Als solche kann nur die Politik bezeichnet werden, die sich willkürliche Ziele steckt und diese ohne zutreffende Schätzung der wahrscheinlichen

[1]) Deutsche Geschichte I, S. 49.

Gegenwirkungen verfolgt, also sich tatsächlich auf unberechenbare Abenteuer einläßt, wie einst Napoleon III. in Mexiko oder Italien in Abessinien.

Eine Politik aber, die die großen historisch gewordenen und in der Natur der Dinge begründeten Aufgaben des Staates zu verwirklichen sucht unter umsichtiger Berechnung aller mitwirkenden Faktoren, ist auch dann in sich gerechtfertigt, wenn sie kühn und unternehmend mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet. Diese Erkenntnis ergibt sich unmittelbar, wenn man die Folgen erwägt, die dem Staate erwachsen, wenn ihm der Krieg unter ungünstigen Bedingungen aufgezwungen wird. Ich brauche bloß an 1806 zu erinnern und an die furchtbare Katastrophe, zu der die damalige schwächliche, alle historisch gewordenen Aufgaben verleugnende Friedenspolitik Preußens führte.

Auch der russisch-japanische Krieg redet in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Japan hatte den Krieg nicht nur militärisch, sondern auch politisch auf das zweckmäßigste vorbereitet, indem es das Bündnis mit England schloß und sich der wohlwollenden Neutralität Amerikas und Chinas versicherte. In ebenso umsichtiger wie entschlossener und tapferer Politik scheute es sich nicht, den Kampf, ohne den es seine politischen Zwecke nicht erreichen konnte, im günstigsten Augenblick zu beginnen. Rußland dagegen war auf den Krieg weder politisch noch militärisch vorbereitet. Durch sein Bündnis mit Frankreich war es zu Deutschland in eine feindliche Stellung gedrängt worden und wagte es daher nicht, seine Westfront zu entblößen, um mit genügenden Kräften im fernen Osten auftreten zu können. Auch die inneren Zustände zwangen dazu, starke Truppenmassen im westlichen Teil des Reiches zurückzuhalten. Zum großen Teil waren es daher nur minderwertige Reservetruppen, die es gegen Japan einsetzte. Auch die durch die politische Lage bedingten militärischen Vorbereitungen waren nicht getroffen worden, obgleich die Unvermeidlichkeit des Konflikts längst zu erkennen gewesen war. So fing der Krieg mit unheilvollen Rückzügen an, und nirgends kam es zu entschlossenem

Handeln. Es kann einem Zweifel gar nicht unterliegen, daß die Verhältnisse sich ganz anders entwickelt haben würden, wenn Rußland sich entschlossen und zielbewußt auf den unvermeidlichen Kampf vorbereitet und ihn in offensiver Weise selbst begonnen hätte.

Auch England wurde vom Burenkriege politisch vollständig überrascht und hatte daher keinerlei militärische Vorkehrungen getroffen, die den Zwecken seiner Politik entsprochen hätten und geeignet gewesen wären, seinem politischen Willen Nachdruck zu geben; und ebenso ließ sich die Türkei von den Balkanstaaten 1912 völlig überraschen und überrumpeln. Sie brach vor dem unerwarteten Angriff völlig zusammen.

Zwei Gesichtspunkte ergeben sich mit voller Bestimmtheit aus dieser Betrachtung.

Vor allem sehen wir, daß zwischen der militärischen und der politischen Kriegsvorbereitung eine innige Wechselbeziehung besteht. Nur wenn der Staatsmann sich auf eine Wehrmacht stützt, die stark genug ist, seinem Willen Nachdruck zu geben, und nichts unternimmt, was er nicht im Notfall mit den Waffen durchsetzen kann, läßt sich der Krieg politisch zweckmäßig vorbereiten. Außerdem aber muß man auch bestrebt sein, das Heer in einer Weise zu entwickeln, die den politischen Absichten Rechnung trägt. Es ist daher eine nur in beschränktem Sinne berechtigte Forderung, daß sich der Heerführer im Frieden wie im Kriege von aller Politik fernhalten soll. Kriegsminister und Generalstabschef müssen im Gegenteil über alle Schwankungen und Möglichkeiten der Politik auf dem laufenden erhalten, ja es muß ihnen sogar ein gewisser Einfluß auf die Politik zugestanden werden, damit sie ihre Maßregeln den Bedürfnissen der Politik anpassen können und den Staatsmann zum Handeln wenigstens aufzufordern berechtigt sind, wenn die militärische Lage sich besonders günstig gestaltet. Der Leiter der auswärtigen Politik aber darf seinerseits das militärisch Mögliche nie aus den Augen verlieren und muß über den Grad der Kriegsbereitschaft zu Lande und zu Wasser dauernd unterrichtet werden, da er, wie gesagt, immer nur das

erstreben darf, was im Notfall auch mit einem Kriege durchzusetzen ist. Die verhüllte oder unverhüllte Drohung mit dem Kriege ist das einzige Mittel, über das die Politik verfügt, um ihre Zwecke durchzusetzen; denn in letzter Linie ist es doch immer die Vorstellung von den möglichen Folgen eines Krieges, die den Gegner zum Nachgeben veranlaßt. Wo auf dieses Mittel verzichtet wird, ergibt sich meistens eine Politik des Kompromisses, die keine Partei voll befriedigt und selten dauernde Zustände schafft. Wo ferner der Staatsmann die Möglichkeit eines kriegerischen Austrags erkennen läßt, darf die Drohung keine leere sein, sondern muß sich auf wirkliche Macht und festen Willen stützen, wenn sie nicht zu politischer und moralischer Niederlage führen soll.

Der zweite Punkt, der sich uns in voller Klarheit darstellt, ist der, daß eine zaghafte und abwartende Politik, die dem Gegner die Initiative überläßt und sich scheut, die Politik unter Umständen auch mit kriegerischen Mitteln fortzusetzen, stets auch eine militärisch ungünstige Lage schafft. Diese Lehre, die sich auch theoretisch begründen läßt, predigt die Geschichte in ungezählten Beispielen, wie sie anderseits erkennen läßt, daß eine zielbewußte und tätige Staatskunst, die allen gegnerischen Bestrebungen gegenüber die Vorhand behauptet, auch die militärische Lage meist günstig vorbereitet.

Krieg und Politik stehen in dieser Hinsicht unter völlig gleichen Gesetzen; nur wo politische und militärische Voraussicht und Entschlossenheit sich die Hand reichen, sind große und bedeutende Erfolge zu erwarten.

Betrachten wir nun von diesen Gesichtspunkten aus die politische Vorbereitung des nächsten Krieges, den Deutschland zu führen haben wird, so müssen wir meiner Ansicht nach zu dem Schluß gelangen, daß, je ungünstiger sich die politische Lage gestaltet, desto mehr eine entschlossene und tatkräftige Politik geboten ist, wenn für den unvermeidlich herandrohenden Krieg einigermaßen günstige Bedingungen geschaffen werden sollen.

Solange wir früher nur mit der Möglichkeit eines Krieges

mit doppelter Front gegen Frankreich und Rußland, dagegen mit der Teilnahme aller Dreibundstaaten an diesem Kriege zu rechnen hatten, lag die Sache verhältnismäßig einfach. Gewiß waren auch damals eine Reihe verschiedener strategischer Möglichkeiten gegeben; immer aber beschränkte sich die Aufgabe auf die verhältnismäßig einfache Formel: strategischer Angriff auf der einen, strategische Defensive auf der anderen Seite, oder unter Berücksichtigung der österreichischen Armee: Offensive nach beiden Seiten. Heute liegen die Dinge anders.

Wir müssen neben Frankreich und Rußland auch England berücksichtigen und nicht nur mit einem Angriff zur See auf unsere Nordseeküste rechnen, sondern auch auf eine Landung englischer Streitkräfte auf dem europäischen Festlande und auf eine Verletzung der belgisch-holländischen Neutralität durch unsere Gegner gefaßt sein. Auch ist es wenigstens nicht ausgeschlossen, daß England Truppen in Schleswig oder Jütland ans Land setzt und Dänemark zum Kampfe gegen uns zu zwingen sucht. Es erscheint ferner durchaus fraglich, ob Österreich in der Lage sein wird, uns mit seiner ganzen Heeresmacht zu unterstützen, oder ob es nicht vielmehr gezwungen sein wird, an seiner Süd- und Südostgrenze seine eigensten Interessen militärisch wahrzunehmen. Auch ein Angriff Frankreichs durch die Schweiz gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn sich eine völlige Umgestaltung der europäischen Staatengruppierung vollzöge. Endlich würden wir uns auch in der Ostsee schwer bedroht sehen, wenn Rußland Zeit gewinnt, seine Flotte auszubauen.

Alle diese ungünstigen Verhältnisse werden allerdings wahrscheinlich nicht gleichzeitig eintreten; sie sind aber alle unter gewissen im Bereich der Möglichkeit liegenden politischen Kombinationen mehr oder weniger wahrscheinlich und müssen daher auch militärisch berücksichtigt werden. Das schafft eine militärisch höchst ungünstige Lage.

Wenn es unter solchen ungeklärten Verhältnissen nötig werden sollte, die Armee auf Kriegsfuß zu setzen und für den Kampf bereitzustellen, bliebe in der Tat nichts anderes übrig, als den Umständen durch Ausscheiden strategischer Reserven Rechnung

zu tragen, die um so stärker sein müßten, je verwickelter und unklarer die politischen Verhältnisse, je stärker die Gegner wären, mit deren möglicher Teilnahme am Kampf man zu rechnen hätte. Die strategische Reserve würde gewissermaßen zu einer politischen werden. Eine Reihe von Schutzmaßregeln, die auf alle Fälle geboten wären, müßte allerdings sofort angeordnet werden, die Masse des Heeres aber würde man erst dann in einer bestimmten Richtung einsetzen können, wenn man die Gesamtlage klar zu übersehen und alle Notwendigkeiten zu berücksichtigen vermöchte. Bis zu diesem Zeitpunkt würde man die Truppen der strategischen Reserve je nach den Umständen in ihren Garnisonen lassen oder derart an den Eisenbahnlinien und Knotenpunkten versammeln müssen, daß sie im gegebenen Falle in der einen oder in der anderen Richtung befördert werden könnten. Das rollende Material der Bahnen müßte nach den gleichen Gesichtspunkten bereitgestellt, die für die verschiedenen möglichen Transportrichtungen notwendigen Fahrpläne müßten vorbereitet, die Verpflegung müßte in den verschiedenen möglichen Aufmarschrayons sichergestellt werden. Auch müßte man schon im Frieden auf den Bahnhöfen den verschiedensten politischen Gesichtspunkten gemäß die Ausladevorrichtungen sicherstellen. Jedenfalls wären wir zu einem abwartenden Verhalten, zur strategischen Defensive verurteilt, die militärisch gerade unter heutigem Verhältnis äußerst ungünstig ist; wir würden eine Invasion des einen oder des anderen Feindes nicht zu verhindern vermögen.

Daß ein Krieg, der unter solchen Bedingungen begonnen werden müßte, keine günstigen Erfolgsaussichten gewähren kann, bedarf keines Beweises. Selbst die bravste Armee muß unterliegen, wenn sie unter allzu ungünstigen Bedingungen in den Kampf gegen erdrückende Übermacht geführt wird; und eine militärische Prüfung der Verhältnisse ergibt, daß gerade bei den Massenarmeen der Neuzeit eine Kriegführungsweise, wie sie hier auf der inneren Linie geboten wäre, die allergrößten Schwierigkeiten zu überwinden und mit den ungünstigsten operativen Bedingungen zu rechnen hat[1]).

[1]) v. Bernhardi, Vom heutigen Kriege Bd. II, 3. Kapitel, 3.

Die Ungunst einer solchen Lage ist nur dann zu vermeiden, wenn die Politik die Möglichkeit schafft, offensiv zu verfahren und womöglich den einen Gegner niederzuwerfen, bevor der andere tätig eingreifen kann. In dieser Initiative liegt unser Heil wie zu den Zeiten Friedrichs des Großen. Dieser Wahrheit müssen wir hellen Auges ins Antlitz schauen und dürfen uns ihr nicht verschließen. Demgegenüber kann man allerdings einwenden, daß gerade der Angriff für uns ungünstige Verhältnisse herbeiführen würde, weil er die Bedingungen schafft, unter denen das russisch-französische Bündnis in Kraft träte. Griffen wir Frankreich oder Rußland an, so sei der Bundesgenosse zur Hilfeleistung gezwungen, wir aber befänden uns dann in sehr viel schlimmerer Lage, als wenn wir nur einen Gegner zu bekämpfen hätten. Aufgabe unserer Diplomatie sei es daher, die Karten so zu mischen, daß wir von Frankreich angegriffen würden, weil dann die Aussicht vorhanden wäre, daß Rußland vorläufig neutral bleiben würde.

Dieser Gesichtspunkt ist zweifellos zu beachten; nur darf man nicht hoffen, diesen Angriff durch tatenloses Abwarten herbeizuführen. Weder Frankreich noch Rußland noch England haben es nötig, uns anzugreifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Solange wir vor dem Angriff zurückscheuen, können sie uns durch diplomatische Mittel unter ihren Willen zwingen, wie das ja auch der Ausgang des Marokkohandels bewiesen hat und auch der Ausgang der Balkankrisis wahrscheinlich beweisen wird.

Wollen wir einen Angriff unserer Gegner herbeiführen, so müssen wir eine politische Aktion beginnen, die ohne Frankreich anzugreifen doch dessen oder Englands Interessen so schwer verletzt, daß diese beiden Staaten sich ihrerseits zum Angriff gezwungen sehen. Möglichkeiten zu einem solchen Vorgehen bieten sich sowohl in Afrika wie in Europa selbst, und wer die vorstehenden politischen Erörterungen aufmerksam gelesen hat, wird sich unschwer von ihnen Rechenschaft geben können.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung wird ja allerdings viel-

fach die Ansicht vertreten, wir sollten ruhig abwarten und die Zeit für uns kämpfen lassen, da uns durch die Macht der Tatsachen vieles in den Schoß fallen würde, um das wir jetzt schwer ringen müßten. Leider vergessen solche Politiker stets, klar und bestimmt anzugeben, welche Tatsachen denn eigentlich zu unseren Gunsten wirken und welche Vorteile uns dadurch zufließen werden. Solche politische Weisheit ist nicht ernst zu nehmen, da sie nirgends festen Boden unter den Füßen hat. Wir müssen vielmehr mit den bestimmt gegebenen Verhältnissen rechnen und uns bewußt bleiben, daß Tatenscheu und Gehenlassen noch nie zu großen Erfolgen geführt haben.

Welche Schritte und Maßnahmen unserer auswärtigen Politik obliegen werden, um eine günstige politische Lage im Fall eines kriegerischen Austrags der für Deutschland schwebenden Lebensfragen herbeizuführen, läßt sich von einem Fernstehenden nicht beurteilen. Dazu ist eine volle und eingehende Kenntnis der politischen und diplomatischen Lage erforderlich, wie ich sie nicht besitzen kann. Eines nur läßt sich mit voller Berechtigung sagen: Über die Wirren und Widersprüche der augenblicklichen Lage hinweg müssen wir die großen Gesichtspunkte im Auge behalten, die sich im Laufe der Zeit immer wieder geltend machen werden.

Italien, das einen günstigen Augenblick benutzt hat, um Siedlungsgebiete für seinen stärkeren Bevölkerungszuwachs zu gewinnen [1]), kann seine politische Aufgabe, die Vormachtstellung im Mittelmeer zu erringen, niemals im Anschluß an Frankreich und England erfüllen, weil beide Staaten diese Stellung selbst beanspruchen. Nur das Streben, den Dreibund zu sprengen, hat sie zu einer augenblicklichen Begünstigung der italienischen Erweiterungspolitik bestimmt. Dieser Zwischenfall ändert aber nichts an der Tatsache, daß der wahre Vorteil Italiens den Anschluß an den Dreibund heischt, der allein ihm Tunis und Biserta verschaffen kann. Das Schwergewicht dieser Verhältnisse wird sich immer wieder geltend machen.

---

[1]) Aus Italien wanderten 487000 Personen 1908 aus.

Auch die Türkei kann nicht dauernd mit England, Frankreich und Rußland zusammengehen, deren große Politik gerade auf eine Vernichtung der heutigen Türkei gerichtet ist und gerichtet sein muß. Der Islam hat nach wie vor seine mächtigsten Feinde in England und Rußland und wird über kurz oder lang sich gezwungen sehen, den Anschluß an den mitteleuropäischen Staatenbund zu suchen, trotzdem wir den zweifellosen Fehler begangen haben, ihn in Marokko preiszugeben. Auch der Ausgang des Balkankrieges, wie immer er ausfallen möge, wird an diesen Verhältnissen nichts ändern.

Zwischen Rußland und England besteht keine wahre Interessengemeinschaft; in Zentralasien, in Persien wie im Mittelländischen Meer stehen sich ihre Bestrebungen trotz aller Abmachungen feindlich gegenüber. Auch drängen die Verhältnisse in Japan und China zu einer Entscheidung, die Rußlands Interesse in hohem Maße in Anspruch nimmt und seine Kräfte teilweise wenigstens bindet.

Alle diese Verhältnisse eröffnen der deutschen Staatskunst, wenn sie sich auf der Höhe ihrer Aufgabe zeigt, vielseitige Aussichten und lassen die allgemeine Lage für uns wenigstens nicht ganz so nachteilig erscheinen, wie man angesichts der neuesten politischen Ereignisse glauben sollte. Dann aber hat unsere Politik mit einem Kräftefaktor zu rechnen, wie er keinem anderen Staat zur Verfügung steht: mit einer Armee, deren militärische Leistungsfähigkeit meiner Überzeugung nach gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Nicht als ob sie in allen Einrichtungen und Einzelheiten vollkommen wäre! Daß sie das nicht ist, wurde ausführlich dargelegt. Der Geist aber, der die Truppe beseelt, die Angriffsfreudigkeit, Tatenlust und Pflichttreue, die in ihr herrschen, berechtigen zu den höchsten Erwartungen. Ich bin überzeugt: wenn sie demnächst zu den Waffen gerufen werden sollte, werden ihre Leistungen die Welt in Erstaunen setzen, falls sie nur einigermaßen gut und entschlossen geführt wird. Auch das deutsche Volk wird sich — des bin ich ebenso gewiß — auf der Höhe seiner Aufgabe finden. Es ruht in seiner Seele eine gewaltige Kraft, die nur

des Erweckers harrt. Wer es heute verstände, den schlummernden Idealismus dieses Volkes wachzurufen, dem Auge der Nation große und klar erkennbare Ziele zu zeigen, die der Begeisterung wert sind: er würde dieses Volk in vereinigter Kraft zu den größten Anstrengungen und Opfern fortzureißen vermögen und wahrhaft Großes erreichen können.

In dem Bewußtsein, diese Kräfte jederzeit aufrufen zu können, und in dem festen Vertrauen, daß sie im Augenblick der Gefahr nicht versagen werden, kann unsere Regierung festen Schrittes den Weg gehen, der einer großen Zukunft entgegenführt; sie wird aber nur dann die Kräfte des Volkes zu entfesseln vermögen, wenn sie sein Vertrauen durch Taten und Erfolge erwirbt und sich das mannhafte Goethesche Wort zum Wahlspruch nimmt:

„Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen
Rufet die Arme
Der Götter herbei.“

Nachwort

Nachdem ich die vorstehenden Blätter im Herbst 1911 im wesentlichen niedergeschrieben hatte, hat sich vieles ereignet, wodurch die politische Situation wesentlich beeinflußt worden ist: das deutsch-französische Abkommen über Marokko und die Kongokompensationen sind bekannt geworden; der türkisch-italienische Krieg ist ausgebrochen und durch den Frieden von Ouchy beendet worden; Tripolis und die Syreneika sind italienisch geworden; die chinesische Revolution hat zur Gründung einer chinesischen Republik unter der Leitung Yuan-shi-kais geführt, die heute in ernste Konflikte mit Rußland zu geraten scheint und möglicherweise auch die englische Interessensphäre zu verletzen droht; es ist bekannt geworden, daß zwischen Frankreich und England nicht nur eine entente cordiale, sondern ein wirkliches Kriegsbündnis besteht, und es ist daher nur natürlich, daß die zwischen England und Deutschland durch den Kriegsminister Haldane eingeleiteten Ausgleichsverhandlungen scheitern mußten. Noch in letzter Zeit hat England unsere Politik durch versteckte Kriegsdrohungen zu beeinflussen gesucht; endlich hat sich der Balkanbund gebildet und die militärisch gänzlich unvorbereitete Türkei mit Krieg überzogen. Fast die ganze europäische Türkei ist verloren gegangen, Adrianopel wird von den Gegnern belagert, auf der Halbinsel Gallipoli wird gekämpft, alle Versuche der Großmächte, den Frieden wieder herzustellen, sind gescheitert; zwischen Serbien und Österreich sind dabei schwere Mißhelligkeiten entstanden, die wohl einen dauernden Einfluß auf das Verhältnis beider Staaten haben werden. Auch haben zwischen Italien und Österreich starke Reibungen stattgefunden, die einen Krieg zwischen beiden Staaten

nicht unmöglich erscheinen ließen. Durch Erneuerung des Dreibundes ist diese Gefahr vorläufig beseitigt; der Charakter dieses Bundes aber erscheint wesentlich verändert.

Ich habe alle diese Ereignisse in dem vorstehenden Text dieser sechsten Auflage berücksichtigen können, soweit sie mein Thema berührten. Immerhin erscheint es angezeigt, einige Momente, die von besonderer Bedeutung sind, hier noch einzeln zu beleuchten.

Dahin rechne ich vor allem das Marokkoabkommen zwischen Deutschland und Frankreich, weil es in seinen Folgen mehr noch als durch seine konkreten Abmachungen eine schwere Schädigung Deutschlands verursacht hat, die heute noch immer auf unseren Verhältnissen lastet. Die deutsche Reichsregierung scheint im Jahre 1911 von vornherein, wohl aus Gründen, die sich der Erörterung entziehen, entschlossen gewesen zu sein, einen kriegerischen Zusammenstoß sowohl mit England wie mit Frankreich unter allen Umständen zu vermeiden und auch einen politischen Mißerfolg nicht zu scheuen, um diesen Zweck zu erreichen. Nur von diesem Gesichtspunkt aus kann meines Erachtens das Verhalten der Regierung sowohl Frankreich wie England gegenüber gerecht beurteilt werden. Daß Großbritannien entschlossen war, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, geht aus seinem ganzen Verhalten deutlich hervor. Seine unmittelbaren Kriegsvorbereitungen, die Bewegungen seiner Schiffe und der Ansturm der englischen Großfinanz gegen die wichtigsten deutschen Bankinstitute, der gerade in der kritischen Zeit erfolgte, schließen jeden Zweifel aus. Von Frankreich aber haben wir die gemachten Zugeständnisse wahrscheinlich nur deshalb erreicht, weil es seinerseits geglaubt haben mag, daß der günstige Augenblick für den lange geplanten Kampf noch nicht gekommen sei. Voraussichtlich will es abwarten, bis einerseits der Dreibund sich noch weiter aufgelöst, Rußlands militärische Leistungsfähigkeit zu Lande und zu Wasser sich noch mehr gefestigt hat, und bis anderseits seine eigene afrikanische Armee so weit verstärkt worden ist, daß sie das Heer am Rhein wirksam unterstützen kann.

Findet in dieser Auffassung die Marokkopolitik der Regierung eine ausreichende Erklärung, so kann dagegen, wenn man das Abkommen mit Frankreich an und für sich betrachtet, ein Zweifel darüber wohl nicht bestehen, daß es unseren berechtigten Wünschen nicht in vollem Maße genügt.

Es soll keineswegs bestritten werden, daß die handelspolitischen Abmachungen bezüglich Marokkos für unsere Industriellen, Unternehmer und Kaufleute günstige Konkurrenzbedingungen schaffen, daß auch die Landerwerbungen im französischen Kongo einen gewissen und vielleicht sogar großen Zukunftswert haben, besonders wenn es gelänge, die spanische Enklave an der Küste dazu zu erwerben, die den Besitz erst wirklich zu einem wertvollen gestalten würde. Dagegen kann das, was wir erreicht haben, als ein genügender Ersatz für das, was wir preiszugeben gezwungen waren, niemals angesehen werden.

Daß die handelspolitischen Zugeständnisse, die Frankreich gemacht hat, nur so lange von Wert sind, als ihre Durchführung durch unsere Wehrkraft gewährleistet wird, habe ich bereits an anderer Stelle betont; die Erwerbungen im Kongogebiet müssen zwar, wie der Reichskanzler in seiner Rede vom 9. November 1911 hervorgehoben hat, nicht nur auf ihren Gegenwarts-, sondern auch auf ihren Zukunftswert hin angesehen werden, erscheinen aber leider gerade von diesem Standpunkt aus besonders minderwertig im Vergleich zu Marokko; denn es kann einem Zweifel doch wohl kaum unterliegen, daß gerade in der Zukunft Marokko ein sehr viel wertvollerer Besitz für Frankreich sein wird als das Kongogebiet für Deutschland, besonders wenn es nicht gelingen sollte, die spanische Enklave zu erwerben. Auch der Zugang zum Ubangi und zum Kongo hat vorläufig einen mehr oder weniger theoretischen Wert und kann uns im Kriege durch ein paar Senegalesenkompagnien verlegt werden. Arge Selbsttäuschung wäre es ferner, wenn man in dem kolonialen Ausgleich, den wir mit Frankreich geschlossen haben, die Anbahnung eines besseren Verhältnisses zu diesem Staat überhaupt erblicken wollte. Es ist gewiß nicht

anzunehmen, daß Frankreich seine jahrzehntelang mit größter Tatkraft und eiserner Konsequenz durchgeführte Revanchepolitik in einem Augenblick aufgeben werde, wo es der Unterstützung durch England sicher ist, bloß weil es in einer verlorenen Ecke Afrikas sich aus Opportunitätsrücksichten mit uns verglichen hat. Diesem Gesichtspunkt ist im Gegensatz zu der vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg geäußerten Ansicht eine Bedeutung überhaupt nicht beizumessen [1]). Wir brauchen deshalb das jetzige Abkommen nicht als ein endgültiges zu betrachten. Es ist der Revision ebenso fähig wie die Algecirasakte und bietet in dieser Hinsicht sogar den Vorteil, daß es zahlreiche neue Reibungsflächen mit Frankreich schafft.

Für den Augenblick freilich bedeutet die Erwerbung im Kongogebiet sogar eine Schwächung für Deutschland; denn nutzbar gemacht werden kann sie nur durch die Aufwendung sehr bedeutender Geldmittel, und jeder Pfennig, der heute der Kriegsrüstung entzogen wird, bedeutet eine Schwächung unserer politischen Stellung. Auch darf man — wie mir scheinen will — bei der Beurteilung der ganzen Frage nicht lediglich den konkreten Wert der Tauschobjekte in Rechnung stellen, sondern mit in erster Linie ihre politische Tragweite, ihre Folgen für unsere Gesamtpolitik. Von diesem Standpunkt aus läßt sich zunächst nicht verkennen, daß das ganze Abkommen eine Minderung unseres Ansehens in der Welt bedeutet; denn wir haben zweifellos unseren anfänglichen, mit einer gewissen Ostentation kundgetanen Standpunkt, die Souveränität Marokkos aufrecht erhalten zu wollen, aufgegeben und uns den gewaltsamen Bruch des Algecirasabkommens durch Frankreich ruhig gefallen lassen, obgleich unsere wichtigsten Interessen dabei im Spiel waren. Wenn in dem Wortlaut des Marokkoabkommens dieses als eine Erläuterung des Vertrages von 1909 bezeichnet und dadurch der Schein erweckt wird, als habe sich unsere Politik in einer folgerichtigen Linie bewegt, kommt tatsächlich diese Erläuterung einer völligen Umkehr gleich.

[1]) Rede vom 9. November 1911.

Ein weiterer politischer Nachteil ist der Umstand, daß unsere Stellung zum Islam durch die Preisgabe Marokkos zu unserem Nachteil verändert worden ist. Daß wir in der ganzen islamitischen Welt, die für uns von der größten Bedeutung ist, an Wertschätzung eingebüßt haben, kann, glaube ich, nicht bezweifelt werden. Auch ist die Annahme wohl nicht von der Hand zu weisen, daß das Marokkoabkommen den unmittelbaren Anstoß zum Vorgehen Italiens gegen Tripolis gegeben und damit eine tiefgehende Erschütterung des Dreibundes herbeigeführt hat. Die Machterweiterung, die Frankreich durch den Erwerb Marokkos erreichte, hat es den Italienern notwendig erscheinen lassen, mit der Befestigung ihrer Stellung im Mittelmeer nicht mehr zu zögern.

Die schlimmste Folge unserer Marokkopolitik ist jedoch unstreitig der tiefe Riß, der sich als ihre Folgeerscheinung zwischen der Regierung und der Masse der nationalen Parteien gebildet hat, der Verlust an Vertrauen in weiten Kreisen des Volkes und auch in solchen Gesellschaftsklassen, die bisher trotz ihrer oppositionellen Stellung zur Regierung der Vertretung des Reiches nach außen wohlwollend gegenüber gestanden haben. In dieser Erschütterung des öffentlichen Vertrauens, die in der Presse wie im Reichstage unverhohlen zutage getreten ist, liegt meines Erachtens der größte Nachteil des deutsch-französischen Ausgleichs; denn in den schweren Tagen, denen wir entgegengehen, muß sich die deutsche Reichsregierung auf die Einmütigkeit des ganzen Volkes stützen können, wenn sie dem Sturm gewachsen sein soll. Darüber lassen die Enthüllung der französisch-englischen Kriegsverabredungen und das ganze Verhalten der englischen Diplomaten von 1911 bis in die allerjüngste Zeit (Februar 1913) keinen Zweifel mehr aufkommen.

Diese Verhältnisse bestätigen vollauf die Auffassung der politischen Lage, die ich in den Auseinandersetzungen dieses Buches darzulegen versucht habe. Sie zeigen, daß wir einer festen Phalanx von Feinden gegenüberstehen, die entschlossen sind, zum mindesten jede weitere Machtentwicklung Deutschlands zu verhindern. Zu diesem Zwecke haben sie nicht ohne Erfolg ihr

Möglichstes getan, den Dreibund zu sprengen, und werden auch vor einem Krieg nicht zurückscheuen. Darüber haben die englischen Minister keinen Zweifel gelassen.

Es wäre bei dieser Sachlage heute mehr als jemals Torheit, auf eine Änderung der englischen Politik rechnen zu wollen. Selbst etwa eintretende Annäherungsversuche Englands dürfen uns über das wahre Verhältnis nicht täuschen. Wir dürfen sie höchstens dazu benutzen, den notwendigen und unvermeidlichen Krieg so lange hinauszuzögern, bis wir glauben, ihn mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können, müssen uns aber immer dessen bewußt bleiben, daß jedes dauernde Abkommen mit England nur durch das Opfer unserer Selbständigkeit und die Preisgabe unserer Zukunft erkauft werden kann, solange England sich nicht entschließt, aus der Triple-Entente auszutreten. Da ein solcher Umschwung der englischen Politik, wie gesagt, nicht zu erwarten ist, kann ein Ausgleich mit England immer nur zu einer Art, wenn auch nicht formeller, so doch tatsächlicher Vasallenschaft Deutschlands führen und der Triple-Entente die schlechthin entscheidende Stimme in Europa verschaffen.

Von weitestgehendem Interesse ist neben dem deutsch-englischen Verhältnis, das die ganze europäische Lage beherrscht, naturgemäß der auf dem Balkan tobende Krieg. Er läßt sich jedoch in seinen Folgen und seiner ganzen geschichtlichen Tragweite noch nicht übersehen; eines aber steht schon heute fest: der Dreibund wird geschwächt aus dieser europäischen Krisis hervorgehen. Die neutrale Handelsstraße durch das Sandschak nach Saloniki und Konstantinopel, die uns bisher bei allen Kriegsmöglichkeiten offen stand, ist uns in Zukunft verschlossen. Österreich hat seine Interessen nur sehr schwächlich vertreten und wird mit Verlust an Ansehen aus dieser Krisis hervorgehen, die einen starken feindlichen Staat an seiner Grenze schaffen wird. Schon heute ist das Ansehen der Dreibundstaaten wesentlich gemindert, und die Triple-Entente, die ihre überlegene Macht rücksichtslos benutzte, hat ein merkliches politisches Übergewicht gewonnen. Dieser Zustand wird in Deutschland tief und schmerzlich empfunden; uns darüber hinwegzu-

täuschen, ist unmöglich. Das ist kein Zustand, wie ihn ein großes, waffenstarkes und zukunftsfrohes Volk auf die Dauer ertragen kann, und zähneknirschend wartet jeder gute Deutsche der erlösenden Tat.

Wenn trotzdem die Reichsregierung geglaubt hat, den Krieg bisher vermeiden zu müssen, läßt doch die Weltlage erkennen, daß es sich nur noch um kurze Frist handeln kann, bis wir von neuem vor die Frage gestellt sein werden, ob wir mit dem Schwerte für unsere Weltstellung eintreten oder auf eine solche überhaupt verzichten wollen. Warten dürfen wir keinesfalls, bis unsere Gegner ihre Rüstungen vollendet haben und ihrerseits den Augenblick zum Angriff für gekommen halten.

Diese uns noch gegönnte Frist müssen wir zur tatkräftigsten Kriegsvorbereitung benutzen, deren Grundzüge ich in den vorstehenden Blättern zu entwickeln versuchte. Einmütig müssen alle nationalen Parteien sich um die Regierung scharen, die unsere teuersten Interessen nach außen zu vertreten hat. Die Opferwilligkeit des Volkes muß der Regierung die entschlossenste Tätigkeit erleichtern und ihr den Weg zu militärischen und politischen Erfolgen ebnen helfen, ohne in unfruchtbarer Kritik die nachteiligen Folgen unserer bisherigen Politik noch zu vermehren, indem sie die Kluft zwischen dem Volk und der Regierung erweitert. Von der Reichsregierung aber dürfen wir erwarten, daß sie die militärische und politische Vorbereitung des Krieges in klarer Erkenntnis der uns bedrohenden Gefahren, aber zugleich in richtiger Würdigung unserer nationalen Bedürfnisse und der kriegerischen Kraft unseres Volkes mit der Tatkraft betreibt, die die Lage fordert, und sich durch formale Bedenken in dieser ihrer Tätigkeit nicht beirren läßt.

Aufhebung des Quinquennatsgesetzes, Ausbau der Armee auf erweiterter Grundlage unter starker Vermehrung der Kavallerie und der Radfahrer, starke Armierung unserer östlichen Festungen, Beschleunigung unserer Rüstung zur See, Befestigung und Sicherung Tsingtaus, Bereitstellung genügender Geldmittel: das sind die Forderungen, die die Lage nötig

macht. Die Politik aber müssen neue schöpferische Gedanken befruchten und sie zum glücklichen Ziele führen.

Die Weltlage bietet Punkte genug, an denen wir den Hebel ansetzen können. Auch Englands Lage ist äußerst schwierig. Die Gegensätzlichkeit der englisch-russischen Interessen in Persien und in der neu angeregten Dardanellenfrage sowie die Macht des Islam in den wichtigsten Teilen des englischen Kolonialreiches sind für Großbritannien der Gegenstand dauernder Besorgnis. Auf die Bedeutung und Schwierigkeit seiner Beziehungen zu Nordamerika wurde bereits hingewiesen. Auch Frankreich hat in seinem afrikanischen Reich zunächst noch bedeutende Widerstände zu überwinden, ehe es den vollen Nutzen aus ihm ziehen kann. Die ostasiatischen Wirren ferner werden voraussichtlich Rußlands Kräfte in hohem Maße fesseln und auch Englands Interessen in Mitleidenschaft ziehen. Das alles sind Verhältnisse, die sich eine tätige und weitsichtige deutsche Politik zunutze machen kann, um die Weltlage im Interesse unseres Vaterlandes zu beeinflussen.

Wenn Volk und Regierung fest zusammenstehen, entschlossen, die deutsche Ehre zu wahren und jedes nötige Geld- und Blutopfer zu bringen für die Sicherung unserer nationalen und staatlichen Zukunft, dann können wir mit Vertrauen den kommenden Ereignissen entgegensehen, mit Vertrauen auf unser Recht und auf unsere Kraft; dann brauchen wir auch den Kampf um unsere Weltstellung nicht zu fürchten, sondern dürfen mit Ernst Moritz Arndt die Hände zum Himmel erheben und zu Gott rufen:

„Laß hell die Waffen klirren
Von deiner Sternenburg;
Hau von den wüsten Wirren
Den ganzen Jammer durch!"

Inhalt

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart



Maßstab 1:7 650 000.

